

sub \ urban

zeitschrift für kritische stadtforschung

die postpolitische stadt?

Einführung

Boris Michel, Nikolai Roskamm

aufsätze

Der Lärm des Politischen

Iris Dzudzek, Michael Müller

Planning in the Face of
Democracy

Till Rosemann

Rassismus und Klassen-Raum

Juliane Karakayali, Birgit zur Nieden

Occupy London und die besetzte
Friern Barnet Library

Johannes Diesing

Das Modell Barcelona
– Partizipation, Protest
und Postpolitik

Catarina Gomes de Matos

Die postdemokratische Stadt
zwischen Politisierung und
Kontinuität

Sebastian Schipper, Daniel Mullis

debatte

Die postpolitische Stadt

Erik Swyngedouw

magazin

Welcome to Athens

Julia Tulke

Impressum

s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung, 2013, Heft 2
ISSN 2197-2567

Herausgeber_innen dieser Ausgabe

Boris Michel, Nikolai Roskamm

Redaktion

Laura Calbet i Elias, Mélina Germes, Nina Gribat, Nelly Grotefendt, Jan Hutta, Boris Michel, Kristine Müller, Manfred Oberländer, Carsten Praum, Nikolai Roskamm, Nina Schuster

Autor_innen dieser Ausgabe

Johannes Diesing, Iris Dzudzek, Catarina Gomes de Matos, Juliane Karakayali, Michael Müller, Daniel Mullis, Birgit zur Nieden, Till Rosemann, Sebastian Schipper, Erik Swyngedouw, Julia Tulke

Lektorat, Gestaltung, Satz

Britta Grell (Lektorat)

Robert Hänsch signtific@jpberlin.de (Satz, Web-Satz), Redaktion (Gestaltung, Web-Satz)

Titelbild

Julien Menand

Förderung

Diese Ausgabe wurde durch die
Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert.



Rechte

Alle Inhalte der Zeitschrift (d.h. alle Beiträge die auf der Website von s u b \ u r b a n veröffentlicht sind) stehen unter einer Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz. Diese Lizenz schützt die Werke der Autor_innen und ermöglicht gleichzeitig ihre nicht-kommerzielle Verbreitung.

Dies bedeutet, dass die Inhalte vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden dürfen unter den folgenden drei Bedingungen: erstens der Nennung des Namens der Autor_innen und der Zeitschrift s u b \ u r b a n , zweitens unter Ausschluss kommerzieller Nutzung und drittens unter Ausschluss jeglicher Veränderung. In jedem Fall bitten wir bei Weiterverwendung um eine Nachricht an info@zeitschrift-suburban.de.

Spenden und Fördern

Solidaritätsabo: 12 EUR; Unterstützungsabo: 60 EUR; Sponsoringabo: 120 EUR
(jeweils jährlich, Informationen dazu finden sich auf www.zeitschrift-suburban.de).

Kontoverbindung

Kontoinhaber: Laura Calbet i Elias / Manfred Oberländer

Bank: GLS Bank

IBAN: DE65 4306 0967 1145 9204 00

BIC: GENODEM1GL

Kontakt

www.zeitschrift-suburban.de

info@zeitschrift-suburban.de

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-----------------|---|----------|
| | Editorial | 5 |
| | Einführung | 9 |
| | Die ‚postpolitische Stadt‘ <i>Boris Michel, Nikolai Roskamm</i> | |
| Aufsätze | Der Lärm des Politischen | 17 |
| | Die Londoner riots 2011 und ihre politischen Subjekte <i>Iris Dzudzek, Michael Müller</i> | |
| | Planning in the Face of Democracy | 41 |
| | Mit Jacques Rancière über Raumplanung und Demokratie nachdenken <i>Till Rosemann</i> | |
| | Rassismus und Klassen-Raum | 61 |
| | Segregation nach Herkunft an Berliner Grundschulen <i>Juliane Karakayali, Birgit zur Nieden</i> | |
| | Die postdemokratische Stadt zwischen Politisierung und Kontinuität Oder ist die Stadt jemals demokratisch gewesen? <i>Daniel Mullis, Sebastian Schipper</i> | 79 |
| | Occupy London und die besetzte Friern Barnet Library <i>Johannes Diesing</i> | 101 |
| | Das Modell Barcelona – Partizipation, Protest und Postpolitik <i>Catarina Gomes de Matos</i> | 121 |
| Debatte | Die postpolitische Stadt <i>Erik Swyngedouw</i> | 141 |
| Magazin | Welcome to Athens. Ein Photoessay zur Ästhetik der Krise. <i>Tulke, Julia</i> | nur HTML |

Editorial

Liebe Leser_innen,

kurz vor Jahresende erscheint nun die zweite Ausgabe von s u b \ u r b a n . In der Zeit zwischen dem ersten und zweiten Heft ist einiges passiert, von dem wir hier kurz berichten möchten. Zunächst bedanken wir uns für die vielen positiven Reaktionen, die uns nach der Veröffentlichung des ersten Heftes erreichten. Das hat uns gefreut und motiviert, mit dem Projekt fortzufahren. Gefeierte haben wir mit einigen Autor_innen und Unterstützer_innen im Berliner Südblock am Kottbusser Tor im Rahmen der RC-21-Konferenz. Ein weiteres Ereignis ist der Geographentag im Oktober in Passau gewesen, auf dem wir die Gelegenheit hatten sub\urban vorzustellen. Gefreut haben wir uns auch über die mehrfach herausgestellte positive Wahrnehmung des Debattenteils, den wir in der ersten Ausgabe zu Texten von Margit Mayer sowie Hartmut Häußermann/Walter Siebel eröffnet haben.

Positives berichten können wir zudem über die dringend benötigten finanziellen Unterstützung bei der Produktion von s u b \ u r b a n . Das vorliegende Heft wird von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert. Im Oktober haben wir einen Bewilligungsbescheid von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zu einer Anschubförderung für wissenschaftliche Zeitschriften erhalten. Somit werden wir in den kommenden drei Jahren in der Lage sein, zumindest einen Teil unserer Herstellungsvorgänge nach außen zu vergeben und uns stärker auf die redaktionelle Arbeit konzentrieren zu können. Außerdem freuen wir uns sehr über die Spenden von Privatpersonen und Institutionen im Rahmen von Förderabonnements. Diese tragen wesentlich zur Kontinuität der Zeitschrift bei. Schließlich gab es auch Fortschritte bezüglich einer weiteren materiellen Grundlage: Im November 2013 haben wir den Verein s u b \ u r b a n e. V. gegründet, der von nun an der formale Herausgeber unserer Zeitschrift für kritische Stadtforschung ist.

Die zweite Ausgabe von s u b \ u r b a n erscheint – herausgegeben von unseren Redaktionsmitgliedern Boris Michel und Nikolai Roskamm – als

Themenheft, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Debatten zur ‚neoliberalen Stadt‘ und zur ‚postpolitischen Stadt‘ zusammen zu bringen.

Zu den Beiträgen in diesem Heft

In ihrer Einleitung stellen Boris Michel und Nikolai Roskamm in einer ideengeschichtlichen Skizze heraus, dass die ‚Postpolitikthese‘ dem in der kritischen Stadtforschung etablierten Analyserahmen der ‚neoliberalen Stadt‘ nicht entgegengesetzt ist, sondern vielmehr eine Erweiterung anbieten möchte. Die Rückverfolgung des Arguments von der Postpolitik führt zunächst zu den Arbeiten von Chantal Mouffe, Slavoj Žižek und Jacques Rancière und damit zu Vertretern der ‚neuen Theorien des Politischen‘. Die Privilegierung des Politischen, das hier als eine zusammenhaltende Klammer gedacht werden kann, lässt sich wiederum zur Konflikttheorie eines Carl Schmitts und zur Kontingenztheorie von Hannah Arendt zurückverfolgen. Dort angekommen eröffnet sich zwischen den beiden Thesen von der postpolitischen und der neoliberalen Stadt dann allerdings doch ein potentieller Dissens: Während Konflikt als Erklärungsmodell für die kritische Stadtforschung ebenso plausibel wie verbreitet ist, ist dort die mit dem Begriff des Postpolitischen ebenfalls transportierte Kontingenzthese weit weniger fest verankert (und auch weit weniger beliebt). In diesem Spannungsfeld verorten die beiden Herausgeber die in ihrem Themenheft versammelten Aufsätze.

Im Beitrag „Der Lärm des Politischen“ fragen Iris Dzudzek und Michael Müller, inwiefern sich in den Londonern riots aus dem Jahre 2011 eine Dimension des Politischen und politischer Subjektivität zeigt, die mit vertrauten sozialwissenschaftlichen und repräsentationspolitischen Deutungsmustern nicht zu fassen ist. Die Autor_innen untersuchen die in der medialen Berichterstattung und in den politischen Bewertungen verwendeten Rhetoriken und kontrastieren sie mit Stimmen der Revoltierenden, mit Daten zur sozialen Lage in London und mit dem radikalen Demokratiebegriff der poststrukturalistischen politischen Theorie. Dzudzek und Müller wenden sich gegen die Darstellung der riots als ‚unpolitisch‘ und argumentieren, dass die Londoner Aufstände unbedingt politisch gewesen seien, und zwar vor allem deshalb, weil es ihnen gelungen sei, den ‚normalisierten Ausnahmezustand‘ temporär aufzuheben und neue politische Subjekte zur Artikulation zu bringen. In den riots seien temporär neue politische Subjekte erschienen, die fundamentale Widersprüche der neoliberalen Gesellschaftsordnung aufgezeigt haben und schon deshalb unsere besondere Aufmerksamkeit verdienen.

Der Artikel „Planning in the Face of Democracy“ von Till Rosemann beschäftigt sich mit der Frage, ob institutionelle Raumplanung überhaupt demokratisch sein kann. Um dieses Thema zu diskutieren, führt Rosemann den radikalen Demokratiebegriff von Jacques Rancière ein und denkt ihn, so formuliert es der Autor, „mit dem? und in den Raum“. Dabei zeigt sich genau das paradoxe Feld der Differenz zwischen ‚der Politik‘ und ‚dem Politischen‘. Rosemann verdeutlicht, dass formelle staatliche Raumplanung der eigentlichen Sphäre des Politischen und dem Bereich des Demokratischen gar nicht angehören kann, da es bei einer solchen

Planung immer darum geht, Ordnung herzustellen (und nicht darum, Ordnung aufzubrechen). Rosemann bleibt bei dieser Diagnose jedoch nicht stehen, sondern entwickelt einen Vorschlag, wie Raumplanung – ohne selbst im strengen Sinne demokratisch sein zu können – im Angesicht des Demokratischen und Politischen agieren kann und soll.

Juliane Karakayali und Birgit zur Nieden beschäftigen sich in ihrem Text „Rassismus und Klassen-Raum“ mit der aktuellen und historischen Segregation nach Herkunft an Berliner Grundschulen. Die Ausgangsbeobachtung der beiden Autorinnen ist, dass es an Grundschulen in vormals migrantisch geprägten Stadtteilen, in denen aktuell Gentrifizierungsprozesse stattfinden, verstärkt zu Segregationen nach Herkunft kommt. Diese zeigten sich in der Entstehung einzelner Schulen mit sehr hohem Anteil migrantischer Schüler_innen sowie einer Schulklasseneinteilung nach Herkunft. Der Artikel untersucht dieses Phänomen aus rassismustheoretischer Perspektive am Beispiel Berlin-Kreuzberg, wobei er aktuelle Segregationen im Kontext historischer Praktiken der getrennten Beschulung (den sogenannten Ausländerregelklassen) analysiert. Die Autor_innen verdeutlichen, dass sich im Sinne eines postliberalen Rassismus die Linien, entlang derer Trennungen vorgenommen werden, flexibilisieren und mit der gegenwärtigen Diskussion um „bildungsferne Kinder“ eine Legitimierung der rassistischen Diskriminierung stattfindet. Damit wird nicht zuletzt eine weitere Form des Postpolitischen selbst diskutiert.

In dem Beitrag „Die postdemokratische Stadt zwischen Politisierung und Kontinuität“ gehen Daniel Mullis und Sebastian Schipper – ausgehend von einer kritischen Diskussion der konzeptionellen Zugänge bei Colin Crouch und Jacques Rancière – dem Gehalt der beiden Begriffsbestimmungen in der konkreten historischen Analyse nach, und zwar am Beispiel der Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung in Frankfurt am Main. Entgegen der bei Crouch vorherrschenden Annahme, dass es vor der neoliberalen Stadt eine demokratische Form städtischen Regierens gegeben habe, wird unter Rückbezug auf die Argumentation Rancières zur Demokratie betont, dass der Fordismus keinesfalls als egalitärer, inklusiver oder demokratischer als der Neoliberalismus zu charakterisieren ist. Die fordistische Stadt, so die Autoren, sei zwar aus anderen Gründen, aber vom Grundsatz her nicht weniger postdemokratisch gewesen als die neoliberale Stadt der Gegenwart. Wirklich demokratische Momente würden sich allerdings in den Brüchen und Spalten der sozialen Konflikte der 1970er und 1980er finden.

„Occupy London und die besetzte Friern Barnet Library“ lautet der Titel des Artikels von Johannes Diesing, der von einer Hausbesetzung an einem eher ungewöhnlichen Ort berichtet, nämlich einer Bibliothek in einem bürgerlichen Stadtteil im Norden Londons. Diesing erzählt die Geschichte der Besetzung und kontextualisiert die daran anschließenden Aktionen der Occupy-Bewegung als Reaktion auf die neoliberalen städtischen Umstrukturierungen. Zudem verwendet Diesing die Postdemokratiethese von Jacques Rancière als Deutungsfolie der konkreten lokalen Praxis und auch der Schwierigkeiten, die mit diesem Vorgehen verbunden sind. Diesings Konfrontation seiner Feldstudie mit der politischen Theorie

Rancières macht einen Vorschlag, wie es möglich ist, eine lokale politische Auseinandersetzung mit einer breiteren Kritik an einer neoliberalen Kürzungs- und Kommerzialisierungspolitik zu verknüpfen.

Catarina Gomes de Matos hat zu unserem Themenheft den Aufsatz „Das Modell Barcelona – Partizipation, Protest und Postpolitik“ beigetragen. Anlass ihrer Überlegungen ist, dass in dem gängigen Narrativ zur Stadtplanung in Barcelona die heutigen formellen Beteiligungsformen meist als Fortführung der nachbarschaftlichen Proteste in den 1970er Jahren gesehen werden. Die zunehmende Formalisierung von Bürger_innenbeteiligung gilt dabei gleichzeitig als zunehmende Demokratisierung. Gomes de Matos hinterfragt in ihrem Text den Zusammenhang von partizipativen Verfahren und Demokratie. Sie stellt dem traditionellen Demokratiebegriff ein emanzipatorisches Verständnis von Demokratie gegenüber, das sich an Theorien der poststrukturalistischen politischen Philosophie orientiert. Anhand der Darstellung des aktuellen Widerstands gegen Umbaumaßnahmen des Port Vell in Barcelona untersucht die Autorin, inwiefern formale Partizipationsmöglichkeiten die Teilhabe der Bevölkerung nicht nur nicht unterstützen, sondern letztlich einschränken oder ganz verhindern. Abschließend diskutiert Gomes de Matos, ob nicht formalisierte Proteste eine Alternative zu formellen Partizipationsverfahren darstellen könnten.

Wir freuen uns sehr, im Debattenteil den – für die zweite Ausgabe von s u b \ u r b a n themengebenden – Aufsatz *The Post-political City* (2007) von Erik Swyngedouw in deutschsprachiger Übersetzung zu veröffentlichen. Swyngedouws Aufsatz ist aus unserer Sicht ein maßgeblicher Impuls zur Annäherung der neueren Theorien des Politischen an die kritische Stadtforschung und ein wichtiger Meilenstein für die in diesem Themenheft geführte Debatte. Unser im ersten Heft eingeführtes Debattenformat – also der Abdruck eines Haupttextes mitsamt eingeladener Kritiken und Replik auf die Kritiken – werden wir in den kommenden Ausgaben von s u b \ u r b a n weiter fortführen.

Im Magazin unseres Postpolitikheftes veröffentlichen wir einen Fotoessay, der sich unter dem konzeptionellen Rahmen der ‚Ästhetik der Krise‘ mit Street Art in Athen befasst. Julia Tulke geht in „Welcome to Athens“ Spuren der sozialen Kämpfe und Proteste der letzten Jahre nach. Die Wände und Häuser der Stadt, so die Autorin, legten Zeugnis ab und erzählten „vom Alltag mit Krise und Austerität, von Angst, Verzweiflung, Repression, aber auch Hoffnung“.

Viel Spaß beim Lesen und Schauen wünscht
die Redaktion

Laura Calbet i Elias, Mélina Germes, Nina Gribat, Nelly Grotefeldt,
Jan Hutta, Boris Michel, Kristine Müller, Manfred Oberländer,
Carsten Praum, Nikolai Roskamm, Nina Schuster



Einführung

Die ‚postpolitische Stadt‘

Boris Michel

Nikolai Roskamm

In der kritischen Stadtforschung hat sich in den letzten Jahren der begriffliche Rahmen der ‚neoliberalen Stadt‘ für die Analyse und Beschreibung aktueller urbaner Entwicklungen durchgesetzt (Künkel/Mayer 2012, Leitner/Peck/Sheppard 2007, Brenner/Theodore 2002). Dabei wird Neoliberalismus nicht allein in einem engen ökonomischen Sinne verstanden, sondern viele Autor_innen greifen auch auf gouvernementalitätstheoretische Perspektiven (Foucault 2004a; 2004b) zum besseren Verständnis stadtpolitischer Regime zurück (vgl. Füller/Michel 2012). Damit werden in einem in einem relativ weiten, durch (post-)marxistische und (post-)strukturalistische Theorien beeinflussten Forschungsfeld etwa Fragen der Privatisierung und Kommodifizierung städtischer Räume mit Fragen der Kontrolle und (Selbst-)Steuerung ‚neoliberalisierter‘ Subjekte zusammengebracht. Dieses Verständnis ermöglicht es, auf den ersten Blick sehr unterschiedliche Prozesse in einem gemeinsamen begrifflichen Rahmen zu fassen.

Zunehmende Aufmerksamkeit in der kritischen Stadtforschung findet dabei die Debatte, in der die Frage nach dem eigentlichen Gehalt des Politischen gestellt und auf die Differenz zwischen ‚der Politik‘ und ‚dem Politischen‘ fokussiert wird (Lefort 2007 [1999], Lacou-Labarthe/Nancy 1997 [1990], Laclau 1990). Mit dem Begriff des Postpolitischen, der aus eben jenem Umfeld der politischen Theorie stammt, wird die derzeitige ‚reale Politik‘ als eine Politik kritisiert, die zum einen das konflikthafte Wesen des Politischen verdrängt habe und zum anderen darauf abziele, das offene, störende, nicht festgelegte und verändernde Moment abzuschaffen, das dem Politischen ebenfalls zu eigen ist.

Mit dem Themenheft „Die postpolitische Stadt?“ möchten wir uns an beiden Debatten – an der Debatte zur neoliberalen Stadt und an der Debatte zum Begriff des Politischen/Postpolitischen – beteiligen und kritische Stadtforschung verstärkt mit den sogenannten neuen Theorien des Politischen [1] in einen Dialog bringen. Ein solche Zusammenkunft erscheint uns aus verschiedenen Gründen vielversprechend zu sein: Unsere Ausgangsthese lautet, dass genau der Bereich der politischen Theorie, auf den wir mit dem Begriff der ‚postpolitischen Stadt‘ verweisen, zu einer

Aktualisierung kritischer Stadtforschung beitragen und damit der Blick auf Widerständigkeiten, Verfahren des Regierens und neue Formen staatlicher Politik geschärft werden kann. Unser Ziel ist es dabei nicht, die fruchtbaren Debatten um die neoliberale Ordnung des Städtischen für beendet oder für unzulässig zu erklären. Vielmehr geht es uns darum, eine Ergänzung vorzuschlagen. In diesem Heft wollen wir ausloten, inwiefern und an welchen Stellen durch aktuelle politische Theorie inspirierte und informierte Forschungsansätze in der Lage sind, die traditionellen und etablierten Ansätze der kritischen Stadtforschung zu bereichern. Aber wir möchten ebenso beleuchten, wo möglicherweise Widersprüche und Unvereinbarkeiten zwischen beiden Denkrichtungen bestehen.

Mit unserem Themenheft schließen wir an eine Diskussion an, die im englischsprachigen Raum bereits seit einigen Jahren in den *urban studies* geführt wird (vgl. Purcell 2013, Dikeç 2013; 2005, Allmendinger/Haughton 2012). Nicht zuletzt ist der Import der These vom Postpolitischen in die kritische Stadtforschung dem Geographen Erik Swyngedouw zu verdanken, dessen Text „The post-political city“ (2007) wir für diese Ausgabe ins Deutsche übersetzt haben. Swyngedouw geht von der Annahme aus, dass die Herausbildung eines „urban post-political arrangement“ parallel zum Aufstieg einer Neoliberalisierung des Städtischen verläuft. Zentrales Moment dieses Regierens sei ein Verschwinden von Dissens und Konflikt zugunsten einer Reihe von Technologien des Regierens, „that fuse around consensus, agreement, accountancy metrics and technocratic environmental management“ (Swyngedouw 2009: 604). Die neoliberale Stadt, so Swyngedouws Erkenntnis, ist die postpolitische Stadt, das Konzept der Postpolitik materialisiert sich in ihr. Diese These liefert den roten Faden für unser Themenheft.

Das Konzept des Postpolitischen

Um in unser Themenheft einzuführen, möchten wir an dieser Stelle zunächst die theoretische Ausgangslage der Debatte zum Postpolitischen und deren ideengeschichtliche Herkunft skizzieren. Eine solche Debatte ist in der kritischen Stadtforschung unseres Erachtens nicht nur zu begrüßen, sondern auch gar nicht zu vermeiden, denn kritische Stadtforschung – so lautet unsere Kurzformel – braucht kritische (Stadt-)Theorie. Unsere Frage nach der ‚postpolitischen Stadt‘ setzt genau hier an.

Eingeführt wurde der Begriff der Postpolitik Ende der 1990er Jahre von Slavoj Žižek (2010 [1999]) – dem umstrittenen slowenischen Popstar der politischen Philosophie – mit explizitem Bezug auf den französischen Theoretiker Jacques Rancière. Žižek folgt Rancières Konzeption des Politischen als eigene für sich stehende Sphäre und erweitert dessen Typologie des Politischen. Während bei Rancière (2002 [1995] 73f.) ‚Arche-Politik‘ auf den Ursprung von *polis* und *politike* verweist, ‚Para-Politik‘ durch eine Polizei- und Wettstreitlogik bestimmt wird und ‚Meta-Politik‘ das Modell eines wissenschaftlich-technologischen, instrumentellen Verfahrens repräsentiert, basiert Žižeks Begriff von Postpolitik auf dem Modell der geschäftlichen Verhandlung und des „strategischen Kompromisses“ (Žižek 2010: 272f.). Postpolitik ist für Žižek die Bezeichnung des Typus

des Politischen, in dem die „Kollaboration voraufgeklärter Technokraten (Ökonomen, Meinungsforscher) mit liberalen Multikulturalisten“ den „Konflikt globaler ideologischer Entwürfe“ ersetzt. Über den Prozess des Aushandelns von Interessen, so formuliert es Žižek, wird ein mehr oder weniger allgemeiner Konsens erreicht. Postpolitik plädiert folglich immer „für die Notwendigkeit, die alten ideologischen Unterscheidungen hinter sich zu lassen“ und sich – ausgestattet mit dem notwendigen Expert_innenwissen und dem freien Meinungsaustausch, der die jeweils konkreten Bedürfnisse und Forderungen der Menschen zur Sprache bringt – den neuen Problemen zu stellen (ebd.: 273).

Als postpolitisch bezeichnet Žižek also den dominanten politischen Modus des gegenwärtigen Kapitalismus und dessen liberal-demokratische Ideologie. Als Inbegriff und einflussreiche Verfechter_innen solcher postpolitischen bzw. postdemokratischen Rationalitäten gelten in der Debatte insbesondere *New Labour* und die deutsche Sozialdemokratie unter Gerhard Schröder. Mit ihrer Selbstdefinition als Modernisierer der politischen Linken, so Colin Crouch (2008), hätten *New Labour* und die Protagonist_innen des ‚Dritten Weges‘ ein Konzept von Politik ohne Gegner durchgesetzt. Anschließend an Žižek, der Silvio Berlusconi als herausragenden Vertreter eines postpolitischen Projekts anführt, lässt sich mithin feststellen, dass in den meisten europäischen Staaten politische Auseinandersetzungen zwischen den ehemaligen Volksparteien als Auseinandersetzungen darüber aufzufassen sind, welche es vermag, sich selbst als die wirklich postideologische Partei und ihre Kontrahenten als Vertreter einer vergangenen ideologischen Epoche darzustellen (Žižek 2002: 303).

Aufgegriffen wird das Konzept der Postpolitik von Chantal Mouffe, die sich ebenfalls deutlich gegen die „postpolitische Vision“ (2007: 64) einer kosmopolitischen, liberal-demokratischen und konsensorientierten Perspektive positioniert. Mouffe, die zusammen mit Ernesto Laclau bereits in den 1980er Jahren eine einschlägige Hegemonie- und Antagonismustheorie vorgelegt hat (Laclau/Mouffe 1991), geht in ihren späteren Arbeiten zum Begriff des Politischen (Mouffe 1993; 2000) einen anderen Weg: Im Rückgriff auf den antiken, nietzscheanisch aktualisierten *agon* (Wettstreit) als Alternative zu (oder als Ausweg vor) einem radikalen Antagonismus (Kampf, Krieg) schlägt sie ein Konzept vor, mit dem sie die radikale Negativität des Antagonismus (vgl. Marchart 2013) entschärfen möchte. Mouffe erklärt die Zähmung des Antagonismus in einen *agon* zur eigentlichen Aufgabe der Demokratie.[2]

Mouffe, die zwischenzeitlich auch in der deutschsprachigen Stadtforschung recht breit rezipiert wurde, bezieht sich explizit auf Carl Schmitt und dessen Schrift *Der Begriff des Politischen* (1932). Und tatsächlich findet sich bei Schmitt, dem ersten Staatsjuristen des NS-Regimes, eine ganz ähnliche zeitkritische Diagnose: Schmitt beklagte in den 1930er Jahren die allgemeine ‚Entpolitisierung‘ durch die ständige Ausweitung der Bereiche des Liberal-Demokratischen und des Ökonomischen (vgl. Schmitt 1933). Allgemein beruht Schmitts Konzept des Politischen auf seiner berühmten Bestimmung der politischen Sphäre als Schauplatz der Auseinandersetzung zwischen Freund und Feind. Das ‚Wesen des

Politischen' wird nach Schmitt genau durch diese Unterscheidung bestimmt: als Bereich antagonistischer Beziehungen. Einerseits, das sollte bei der Einordnung von Schmitts Ausführungen nicht vergessen werden, wurde seine Theorie damit höchst anschlussfähig für die Feind-Konstruktionen der Nationalsozialisten. Andererseits bestimmt Schmitt – wie es Jacques Derrida (2002: 336) formuliert hat – bis heute mit seiner „hellsichtigen“ Verbindung zwischen dem Politischen und dem Antagonistischen die Grundzüge weiter Teile der politischen Theorie, und zwar gerade derjenigen Teile, die sich unter dem begrifflichen Konzept des Postpolitischen versammeln.

Aus einem weiteren Grund ist Schmitts Begriff des Politischen für die zeitgenössische politische Theorie prägend: Schmitt vertritt dezidiert die Ansicht, dass das Politische nicht irgendeine, sondern die entscheidende und privilegierte ontologische Sphäre ist. Und Schmitt formuliert auch, was dem Politischen (und seinen Bestandteilen Freund/Feind) gegenübersteht: das Ökonomische (mit den Bestandteilen profitabel/nichtprofitabel) und das Soziale (mit den Bestandteilen materiell gleich/ungleich). Insgesamt konzipiert Schmitt das Politische als eigenen, von der ‚realen Politik‘ (wo das Soziale und das Ökonomische anzutreffen sind) zu trennenden Bereich und damit ebenso eine Differenz zwischen ‚dem Politischen‘ und ‚der Politik‘. Postpolitik ist in diesem Rahmen als ein Begriff zu verstehen, der eine Spielart von Politik jenseits des Politischen bezeichnet. Und: Postpolitik ist selbst ein Begriff des Politischen beziehungsweise setzt – Schmitt paraphrasierend – einen Begriff des Politischen voraus.

Eine zweite und von der Schmitt'schen Herkunft zu trennende Traditionslinie der ‚neuen Theorien des Politischen‘ (und daher auch des Postpolitik-Begriffs) sind die Schriften von Hannah Arendt (1994 [1961]; 1960). Auch Arendt unterscheidet zwischen dem Politischen auf der einen und dem Sozialen (und dem Ökonomischen) auf der anderen Seite. Sie besteht dabei ebenfalls auf einem Primat des Politischen und beklagt dessen Niedergang – auch von hier aus ist es nicht weit zu einem Konzept des Postpolitischen. Allerdings unterscheidet sich Arendts Ansatz in einem entscheidenden Punkt von Schmitt: Für Arendt ist das Politische nicht die Sphäre des antagonistischen Kampfes. Im Gegenteil ist das Politische für sie – mit Bezug auf die antike Polis – eine Bühne des gemeinsamen und freien Austausches (also ebenfalls eines *agon*) unter Gleichen.[3] Ein solches Konzept steht nicht nur im Gegensatz zu Schmitts Freund-Feind-Theorie, sondern in gewisser Weise auch im Widerspruch zu den Interventionen der Postpolitik-These: Žižek und Mouffe kritisieren ja genau die Konzeption des Politischen im Sinne eines – wie etwa Mouffe es formuliert – Habermasianischen Seminarraums, in dem freie Kommunikation demokratische Konsense erzielt.

Arendts politische Theorie ist aber dennoch und aus einem anderen Grunde den ‚neuen Theorien des Politischen‘ und der postpolitischen These eng verbunden: Arendt wendet sich nämlich vehement gegen jedes objektivistische und technokratische Verständnis des Politischen, gegen jeglichen Determinismus und jegliche Konzeption von historischer Vorbestimmtheit und damit gegen die Postulierung von Alternativlosigkeit – auch deshalb darf sie bei unserem kurzen Abriss der Debatten um den Begriff der Postpolitik

nicht fehlen. Dieser Fokus von Arendt führt ebenfalls zum Kern der These des Postpolitischen, mit der sich – auf der theoretischen Metaebene – gegen die Fixierung von Bedeutung und gegen das Herausnehmen von unveränderlichen Bereichen aus der Sphäre des Politischen gewendet wird. Während nämlich das Postpolitische gerade davon lebt zu postulieren, dass Geschichte zu Ende ist und grundlegende Alternativen nicht möglich sind, eröffnet das Politische und sein Bewusstsein der „Geschichtlichkeit des Seins“ (Laclau 1990: 4) vollkommen neue Ansatzpunkte und Perspektiven für radikale Politik.

Die besondere Pointe ist nun, dass die an Arendt explizierte These zwar einerseits mit dem Konzept der neoliberalen Stadt hervorragend zu vereinbaren ist: Nicht nur Swyngedouw hat herausgearbeitet, dass die neoliberale Stadt und die postpolitische Stadt weitgehend identisch sind. Im Kern beider Erzählungen steht die Behauptung eines ökonomischen Determinismus, also die These, dass das Ökonomische das Gesellschaftliche bestimmt und dass es daher letztlich auch keine Alternative zur gegenwärtigen Entwicklung geben kann (vgl. Roskamm 2012). Aber an genau diesem Punkt geraten andererseits die Ansätze der neoliberalen und der postpolitischen Stadt möglicherweise in einen Konflikt. Arendt wirft nämlich dem Marxismus ebenfalls eine deterministische Konzeption von Geschichte vor: einen ökonomischen Determinismus, bei dem gerade nicht das Politische, sondern das Ökonomische den Vorrang hat (zumindest in ‚letzter Instanz‘, wie es bei Althusser heißt) und bei dem die Lösung des Problems bereits im Problem selbst enthalten ist (die Überwindung des Kapitalismus ist dem Kapitalismus immanent). Und hier schließt sich der Kreis: Weil die Tradition der kritischen Stadtforschung – Traditionen, die immer auch „machtdurchtränkte Strukturen“ (Marchart 2010: 24) sind – viel mit einer marxistisch geprägten politischen Ökonomie zu tun hat, beinhaltet unser Ansinnen, die postpolitische These in die Stadtforschung zu importieren, durchaus Potenzial für Kontroversen. Auf der einen Seite treffen sich in der Diagnose der postpolitischen Stadt zwei Kritikrichtungen: die der – traditionell auf die Analysen der politischen Ökonomie zurückgreifenden – kritischen Stadtforschung und die der poststrukturalistisch informierten neuen Theorien des Politischen. Beide kritisieren den dominanten Neoliberalismus und dessen marktgläubige Narrative. Auf der anderen Seite geraten beide Denkrichtungen jedoch auf der Bühne, die mit dem Begriff des Postpolitischen errichtet wird, potenziell miteinander in Streit. Politische Ökonomie, so postulieren wichtige Protagonisten der ‚neuen Theorien des Politischen‘, war als Wissenschaft nur möglich, weil der kapitalistischen Akkumulation der Status des Essentiellen zugesprochen wurde (Laclau 1990: 57). Mit der „Fiktion der politisch genannten Ökonomie“ sei zwar eine Kritik an der kapitalistischen Akkumulation angekündigt worden, etabliert habe sich jedoch deren „allgemeine Herrschaft“ (Badiou 2010: 22).

Die ‚neuen Theorien des Politischen‘ beinhalten damit in ihrem Kern eine Perspektive, mit der nicht nur der Neoliberalismus, sondern auch der Marxismus als ökonomistisch kritisiert wird. Deshalb streiten die Theoretiker_innen des Politischen – das ist ein Punkt, der die höchst unterschiedlichen Ansätze vielfach vereint – auch nicht nur für eine Priorität des Politischen gegenüber dem Sozialen und dem Ökonomischen, sondern

ziehen zu Felde gegen jede deterministische Welt- und Geschichtserklärung – sei es die Erklärung des neoliberalen Endes der Geschichte und des alternativlosen Sieges des Kapitalismus, sei es das im historischen Materialismus vorgezeichnete zwangsläufige Ende des Kapitalismus. Der Begriff der Postpolitik steht also nicht nur für das Primat des Konflikts gegenüber dem Konsens (eine These, der in der kritischen Stadtforschung gerne gefolgt wird), sondern transportiert gleichzeitig ein Kontingenzkonzept, das jeglichen ‚letzten Grund‘ und jedes unumstößliche Fundament (und sei es das eigene) zum Angriffspunkt hat. Geschichte ist nicht vorbestimmt, so lautet das Credo von Arendt und den postfundamentalistischen Denker_innen des Politischen. Dadurch ist in der These der postpolitischen Stadt nicht nur eine Kritik an der neoliberalen Stadt, sondern eben auch der Keim einer Kritik am traditionellen (politökonomischen) Fundament der kritischen Stadtforschung enthalten.

Diese Konstellation – das Zusammentreffen von Konflikt als die neuen Theorien des Politischen mit kritischer Stadtforschung tendenziell verbindendes und Kontingenz als beide Bereiche tendenziell trennendes Element – ist der Kontext unseres Themenheftes. Die Fragen, die in den nachfolgenden Beiträgen verhandelt werden, lauten daher (zumindest latent) immer auch: Worin liegt das „Rätsel des Politischen“ (Gauchet/Lefort 1990: 92)? Was ist das Politische? Das Antagonistische, wie es Carl Schmitt, Chantal Mouffe und (allerdings auf andere Weise) Ernesto Laclau sowie Jacques Rancière denken? Oder das Kollektive, Ereignishafte, Emanzipatorische, wie es von Arendt konzipiert wird? Und inwiefern ist der politökonomische Ansatz der *urban studies* von einer solchen Konzeption des Politischen betroffen? Schließlich: Lässt sich mit einem postmarxistischen Ansatz eine Annäherung an das Wesen des Politischen finden? Wie lässt sich die Frage nach dem Politischen mit Marx verbinden? Mit unserem Themenheft möchten wir nicht nur dazu beitragen, solche Fragen in der Stadtforschung (weiter) zu diskutieren, sondern auch, dass mit ihnen neu verhandelt wird, was kritische Stadtforschung ist, was sie sein kann und sein will und welche gesellschaftstheoretischen Konzepte in diesem Rahmen diskutiert werden und Bezüge liefern.

Endnoten

- [1] Als Überblickswerke im deutschen Sprachraum lassen sich nennen: Bröckling/Feustel 2010, Bedorf/Röttgers 2010 sowie Flügel/Heil/Hetzel 2004.
- [2] Dass sie damit selbst ein postpolitisches Konzept vorschlägt – zumindest dann, wenn Oliver Marcharts Konzeption des Politischen als Antagonismus gefolgt wird (2010; 2013) –, ist in der Debatte über einen ‚agonistischen Pluralismus‘, die seit einigen Jahren insbesondere in der englischsprachigen Planungstheorie geführt wird (vgl. Bond 2011, Bäcklund/Mäntysalo 2010, Ploger 2004), bisher weitgehend übersehen worden.
- [3] Dies hat zu massiven Vorwürfen gegen Arendt geführt, sie habe die Ungleichheiten und die vom griechischen Stadtstaat Ausgeschlossenen vergessen (vgl. Benhabib 1996).

Literatur

- Allmendinger, Phil / Haughton, Graham (2012): Postpolitical spatial planning in England: a crisis of consensus? In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 37/1, 89-103.
- Arendt, Hannah (1960): *Vita Activa oder vom tätigen Leben*. Stuttgart: Kohlhammer Verlag.
- Arendt, Hannah (1994 [1961]): *Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I*. München: Piper Verlag.
- Badiou, Alain (2010 [1985]): *Ist Politik denkbar? Moral provisoire #1*. Berlin: Merve Verlag.
- Bäcklund, Pia / Mäntysalo, Raine (2010): Agonism and institutional ambiguity. In: *Planning Theory* 9/4, 333-350.
- Bedorf, Thomas / Röttgers, Kurt (2010): *Das Politische und die Politik*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Benhabib, Seyla (1996): *The Reluctant Modernism of Hannah Arendt*. Thousands Oaks: Sage.
- Bond, Sophie (2011): Negotiating a 'democratic ethos.' Moving beyond the agonistic – communicative divide. In: *Planning Theory* 10/2, 161-186.
- Brenner, Neil / Theodore, Nik (Hg.) (2002): *Spaces of Neoliberalism. Urban Restructuring in North America and Western Europe*. Oxford: Blackwell.
- Bröckling, Ulrich / Feustel, Robert (Hg.) (2010): *Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Derrida, Jacques (2002): *Politik der Freundschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Dikeç, Mustafa (2005): Space, politics, and the political. In: *Environment and Planning D* 23, 171-188.
- Dikeç, Mustafa (2013): Beginners and equals: political subjectivity in Arendt and Rancière. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 38/1, 78-90.
- Flügel, Oliver / Heil, Reinhard / Hetzel, Andreas (Hg.) (2004): *Die Rückkehr des Politischen*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Foucault, Michel (2004a): *Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Foucault, Michel (2004b): *Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Füller, Henning / Michel, Boris (2012): *Die Ordnung der Räume*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Gauchet, Marcel / Lefort, Claude (1990): Über die Demokratie: Das Politische und die Institutionierung des Gesellschaftlichen. In: Ulrich Rödel (Hg.), *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 89-122.
- Künkel, Jenny / Mayer, Margit (Hg.) (2012): *Neoliberal Urbanism and Its Contestations: Crossing Theoretical Boundaries*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Laclau, Ernesto (1990): *New Reflections on the Revolution of Our Time*. London: Verso.
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal (1991 [1985]): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien: Passagen Verlag.
- Lacoue-Labarthe, Philippe / Nancy, Jean-Luc (1997 [1990]): *Retreating the Political*. London/New York: Routledge.
- Lefort, Claude (2007 [1999]): *Complications. Communism and the Dilemmas of Democracy*. New York: Columbia Press University.
- Leitner, Helga / Peck, Jamie / Sheppard, Eric (Hg.) (2007): *Contesting Neoliberalism. Urban Frontiers*. New York: Guilford Press.
- Marchart, Oliver (2010): *Die Politische Differenz*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Marchart, Oliver (2013): *Das unmögliche Objekt*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Mouffe, Chantal (1993): *The Return of the Political*. London: Verso.
- Mouffe, Chantal (2000): Carl Schmitt and the Paradox of Liberal Democracy. In: dies. (Hg.), *The Democratic Paradox*. London: Verso, 36-59.
- Mouffe, Chantal (2007 [2005]): *Über das Politische*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Ploger, John (2004): Strife: urban planning and agonism. In: *Planning Theory* 3/1, 71-92.
- Purcell, Mark (2013): *The Down-Deep Delight of Democracy*. Malden: Wiley-Blackwell.
- Rancière, Jacques (2002 [1995]): *Das Unvernehmen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.

- Roskamm, Nikolai (2012): Das Reden vom Raum. Zur Aktualität des ‚Spatial Turn‘ – Programmatik, Determinismus und ‚sozial konstruierter Raum‘. In: PERIPHERIE 126/127, 171-189.
- Schmitt, Carl (1932): Der Begriff des Politischen. München/Leipzig: Duncker & Humblot.
- Schmitt, Carl (1933): Staat, Bewegung, Volk. Die Dreigliederung der politischen Einheit. Hamburg und Wandsbek: Hanseatische Verlagsanstalt.
- Swyngedouw, Erik (2007): The post-political city. In: Guy Baeten (Hg.), Urban Politics Now. Re-imagining Democracy in the Neoliberal City. Rotterdam: NAI Publishers, 58-76.
- Swyngedouw, Erik (2009): The antinomies of the postpolitical city: in search of a democratic politics of environmental production. In: International Journal of Urban and Regional Research 33/3, 601-620.
- Žižek, Slavoj (2002): Revolution at the Gates. A Selection of Writings from February to October 1917. V.I. Lenin. London: Verso.
- Žižek, Slavoj (2010 [1999]): Die Tücke des Subjekts. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.

Der Lärm des Politischen

Die Londoner *riots* 2011 und ihre politischen Subjekte

Iris Dzudzek

Michael Müller

August 2011 – London's burning. Vier Tage lang kommt es zunächst in verschiedenen Stadtteilen Londons und später auch in anderen britischen Städten zu den größten Aufständen und Plünderungen der Nachkriegsgeschichte. Konservative Medien und Politik sind sich schnell einig: Der Abschaum, der sich für die Verwüstungen und Plünderungen verantwortlich zeigt, gehört mit aller Härte aus den Straßen gefegt. Die Aufständischen stellen keine politischen Forderungen. Entgegen hegemonialer Deutungen, die den *riots* eine politische Dimension absprechen, fragt der Artikel, inwiefern sich hier eine neue Qualität des Politischen und politischer Subjektivität zeigt, die wir mit den vertrauten repräsentationspolitischen Deutungsmustern nicht verstehen können.

Ersteinreichung: 14. Mai 2013; Veröffentlichung online: 7. Dezember 2013
An english abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung

Am Abend des 4. August 2011 wird im Londoner Stadtteil Tottenham der 29-jährige schwarze Brite Marc Duggan von einer Spezialeinheit der Polizei im Taxi erschossen. Anfängliche Berichte, wonach Duggan auf die Polizei gefeuert hätte, erweisen sich später als falsch. Am 6. August versammeln sich in Tottenham etwa 200 Anwohner_innen zu einer von Duggans Familie angeführten Demonstration, die vor der örtlichen Polizeistation endet. Sie fordern eine Stellungnahme. Nachdem sie mehrere Stunden vergeblich warten, eskaliert die Situation. Leerstehende Polizeifahrzeuge werden in Brand gesetzt, später erste Geschäfte geplündert. In dieser Nacht beschränken sich die Aufstände noch auf Tottenham. Am 7. August verlagern sie sich vornehmlich in die Stadtteile im Norden Londons und sind vor allem auch durch Plünderungen gekennzeichnet. Am 8. August sind bereits 22 der 32 Londoner Bezirke von den Aufständen betroffen und auch in anderen Städten wie Liverpool, Birmingham, Manchester, Bristol oder Nottingham kommt es zu Aufständen. Während sie am 9. August in London ein wenig von ihrer Heftigkeit verlieren, erlangen sie an diesem Tag ihren Höhepunkt in den anderen englischen Städten. Die Polizeikräfte sind zu diesem Zeitpunkt allein in London von 6.000 auf 16.000 aufgestockt worden. Gepanzerte Fahrzeuge und Gummigeschosse werden eingesetzt. Am 10. August lassen die Aufstände und Plünderungen schließlich überall

nach und beschränken sich auf einige lokale Ausschreitungen. Im Kontext der Aufstände kommt es zu fünf Todesopfern in der Zivilbevölkerung (drei der Opfer wurden in Liverpool von einem Auto angefahren und tödlich verletzt, als sie versuchten ein lokales Geschäft zu schützen). Es werden etwa 2.500 Geschäfte verschiedenster Art geplündert; der geschätzte Sachschaden wird auf eine halbe Milliarde Pfund beziffert.

Bereits Stunden nach Ausbruch der sogenannten *riots* [1] hatten Politik und Medien eine Analyse und Erklärungen parat, die Premier David Cameron neun Tage später noch einmal in seiner viel zitierten Rede über „the fightback following the riots and looting“ wie folgt auf den Punkt bringt:

“But what we know for sure is that in large parts of the country this was just pure criminality. So as we begin the necessary processes of inquiry, investigation, listening and learning: let’s be clear. These riots were not about race: the perpetrators and the victims were white, black and Asian. These riots were not about government cuts: they were directed at high street stores, not Parliament. And these riots were not about poverty: that insults the millions of people who, whatever the hardship, would never dream of making others suffer like this.

No, this was about behaviour ...

... people showing indifference to right and wrong ...

... people with a twisted moral code ...

... people with a complete absence of self-restraint.” (Cameron 2011a)

Er sieht die Ursache für die *riots* im moralischen Verfall und bezeichnet England als eine *broken society* (Cameron 2011b). Die Medien haben das Narrativ der „broken society“ aufgenommen und in verschiedenen Varianten reproduziert: als kranke Gesellschaft [2], als Verfall von Sitten und Moral [3] oder als bösartige Bandenkultur [4]. Drakonische Strafen für die Aufständischen waren die Folge: Im Durchschnitt wurde ein Vergehen, das während der *riots* passierte, mit zwei- bis dreimal längeren Strafen belegt als ein vergleichbares Vergehen, was davor oder danach passierte (Ministry of Justice 2012, Travis 2012).

Linke Intellektuelle, Gewerkschaften und Medien projizieren ihre bewährten Deutungsmuster auf das, was sich in diesen Tagen in Großbritannien abspielt: die *riots* als gewaltvolle Antwort auf Exklusion, soziale Polarisierung und rassistische Diskriminierung, die nur mit dem bekannten „Mantra von Sozialprogrammen und Integrationsmaßnahmen“ (Žižek 2012: 141) überwunden werden könnten. Doch ein genauerer Blick liefert schlussendlich mehr Fragen als Antworten: Während der *riots* 2011 gab es keine kollektiven Äußerungen derer, die an ihnen beteiligt waren. Wenn linke Intellektuelle, Gewerkschaften und Medien recht hatten: Warum gab es dann in den *riots* keine kollektiven Forderungen nach politischer Partizipation, dem Ausbau von Antidiskriminierungs- und Sozialprogrammen, der Gleichbehandlung und Teilhabe an einer zunehmend durch Konsum geprägten Gesellschaft wie dies bei anderen *riots* in der Geschichte Großbritanniens der Fall war (vgl. Gilroy 2012b)? Sollten etwa die konservativen Medien recht behalten haben mit ihrer Interpretation der Aufständischen als krankem Teil von Camerons *big society* und als Abschaum, der mit aller Härte aus den Straßen zu fegen ist? [5]

Diese Fragen haben uns veranlasst, auf Spurensuche nach Selbst-äußerungen und Brüchen im hegemonialen Repräsentationsregime der *riots* zu gehen und nach der politischen Subjektivität sowie der „fehlenden“ Stimme der Aufständischen zu fragen. In Ermangelung an kollektiven Äußerungen haben wir subkulturelle Repräsentationen wie Hip-Hop- und Grime-Videos, Handyfilm-Dokumentationen der *riots*, Diskussionen in Community-Zentren, Dokumentationen aktivistischer Arbeit, einen scheinbar verpatzten Fernsehauftritt sowie Formen von Zensur nachgespürt und analysiert, um über diese indirekten gegenhegemonialen Repräsentationen Antworten auf unsere Fragen zu finden. Die Analyse wertet darüber hinaus politische Reden, die Zeitungsberichterstattung und wissenschaftliche Untersuchungen aus, die im Zeitraum zwischen den *riots* im August 2011 und Mai 2013 erschienen sind.[6] Im Folgenden lesen wir die vier zentralen Aussagen der Cameron-Rede – die *riots* seien eine Frage von falschem „behaviour“, „not about race“, „not about poverty“ und „not about government cuts“ – durch die Linse von vier gegenhegemonialen Äußerungen, nämlich dem Hip-Hop-Song „Ill Manors“ von Plan B, dem popkulturell häufig zitierten Skandalinterview, in dem eine BBC-Moderatorin den schwarzen Bürgerrechtler Darcus Howe Kriminalität unterstellt, als er die britische *Stop-and-Search-Praxis* als rassistischen Auslöser der *riots* thematisiert, dem im Anschluss an die *riots* verbotenen TV-Werbepot von *Levi's*, der *riots* als freiheitlichen Lebensstil verherrlicht hatte, sowie der Rede des bekannten Aktivisten und Kulturwissenschaftlers Paul Gilroy, die er vor Betroffenen und Aufständischen in einer der Londoner Communities, die Schauplatz der *riots* war, gehalten hat. Auf diese Weise stellen wir der Einschätzung Camerons gegenhegemoniale Repräsentationen und Interpretationen der *riots* entgegen (Abschnitt 2). Alle vier gegenhegemonialen Repräsentationen verweisen auf eine Depolitisierung der Aufständischen während oder im Vorfeld der *riots* und erklären, warum es keinerlei kollektive Forderungen von Seiten der Aufständischen in der Öffentlichkeit gab (vgl. Abschnitt 3). Hier diskutieren wir die These, dass die Depolitisierung der *riots* und die Verkennung der Aufständischen als politische Subjekte nicht nur einen biopolitischen Zugriff auf ihre Körper erlaubte, der als Mittel zur gewaltvollen Befriedung der *riots* eingesetzt wurde, sondern Ausdruck einer tiefgreifenden Desartikulation ihrer kollektiven, gesellschaftlich verursachten Probleme ist. Diese Beobachtung verdichten wir zu unserer zentralen, in Abschnitt 4 diskutierten These, dass die *riots* entgegen der hegemonialen Deutung sehr wohl ein politisches Ereignis waren, das aber außerhalb des repräsentationspolitischen Deutungsrahmens der Linken wie Konservativen liegt und daher als solches in den Medien nicht verhandelbar war. Wir zeigen, inwiefern sich in den *riots*, indem sie auf Forderungen verzichteten und durch ihre Form sprachen, eine neue Form des Politischen und der politischen Subjektivität zeigt.

2. Reading the Riots

„About behaviour“?

„Oi! I said: Oi! What you looking at, you little rich boy?! We're poor round here. Run home and lock your door. Don't come round

here no more. You could get robbed for real. Because my manor's ill. My manor's ill. For real. Yeah, you know my manor's ill. You could get lost in this concrete jungle. New builds keep springing up outta nowhere. Take the wrong turn down a one way junction. Find yourself in the hood. Nobody goes there. We got an eco-friendly government. They preserve our natural habitat.“
Plan B: „Ill Manors“

Am 23. März 2012, ein gutes halbes Jahr nach den *riots*, veröffentlicht der britische Hip-Hop- und R'n'B-Künstler Ben Drew (Plan B) den Song „Ill Manors“, der prompt auf dem sechsten Platz der englischen Single-Charts landet. „Ill Manors“, gewandet in treibende Hip-Hop- und *Breakbeats* sowie ein Sample aus Shostakovichs Siebter Symphonie, ist nicht nur ein klassisches Protestlied, sondern auch eine der wenigen kritischen popkulturellen Auseinandersetzungen mit den Ursachen der Aufstände. In dem Songtext laden *chavs* [7] und Gangster den/die Hörer_in zu einer „urban safari“ ein und spielen mit Selbstzuschreibungen als Überflüssige, gefährliche Klasse und wilde Tiere. Es ist nicht nur die Rede vom „concrete jungle“, sondern auch vom „natural habitat“, das hier als Allegorie auf die „council houses“ als dem „Biotop“ dient, das von der Regierung garantiert und unter Jugendlichen als soziales Stigma angesehen wird.[8] Ben Drews Song eignet sich die hegemoniale Zuschreibung als wilder Mob, der die Straßen seines Viertels durchstreift und alles und jeden in Sichtweite attackiert, radikal an und konfrontiert seine Zuhörer_innen mit einer Selbstrepräsentation als Abschaum und Ungeziefer, das seine eigene Nachbarschaft zerstört. Auf diese Weise gelingt es ihm, die Stereotypisierung durch Medien und Politik zu parodieren und trans-codieren (vgl. Hall 1997: 270 f.). Dieser Bruch in der Selbstrepräsentation von Plan B gab uns Anlass, die hegemonialen Subjektivierungen der Aufständischen durch die Regierung und die offizielle Berichterstattung zu hinterfragen, welche die Vorlage für den Song lieferten: Der Daily Mirror sprach von „yob rule“, der Independent von „mentally disturbed underclass“, die Sun von „low-life yobbos“, „thugs“ und „idiots“, Daily Star und National Post titelten „anarchists“, Metro „madness“, die Daily Mail notierte knapp „essentially wild beasts [...] left off learning how to become human beings“.[9] Diese Anrufungen gehören zum Standardrepertoire des Panikjournalismus nach den *riots*. Sie unterstellen, dass Recht und Ordnung in größerem Maßstab in Gefahr sind. Durch ihre ausreichende Wiederholung schaffen sie eine Atmosphäre der Angst und erklären den „Feind“ zur Bestie, zum „Un-Menschen“ (Gregory 1998: 20ff.).

Die dehumanisierende Rhetorik, die den Protagonist_innen des Aufstands bereits am zweiten Tag der *riots* aus Politik, Medien und großen Teilen der Bevölkerung entgegenschlug, ist bemerkenswert. Einzelne BBC-Reporter_innen, die während ihrer nächtlichen Berichterstattung am ersten Tag der *riots* in den Aufständischen noch politische Subjekte erkennen wollten und deshalb von Protestierenden sprachen, wurden Opfer eines Sturms der Empörung und änderten daraufhin umgehend ihre Sprachpolitik (Halliday 2011). Die konservative Regierung, deren Mitglieder zu diesem Zeitpunkt mehrheitlich aus ihren Urlaubsdomizilen zurückkehrten, begann nach einigen Tagen der Zurückhaltung ihr eigenes Narrativ zu formieren

und holte zum Schlag aus. David Cameron kündigte am 15. August 2011 die „operation fightback“ an (Cameron 2011a), sprach von einer „broken society“ und von „sick elements“ (Cameron 2011b). Justizminister Kenneth Clarke wählte ähnlich markante Worte und bezeichnete die Aufständischen als „feral underclass, cut off from the mainstream in everything but its materialism“ (Lewis et al. 2011b).

Diese Radikalisierung führt zu einer Logik der Exklusion und Repression gegenüber dem vermeintlich „kranken Teil“ der Bevölkerung, dem das Menschsein und die Fähigkeit, politisch zu handeln, abgesprochen wird. Diese Rhetoriken folgen einer biopolitischen Rationalität und produzieren auf der Ebene der Gesellschaft die Diagnose einer Krankheit des „Gattungskörpers“ (vgl. Foucault 1977: 135) sowie auf der Ebene des aufständischen Individuums – einer Logik des Banns folgend – Überflüssige [10], Ausgestoßene, „homines sacri“ (vgl. Agamben 2002: 93). Sie setzen eine „Politik der Angst“ (Žižek 2011a: 43) in Gang. Die konsequente Entmenschlichung der Aufständischen legitimiert ein hartes polizeiliches Vorgehen. Die Interpretation der Politiker_innen, dass es sich bei den Unruhen um reine Kriminalität von einer Gruppe von Unverbesserlichen handelt, findet breite Zustimmung. Gerade auch Einwanderer_innen und Mitglieder ethnischer Minderheiten, die sich eine bescheidene Lebensgrundlage in der teuren Hauptstadt erarbeitet haben, zeigen oft keinerlei Verständnis. Entsprechend populär ist der Ruf nach strenger Repression (Odone 2011). Das Meinungsforschungsinstitut *YouGov* wurde während der *riots* tätig und erstellte im Auftrag der *yellow press* ein beeindruckendes Stimmungsbild. 2.700 Briten wurden am dritten Tag der *riots* befragt: 90 Prozent sprachen sich für den Einsatz von Wasserwerfern aus, 80 Prozent für den sofortigen Einsatz der Armee und 33 Prozent für den Einsatz scharfer Munition (YouGov 2011a; 2011b). Eine elektronische Petition, welche die Streichung der Sozialhilfen für Randalierende forderte, hatte innerhalb von wenigen Tagen mehr als 200.000 Unterschriften (Mains 2011).

In der Folge der *riots* fielen die Strafen drakonisch aus. Die Dauer der Gefängnisstrafen wurde bei allen Beteiligten zwei- bis dreimal länger bemessen als bei vergleichbaren Delikten, die außerhalb dieses Zeitfensters von gerade mal vier Tagen begangen wurden (Ministry of Justice 2012, Travis 2012). In den ersten Schnellverfahren gegen die Aufständischen im direkten Nachgang der *riots* wurden Exempel statuiert. Die Polizei von Manchester twitterte: „Mum-of-two, not involved in disorder, jailed for FIVE months for accepting shorts looted from shop. There are no excuses!“

Der 23-jährige, nicht vorbestrafte Nicolas Robinson erhielt sechs Monate, weil er Wasserflaschen stahl (Ford Rojas 2011). Zwei junge Männer mussten vier Jahre hinter Gitter, weil sie auf Facebook zu Krawallen in ihren Wohnorten aufgerufen hatten, die nie stattfanden (Bowcott/Carter/Clifton 2011, Rawlinson 2011). Andere Schreckensszenarien – z.B. die geforderte Sippenhaft für die Familien der Aufständischen in Form der Streichung von Sozialhilfe oder die sofortige Kündigung ihrer Sozialwohnungen – blieben aus. Die Repräsentation der *riots* als abnormales „behaviour“ (Cameron 2011a) und schlechter Sitten beraubte die Aufständischen jedoch zentraler Rechte und ihrer politischen Stimme.



Abb. 1 Tweet der Polizei von Manchester vom 13. August 2011 (Quelle: Batty 2011)

„Not about race“?

Am zweiten Tag der *riots* kam es vor laufender Kamera zu einem Eklat. Die BBC-Nachrichtenmoderatorin Fiona Armstrong interviewte den schwarzen Bürgerrechtler, Schriftsteller und Fernsehjournalisten Darcus Howe (Hersh 2011, BBC News 2011). Seine Weigerung, sich schockiert von den Ereignissen des vergangenen Tages zu zeigen und sie aufs Schärfste zu verurteilen, empörte die Interviewerin sehr. Howe versuchte – trotz zahlreicher Unterbrechungen durch die Interviewerin – die *riots* als vorhersehbar darzustellen, sprach über Rassismus, beschrieb die Lebenswelt seiner Kinder und Enkel als von der *Stop-and-Search*-Praxis geprägt, prangerte diese als rassistische und alltägliche Drangsalierung [11] an und skandalisierte die Erschießung Marc Duggans. Gänzlich aus dem Ruder lief das Gespräch, als Howe sich anschickte, die *riots* eben nicht als Randalen, sondern als politischen Aufstand (*insurrection*) und historischen Moment zu bewerten. Armstrong unterstellte, dass Howe Gewalt legitimieren wollte: „Mr. Howe. If I can just ask you, you are not a stranger to riots yourself, I understand, are you? You have taken part in them yourself?“ Howe konterte: „I’m not a – I have never taken part in a single riot. I have been on demonstrations that ended up in a conflict. And I have some respect for an old West Indian negro, instead of accusing me of being a rioter“ (ebd.). Das Interview wurde daraufhin überstürzt abgebrochen und zeigt sehr deutlich, dass die *riots* als politischer Protest gegen *racial profiling* und Rassismus im hegemonialen Diskurs nicht verhandelbar waren.

In der groß angelegten Studie „Reading the Riots“ [12] der britischen Tageszeitung *The Guardian* und der *London School of Economics* nannten Personen, die in die *riots* involviert waren, *policing*, d.h. polizeiliche Praktiken, als Hauptursache für ihre Teilnahme an den *riots*. Drei Viertel der Befragten wurden während des Jahres vor den *riots* mindestens einmal von der Polizei angehalten und durchsucht (Lewis et al. 2011a). In den Jahren 2010 und 2011 wurden in England und Wales 1,2 Millionen sogenannte *Stop-and-Search*-Maßnahmen verzeichnet – beinahe die Hälfte davon im Großraum London (Home Office 2012). Lediglich ein Prozent

der Maßnahmen führte zu einer Verhaftung. Asiatische Brit_innen wurden zweimal, schwarze Brit_innen siebenmal sooft angehalten wie weiße Brit_innen (Povey et al. 2011).

Bis zum Jahr 2010 bildeten insgesamt drei Paragraphen des britischen Strafrechts die rechtliche Grundlage zur Durchführung dieser polizeilichen Maßnahmen. Der am häufigsten angewandte Paragraph 1 des „Police and Criminal Evidence Act“ von 1984 setzt einen begründeten Verdacht voraus, dass die zu durchsuchenden Personen gestohlene oder verbotene Güter mit sich führen. Paragraph 44 des „Terrorism Act“ von 2000 und Paragraph 60 des „Criminal Justice and Public Order Act“ von 1994 hingegen erfordern keinerlei begründeten Verdacht. Sie sind als Sonderbefugnisse (*exceptional powers*) der Polizei konzipiert und funktionieren über die rechtliche Konstruktion des Ausnahmezustandes, d.h., sie sind als Anomie in die Rechtsordnung eingeschrieben und ermöglichen eine legale Suspendierung des Rechts zur Aufrechterhaltung der als bedroht eingeschätzten staatlichen Ordnung.[13]

Während Paragraph 44 am 12. Januar 2010 durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte für rechtswidrig erklärt wird (Donson 2010, Travis 2011), bleibt der nicht minder umstrittene Paragraph 60 weiterhin in Kraft (Metropolitan Police London 2012, Strickland/Berman 2012). Er ermächtigt die Polizei in einem sogenannten autorisierten Gebiet dazu, jede Person und jedes Fahrzeug zu durchsuchen, wenn davon ausgegangen werden kann, dass die Verdächtigten Waffen mit sich führen oder ganz pauschal „in anticipation of violence“.[14] Diese Befugnis gilt für einen Zeitraum von bis zu 24 Stunden und ist auf bestimmte Gebiete bezogen. Eingeführt wurde dieses Gesetz 1994 zur Kontrolle von Fußball-Hooligans. Es avancierte aber recht schnell zu einer inflationär angewendeten polizeilichen Standardmaßnahme und illustriert Agambens Diagnose einer gegenwärtigen Tendenz innerhalb westlicher Demokratien, „die Erklärung des Ausnahmezustands zunehmend [...] durch eine beispiellose Ausweitung des Sicherheitsparadigmas als normaler Technik des Regierens [zu ersetzen]“ (Agamben 2004: 20).

2000/2001 werden bereits 18.900 stop and searches allein unter dem Paragraph 60 verzeichnet, in den Jahren 2009/2010 alarmierende 118.000. Die Gefahr, angehalten und durchsucht zu werden, ist für asiatischen Brit_innen 10-mal, für schwarzen Brit_innen 30-mal höher als für einen weiße (Povey et al. 2011, Strickland/Berman 2012, 2013). Die Praxis des *stop and search* ist offensichtlich von Kriterien des *racial profiling* geprägt (Dodd 2012; 2013, Townsend 2012). Sie wird innerhalb einer „rassialisierten Grammatik der Kriminalität“ angewendet und „etabliert für bestimmte soziale Gruppen einen normalisierten Ausnahmezustand, indem grundlegende Rechte faktisch suspendiert sind“ (Altenried 2012: 8). Die in Paragraph 60 geregelte *Stop-and-Search*-Befugnis ist zwar zeitlich und räumlich begrenzt; die Polizei jedoch darf innerhalb dieses Rahmens ohne weitere Begründung agieren (Jason-Lloyd 1996: 30). Auf diese Weise werden ganze Quartiere unter Generalverdacht gestellt. Ronneberger und Tsianos (2012: 4) weisen darauf hin, dass die Konstruktion „panischer“ oder „gefährlicher Räume“ zu einer präventiven Kriminalisierung führt und die Grundlage für eine restriktive Politik der Versicherheitlichung einzelner

Stadtteile bildet. Die von der Labour-Regierung im Jahre 1997 in Auftrag gegebene Untersuchung der Ermordung des schwarzen Briten Stephen Lawrence mündete 1999 im sogenannten MacPherson-Report, der der britischen Polizei „institutionellen Rassismus“ bescheinigt (MacPherson 1999). Viele Jahre später hat sich, wie eine interne Folgeuntersuchung von 2009 (Home Affairs Committee 2009) und die bloßen Statistiken belegen, an der Richtigkeit dieser Diagnose nichts geändert.

Warum aber wird die mediale Aufmerksamkeit der *riots* vonseiten der Aufständischen nicht genutzt, um ein Ende dieses alltäglichen und im Ausnahmezustand normalisierten Rassismus zu fordern? Mehr noch: Warum wird ein Bürgerrechtler wie Darcus Howe, der sich bereits seit den 1960er Jahren gegen die Diskriminierung von Schwarzen in Großbritannien einsetzt, von einer BBC-Moderatorin mundtot gemacht, wenn er die *riots* – genau wie die oben angeführte Darstellung – als Reaktion auf die rassistische Praxis des *stop and search* benennt? [15] Das Problem ist, so unsere im Folgenden vertretene These, dass *race* eine zunehmende Kulturalisierung erfährt, die zu einer Dethematisierung von Rassismus führt. Rassistische Differenz erscheint zunehmend als kulturelle, gesellschaftliches Stigma und Exklusion werden als Wahl einer Lebensstilgruppe verhandelt.

Ein emblematisches Beispiel für dieses Argumentationsmuster sind die Äußerungen des Historikers David Starkey zu den *riots* in der BBC-Sendung *Newsnight* am 12. August 2011:

„The whites have become black. A particular sort of violent destructive, nihilistic gangster culture has become the fashion and black and white boys and girls operate in this language together. This language which is wholly false, which is this Jamaican patois that has been intruded in England and that is why so many of us have this sense of literally a foreign country.“ (Starkey zit. n. Quinn 2011)

Starkey kulturalisiert ethnische Differenz, indem er sie als *gang culture* thematisiert. Er bedient sich eines Arguments aus den Diskursen des sogenannten *new racism* (Centre for Contemporary Cultural Studie 1982). Dieser ist ein kulturalisierter Rassismus und bezieht sich auf die Art und Weise, wie die Einwanderung neuer Bevölkerungsgruppen im postkolonialen Großbritannien als etwas verhandelt wird, dass die kulturelle Homogenität der Nation bedrohe und im Stande sei, sie gänzlich zu zerstören. Wie Paul Gilroy anmerkt, erscheint diese Betonung der Kultur zwar harmloser als eine krude biologische Theorie der „Rasse“, sie ist aber nicht minder brutal, denn „social and cultural differences are being coded according to the rules of a biological discourse“ (Gilroy 2000: 34). Offen rassistische Äußerungen wären in einer Sendung der BBC nicht denkbar, durch seine Kulturalisierung ist Starkeys Argument aber nicht als offen rassistisch zu erkennen und wird auf diese Weise sogar in der BBC hoffähig. David Starkeys öffentliche Äußerungen blieben aber kein Einzelfall. In der Tageszeitung *The Independent* verfolgt John Bird ein ähnliches Argument:

„Supremacy on the street is a black supremacy. It is the uniform of the poor black inner city boldly adopting an identity to say ‚fuck you‘ – taking a social position of emptiness and nothingness and making it into a social power statement.“ (Bird 2011)

Die Tatsache, dass nicht alle Aufständischen schwarz sind, nimmt Bird zwar zur Kenntnis, verantwortlich seien sie aber dennoch, denn „poor inner-city black people are fashion leaders. They are the style leaders. They are the leader. And you follow“ (ebd.). Auch Tony Parsons schlägt im *Daily Mirror* in diese Kerbe, wenn er die als „schwarz“ attribuierte Bandenkultur als Auslöser für die *riots* nennt: „Without the gang culture of black London, none of the riots would have happened – including the riots in other cities like Manchester and Birmingham where most of rioters were white“ (Parsons 2011).

Die Vorfälle seien zwar für alle Briten sehr traurig, aber besonders für

„all the decent, hard working black men and women in this country. They have worked hard for all they have. They are a positive force in this country. They do not deserve to see the clock turned back to the Seventies and Eighties, when racism was overt and vicious. But that is what will happen. The images of black youths running wild will not be quickly forgotten“ (Parsons 2011).

So treffend Parsons Vorhersage auch sein mag, sie ist selbst Teil der performativen Herstellung eines rassistischen Backlashs in der medialen Berichterstattung über die *riots*. Die TV-Beispiele zeigen sehr eindrücklich, dass im hegemonialen Repräsentationsregime weder die Stigmatisierung ethnischer Differenz als Bandenkultur hinterfragt noch Praktiken wie *stop and search* als rassistisches Regime zur Regierung der Überflüssigen thematisiert werden können. Die Repräsentation der *riots* als „not about race“ (Cameron 2011a) spricht antirassistischen und antikulturalistischen Äußerungen ihre politische Legitimität ab.

„Not about poverty“?

Kurz vor den *riots* veröffentlichte *Levi's* einen neuen Werbespot, der bereits am 11. August 2011 zurückgezogen wurde (Neate 2011). Er zeigte Jugendliche in feschem *casual outfit* in *Levi's* Hosen während der Aufstände des 1. Mai in Berlin. Eine Stimme aus dem Off zitierte ein Gedicht von Charles Bukowski, einer Ikone der US-amerikanischen Gegenkultur. Der Spot endete mit einem Close-up auf einen Aufständischen in *Levi's* Jeans von hinten, der sich gegen eine Polizeikette auflehnt, sowie dem Slogan „Go forth!“ (ebd.).

In den *riots* 2011 scheint der Spot Wirklichkeit geworden zu sein. Neben Zerstörungen kam es zu unzähligen Plünderungen. Der meist geplünderte Filialist war JD Sports (vgl. Abb. 2). ‚*Gangster chic*‘ und ‚*dangerwear*‘ sind Verkaufsschlager – nicht nur bei *Levi's*, auch JD Sports ist dafür bekannt, ‚dissidente‘ Konsumwünsche zu befriedigen.

Neben den vor allem bei Jugendlichen beliebten Bekleidungsgeschäften waren insbesondere Händler technischer Geräte wie Handys (*Carphone Warehouse*, *T-Mobile*) und Elektro- und Elektronikfachhändler wie *Currys*, *Comet* oder *PC World* beliebte Anlaufpunkte, aber auch Läden mit Waren des alltäglichen Bedarfs (*Tesco*) und für Sportwetten (*William Hill*, *Coral*) zählten zu den beliebtesten Zielen. Die geplünderten Waren reichten von Markenkleidung über Flachbildfernseher bis hin zu Wasserflaschen und



Abb. 2 Liste der meist geplünderten Filialgeschäfte während der *riots* 2011

Babywindeln. Eine Vielzahl der Plünderungen war nicht gewaltsam und chaotisch, sondern glich eher vergnügten Shoppingtouren in Warenhäusern ohne Verkäufer_innen.[16] Dem Gerücht nach fingen Jugendliche in einem Burger King sogar selbst an, Burger zu braten.

Folgt man der These Zygmunt Baumanns (2010), so verlaufen gegenwärtig Identitätskonstitutionen zunehmend nicht mehr über Produktion, sondern über Konsumtion, von der immer mehr Menschen ausgeschlossen sind. Die „Konsumgesellschaft“ rufe „ihre Mitglieder *primär in ihrer Eigenschaft als Konsumenten*“ (ebd.: 71; Hervorh. i. O.) an und behandle Konsumieren als „ein universelles Menschenrecht *und* eine universelle Menschenpflicht zugleich“ (ebd.: 74; Hervorh. i. O.). Dadurch würden „die Armen in eine Lage hineingedrängt, in der sie [...] das wenige, was ihnen an Geld oder Ressourcen zur Verfügung steht, für sinnlose Konsumobjekte statt für das Lebensnotwendige ausgeben müssen, um so die totale gesellschaftliche Erniedrigung abzuwenden“ (Shrestha, zit. n. ebd.: 75).

In keinem anderen europäischen Land ist seit den 1970er Jahren die soziale Schere soweit auseinandergegangen wie in Großbritannien. Waren 1970 noch 1,2 Prozent des nationalen Einkommens in der Hand der 0,1 Prozent reichsten Briten, so waren es im Jahr 2005 bereits 5 Prozent. Das bedeutet in den Händen der Reichsten 0,1 Prozent versammelte sich nun knapp 700 Prozent mehr als 1970 (Dorling 2012: 6). Bauman bezeichnet die vom Konsumismus Ausgeschlossenen als „Invaliden“ und „fehlerhafte Konsumenten“, die jedoch – anders als die Außenseiter_innen des Fordismus – nicht länger als Menschen imaginiert würden, „die Hilfe und Fürsorge verdienen, da das Befolgen und Erfüllen der Grundsätze der Konsumkultur (völlig kontrafaktisch) als jederzeit und universell möglich gilt“ (Baumann 2010: 76). „Soziale Invalidität“ werde in der Konsumgesellschaft als „Ergebnis individueller Mängel“ (ebd.) gesehen. „[W]eil die Frage der ‚Gesellschaftsfähigkeit‘ der Verantwortung und Sorge des Einzelnen übertragen wurde, [...] sind Praktiken der Exklusion in der Gesellschaft von Konsumenten sehr viel strikter, strenger und unnachgiebiger als in der Gesellschaft von Produzenten“ (ebd. 75). Bauman (2011) und Žižek (2012) interpretieren die *riots* als „ironische Antwort auf die Konsumideologie: ‚Ihr ruft uns auf zu konsumieren und nehmt uns zugleich die Mittel, dies zu tun – hier sind wir nun und machen es in der einzigen Weise, die uns bleibt!‘“ (Žižek 2012: 143).

Der *Levi's*-Werbespot zeigt, wie sehr die Zeichen, die einst Widerstand gegen das System bedeuteten, im Differenzkapitalismus inkorporiert und zu begehrenswerten Konsumgütern auch für diejenigen geworden sind, die mit ihnen keine politischen Inhalte mehr verbinden. Die Inkorporierung von Kritik und Dissidenz in den kapitalistischen Verwertungszyklus ist zu einem wesentlichen Motor der Erneuerung des Kapitalismus geworden (Boltanski/Chiapello 2006: 476ff.). Indem Marker von Identität und Zeichen der Dissidenz zu *trademarks* werden, werden gleichzeitig eine Vielzahl ihrer Träger_innen von ihren eigenen Symbolen enteignet, die sie sich in der Konsumgesellschaft nun schlicht nicht mehr leisten können. Konsumieren ist nach Bauman die individuelle Wahl vorgegebener Optionen (2010: 75). Aber was haben, mit Žižek gefragt, die Aufständischen

von der „gefeierten Wahlfreiheit, wenn die einzige Wahl darin besteht, entweder nach den Regeln mitzuspielen oder blinde (selbst-)zerstörerische Gewalt anzuwenden?“ (2012: 140).

Die zunehmende Bedeutung von Konsum für die eigene Subjektkonstitution führt bei den Jugendlichen zu einer doppelten Exklusion: erstens sozioökonomisch, in dem sie als „überflüssig“ (Bauman 2005: 42) stigmatisiert werden, wenn sie nicht am Konsum teilnehmen können, und zweitens symbolisch, indem sie von den Zeichen enteignet werden, die ihre eigene Identität markieren. In einer konsumistischen Gesellschaft, in der Freiheit als Wahl von Produkten definiert wird, wird den Überflüssigen ihre Handlungsfähigkeit als politische Subjekte abgesprochen. Die Repräsentation der *riots* als „not about poverty“ (Cameron 2011a) verstärkt diesen Effekt.

„*Not about government cuts*“?

Am selben Tag, an dem Cameron seine Rede über die *broken society* hielt, trat der berühmte Aktivist und Kulturwissenschaftler Paul Gilroy in einem Community Centre in Tottenham – einem Brennpunkt der *riots* – in einen Dialog mit Sozialarbeiter_innen, Anwohner_innen und Aufständischen. Auf die Frage, warum die sozialen Institutionen und Community-Organisationen versagt und sich nicht wie noch 1981 bei den *riots* in Brixton zur sozialpolitischen Stimme der Aufständischen gemacht hätten, gab Gilroy folgende Antwort:

„When you look at the layer of political leaders from our communities, the generation who came of age during that time thirty years ago, many of those people have accepted the logic of privatization. They’ve privatized that movement, and they’ve sold their services as consultants and managers and diversity trainers.“ (Gilroy 2011)

Seit den 1970er Jahren hat die Sozialpolitik in England eine Neoliberalisierung erlebt, die mit anderen europäischen Staaten kaum vergleichbar ist. Eine ganze Generation von britischen Sozialarbeiter_innen, ausgebildet in den Grundfragen Gleichstellung und Antidiskriminierung, eingesetzt zur Stabilisierung lokaler *communities*, wurde im Zeichen des neoliberalen Ausverkaufs sozialer Fragen unter Thatcher zu *diversity managers* und *social entrepreneurs*, deren wichtigste Aufgabe es ist, die Menschen aus den *community centres*, Frauenselbsthilfegruppen, psychosozialen Einrichtungen und Jugendzentren für den Arbeitsmarkt zu aktivieren und wieder in die Konsumgesellschaft zu integrieren.

Seit 2010 wurden 18 Milliarden Pfund im britischen Sozialsystem gestrichen (AFP/dpa 2010, Bumke 2012, Gentleman 2011, Stratton/Elliott/Ramesh 2010). Den *riots* waren zahlreiche Proteste gegen die größten sozialpolitischen Sparmaßnahmen in der jüngeren englischen Geschichte vorausgegangen, im Rahmen derer auch zahlreiche *community centres* geschlossen wurden: Im November und Dezember 2010 protestierten Schüler_innen und Studierende gegen massive Kürzungen im Bildungssektor, die Erhöhung der Studiengebühren und die Abschaffung der „Education Maintenance Allowance“.[17] Das erste Halbjahr 2011 war

von gewerkschaftlich organisierten Demonstrationen und Kundgebungen geprägt, die sich gegen die Austeritätspolitik der Regierung wandten. Der *Trades Union Congress* initiierte am 26. März den sogenannten „March for the Alternative“ in der Londoner Innenstadt, an dem rund 500.000 Menschen teilnahmen.

Die feministische Medientheoretikerin Angela McRobbie (2012) rechnet vor, dass derzeit Aktivierungs- und Eingliederungsmaßnahmen für alleinerziehende Mütter eine 30-Stunden-Woche ausfüllen. Dies ist Ausdruck eines Prozesses der Neoliberalisierung, der dazu geführt hat, dass viele soziale und politische Einrichtungen, wenn sie nicht ganz abgeschafft wurden, soweit zu verlängerten Armen des neoliberalen Staates wurden, dass sie ihren politischen Anspruch – beispielsweise Forderungen nach sozialer Teilhabe und gegen rassistischen Ausschluss – häufig fast ganz verloren haben. Wer sich nicht aktivieren lässt, braucht auf politische Rechte oder eine Stimme in den neoliberalen Formen von *governance* zwischen *diversity management* und *empowerment* durch Partizipation nicht zu hoffen. Die Repräsentation der *riots* als „not about government cuts“ (Cameron 2011a) negiert die massiven Sparmaßnahmen, die Rolle, die die Privatisierung von Sozialarbeit hatte und spricht Aufständischen, die sich nicht in der ökonomisierten Logik der Sozialverwaltung folgend eingliedern lassen wollen, ein weiteres Mal ihre politische Stimme ab.

From voice to noise

Die vorangegangenen Ausführungen haben erstens gezeigt, dass die Stigmatisierung der Aufständischen als Abschaum und ihres Verhaltens als abnormal zu ihrer Entmenschlichung führt. Diese verwandelt ihre Stimme in Lärm, spricht ihnen ihre politische Subjektivität ab und stigmatisiert ihren Aufstand als pure Kriminalität. Zweitens ist deutlich geworden, dass die Praxis des *stop and search* nicht als rassistisches Regime der ‚Versicherheitlichung‘ thematisiert werden kann. Stattdessen wird ethnische Differenz als Bandenkultur kulturalisiert: Alltäglicher Rassismus rückt im Gewand von *gang culture* wieder in das Feld des Sagbaren und ist politisch als solcher nicht mehr anklagbar. Drittens wurde herausgearbeitet, dass in Zeiten, in denen Konsum zu einem zentralen Moment der eigenen Subjektconstitution geworden ist, viele Jugendliche von einer doppelten Exklusion betroffen sind: einmal ökonomisch, weil sie sich die Konsumgüter, die ihren Lebensstil markieren, nicht leisten können. und zum Zweiten sozial, weil sie von ihren eigenen Zeichen und Symbolen, ihrer Identität und Sprache enteignet werden. Dies sind genau solche Zeichen und Symbole, die einst aus ihren Milieus stammend für den Widerstand gegen das System standen und nun als *gangster chic* von ihm vereinnahmt sind. Viertens hat die Analyse gezeigt, dass der Rückbau sozialstaatlicher Einrichtungen und bildungspolitischer Förderungsmaßnahmen zu einer Restrukturierung und Vermarktlichung des Sozial- und Bildungsbereichs geführt hat, der zunehmend darauf ausgerichtet ist, Individuen für den Arbeitsmarkt zu aktivieren. In allen vier Fällen wird die politische Stimme bestimmter Menschen verneint und in Lärm (not voice = noise, Rancière 2007) verwandelt.

3. „Alles, was wir jetzt sagen, kann uns weggenommen werden – alles, nur nicht unser Schweigen“ [18]

“Dear England, whoa, give me the words, give me the words, that tell me nothing” (Lowkey feat. Mai Khalil “Dear England”)

Lowkey und Mai Khalil machen in ihrem Hip-Hop-Song „Dear England“ deutlich, dass ihnen alle staatlichen, sozialpolitischen und medialen Repräsentationen der *riots* wie auch der Aufständischen rein gar nichts sagen. Sie halten ihnen eine eigene Erzählung, in der Kolonialgeschichte, Rassismus und Kapitalismus als Ursachen der *riots* benannt werden, entgegen. Gleichzeitig betont der Song die Sprachlosigkeit der Aufständischen: Ihre Variante der Geschichte wird nicht oder immer nur in einer Weise gehört, die sie für ihre Probleme selbst verantwortlich macht. Die Möglichkeiten politischer Artikulation sind in Camerons *big society* eingeschränkt.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass es während und auch nach den *riots* so gut wie keine Formen der Selbstorganisation oder kollektive Forderungen vonseiten der Aufständischen in der Öffentlichkeit gab (vgl. hierzu auch Žižek 2012: 139). Im Gegenteil müssen die *riots* als Verweigerung politischer Repräsentation gelesen werden. Ihre potentiellen Vertreter_innen wie Community-Organisationen, Gewerkschaften, Aktivist_innen, Studierendenvereinigungen oder Sozialverbände traten zwar hier und da im Feuilleton oder in wissenschaftlichen Untersuchungen mit ihren Einschätzungen und Deutungen der *riots* in Erscheinung (vgl. z.B. die Stellungnahme des gewerkschaftlichen Dachverbandes, dem Trades Union Congress 2011). Als Repräsentant_innen der Aufständischen aber kamen sie nicht mehr infrage. Dies ist ein deutlicher Unterschied beispielsweise zu den *riots* in Brixton 1981, als es noch soziale Bewegungen gab, die die Belange der Menschen aus den Vierteln vertraten und Probleme rassistischer oder sozioökonomischer Exklusionsmechanismen thematisierten (vgl. Gilroy 2012b; 2012c).

Die Desartikulation des Sozialen?

Eine weitere mögliche Antwort auf die Frage, warum es keine kollektiven Forderungen vonseiten der Aufständischen gab, liegt in der individualisierenden Form des Neoliberalismus, die seit Margret Thatcher ihren Siegeszug in England feiert. 24 Jahre vor Camerons Diagnose der *broken society* sagte sie:

“I think we have gone through a period when too many children and people have been given to understand “I have a problem, it is the Government’s job to cope with it!” [...] and so they are casting their problems on society and who is society? There is no such thing!” (Thatcher 1987)

Für sie gibt es nur “individual men and women [...] It is our duty to look after ourselves” (ebd.). In der (Konsum-)Gesellschaft wird die Verantwortung für das Gelingen der Integration zunehmend auf den/die Einzelne_n

abgewälzt. Fast schon ikonisch ist in dieser Hinsicht die Fernsehsendung „Jamie Oliver’s Dream School“ geworden, in der 20 Teenager ohne Schulabschluss Unterricht von einer Reihe Prominenter – darunter auch der bereits oben zitierte Geschichtswissenschaftler Starkey – erhalten. „Die Sendung enthält eine einfache ideologische Anrufung: Ebenso wie Jamie Oliver können die Schüler_innen auch ohne Schulabschluss erfolgreich sein, wenn sie sich genügend Mühe geben und man ihnen Selbstwertgefühl vermittelt“ (Werthschulte 2011: 2).

Die Individualisierung kollektiver Problemlagen geht dabei mit einer zunehmenden Entsolidarisierung einher. Gesellschaftliche Probleme und Brüche wurden in der Folge von Thatcherismus und britischem „Drittem Weg“ unter der Labour-Regierung soweit individualisiert, responsibilisiert und in die verlängerten Arme des unternehmerischen Staates inkorporiert, dass kollektive politische Organisationsformen und Forderungen zunehmend verunmöglicht wurden. Die systematische Austrocknung der Gewerkschaften mag hier ebenso erwähnt werden wie der Zwang zu „Qualifikationsmaßnahmen“, die zunehmend ihren Namen nicht mehr verdienen, weil sie, statt wirklich zu qualifizieren, Arbeitslose zu Dumpingpreisen ausbeuten, ohne dass sich die Aktivierten dagegen wehren können (McRobbie 2012). Die Geschichtswissenschaftlerin Lisa Duggan legt in ihrer Analyse der US-amerikanischen Gesellschaft dar, was auch für Großbritannien gilt: Innerhalb von identitätspolitischen Kämpfen wird die Frage nach gleichen Rechten in (neo-)liberalen Begriffen reartikuliert (ebd.: XVIII f.).

„In general, too few on the left have noticed that as neoliberal policies continued to shrink the spaces for public life, democratic debate, and cultural expression during the 1990s, they were doing this through their own versions of identity politics and cultural policies, inextricably connected to economic goals for upward redistribution of resources.“ (Duggan 2004)

Die Tatsache, dass bestimmte Stimmen und Forderungen aus dem Feld des Sozialen ausgeschlossen werden und politisch nicht mehr artikulierbar sind, beschreibt Angela McRobbie als eine „Politik der Desartikulation“ (2010: 47ff.). Im „gesellschaftlichen und kulturellen Leben [ist] zu beobachten, wie benachteiligte soziale Gruppen, die möglicherweise zwecks einer Verfolgung gemeinsamer Ziele sich hätten zusammenschließen können, immer weiter auseinanderrücken“ (ebd.: 49). Damit wird „die gruppenübergreifende politische Nutzbarmachung von intersektionalen Differenzkategorien“ (ebd.), die zwischen unterschiedlichen identitätspolitischen Kämpfen denkbar wären, unterbunden und „genau diese Art von progressiver, intersektionaler Politik zur Zeit desartikuliert“ (ebd.). Boris Buden (2009) weist darauf hin, dass gegenwärtig soziale Unruhen zumeist als „urban struggles“ bezeichnet werden, weil die verhandelten Probleme politisch nicht mehr als „soziale“ artikulierbar sind.

An die Stelle der Bekämpfung von sozioökonomischen Ungleichheitsstrukturen tritt im Zuge der neoliberalen Transformation (von Staatlichkeit) eine neue Form der Regierungstechnik: Im Foucault’schen Sinne ist diese neue Form neoliberaler Gouvernementalität dadurch

gekennzeichnet, dass sie emanzipatorische „Aushandlungsprozesse hegemonial überformt und zum Teil eines neoliberalen ökonomischen Projekts macht“ (Sauer 2007: 36) und „zusehends zur Entsolidarisierung und Entpolitisierung von Ungleichheitsstrukturen führt“ (ebd.: 40). Ziel ist nicht länger soziale Gerechtigkeit, sondern die Akzeptanz von Ungerechtigkeit (vgl. Dzudzek/Strüver 2013).

Depolitisierung im Neoliberalismus

Jenseits neoliberaler Repräsentation werden Subjekte nicht als politische anerkannt. Dies zeigt sich in den *riots* auf zweifache Weise: erstens in der Desartikulation der Aufständischen als politische Subjekte durch ihre Dehumanisierung und die Heraufbeschwörung eines Ausnahmezustandes, der den Menschen ihre politische Stimme innerhalb der Institutionen der britischen *big society* nimmt, und zweitens im Nicht-Artikulieren von politischen Forderungen, was eine Verweigerung der Repräsentation durch ebendiese politischen und zunehmend neoliberalisierten Institutionen darstellt.

„Ich glaube jedoch, die Frage sollte nicht lauten: Waren diese Unruhen und das Plündern politisch? Sondern: Gibt es in diesem Land überhaupt noch Politik?“ (Gilroy 2012a: 112).

Mit dieser Fokusverschiebung vertritt Paul Gilroy in einer Rede über die *riots* 2011 die These, dass Großbritannien durch einen postpolitischen Konsens gekennzeichnet sei, in dem Forderungen, die über diesen Konsens hinausgehen oder ihn gar infrage stellen, außerhalb des Sagbaren liegen und damit politisch nicht mehr verhandelbar sind. In ihrer „sprachlosen Form“ weisen die *riots* auf die zunehmende Unmöglichkeit hin, politische Subjektpositionen jenseits von Aktivierung, Responsibilisierungslogik und Verwertungszwang zu artikulieren. „Was die derzeitige Situation postpolitisch macht, ist der Ausschluss der Möglichkeit der Politisierung“ und erläutert am Beispiel der Bürgerrechtsbewegung in den USA, dass es dort nicht um die Schwierigkeiten des Einzelnen ginge, sondern um kollektive Rechte. „Polarisierung“ bedeute „das Anheben des Einzelfalls auf das Niveau des Universellen“ (Dean 2011 24).

„Die Post-Politik versucht gerade, diese metaphorische Verallgemeinerung partikularer Forderungen zu verhindern. Post-Politik mobilisiert den ganzen Apparat von Experten, Sozialarbeitern usw., um die Gesamtforderung einer partikularen Gruppe, genau auf ebendiese Forderung mit ihrem bloß besonderen Inhalt zu reduzieren.“ (Žižek 2001: 281)

Die Aufständischen wissen, dass ihre Forderungen trotz oder gerade aufgrund von *diversity managers* und *community workers* nicht durchsetzbar sind. Die *riots* müssen daher nicht als Mangel, sondern als Verweigerung bestehender Formen politischer Repräsentation gelesen werden. „[It] is not by chance that the precarious of postfordism reject political representation“ schreibt Isabell Lorey (2011: 1) in ihrer Auseinandersetzung mit den Aufständen und Platzbesetzungen 2011. Daher werden wir abschließend

diskutieren, ob und inwiefern sich in den *riots* eine neue Form des Politischen und politischer Subjektivität jenseits von Repräsentationspolitik zeigt und welche Konsequenzen sich daraus ergeben.

4. Die *riots* – eine neue Form des Politischen?

Im Folgenden argumentieren wir, dass die *riots* insofern politisch sind, als es ihnen gelingt, den „normalisierten Ausnahmezustand“ (Altenried 2012: 26) temporär aufzuheben und neue politische Subjekte zu artikulieren. Es gelingt aber nicht, diese neuen politischen Subjekte dauerhaft in die bestehende Ordnung postpolitischer Regierung einzuschreiben und damit zu verändern. Trotzdem blitzen in den *riots* temporär neue politische Subjekte auf, die auf wichtige Widersprüche der gegenwärtigen neoliberalen Gesellschaftsordnung hindeuten und deshalb unsere Aufmerksamkeit verdienen. Dabei ist „die Tatsache, dass die Aufständischen kein Programm haben [...], selbst ein Fakt, den es zu interpretieren gilt“ (Žižek 2012: 140) und der den Ausgangspunkt für die folgenden Überlegungen darstellt.

„Da die urbanen Aufstände in England auf Forderungen und Appelle fast komplett verzichteten, sprachen sie ausschließlich durch ihre Form,“ schreibt Moritz Altenried (2012: 71) in Bezug auf die *riots*. Bezugnehmend auf Hardt und Revel versteht er sie als „politisch, weil sie sich auf einem konstituierenden Terrain positionieren und nicht im Bereich der Forderungen“ (Hardt/Revel 2011, zit. n. Altenried 2012: 72). Damit schließt er an das poststrukturalistische Verständnis von Politik im Sinne der neueren Theorien des Politischen (Marchart 2010, Rancière 2002, Žižek 2001) an, die unter Politik gerade nicht das Spielen nach den Regeln der (repräsentativen) Demokratie und ihrer zunehmend neoliberalisierten Institutionen verstehen.

„Der eigentliche politische Akt (die Intervention) ist nicht einfach etwas, was innerhalb der existierenden Verhältnisse gut funktioniert, sondern etwas, was gerade den Rahmen verändert, der festlegt, wie die Dinge funktionieren“ (Žižek 2001: 273). Nach Rancière (2002: 132) existiert Politik „dort, wo die Rechnung/Zählung der Anteile und die Teile der Gesellschaft von der Einschreibung eines Anteils der Anteillosen gestört wird“; wenn die, deren Stimme (*voice*) durch die herrschende Ordnung nur als Lärm (*noise*) wahrgenommen wird, ihr Recht zu sprechen einfordern, Sprache erlangen und Orte schaffen, die ihnen die Ausübung dieses Rechts erlauben (Swyngedouw 2011: 376).

“In rioting there is a contentious but fragmented process of forming and dissolving, during which multiple shifts occur from planned to spontaneous, non-violent to violent, collective to individual actions and vice versa. In riots, not only are the claims of rioters not clearly articulated, but also their right to act as claim-making subjects is severely contested. Thus, riots challenge public definitions and perceptions of ‘politics’.” (Simiti 2012: 145)

In den *riots* zeigt sich insofern eine Form von Politik im Sinne Rancières, als sie einen Moment darstellten, der die Umkehrung des normalisierten Ausnahmezustands und eine räumliche Praxis der Wiederaneignung zeitigt. Politik im Sinne der oben diskutierten poststrukturalistischen

Vertreter_innen der neuen Theorien des Politischen ist aber auch eng mit politischer Subjektconstitution verbunden. “[T]he only place one finds the unaccounted for is in the emergence of a political articulation, at a particular time and space, an emergence that becomes the claim of the unaccounted for to redefine the whole and to speak” (Dikeç 2005: 177; Hervorheb. i. O.). Diese Form der Artikulation und politischen Subjektwerdung bezeichnet Rancière als „Unvernehmen“ (2002).

Judith Butler (2011) verweist in ihrer Auseinandersetzung mit den vielfältigen Formen der Platzbesetzungen in 2011 (Kairo, Madrid, Athen, New York, Tel Aviv) auf die Schwierigkeit, eine ausgeschlossene Subjektposition und die mit ihr verbundenen politischen Forderungen im öffentlichen Raum zu äußern. Den Grund hierfür sieht sie in der Tatsache, dass jeder Raum bereits aufgeteilt ist und Menschen jenseits der herrschenden Ordnung politische Subjektivität abspricht (ebd.). Im Rückgriff auf Hannah Arendt schiebt sie, dass öffentlicher Raum nichts Gegebenes ist. „There has to be a hegemonic struggle over what we are calling the space of appearance” (ebd.: 1f.), “in acting, we bring the space of politics into being” (ebd.: 6). Dieser politische Raum kann erst durch eine performative Praxis zwischen Körpern gestiftet werden: „one that displaces the power that claims legitimacy precisely by taking over the field of its effects“ (ebd.: 5). Butler nennt die Platzbesetzungen von 2011 politisch, weil diese in der performativen Praxis des Austausches – der Sicherstellung alltäglicher Bedürfnisse auf den Plätzen [19] – eine neue soziale und politische Form der Gemeinschaft entwickelt haben:

“These actions were all political in the simple sense that they were breaking down a conventional distinction between public and private in order to establish relations of equality; in this sense, they were incorporating into the very social form of resistance the principles for which they were struggling on the street.” (ebd.: 8).

In diesem Sinne führt das Unvernehmen hier zur Herausbildung neuer politischer Subjekte, die sich in die herrschende Ordnung einschreiben und diese hin zu einer neuen sozialen Form transformieren.

Demgegenüber charakterisiert Mustafa Dikeç die Unruhen der Pariser Vorstädte in seiner Analyse als „unartikulierte Gerechtigkeitsbewegungen“ (2007: 169), die nicht als Stimmen (*voices*) wahrgenommen würden, die die Ordnung der Dinge infrage stellen, sondern als Lärm (*noise*), der die etablierte Ordnung stört (ebd.). Benjamin Fogel beschreibt die *riots* als Ereignisse, die zwar verschiedene neue politische Subjekte hervorbringen, dabei jedoch nicht gleich die Institutionierung einer neuen sozialen Ordnung zeitigen:

“A riot falls into the category of a rupture of the established order that creates a political subjecthood of sorts, but it fails to become an event, in the sense that it does not bring something completely new into being or provide an alternative vision for the future. Riots merely call the existing system into question.” (Fogel 2011)

Gelang es den Londoner Aufständischen, sich als neue politische Subjekte zu artikulieren und dadurch die hegemoniale Ordnung infrage zu stellen und zu verändern? Žižek verneint diese Frage. Da es nicht gelänge, jenseits

von Plünderung und Zerstörung Forderungen zu artikulieren, wäre es auch nicht möglich, ein neues revolutionäres Subjekt zu konstituieren (2012: 139f.). Hierin sieht Žižek ein Scheitern der *riots* als „abstrakte Negativität“ (ebd.: 139).

„Aus revolutionärer Perspektive besteht das Problem der Unruhen nicht in der Gewalt als solcher, sondern in der Tatsache, dass diese Gewalt nicht wirklich bewusster Ausdruck der Selbstbehauptung ist. Sie ist vielmehr ohnmächtige Wut und Verzweiflung maskiert als Machtdemonstration; sie ist Neid maskiert als triumphaler Karneval.“ (ebd.: 143)

Žižek übersieht jedoch, dass die Forderungs- und Sprachlosigkeit der Aufständischen nicht notwendiger Weise darin begründet liegt, dass diese keine politische Subjektivität haben, sondern dass sie in den gegenwärtigen Formen der neoliberalen Konsensdemokratie zunehmend ungehört bleiben, wie die vorangegangene Analyse deutlich herausgearbeitet hat. Indem Žižek einen Mangel an „wirklich bewusstem Ausdruck der Selbstbehauptung“ bei den Aufständischen diagnostiziert, schiebt er die Schuld für das Scheitern der politischen Artikulation ein weiteres Mal den Aufständischen zu. Eine solche Perspektive lenkt von der Schwierigkeit politischer Artikulation unter den gegebenen individualisierenden Verhältnissen ab. Der Nachgang der *riots* hat gezeigt, wie schnell sich das ‚Möglichkeitsfenster‘ der temporären Umkehrung des normalisierten Ausnahmezustands wieder geschlossen haben: Die Dehumanisierung der Aufständischen als ‚Abschaum‘ und der damit begründete biopolitische Zugriff auf ihre Körper legitimierten drakonische Maßnahmen und Strafen zur Restauration der neoliberalen, postdemokratischen Ordnung.

Žižeks (2012) Deutung der *riots* in London als Scheitern der Etablierung politischer bzw. revolutionärer Subjekte und Dikeçs (2007) Interpretation der Aufständischen in den Pariser Vorstädten 2005 als „unartikulierte“ Subjekte halten wir eine Deutung entgegen, die gerade die Herausbildung politischer Subjektivität in den *riots* 2011 in London betont. Indem Žižek die *riots* als Ausdruck „abstrakter Negativität“ denkt, verkennt er, dass während der *riots* durchaus neue politische Subjekte auf den Plan getreten sind. Es ist aber nicht gelungen, sie dauerhaft in die vorherrschenden neoliberalen, politischen Ordnung einzuschreiben oder alternative soziale Praktiken und „spaces of appearance“ (Butler 2011: 5f.) über die *riots* hinaus zu etablieren, die die postpolitischen Regeln neu verhandelt hätten. Dennoch aber ist es wichtig, Momente politischer Subjektwerdung und *agency* in den *riots* anzuerkennen, weil nur diese Ausgangspunkt möglicher emanzipatorischer Politik sowie möglicher neuer politischer Subjektkonstitutionen und Ordnungen sein können, die gegenwärtig nicht als solche artikulier- und verhandelbar sind.

Eine weitere wissenschaftliche Untersuchung politischer Subjektivität in den *riots* stellt unseres Erachtens eine Zukunftsaufgabe dar: Hier zeigen sich zentrale Widersprüche der gegenwärtigen neoliberalen Gesellschaftsordnung, möglicherweise auch neue Formen ihrer Bearbeitung sowie neue „spaces of appearance“ jenseits einer Rückkehr zur Integrationsmaschine Wohlfahrtsstaat, die es – so erstrebenswert Aspekte davon manchen erscheinen mögen – nicht mehr geben wird.

Endnoten

- [1] Wir verwenden in diesem Artikel das Wort *riots* für die Aufstände in England, weil sich ‚riots 2011‘ als Bezeichnung für das Ereignis in Medien und Wissenschaft durchgesetzt hat. Analytisch und politisch, so sind wir überzeugt und werden das im Rahmen dieses Artikel auch begründen, wäre es angemessener, von ‚insurrections‘ oder ‚Aufständen‘ zu sprechen. Denjenigen, die an den *riots* beteiligt waren, sind durch Regierung und Presse die unterschiedlichsten Namen gegeben worden, die von ‚protesters‘ über ‚monsters‘ bis ‚sick elements‘ reichen. Entsprechend unserer These, dass die *riots* ein politisches Ereignis waren, nutzen wir im Folgenden die Bezeichnung ‚Aufständische‘.
- [2] Der Daily Telegraph vom 11.8.2011 eröffnet beispielsweise mit der Hauptschlagzeile „Our Sick Society“.
- [3] Die Daily Mail vom 10.8.2011 spricht beispielsweise von „nihilistic and feral teenagers, seemingly devoid of any semblance of morality“.
- [4] Ian Burrell (2011) beispielsweise erkundet in The Independent vom 10.8.2011 die „bloody and perverse world of Britain’s gang culture“, „a culture that has spread through Britain like a virus over the past 20 years“ und sieht darin eine der Hauptursachen der riots.
- [5] Dass das durchaus wörtlich zu verstehen ist, macht nicht nur die *operation fightback* (Cameron 2011a) der Regierung deutlich, sondern auch das zivilgesellschaftlich organisierte *riot clean-up* (Davies et al. 2011), eine Aktion, bei der tausende Bürger_innen, häufig medial inszeniert mit Models und Promis, mit dem Besen zum Aufräumen auf die Straße gingen. Der Symbolgehalt der Aktion verweist direkt auf Sarkozys Law-and-Order-Parolen aus dem Jahr 2005 über die Verhältnisse in den Pariser Vorstädten, die in den Aufständen von 2005 in den Banlieues mündeten: Dort sagte er, man müsse die ‚racaille‘ (das Gesindel/den Abschaum) mit einem Hochdruckreiniger aus den Straßen kehren (LeMonde/AFP 2005, vgl. auch Dikeç 2007).
- [6] Dieser Artikel ist im Nachgang zu einer Veranstaltung entstanden, die wir mit „nitribitt – frankfurter ökonomien“ im November 2012 unter dem Titel „Versuch’s mal mit Gewalt? Das Ende der Politik?“ zu den *riots* 2011 im Rahmen der Frankfurter Gegenuniversität im Institut für vergleichende Irrelevanz gemacht haben. Der Veranstaltung sind intensive und sehr anregende Debatten vorausgegangen. Wir danken Anne Jung, Bodo Pallmer, Dirk Kreckler, Dirk Kretschmer, Klaus Ronneberger, Melanie Schreiber und Nicolette Naumann sehr herzlich für die vielen Anregungen aus wissenschaftlicher, politischer, ökonomischer und künstlerischer Perspektive, die Inhalt und Struktur des Artikels maßgeblich geprägt haben. Das Institut für vergleichende Irrelevanz wurde am 24. April 2013 geräumt. Wir werden diesen Ort kritischer Auseinandersetzung vermissen.
- [7] „Chav (British informal, derogatory): a young working-class person whose tastes, although sometimes expensive, are considered vulgar by some“ (siehe: <http://www.collinsdictionary.com/dictionary/english/chav>). Darüber hinaus wird *chav* häufig auch als Backronym für *council housed and violent* zur Stigmatisierung einer wachsenden Bevölkerungsgruppe als rücksichtslos, faul und kriminell verwendet. Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auf die im Jahr 2011 publizierte Arbeit ‚Chavs. The Demonization of the Working Class‘ des Historikers und Journalisten Owen Jones (2011).
- [8] Der Titel „Ill Manors“ ist mehrdeutig. In der Schriftsprache verweist er auf das kranke Landgut oder die Grundherrschaft, welche sich in diesem Fall ironisch auf die Wohnblocks und *council houses* beziehen, in der gesprochenen Sprache auf die *ill manners*, also die kranken Manieren oder das kranke Verhalten.
- [9] Eine Übersicht der Titelseiten der englischen Tageszeitungen bietet The Guardian 2011; vgl. auch Hastings 2011, Henley 2011 und Greenslade 2011. Moritz Sommers diskursanalytische Untersuchung von Editorials und Leitartikeln der neun auflagenstärksten Tageszeitungen Großbritanniens im Zeitraum vom 6. bis 13. August 2011 zeigt sehr deutlich, dass die Aufständischen in keiner einzigen Zeitung als politische Subjekte verhandelt wurden, sondern stets als deviant und außerhalb der Gesellschaft positioniert (vgl. Sommer 2012).
- [10] Wir teilen Thomas Lemkes Ansicht, die er als Kritik an Agambens Konzeption von Biopolitik anführt, dass sich biopolitische Mechanismen nicht nur auf jene konzentrieren, die auf ihren Status als „nacktes Leben“ reduziert und elementarer Rechte beraubt

sind, „sondern darüber hinaus auch auf all diejenigen, die sozialen Exklusionsprozessen ausgesetzt sind, auch wenn sie möglicherweise formal Vollbürger sein mögen und politische Rechte besitzen“ (Lemke 2007).

- [11] “They have been stopping and searching young Blacks for no reason at all. I have a grandson, he’s an angel, and he began to think when he was coming of age, when the police slapped him up against the wall, and searched him. [...] I asked him how many times have the police searched you. He said: ‚Papa, I can’t count there’s so many times“ (BBC News 2011).
- [12] Die erste Phase der Studie wurde innerhalb von drei Monaten abgeschlossen. Verwendet wurden insgesamt 270 vertrauliche Interviews mit Personen, die unmittelbar an den *riots* beteiligt waren. Ergänzt wurde diese Datenbasis um eine von Wissenschaftler_innen der Manchester University durchgeführte Analyse von 2.5 Millionen auf die *riots* bezogenen Twitter-Nachrichten. Zur Methodologie der Studie vgl. Lewis et al. 2011a.
- [13] Wir folgen in diesem Punkt Agambens Definition der topologischen Struktur des Ausnahmezustands: Er versetzt geltendes Recht in einen Schwebezustand. „Die Suspendierung der Norm bedeutet nicht ihre Abschaffung, und die Zone der Anomie, die sie einrichtet, ist nicht ohne Bezug zur Rechtsordnung (oder gibt wenigstens vor, es nicht zu sein)“ (Agamben 2004: 33).
- [14] Criminal Justice and Public Order Act, Paragraph 60.
- [15] In einem Interview mit ‚Democracy Now!‘ am 10. August 2011 darf Darcus Howe diesen Punkt, ohne unterbrochen zu werden, ausformulieren: „There is a mass insurrection. And I’m not talking about rioting; I’m talking about an insurrection that comes from the depths of society, from the consciousness, collectively, of the young blacks and whites, but overwhelmingly black, as a result of the consistent stopping and searching young blacks without cause“ (Democracy Now! 2011).
- [16] Einen eindringlichen Eindruck bietet ein Amateurvideo von der Plünderung einer JD Sports-Filiale unter: <http://www.youtube.com/watch?v=oaMImDtPTU4>.
- [17] Dabei handelt es sich um Zahlungen von bis zu 30 Pfund die Woche an Schüler_innen und Studierende aus Niedriglohnhaushalten in England, Schottland, Wales und Nord Irland, wenn diese mit der Schule oder dem College weitermachen.
- [18] Zit. nach Žižek 2011b.
- [19] Butler weist darauf hin, dass die Körperlichkeit und Materialität dieser Praxis Transmissionsriemen und zugleich Bruchstelle hegemonialer diskursiver Ordnungen ist. „In turn, this means that the life of the body – its hunger, its need for shelter and protection from violence – would all become major issues of politics. Even the most given or non-chosen features of our lives are not simply given; they are given in history and in language, in vectors of power that none of us chose“ (Butler 2011: 11).

Autor_innen

Iris Dzudzek ist Geographin und beschäftigt sich mit der Rolle von Kreativität und Vielfalt für die Regierung von Städten. Sie interessiert sich für Fragen des Unvernehmens und des Buchhandels.

dzudzek@geo.uni-frankfurt.de

Michael Müller ist Buchhändler und erfolgreicher Unvernehmer mit nitribitt – frankfurter ökonomien. Er ist Pampashasenpate und interessiert sich für Fragen der politischen Geographie.

michael@karl-marx-buchhandlung.de

Literatur

AFP/dpa (2010): Britischer Haushalt: Cameron streicht radikal Jobs und Leistungen. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-10/grossbritannien-kuerzungen-sparplaene/komplettansicht?print=true> (letzter Zugriff am 5.5.2013).

- Agamben, Giorgio (2002): *Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben.* Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Agamben, Giorgio (2004): *Ausnahmezustand.* Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Altenried, Moritz (2012): *Aufstände, Rassismus und die Krise des Kapitalismus. England im Ausnahmezustand.* Münster: Edition Assemblage.
- Batty, David (2011): Manchester police say sorry over tweet on woman who accepted looted clothes. <http://www.guardian.co.uk/uk/2011/aug/13/manchester-police-sorry-looter-sentence> (letzter Zugriff am 22.4.2013).
- Bauman, Zygmunt (2005): *Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne.* Hamburg: Hamburger Edition.
- Bauman, Zygmunt (2010): *Leben als Konsum.* Hamburg: Hamburger Edition.
- Bauman, Zygmunt (2011): The London riots- on consumerism coming home to roost. <http://www.social-europe.eu/2011/08/the-london-riots-on-consumerism-coming-home-to-roost> (letzter Zugriff am 5.5.2013).
- BBC news (2011): Live-Interview mit Darcus Howe vom 9.8.2011. <http://www.youtube.com/watch?v=iL5UsGJG54> (letzter Zugriff am 5.5.2013).
- Bird, John (2011): Fashion has become a weapon on the streets of London. <http://www.independent.co.uk/voices/commentators/john-bird-fashion-has-become-a-weapon-on-the-streets-of-london-2337838.html> (letzter Zugriff am 5.5.2013).
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2006): *Der neue Geist des Kapitalismus.* Konstanz: Universitätsverlag Konstanz.
- Bowcott, Owen/Carter, Helen/Clifton, Helen (2011): Facebook riot calls earn men four-year jail terms amid sentencing outcry. <http://www.guardian.co.uk/uk/2011/aug/16/facebook-riot-calls-men-jailed> (letzter Zugriff am 22.4.2013).
- Buden, Boris (2009): Society Lost. Warum sind urban struggles keine gesellschaftlichen Kämpfe? In: Konrad Becker / Martin Wassermair (Hg.), *Phantom Kulturstadt. Texte zur Zukunft der Kulturpolitik 2.* Wien: Loecker Erhard Verlag, 227-233.
- Bunke, Christian (2012): Gegen Arme und Behinderte. Großbritanniens Premier für tiefe Einschnitte bei Sozialleistungen. In: *Junge Welt*, 29.6.2012.
- Butler, Judith (2011): Bodies in alliance and the politics of the street. <http://eipcp.net/transversal/1011/butler/en> (letzter Zugriff am 3.3.2013).
- Cameron, David (2011a): PM's speech on the fightback after the riots. <https://www.gov.uk/government/speeches/pms-speech-on-the-fightback-after-the-riots> (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Cameron, David (2011b): PM's statement on violence in England. <https://www.gov.uk/government/speeches/pm-statement-on-violence-in-england> (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Centre for Contemporary Cultural Studies (1982): *The Empire Strikes Back: Race and Racism in 70s Britain.* London/New York: Routledge.
- Davies, Lizzy/Topping, Alexandra/Ball, James/Sample, Ian (2011): London riots: hundreds answer appeal to clean up streets. <http://www.guardian.co.uk/uk/2011/aug/09/london-riots-cleanup-appeal> (letzter Zugriff am 13.5.2013).
- Dean, Jodi (2011): Post-Politik? Nein, danke! In: Becker, Konrad / Wassermair, Martin (Hg.), *Nach dem Ende der Politik. Texte zur Zukunft der Kulturpolitik, 3.* Wien: Loecker Verlag, 17-29.
- Democracy Now! (2011): Democracy Now! Ausgabe vom 10.8.2011. http://www.democracynow.org/2011/8/10/over_1_000_arrested_in_uk (letzter Zugriff am 1.5.2013).
- Dikeç, Mustafa (2005): Space, politics, and the political. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 23/2, 171-188.
- Dikeç, Mustafa (2007): *Badlands of the Republic. Space Politics and Urban Policy.* Hoboken: Wiley-Blackwell.
- Dodd, Vikram (2012): Police up to 28 times more likely to stop and search black people. <http://www.guardian.co.uk/uk/2012/jun/12/police-stop-and-search-black-people> (letzter Zugriff am 1.5.2013).
- Dodd, Vikram (2013): Minorities stopped disproportionately in decade after Macpherson report. <http://www.guardian.co.uk/law/2013/apr/22/ethnic-minority-britons-stop-search-white> (letzter Zugriff am 4.5.2013).
- Donson, Fiona (2010): Gillan & Quinton versus United Kingdom. In: *International Legal Materials* 49/2, 321-357.
- Dorling, Danny (2012): Inequality constitutes a particular place. In: *Social & Cultural Geography*, 13/1, 1-10.

- Duggan, Lisa (2004): *The Twilight of Equality? Neoliberalism, Cultural Politics, and the Attack on Democracy*. Boston: Beacon Press.
- Dzudzek, Iris/Strüver, Anke (2013): Subjectivities in crisis. In: *Geographica Helvetica*. 68/3, 145-152.
- Fogel, Benjamin (2011): Riots as political action. <http://thinkingafricarhodesuniversity.blogspot.de/2011/10/riots-as-political-action.html> (letzter Zugriff am 5.5.2013).
- Ford Rojas, John-Paul (2011): London riots: Lidl water thief jailed for six months. <http://www.telegraph.co.uk/news/uknews/crime/8695988/London-riots-Lidl-water-thief-jailed-for-six-months.html> (letzter Zugriff am 22.4.2013).
- Foucault, Michel (1977): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Gentleman, Amelia (2011): Public sector cuts – the truth. <http://www.guardian.co.uk/society/2011/mar/25/public-sector-cuts/print> (letzter Zugriff am 5.5.2013).
- Gilroy, Paul (2000): *Between Camps: Race, Identity and Nationalism at the End of the Colour line*. London/New York: Routledge.
- Gilroy, Paul (2011): Paul Gilroy speaks on the riots in Tottenham, North London, August 2011. <http://dreamofsafety.blogspot.de/2011/08/paul-gilroy-speaks-on-riots-august-2011.html> (letzter Zugriff am 1.5.2013).
- Gilroy, Paul (2012a): Über die Unruhen im August 2011 in Tottenham, Nord-London. In: Laika Diskurs (Hg.), *Wenn die Toten erwachen. Die Riots in England 2011*. Hamburg: Laika Verlag, 111-116.
- Gilroy, Paul (2012b): 1981: Aufruhr in den Straßen – Die Gewalt in Englands Städten. In: Laika Diskurs (Hg.), *Wenn die Toten erwachen. Die Riots in England 2011*. Hamburg: Laika Verlag, 117-121.
- Gilroy, Paul (2012c): 1981: Die Unruhen von Brixton. In: Laika Diskurs (Hg.), *Wenn die Toten erwachen. Die Riots in England 2011*. Hamburg: Laika Verlag, 123-129.
- Gregory, Derek (1998): Power, knowledge and geography. In: Hans Gebhardt / Peter Meusburger / Michael Hoyler (Hg.), *Explorations in Critical Human Geography: Hettner-Lecture 1997*. Heidelberg: Franz Steiner Verlag, 9-44.
- Hall, Stuart (1997): *Representation: Cultural Representations and Signifying Practices*. New York: Sage.
- Hall, Stuart (2004): Das Spektakel des „Anderen“. In: ders. (Hg.), *Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4*. Hamburg: Argument Verlag, 108-166.
- Halliday, Josh (2011): London rioters are not ‚protesters‘, admits BBC. <http://www.theguardian.com/media/2011/aug/10/london-rioters-not-protesters-bbc> (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Hastings, Max (2011): Years of liberal dogma have spawned a generation of amoral, uneducated, welfare dependent, brutalised youngsters. <http://www.dailymail.co.uk/debate/article-2024284/UK-riots-2011-Liberal-dogma-spawned-generation-brutalised-youths.html> (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Henley, Jon (2011): The UK riots and language: ‚rioter‘, ‚protester‘ or ‚scum‘? <http://www.guardian.co.uk/uk/2011/aug/10/uk-riots-language> (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Hersh, Joshua (2011): London riots: BBC interview gets Ttesty. http://www.huffingtonpost.com/2011/08/09/london-riots-bbc-interview_n_922857.html (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Home Affairs Committee (2009): *The Macpherson Report – Ten Years On*. London: The Stationery Office.
- Home Office (2012): *Police powers and procedures England and Wales 2010 to 2011*. <https://www.gov.uk/government/publications/police-powers-and-procedures-england-and-wales-2010-to-2011-second-edition/police-powers-and-procedures-england-and-wales-2010-to-2011-second-edition> (letzter Zugriff am 6.5.2013).
- Jason-Lloyd, Leonard (1996): *The Criminal Justice and Public Order Act 1994. A Basic Guide for Practitioners*. London: Frank Cass Publishers.
- Jones, Owen (2011): *Chavs: The Demonization of the Working Class*. London: Verso.
- Le Monde/AFP (2005): Les propos de Nicolas Sarkozy sur le „nettoyage“ de La Courneuve provoquent l'indignation. http://www.lemonde.fr/societe/article/2005/06/21/les-propos-de-m-sarkozy-sur-le-nettoyage-de-la-courneuve-provoquent-l-indignation_664721_3224.html (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Lemke, Thomas (2007): *Biopolitik*. Hamburg: Junius Verlag.

- Lewis, Paul/Newburn, Tim/Taylor, Matthew/McGillivray, Catriona/Greenhill, Aster/Frayman, Harold/Proctor, Rob (2011): Reading the Riots: Investigating England's summer of disorder. London: The Guardian/The London School of Economics and Political Science. <http://www.guardian.co.uk/uk/series/reading-the-riots> (letzter Zugriff am 19.11.2012).
- Lewis, Paul/Taylor, Matthew/Ball, James (2011): Kenneth Clarke blames English riots on a "broken penal system." <http://www.guardian.co.uk/uk/2011/sep/05/kenneth-clarke-riots-penal-system> (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Lorey, Isabell (2011): Non-representationist, presentist democracy. <http://eipcp.net/transversal/1011/lorey/en> (letzter Zugriff am 3.3.2013).
- MacPherson, William (1999): The Stephen Lawrence Inquiry. London: The Stationery Office.
- Mains, Stephen (2011): Convicted London rioters should lose all benefits. <http://epetitions.direct.gov.uk/petitions/7337> (letzter Zugriff am 1.5.2013).
- Marchart, Oliver (2010): Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- McRobbie, Angela (2010): Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- McRobbie, Angela (2012): Bad news from England. <http://www.angelamcrobbe.net/bad-news-from-england> (letzter Zugriff am 6.5.2013).
- Metropolitan Police London (2012): Section 60 Criminal Justice and Public Order Act 1994 Standard Operating Procedures. http://www.met.police.uk/foi/pdfs/priorities_and_how_we_are_doing/corporate/stop_search_s60_cjpo_sops_v3_2012.pdf (letzter Zugriff am 6.5.2013).
- Ministry of Justice (2012): Statistical bulletin on the public disorder of 6th to 9th August 2011. https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/162762/august-public-disorder-stats-bulletin-230212.pdf.pdf (letzter Zugriff am 13.5.2013).
- Neate, Rupert (2011): Levi's pulls 'riot' ad after UK violence. Advertising campaign featuring young man squaring up to riot police withdrawn following public outcry. <http://www.guardian.co.uk/media/2011/aug/11/levis-riot-ad-uk-violence> (letzter Zugriff am 4.5.2013).
- Odone, Cristina (2011): Immigrants love this country more than we do. <http://www.telegraph.co.uk/news/uknews/law-and-order/8693558/Immigrants-love-this-country-more-than-we-do.html> (letzter Zugriff am 2.5.2013).
- Parsons, Tony (2011): UK riots: Why did the riots happen? Who are the rioters? What can we do to end this madness? <http://www.mirror.co.uk/news/uk-news/uk-riots-why-did-the-riots-happen-who-147237> (letzter Zugriff am 5.5.2013).
- Povey, David/Mulchandani, Ravi/Hand, Timothy/Panesar, Lakhvinder K. (2011): Police Powers and Procedures England and Wales 2009/10. https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/115792/hosbo711.pdf (letzter Zugriff am 6.5.2013).
- Quinn, Ben (2011): David Starkey claims "the whites have become black". <http://www.guardian.co.uk/uk/2011/aug/13/david-starkey-claims-whites-black> (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Rancière, Jaques (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Rawlinson, Kevin (2011): Facebook rioters who incited disorder have appeals rejected. <http://www.independent.co.uk/news/uk/crime/facebook-rioters-who-incited-disorder-have-appeals-rejected-2372578.html> (letzter Zugriff am 23.04.2013).
- Realdesign (2011): Looting during the riots 2011 in London. <http://realisedesign.co.uk/product-design-blog/wp-content/uploads/2011/08/looting.jpg> (letzter Zugriff am 11.11.2012).
- Ronneberger, Klaus/Tsianos, Vassillis (2009): Panische Räume. Das Ghetto und die „Parallelgesellschaft“. In: Sabine Hess / Jana Binder / Johannes Moser (Hg.), No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld: transcript Verlag, 137-152.
- Sauer, Birgit (2007): Diversity. Eine staats- und hegemonietheoretische Reflexion. In: *Femina Politica* 16/1, 33-44.
- Simiti, Marilena (2012): The volatility of urban riots. In: Seraphim Seferiades / Hank Johnston (Hg.), Violent Protest, Contentious Politics, and the Neoliberal State. Farnham: Ashgate, 133-145.

- Slater, Tom (2011): From 'criminality' to marginality: rioting against a broken state. In: *Human Geography* 4/3, 106-115.
- Sommer, Moritz (2012): 'The Rioter' as 'Pleb': A critical perspective on public discourses in the aftermath of 'the 2011 riots.' London: The London School of Economics. http://www.academia.edu/1932928/The_Rioter_as_Pleb_-_A_critical_perspective_on_public_discourses_in_the_aftermath_of_the_2011_riots (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Stratton, Allegra/Elliott, Larry/Ramesh, Randeep (2010): Spending review: George Osborne to save capital projects from cuts. <http://www.guardian.co.uk/politics/2010/oct/17/george-osborne-cuts-spending-review/print> (letzter Zugriff am 5.5.2013).
- Strickland, Pat/Berman, Gavin (2012): *Police Stop and Search Powers*. London: The Stationery Office.
- Swyngedouw, Erik (2011): Interrogating post-democratization: Reclaiming egalitarian political spaces. In: *Political Geography* 30/7, 370-380.
- Thatcher, Margaret (1987): Interview for *Woman's Own*, 23.9.1987. <http://www.margarethatcher.org/speeches/displaydocument.asp?docid=106689> (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Townsend, Mark (2012): Stop and search "racial profiling" by police on the increase, claims study. <http://www.guardian.co.uk/law/2012/jan/14/stop-search-racial-profiling-police> (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Trades Union Congress (2011): *Responding to the Riots. A TUC Briefing*. London. <http://www.tuc.org.uk/tucfiles/80/respondingtotheriots.pdf> (letzter Zugriff am 13.5.2013).
- Travis, Alan (2011): Anti-terror stop and search powers to be scrapped. <http://www.guardian.co.uk/law/2010/jul/08/anti-terror-stop-and-search-scrapped> (letzter Zugriff am 2.5.2013).
- Travis, Alan (2012): England riots: Almost 1,000 people jailed so far, figures show. <http://www.guardian.co.uk/uk/2012/feb/23/almost-1000-jailed-riot-related-offences> (letzter Zugriff am 22.4.2013).
- Werthschulte, Christian (2011): *Aufstand der Zeichenlosen*. In: *analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis*, 564/9, 1.
- YouGov (2011a): *YouGov England Riot Results. Summary*. <http://yougov.co.uk/news/2011/08/19/riots-what-papers-say/> (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- YouGov (2011b): *YouGov England Riot Results: 9 out of 10 British adults say police should be able to use water cannon on rioters and one third support use of live ammunition*. http://cdn.yougov.com/today_uk_import/yougov_england_riot_results_pdf_pr.pdf (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Žižek, Slavoj (2001): *Die Tücke des Subjekts*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Žižek, Slavoj (2011a): *Gewalt: Sechs abseitige Reflektionen*. Hamburg: Laika Verlag.
- Žižek, Slavoj (2011b): *Lasst Euch nicht umarmen!* In: *Süddeutsche Zeitung*, 27.10.2011.
- Žižek, Slavoj (2012): *Ladendiebe aller Länder, vereinigt Euch!* In: *Laika Diskurs* (Hg.), *Wenn die Toten erwachen*. Hamburg: Laika Verlag, 139-145.

The Noise of Politics – the London Riots of 2011 and their Political Subjects

August 2011 – London's burning. Over a period of 4 days, spreading from various districts of London to other cities, Britain was struck by the largest uprisings and lootings in post-war-history. Conservative media and politics quickly agreed: The scum, responsible for all this havoc and looting, needs to be wiped off the streets ruthlessly. The insurgents did not raise any political demands. Contrary to hegemonic interpretations, which deny their political dimension, this article discusses a new political quality and subjectivity within the riots beyond the familiar frame of politics of representation.



Planning in the Face of Democracy

Mit Jacques Rancière über Raumplanung und Demokratie nachdenken

Till Rosemann

Im Rahmen vieler städtischer Planungskonflikte werden derzeit Funktionsweisen der liberalen Demokratie und ihrer Institutionen kritisiert. In meinem Text wird die Frage nach dem eigentlich Demokratischen von Raumproduktion und Stadtplanung gestellt und anhand der demokratiethoretischen Ideen Jacques Rancières diskutiert. Dieser sieht ‚Demokratie‘ als den Moment, in dem die bestehende Ordnung durch einen Konflikt gestört und verhandelbar wird. Ich diskutiere einige zentrale Konzepte dieser politischen Theorie (*la police*, Demokratie und Postdemokratie) raumtheoretisch und möchte sie damit für die Stadtforschung nutzbar machen. Dabei komme ich zu dem Ergebnis, dass aus einer radikal-demokratischen Perspektive liberaldemokratische (Stadt-)Planung grundsätzlich nicht als Teil von Demokratie, sondern als postdemokratisch zu verstehen ist. Mit der Frage nach einer *demokratiebewussten* Planung überdenke ich in meinem Beitrag schließlich, wie die Rolle von Planung im Angesicht eines radikal-demokratischen Demokratiebegriffes normativ gedacht werden kann.

Ersteinreichung: 10. Mai 2013; Veröffentlichung online: 7. Dezember 2013
An english abstract can be found at the end of the document.

In den 1960er Jahren lässt sich in vielen westlichen kapitalistischen Gesellschaften eine allgemeine Politisierung beobachten, in deren Fokus nicht zuletzt stadt- oder raumpolitische Themen gestanden haben. Auch die technokratische Ausrichtung der institutionellen Raumplanung wurde dabei stark infrage gestellt. Grundsätzlich kritisiert wurde die Auffassung, dass Aufteilung, Nutzung und Gestaltung von Raum eine rational-wissenschaftliche Fragestellung sei und eben kein politisches Thema. Und das nicht nur von außerhalb der Disziplin: Auch innerhalb der Planungspraxis formierten sich Initiativen für ein demokratischeres, politischeres und partizipativeres Vorgehen. Das Konzept der Anwaltsplanung beispielsweise forderte Planer_innen ausdrücklich auf, die Interessen von marginalisierten sozialen Gruppen gegen den planenden Staat zu vertreten (vgl. Davidoff 1965). Ein anderer Vorschlag entwickelte sich aus einer – an Habermas orientierten – Kritik an Macht und Kommunikation in Planungsprozessen. Als einer der bekanntesten Planungstheoretiker dieser Strömung der kommunikativen Planung beschrieb John Forester (1982) progressive Planung als „*planning in the face of power*“: als eine vermittelnde Tätigkeit, die Machtbeziehungen analysiert, verzerrter Kommunikation entgegenwirkt und eigene Manipulation bewusst vermeidet.

Heute scheint wieder von diskursiven Politisierungswellen berichtet werden zu können: Widerspruch, Protest und Widerstand gegen Planungsprozesse nehmen zu und die Begriffe Partizipation und Demokratie werden wieder stärker umkämpft. In Deutschland war der Konflikt um den Stuttgarter Bahnhof (vgl. hierzu die Beiträge in PNDonline II/2011) nur das sichtbarste Beispiel. Auch in anderen Planungskonflikten wird zunehmend die Frage nach dem Demokratiedefizit derzeitiger Planungsarrangements in den Mittelpunkt gerückt (vgl. Selle 2011). Aber auch solche Proteste wie die in Istanbul und Brasilien im Jahr 2013 können als demokratiekritische Proteste interpretiert werden, die sich an Planungskonflikten entzündet haben – in einem Fall an der Bebauung des Gezi-Parks, im anderen an den großmaßstäblichen Projekten für die Fußball-Weltmeisterschaft. Verknüpft mit der Kritik am liberaldemokratischen Herrschaftssystem wird damit durch soziale Bewegungen also auch in der Raumplanung mehr ‚Demokratie‘ gefordert.

Mit dem Blick auf westeuropäische, insbesondere auf deutschsprachige Planungsdiskurse fällt jedoch auf, dass es deutlich schwerer als in den 1960er und 1970er Jahren zu fallen scheint, Perspektiven für eine alternative demokratische Planungspraxis zu formulieren. Denn der analytische Blick ist differenzierter geworden und die großen Erzählungen sind infrage gestellt, während die herrschende neoliberale Konstellation ungeborenen Alternativlosigkeit postuliert. Mit meinem Artikel möchte ich daher die aktuellen Debatten um Raum, Politik und Demokratie aus einer anderen Perspektive beleuchten. Mit der Theorie des französischen politischen Philosophen Jacques Rancière lässt sich die skizzierte Situation meines Erachtens in besonderer Weise verstehen, denn mit seinen Thesen untersucht er nicht nur die real existierende Demokratie kritisch als Postdemokratie, sondern entwirft auch eine normative Demokratietheorie auf der Basis poststrukturalistisch-kritischer Ansätze. Rancières Bild von Demokratie ist dabei radikal anders, ja geradezu umgekehrt zu den dominanten Demokratietheorien, mit denen Demokratie als Staatsverfassung und Gesellschaftsform zwischen staatlichen Institutionen und strukturierter Beteiligung der Bürger_innen konstruiert wird (vgl. Schmidt 2010: 19, Buchstein/Jörke 2003). Für Rancière, das wird im Folgenden ausgeführt, ist Demokratie hingegen weder Ordnung noch Regierungsform, sondern gerade deren Gegenspielerin. Sie ist kein Zustand, sondern der Moment, in dem die bestehende Ordnung durchkreuzt wird und ins Fließen gerät. Und sie ist keine Aushandlung eines guten Konsenses, sondern ein Konflikt, in dem die aus der Ordnung Ausgeschlossenen ihre Gleichheit einfordern. Damit formuliert Rancière ein provokantes Verständnis, mit dem er real existierende demokratische Systeme als postdemokratisch kritisiert und vermeintliche Defizite – Konflikt und unvollständige Legitimität – zum Kernmerkmal von Demokratie erklärt. Mit Rancière können aus meiner Sicht damit analytisch neue Felder ausgeleuchtet und kann die Grundlage für eine normativ-konzeptionelle Diskussion über das Demokratische gelegt werden.

Rancières Demokratietheorie und die damit formulierte Kritik ist nicht als Raumtheorie verfasst worden. Der Großteil meines Textes wird sich daher damit beschäftigen, Rancières abstrakte und komplexe Theorie ,in

den Raum' zu denken. Damit soll das Konzept für die Stadtforschung nutzbar gemacht werden, in der es bisher nur selten Verwendung findet (vgl. Dikeç 2005). Darauf folgend wird der Fokus von der Stadtforschung auf die Raumplanung als die institutionalisierte und geordnete Produktion von Raum verschoben.[1] Es wird diskutiert, in welchem Verhältnis Raumplanung zu Demokratie im Rancière'schen Sinne steht und ob Raumplanung von vornherein als Teil einer postdemokratischen Konstellation aufzufassen ist. Diese Überlegungen werden abschließend konzeptionell formuliert und dabei diskutiert, ob (und wenn ja: wie) im Rancière'schen Sinne ein alternativer Planungsansatz denkbar ist. Damit soll versucht werden, mithilfe poststrukturalistischer Theorie Planung nicht nur zu kritisieren, sondern auch normativ zu denken. Meines Erachtens kann die Debatte um die Form der Ordnung nicht fehlen, wenn politisch-normative Visionen diskutiert werden. Und auch wenn die Ordnung selbst – mit Rancière gedacht – letztlich nicht demokratisch sein kann, so strukturiert sie doch das Feld, auf dem sich Demokratie bewegt.

1. Die radikale Demokratietheorie Jacques Rancières räumlich gedacht

Demokratie ist ein umkämpfter Begriff, der immer wieder infrage gestellt wurde und sich in seiner Bedeutung gewandelt hat (vgl. Buchstein/Jörke 2003: 470). In der orthodoxen Politikwissenschaft wird Demokratie als ein institutionelles Arrangement interpretiert, das gewisse Rechte garantiert und in geregelter Maßße Beteiligung gewährleistet (vgl. ebd.). Demgegenüber debattieren vor allem französische Vertreter_innen des Poststrukturalismus aus der politischen Philosophie bzw. politischen Theorie über einen neuen Begriff der Demokratie (vgl. Agamben et al. 2010). Zu den herausragenden Repräsentant_innen dieser Debatte zählen neben Chantal Mouffe und Ernesto Laclau, Jean-Luc Nancy, Claude Lefort, Alain Badiou, Giorgio Agamben, Slavoy Žižek und eben Jacques Rancière (vgl. Marchart 2010), mit dessen Theorie in meinem Artikel gearbeitet wird. Mit Heil und Hetzel (2006) sollen diese Debatten hier unter dem Dach der ‚radikalen Demokratietheorien‘ gefasst werden.

Die Ideen der radikalen Demokratie setzen dem traditionellen Demokratiebegriff ein alternatives Konzept entgegen, für das Mouffe und Laclau (2000) mit ihrer Diskurs- und Hegemonietheorie einige richtungsweisende Grundlagen geschaffen haben. Gesellschaftliche Wirklichkeit und Strukturen sind demzufolge durch Diskurse und Machtbeziehungen konstruiert – und nicht definiert durch feststehende Wahrheiten (vgl. Glasze/Mattisek 2009: 169). Den normativen Demokratiebegriff, den Laclau und Mouffe daraus entwickelten, verstehen sie als einen Prozess, in dem diese Konstruktionen aufbrechen und zum Konfliktfeld werden. Demokratie ist damit eine Verbindung aus dekonstruktivistischer Enttarnung gesellschaftlicher Fixierung und der emanzipativen Forderung, solche Fixierungen zu verändern (vgl. ebd.). Demokratie bedeutet hier also nicht, dass Partizipation und Grundrechte institutionell gewährleistet und abgesichert sind; im Gegenteil zeigen diese Theorien mit einer konfliktiven Gesellschaftsbeschreibung ein Gegensatzverhältnis zwischen der gesetzten

Ordnung und ihrer Störung auf. Demokratie ist dabei der Moment, in dem die herrschende Ordnung, die grundlegende Verteilung und die fundamentalen Trennlinien der Gesellschaft sichtbar werden, zur Verhandlung stehen und neu festgelegt werden.

1.1. Die herrschende Ordnung und wie sie regiert wird

Rancière beschreibt diese grundlegende Ordnung des Gesellschaftlichen als „Aufteilung des Sinnlichen“ (*partage du sensible*) (2008: 31). Im Sinne einer diskurstheoretisch-konstruktivistischen Interpretation von Wirklichkeit betrachtet er gesellschaftliche Strukturen vom Wahrnehmbaren her: „Die Aufteilung des Sinnlichen ist das Zuschneiden der Welt und der Welten“ (ebd.). Wie die Metapher deutlich macht, ist die Aufteilung des Sinnlichen als eine räumliche Ordnung denkbar, als Aufteilung der Orte, der gezogenen Trennlinien und der räumlichen Zuweisungen. Organisiert, verwaltet und geschützt wird diese Aufteilung von dem, was Rancière la police, die Polizei, nennt. Etwas verwirrend ist vielleicht, dass Rancière damit nicht ganz konkret den Apparat des staatlichen Gewaltmonopols meint, sondern sehr abstrakt den gesamten Komplex aus Diskursen, Wissen, Praxen und Institutionen, die die Aufteilung des Sinnlichen herstellen und aufrechterhalten.[2] La police bezeichnet also nicht nur die klare und harte Machtausübung und Kontrolle polizeilicher Regime, sondern gerade die feinen und umfassenden Regierungstechniken und Dispositive im Sinne Foucaults (vgl. Rancière 2002: 40).[3] Die Ordnung der *police* produziert Rancière zufolge unweigerlich Ausschlüsse und kann nicht vollständig egalitär sein – auch dann nicht, wenn sie es behauptet. Immer gibt es Ausgeschlossene, die nicht berücksichtigt sind, damit unsichtbar bleiben und nicht als Teil des hegemonialen Ganzen gezählt werden. Die, die aus der Ordnung der *police* herausfallen, nennt Rancière Anteilslose (*sans-part*) (ebd.: 22).

Rancière formuliert dieses Konzept nicht ausdrücklich in räumlicher Weise und es wäre zu einfach, die polizeiliche Aufteilung des Sinnlichen rein räumlich zu interpretieren. Aber diese Ordnung wird auch *im* Raum regiert, denn sie weist Räume und Orte bestimmten Körpern und Praxen zu und zieht Trennlinien. Und sie regiert auch *durch* den Raum, denn die räumlichen Trennungen setzen gleichsam durch, was wahrnehmbar ist, was wir sehen und was nicht, wo wir uns bewegen können und wo nicht. Raum ist danach sowohl ein Objekt als auch ein Werkzeug der Rancière'schen Polizei. Fragen, wie Disziplinierung und Herrschaft im Raum und durch den Raum funktionieren, beschäftigen die Sozial- und kritische Stadtforschung schon länger. Bereits Foucault – der die theoretische Grundlage für Rancières Vorstellung der Polizei gelegt hat (vgl. ebd.: 40) – beschreibt seine Idee der Disziplinierung mit dem panoptischen Gefängnis und die Formen des Regierens mit der Seuchenbekämpfung in der mittelalterlichen Stadt (vgl. Foucault 1994: 251ff., Dikeç 2005: 172). Diese Perspektive auf Macht und Raum wurde in vielerlei Weise für geographische Forschung ausgearbeitet (vgl. bspw. Crampton/Elden 2007) und ist populär geworden bei der kritischen Analyse von Fragen zu Macht und Raum sowie von städtischen Regierungstechniken (vgl. Füller/Michel 2012). Bei den von Foucault

inspirierten Ansätzen spielt nicht so sehr der Raum an sich eine Rolle, sondern wie *im* und *durch* den Raum regiert wird. Und das wird tatsächlich sehr deutlich in dem gespiegelt, was Rancière als *police* beschreibt (vgl. Dikeç 2005: 173). Dikeç (ebd.: 181) verbindet den Raum der *police* eng mit dem Bild einer geplanten Stadt, einem Raum, dem lückenlos und trennscharf Funktionen zugewiesen sind, einem Raum, der in Form eines Plans in rational-geometrischer Weise klar eingeteilt und repräsentiert ist. Der Plan scheint alles durch die Vogelperspektive auf den Raum erfassen zu können und er legt fest, welche Körper und welche Praktiken an den Orten vorgesehen sind. Der Plan teilt Sicht- und Unsichtbarkeiten zu, er regiert die vorherrschende Ordnung des Sinnlichen und damit die Ordnung der Gesellschaft. Für Dikeç ist der geplante Raum der Raum der Polizei.

1.2. Politik und Demokratie als Intervention gegen die Ordnung

Politik und Demokratie sind für Rancière die Gegenspielerinnen dieser Ordnung der *police*. Auch hier versteht er die Begriffe grundlegend anders als im üblichen Sprachgebrauch. Politik ist hier nicht die politische Sphäre, sondern ein Akt des Aufbegehrens gegen die *police*, der die Ordnung stört, infrage stellt und damit die inneren Widersprüche und die Gemachtheit der Ordnung sichtbar werden lässt. Damit gerät das gesetzte Fundament – zumindest in einem kurzen Moment, zumindest zu einem kleinen Teil – in Bewegung und muss neu geordnet werden.

„Die politische Tätigkeit ist jene, die einen Körper von dem Ort entfernt, der ihm zugeordnet war oder der die Bestimmung eines Ortes ändert: sie läßt sehen, was keinen Ort hatte, gesehen zu werden, läßt eine Rede hören, die nur als Lärm gehört wurde.“ (Rancière 2002: 41)

Den Begriff der Demokratie verwendet Rancière fast synonym mit dem der Politik. Demokratie entsteht durch den politischen Moment, in dem sich ein Subjekt formiert und Handelnde unter einem Namen oder einer Forderung gemeinsam sichtbar werden. Ein zentraler Punkt von Rancières Theorie ist dabei, dass der Ausgangspunkt dafür die unvermeidbare Ungleichheit, der unausbleibliche Ausschluss von Anteilslosen ist. Denn es sind die Anteilslosen, die unter der Forderung nach Gleichheit die Ordnung angreifen. Mit dieser Forderung wird nicht nur ein konkretes Ziel verfolgt, sondern gleichsam die *ganze* Ordnung infrage gestellt und verändert. Eine Intervention der Demokratie wird also von den Anteilslosen gemacht, die unter dem Banner der Gleichheit die grundlegende Verteilung des Sinnlichen thematisieren.

Diese Konfrontation der Ordnung mit der Kritik der Anteilslosen entsteht dabei in einem harten Konflikt, den Rancière Unvernehmen (*me-sentente*) nennt. Er beschreibt damit einen besonderen Streit, der mit dem Gegenstand des Streits auch das Grundlegende, die Trennlinien des Gesellschaftlichen mitverhandelt, in dem „der Streit darüber, was Sprechen heißt, die Rationalität der Sprechsituation selbst ausmacht“ (Rancière 2002: 10). Die demokratische Intervention ist kein Interessenkonflikt *innerhalb* der Ordnung, sondern ein Unvernehmen um den Ausschluss, „über die Zählung der Teile selbst“ (ebd.: 110), also ein

Streit *um die* grundlegende Ordnung. Rancière betont, dass diese Konflikte nicht etwa neue Abgrenzungen, sondern in einer streitbaren Form der Vergemeinschaftung „polemische Gemeinschaften“ (ebd.) schaffen. Denn die Ausgeschlossenen reklamieren für sich nicht die Koexistenz außerhalb der Ordnung, sondern den Einschluss in dieselbe. Rancière nennt dies die „gemeinsame Welt“, um die es im Konflikt geht (vgl. Rancière 1997: 107). Konflikt steht einer Vergemeinschaftung also nicht im Wege, sondern ist sogar deren Grundbedingung. Mit einer demokratischen Intervention zwingen sich die Anteilslosen quasi in den sinnlichen Raum der Ordnung hinein und verändern ihn. Doch dieser erzwungenen Gemeinschaft haftet keine falsche Harmonie an. Rancière lässt keinen Zweifel daran, dass die „Einschreibung der Gleichheit [...] in Bezug auf die ‚normale‘ Ordnung der Sachen, in Bezug auf die Polizeiordnung, immer ein Produkt von Gewalt [ist], mag diese noch so milde sein“ (ebd.: 207). Damit richtet sich Rancière ausdrücklich gegen die Idee einer konsensuellen Politik. Demokratie „bedeutet, sich selbst darin auf die einzige Weise einzuschließen, auf die man sich hier einschließen kann, auf die Weise des Einbruchs“ (ebd.: 106).

Es sind genau diese drei Punkte, die den demokratischen Moment ausmachen (vgl. Rancière 2002: 110): Es gibt erstens Demokratie, wenn sich ein politisches Subjekt formiert und sichtbar wird (Erscheinen). Mit diesem Subjekt erscheinen zweitens Anteilslose und Ungezählte, die in der vorherrschenden Idee von Gesellschaft nicht vorkommen und nun Gleichheit und Sichtbarkeit für sich einfordern (Selbstdifferenz). Und diese Unsichtbaren, die sich sichtbar machen, fordern drittens die Ordnung in einem Konflikt über das Ganze heraus (Streithandel). Ein solches Verständnis dreht die traditionelle Idee des Demokratischen um. Statt demokratischer Strukturen erwartet es den demokratischen Moment, statt Vollständigkeit und Sättigung betont es die Brüchigkeit und statt konsensuellem Aushandeln von Kompromissen schlägt es einen Konflikt vor. Demokratie ist dabei nicht in den Institutionen, in einer Regierungsweise, einer politischen Ordnung oder einem gesellschaftlicher Zustand zu finden (vgl. Rancière 1997: 98). Demokratie ist ein „eigentümliches Dispositiv der Subjektivierung“ (ebd.: 99), das die Polizei unterbricht und deren Schließung verhindert. Demokratische Strukturen sind also gar nicht möglich, denn jede Institutionalisierung, jede Ordnung ist in sich ungleich. Institutionalisierte, in Ordnung übersetzte Demokratie wird wieder zur Polizei (vgl. Dikeç 2005: 178). Die Polizei kann nur als Zustand existieren, Demokratie nur als ereignishafter Moment.

Raum wurde weiter oben als Objekt und Werkzeug der disziplinierenden und einteilenden Ordnung der *police* verstanden. Nun stellt sich die Frage, ob auch Demokratie in räumlichen Kategorien gedacht werden kann. Während Rancière auch dazu nur implizit Stellung bezieht, hat Laclau mit einem ganz ähnlichen theoretischen Rahmen ganz ausdrücklich einen Raumbegriff geprägt – und damit eine Debatte um das Politische im Raum ausgelöst (vgl. Glasze 2009, Marchart 2002). Raum ist für Laclau zunächst die theoretische Vorstellung einer totalen und geschlossenen Ordnung aus fixierten Trennlinien. Verräumlichung ist der Prozess dieser Fixierung (vgl. Laclau 1990). Damit steht Raum und Verräumlichung immer einer politischen und demokratischen Intervention entgegen.

Insbesondere von Massey (1992) wurde diese Sicht stark dafür kritisiert, dass sie blind sei für räumliche Politiken und dass sie den Raum depolitisiere. Vermittelnde Positionen betonen, dass Massey und Laclau mit völlig unterschiedlichen Raumbegriffen operieren: Während Laclau im Sinne einer politischen Philosophie Raum als allumfassende diskurstheoretische Struktur der Bedeutungsfixierung (auch im physischen Raum) versteht, versteht Massey Raum sozialwissenschaftlich-geographisch als räumlich-gesellschaftliches Produkt.

Glasze (2009) schlägt vor, Laclaus Raumbegriff nicht in seiner umfassenden Bedeutung anzuwenden, um „die spezifische Sehschärfe eines sozialwissenschaftlichen bzw. humangeographischen Blicks“ (ebd.: 217) nicht zu verlieren – ohne jedoch das theoretische Gerüst Laclaus unbeachtet zu lassen. Er regt an, Räume zwar als kontingente und damit politische Prozesse zu begreifen, „allerdings nur jene Artikulationen als Konstitution von Räumen zu fassen, die symbolisch und/oder materiell hier/dort-Unterscheidungen herstellen“ (ebd.), sei es in territorialer Form, in Form von Maßstabebenen oder im topologischen Sinne. Diesem Vorschlag von einem eingeschränkteren Verständnis folge ich in diesem Artikel, um weiterhin zwischen räumlichen und anderen Kategorien diskursiver Konstruktionen unterscheiden zu können. Und auf diese Weise kann auch diskutiert werden, auf welche Weise mit Rancières Theorie Raum als Ort und Mittel von Demokratie zu sehen ist (vgl. Dikeç 2005:179ff).

Wenn mit Rancières Blick Raum als eines der Ordnungsprojekte gedacht wird, so könnte Raum auch eine Bühne dafür werden, diese Ordnung zu stören. Ganz plastisch können die Trennlinien durchbrochen, können die Orte entwidmet und die Plätze eingenommen werden. Politik kann demnach im Raum präsent werden. Bei einer Demonstration beispielsweise werden politische Forderungen sicht- und hörbar. Aber nicht nur das. Auch wird die hegemoniale Bestimmung des Straßenraumes als Verkehrsfläche infrage gestellt. Auf subtilere Weise durchkreuzt wurde die räumliche Ordnung etwa mit einer Protestkampagne von Wohnungslosen und NGOs im Jahr 2006 in Paris (vgl. Roller 2007). Wohnungslose sind in der Stadt zweifellos als Anteilslose interpretierbar, sie sollen unsichtbar bleiben, denn sie fallen aus der Zählung der sesshaften Bevölkerung heraus. Und genau diese Unsichtbarkeit wurde umgekehrt, indem Hunderte knallrote Zelte mitten in der Pariser Innenstadt von und für Wohnungslose errichtet und bewohnt wurden. Damit war es unübersehbar, dass die Anteilslosen existieren und von der Wohnungsversorgung ausgeschlossen sind. Die städtische Ordnung sieht das Wohnen oder gar das Zelten in öffentlichen Räumen und Verkehrsflächen nicht vor. Wohnungslose werden in schlecht sichtbare Ecken verbannt und der öffentliche Raum als Freizeitort, als Transitort oder als touristisches Bild inszeniert. Genau dieses Regime aus Sichtbarkeit und funktionaler Zuweisung störten die signalfarbenen Zelte. Die Stadt, genauer gesagt die konsumorientierte und touristische Innenstadt von Paris, wurde zur Bühne für die Politisierung der Wohnungsnot. Hinterfragt wurde damit nicht nur der gesellschaftliche Ausschluss, sondern auch die räumliche Ordnung, die Obdachlosigkeit unsichtbar macht. Anhand dieses Beispiels wird deutlich, wie eine demokratische Intervention *im* Raum stattfinden kann.

Aber es zeigt noch etwas anderes. Die Politisierung des Themas der Wohnungslosigkeit hat Raum auch als Organisationsprinzip des Politischen verwendet, wie Dikeç es formuliert (2005: 180f.). Der Raum war das Werkzeug der demokratischen Intervention, die nicht nur *im* Raum, sondern auch *durch* den Raum handelte. Die „Demonstration des Dissens, als das Vorhandensein zweier Welten in einer einzigen“ (Rancière 2008: 33) scheint gerade räumlich besonders plastisch und greifbar zu werden. So könnte auch das Bild der direkten Nachbarschaft des Tourismus und der Pariser Oberklassenwelt mit den Wohnungslosen und ihren Zelten als konflikthafte Demonstration eines Vorhandenseins zweier Städte in einer einzigen verstanden werden. Was Dikeç als räumliche Intervention der Politik beschreibt, kann hier seine Wirkung entfalten: “Space is used to construct locally the place of the universal (that is, equality), that polemical place where a wrong can be addressed and equality can be demonstrated. Politics takes place, in other words” (Dikeç 2005: 181).

Dieser Interpretation möchte ich hier folgen: Eine Ordnung schreibt sich in das Räumliche ein und herrscht gleichzeitig durch den Raum hindurch. Raum kann als eine Technologie des Regierens wie auch als ein Objekt des Regierens beschrieben werden. Genau deshalb können genau hier der Widerstand und der Bruch mit der Ordnung stattfinden, indem sie einen Ort finden und durch den Raum hindurch die Ordnung stören. Demokratie im Raum kann also mit Rancière beschrieben werden als ein Unvernehmen, das *im* und *durch* den Raum die herrschende (räumliche) Ordnung stört, angreift und letztlich verrückt. Die räumliche Aufteilung der Polizei ordnet Praxen, Hörbarkeiten, Identitäten und Sichtbarkeiten bestimmten Orten zu, grenzt ab, fixiert und kontrolliert. Sie produziert den Raum als klar eingeteilte und überschaubare Fläche. Räumliche Demokratie stört diese Ordnung und lässt einen demokratischen Moment entstehen, in dem ein politisches Subjekt *im* Raum sichtbar wird, also im Raum erscheint. Aber sie nimmt auch den Raum als Mittel, um die Forderung nach Gleichheit deutlich zu machen. Sie handelt *durch* den Raum. Dabei werden nicht nur Anteilslose sichtbar, die Gleichheit einfordern, sondern auch die Lücken im Raum, die aus dem vorgestellten Ganzen, aus dem geordneten Muster der Stadt herausfallen. Swyngedouw sieht in diesen Räumen die Grundlage dafür, dass neue, alternative Weisen entstehen können, sich räumlich-sozial zu organisieren und so die hegemoniale Formation des Urbanen herauszufordern (vgl. Swyngedouw in dieser Ausgabe). Und diese Störung findet als Konflikt, als Unvernehmen *um* den Raum und *im* Raum statt. Räumliche Demokratie ist in einem solchen Verständnis also eine konflikthafte politische Intervention unter Forderung nach Gleichheit *im* Raum, *um* den Raum und *durch* den Raum, die sich gegen die scheinbar feststehende räumliche Verteilungslogik richtet.

1.3. *Die Verdrängung der Demokratie: Postdemokratie als kritische Diagnose*

Um zu benennen, dass das demokratische Moment heute immer weniger möglich wird, verwendet Rancière den Begriff der Postdemokratie.[4] Rancière argumentiert, dass die drei genannten Bedingungen für ein

demokratisches Moment – Erscheinen, Selbstdifferenz und Streithandel – seit dem Sieg der kapitalistischen Demokratie über den real existierenden Sozialismus stetig in Bedrängnis geraten sind:

„Diesem dreifachen Dispositiv [der Demokratie] wird folgerichtig die Voraussetzung einer gemeinsamen Welt gegenübergestellt, in der alles gesehen wird, in der die Teile restlos berechnet werden und in der alles durch Objektivierung der Probleme und Verhandlungen über angebrachte Lösungen geregelt werden kann.“ (Rancière 1997: 109)

In der Postdemokratie werden Rancière zufolge die Politik und das demokratische Moment von drei Seiten bedroht. Erstens wird dem Erscheinen eines demokratischen Subjekts eine Simulation einer „gemeinsamen Welt“ gegenübergestellt, „in der alles gesehen wird“ (ebd.: 110). Demokratie entsteht mit Rancière, wenn die grundlegende Wahrnehmung dessen, wie Gesellschaft strukturiert ist, entrückt und diskutierbar gemacht wird. Damit muss zwangsläufig etwas gefordert werden, was im Rahmen des Jetzigen unmöglich scheint, was nicht gesehen werden *kann*, sondern erst erscheint. Nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme und des vermeintlichen Sieges der liberalen Demokratie wird es allerdings immer schwieriger, Alternativen zum Bestehenden zu formulieren. Zudem ist mit dem Ende der Utopien und der großen Erzählungen auch die Glaubwürdigkeit anderer Gesellschaftsentwürfe gesunken. Postdemokratie simuliert damit erfolgreich den Eindruck, dass alles gesehen wird und nichts mehr neu erscheinen könne. Gerade das hegemoniale wettbewerbsorientierte und durch Märkte organisierte Gesellschaftsmodell hat es geschafft, sich als alternativlos zu inszenieren. Staatlichkeit erscheint darin ohnmächtig und verwaltet nur noch einen kleinen Teil des Möglichen, Rancière nennt es ein „Fast-Nichts“ (ebd.: 115).

Doch für Rancière führt dieses Fast-Nichts nicht zu einer Entmachtung des Staates, sondern im Gegenteil in eine „Spirale der Überlegitimation“ (ebd.:114) durch Ohnmacht und Notwendigkeit. Denn das Fast-Nichts scheint zwar viel zu klein, um es politisch gestalten zu können, dennoch wird es als der entscheidende Faktor inszeniert, um nicht ins Chaos und in die Krise abzugleiten (ebd.: 115). Das Regieren des Fast-Nichts zwischen Ohnmacht und absoluter Notwendigkeit, so Rancière, macht den Staat mächtiger als zuvor. Der Staat, für Rancière Teil der Ordnung und der Polizei, stellt damit durch eine Ohnmachtserzählung inflationäre Legitimität her. Diese Diagnose wird vor dem Hintergrund des ökonomischen Krisenmanagements der vergangenen Jahre besonders plausibel. Denn trotz der Demut der Politik gegenüber dem ökonomischen Imperativ, auch genannt ‚die Märkte‘, erleben wir eine Rückkehr eines „autoritären Etatismus“ (Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa 2012), der neoliberale Reformen zur Not auch ohne formaldemokratische Zustimmung durchsetzt. Peck und Tickell (2002) haben dies mit dem Begriff des *roll-back-neoliberalism* für das Setting der neoliberalen Stadt beschrieben. Rancière argumentiert, dass sich ein politisches Subjekt schwerlich zwischen Ohnmacht und Alternativlosigkeit formieren kann.

Damit wird die erste Bedingung für einen demokratischen Moment, das Erscheinen von Politik und Demokratie, als sehr bedroht bewertet.

Aber auch die zweite Bedingung für Demokratie sieht Rancière als gefährdet: die Subjektivierung unter einer ‚Selbstdifferenz‘. Damit meint er, dass demokratische Ereignisse nicht von denen ausgehen, die *innerhalb* der Verteilungslogik der Polizei stehen, sondern von einem Subjekt aus Anteilslosen, Ungezählten, nicht Zugehörigen – kurz von einem Teil, der in der Ordnung der Polizei nicht vorkommt und dennoch da ist. Die Anteilslosen fordern ein, als Teil sichtbar und berücksichtigt zu werden. Sich aber als Anteilslose zusammenschließen, wird in der Postdemokratie zunehmend schwieriger. Während etwa die Meinungsforschung eine „Utopie der ständigen Berechnung [darstellt,] durch die das Ganze der ‚öffentlichen Meinung‘ als mit dem Körper des Volkes identisch vorgestellt wird“ (Rancière 1997: 109), kann Ungleichheit immer weniger benannt werden. Denn wo alles „restlos berechnet“ (ebd.: 109) zu sein scheint, alles gezählt in permanenten Umfragen, Votings und Befragungen, hat das Ungezählte keinen Raum. Es scheinen ja alle repräsentiert zu sein. Ausschließung wird dadurch „die bewegliche Linie, von der eine unsichtbare Trennung vollzogen wird“ (ebd.: 118). So haben wir es „mit einer ‚klassenlosen‘ Gesellschaft zu tun, einer Gesellschaft die bloß ungleich ist“ (ebd.). Die Anteilslosen bleiben als Anteilslose unsichtbar und die ‚ganze‘ Bevölkerung in der ständigen Konstruktion der ‚öffentlichen Meinung‘ übersichtbar. Ohne Benennung, die einen Ausschluss anzeigt, ohne Namen, der die Ausgeschlossenen zusammenbindet, kann Ungleichheit nicht zur Grundlage einer kollektiven politischen Identität werden, in der Gleichheit eingefordert werden kann. Ganz im Gegenteil, auf diese Weise wird Ungleichheit das Problem einzelner. Die zweite Bedingung für Demokratie, die Forderung von Gleichheit durch Anteilslose, ist heute also ebenso schwierig zu denken.

Und auch die dritte Bedingung von Demokratie wird prekär: der Streithandel. Die Postdemokratie ist eine konsensuelle Regierungsform und ein konsensuelles Gesellschaftsmodell. Das Ziel ist eine friedliche Lösung, einen Kompromiss herzustellen in einem Dialog zwischen Partnern (vgl. ebd.: 109). Dies widerspricht dem Politikkonzept Rancières, denn erst der Konflikt kann das Ganze, die Aufteilung des Sinnlichen infrage stellen, der Konsens verschleiert den unlösbaren Konflikt. Alles wird getan, um einen Streit zu vermeiden, zu kanalisieren und ihn in Regelwerke zu überführen. Ganz im Gegensatz zu der Situation eines unvernehmlichen Streits, in dem der Streit selbst unlösbar ist, wird er hier zu einem Problem gemacht, das einer Lösung bedarf. Daher werden politische Fragen meist an Expert_innen delegiert, die objektiv-fachliche Lösungen finden sollen (vgl. ebd.:112). Und weite Teile des gesellschaftlichen Lebens werden einer Verrechtlichung unterzogen, „die bemüht ist, Recht, Rechte und Rechtsregeln in alle Kanäle der Gesellschaft einzuführen, sich allen ihren Bewegungen anzupassen und sie zu antizipieren“ (ebd. 113). Beides, die Überantwortung politischer Themen in den Bereich des Expert_innentums und in den Bereich des Rechtlichen, verhindert den Konflikt eines demokratischen Moments. Denn das, was fachlich die beste Lösung und das rechtlich Richtige ist, entzieht sich der uneindeutigen Deutung eines politischen Konflikts.

Mit seiner Analyse der Postdemokratie zeichnet Rancière ein düsteres Bild der real existierenden Demokratie, in dem wirklich demokratische Momente immer unwahrscheinlicher werden: erstens, indem sich die

herrschende Ordnung immer stärker als alternativloses Modell gegenüber kritischen Befragungen verschließt; zweitens durch die Illusion einer Bevölkerung ohne Trennlinien und Ausschlüsse, die keinen Platz mehr für politisierte Ungleichheit lässt; und drittens durch ein immer dominanter werdendes Ideal konsensueller Politiken, Expert_innenpraktiken und rechtlicher Verregelung, das den Streit für illegitim erklärt. Weder kann ein alternatives Projekt erscheinen, noch kann die Ungleichheit und der Ausschluss subjektiviert werden, noch Politik als Streithandel verfochten werden. Wenn man dieser Diagnose folgt, muss man davon ausgehen, dass eine demokratische Veränderung immer weniger wahrscheinlich wird. Denn ohne mögliche demokratische Intervention verfestigen sich die Strukturen weiter und gesellschaftliche Veränderung im demokratischen Sinne, so drängend sie auch sein mag, wird immer weniger möglich. Eine solche Spirale der Depolitisierung möchte ich ‚postdemokratische Falle‘ nennen. Dies ist die Diagnose einer fatalen Situation, denn ähnlich wie Mouffe (2008: 64ff.) sieht Rancière die konsensuelle Welt der Postmoderne nicht befriedet, sondern mit einer entgrenzten Brutalität konfrontiert, die nicht mehr politisch angesprochen werden kann. Das Fehlen politischer Identitäten führt dazu, dass Identitäten in die „anthropologische Nacktheit einer verschiedenen Rasse und Hautfarbe“ umschlagen (Rancière 1997: 118), konkreter gesagt in Rassismus und Xenophobie. Oder es werden Konflikte in scheinbar unverrückbaren moralischen oder ethnischen Kategorien verhandelt. Diese neue Konflikthaftigkeit in der Postdemokratie bezieht Swyngedouw (2011: 21) auch auf urbane Konflikte. Er interpretiert die Aufstände in westeuropäischen und nordamerikanischen Städten als ein Ventil dafür, dass alle Kanäle des Dissenses verstopft sind und Ungleichheit politisch nicht mehr benannt werden kann. Wenn die Forderung auf Gleichheit politisch nicht mehr gestellt werden kann, schlagen die unterdrückten Gefühle als Protest ohne Forderung zurück (vgl. hierzu auch Dzudzek/Müller in dieser Ausgabe).[5]

Zuvor wurde in meinem Text bereits versucht, Rancières *police* und seine Demokratieidee räumlich zu denken. In diesem Sinne möchte ich weiter diskutieren: Kann auch das Konzept der Postdemokratie, mit dem der Zustand des real existierenden demokratischen Systems kritisch bewertet wird, für das Räumliche der Demokratie angewendet werden? Räumliche Demokratie wurde von mir als eine konflikthafte politische Intervention der Forderung nach Gleichheit *im* Raum, *um* den Raum und *durch* den Raum beschrieben, als ein Konflikt, der sich gegen die scheinbar feststehende räumliche Verteilungslogik richtet und diese verändert. Postdemokratische Tendenzen, wie Rancière sie beschreibt, stehen damit auch einer solchen ‚räumlichen Demokratie‘ entgegen und verhindern sie. Räumliche Postdemokratie wäre dann die Verschließung einer räumlichen Ordnung und der Produktionsweise des Raumes, indem diese Ordnung und Produktionsweise zunehmend unveränderbar erscheinen und alternative Raummodelle unsichtbar bleiben. Die geplante und institutionalisierte Raumproduktion von oben, also die formelle Raumplanung, erhalte darüber immer stärkere Legitimation. Raum wird auch hier zunehmend als einheitlich erfasst und berechnet inszeniert und abweichende Raumentwürfe und räumliche Ungleichheit werden immer weniger benennbar. Eine

postdemokratische Raumproduktion verlagert Konflikte *um* und *im* Raum in starre Verfahren, Regeln und konsensorientierte Abläufe. Eine solche postdemokratische Interpretation der gegenwärtigen Produktion von Raum knüpft direkt an Überlegungen der kritischen Geographie und der kritischen Stadtforschung über die Entwicklungen der postfordistischen bzw. der neoliberalen Stadt an (vgl. Heeg/Rosol 2007, Jessop 2002, Peck/Tickell 2002, Harvey 1989). Hier wird schon geraume Zeit mit verschiedenen theoretischen Perspektiven die Entwicklung von Städten beleuchtet. Vor dem Hintergrund einer Transformation von Gesellschaftsstrukturen und Staatlichkeit wird untersucht, wie sich die Formationen des Regierens, des Wirtschaftens und der Organisation der Städte verändern. Das Konzept der Postdemokratie erweitert diese Analysen mit einem übergreifenden Blick auf das Demokratische. Übertragen auf die Stadtforschung bedeutet das, dass es auch hier immer weniger Chancen für Demokratie im Sinne Rancières zu geben scheint: Die herrschende Ordnung im Raum schließt sich immer mehr und das Politische wird immer mehr vertrieben. Diese Gedanken zu Ende gedacht, steuert die formal-demokratische Raumproduktion auf eine postdemokratische Falle zu: eine Spirale der Depolitisierung, durch die es zuletzt zu spät wird für eine Politisierung des Räumlichen, da die Voraussetzungen dafür im Räumlichen erstickt worden sind.

1.4. *Police, Demokratie und Postdemokratie im Raum und durch Raum: ein zusammenfassender Blick auf Rancières Theorie als Konzept für die Raumforschung*

Insgesamt betrachtet leuchtet Rancières Theorie einige wichtige Aspekte der Produktion von Räumen aus meiner Sicht sehr gut aus: Demokratische Raumproduktion kann mit Rancière als das Moment interpretiert werden, in dem die Setzung der räumlichen Ordnung unterbrochen wird. Dabei betreten bisher nicht sichtbare Akteur_innen die politische Bühne, die die Ordnung streitbar infrage stellen. Raumproduktion ist demzufolge ein zweiseitiger Prozess: auf der einen Seite eine setzende räumliche *police*, die den Raum einteilt, definiert und ordnet. Und auf der anderen Seite eine radikaldemokratische Gegenbewegung, die diese Ordnung in einem Konflikt durchkreuzt und infrage stellt. Raumproduktion mit Rancière zu denken, heißt also, den Blick auf die Konflikte zu lenken, in denen die allgemein akzeptierte räumliche Ordnung gestört, unterbrochen und infrage gestellt wird. Im Fokus stehen politische Interventionen unter der Forderung auf Gleichheit, die *im* Raum sichtbar werden und *durch* den Raum hindurch die Aufteilung des Sinnlichen verrücken. Damit wird der räumliche Konflikt als produktives Moment ins Zentrum gerückt. So argumentiert liegt es nahe, Parallelen zu Lefebvres (1991) Konzept der Produktion des Raums als konflikthaftem Verhältnis zwischen einer setzenden Raumproduktion von oben und einer Aneignung und eigensinnigen Raumnutzung von unten zu ziehen. Lefebvre, Rancière und das Konzept der ‚radikalen Demokratie‘ zusammenzudenken, scheint vielversprechend zu sein (vgl. Purcell 2012; 2013, Douglas 2007). Mit der Kritik an einer postdemokratischen Situation kann auch postfordistische Raumproduktion kritisch analysiert

werden. Statt aber hauptsächlich gesellschaftliche Macht-, Herrschafts- und Dominanzstrukturen zu sezieren und freizulegen, gehen die Theorien der radikalen Demokratie einen entscheidenden Schritt weiter. Denn sie formulieren auch eine normative Vorstellung von dem, was Demokratie sein könnte und sollte.

2. Die Unmöglichkeit einer radikaldemokratischen Raumplanung und Anknüpfungspunkte für eine demokratiebewusste Planungs idee

In der zuvor beschriebenen Konstellation, in der Raum zwischen einer räumlichen Ordnung der *police* und den aufkommenden demokratischen Interventionen *im* und *durch* Raum entsteht, spielt der Komplex der Raumplanung eine bedeutende Rolle. Raumplanung wird hier verstanden als Prozess, als institutionelles Arrangement und als Herrschaftsformation, die das Ziel hat, den Raum in geordneter Weise zu regieren und zu produzieren (vgl. Tewdwr-Jones/Williams 2001: 8). In einem liberaldemokratischen Rahmen muss sich ein solches Planungsarrangement immer auf einen Begriff des Demokratischen stützen, sich also damit auseinandersetzen, was es bedeutet, ‚demokratisch‘ zu planen. Buchstein und Jörke (2003) stellen die These auf, dass – trotz aller Wandlungen des Begriffs – das grundlegende Versprechen der Demokratie eines auf Beteiligung ist. Dieses Versprechen auf egalitäre Partizipation wird entweder in kritischer Weise eingefordert oder es legitimiert die real existierende Demokratie. Anhand von Raumplanungsansätzen innerhalb liberaldemokratischer Gesellschaften wird dies sehr deutlich (vgl. Mäntysalo 2005); denn seitdem liberaldemokratische Planung aus dem Eifelturm der technokratischen Unangreifbarkeit geholt wurde, ist das Beklagen von fehlender Partizipation eine zentrale Kritiklinie (paradigmatisch dafür Arnstein 1969). Und gleichzeitig werden seither von Planungsinstitutionen Partizipationsverfahren dazu verwendet, ihr Handeln als demokratisch zu legitimieren. In Planungskonflikten werden damit Fragen um Teilhabe, Macht und gesellschaftliche Positionen verhandelt. Dabei haben die wiederkehrenden kritischen Debatten um das Demokratische und um die Partizipation in Planung die gängigen Planungsansätze infrage gestellt und neue entstehen lassen (vgl. Bäcklund/Mäntysalo 2010).

Derzeit wird das System der liberal-demokratischen Planung also wieder häufig von außen kritisch beleuchtet und das Versprechen der Demokratie auf Partizipation eingefordert. Dabei tauchen vermehrt räumliche Konflikte auf, an die die Frage nach der demokratischen Legitimation geknüpft wird. Partizipation als die Einbindung in die Produktion von Raum wird gefordert und die getroffenen Entscheidungen des Planungssystems werden als undemokratisch kritisiert. Gleichsam kehrt Partizipation in einem Boom der Beteiligungsverfahren vonseiten der Institutionen wieder, die die Kritik aufzunehmen und in legitimierender Weise umzuleiten versuchen (vgl. Selle 2011). Im Sinne Rancières kann Partizipation auf zweierlei Weisen interpretiert werden: als Ausdruck einer demokratischen Intervention – nämlich einer Forderung auf Gleichheit – und als Ausdruck

einer vereinnahmenden *police*, die eine postdemokratische Konstellation gerade mit einer vorausseilenden Partizipation in ihrem Sinne durchzusetzen versucht.

Der von mir skizzierte Ansatz einer radikaldemokratischen Sicht auf Raumproduktion kann einige neue Aspekte zu dieser Diskussion beitragen und eine andere Sicht auf Planungshandeln entwickeln. Dies kann zunächst in kritisierender Weise geschehen, wenn das derzeitige Regime von Raumplanung mit dem kritischen Raster der Postdemokratie bewertet wird. Doch es kann auch die Frage gestellt werden, welche Rolle Planung in einer demokratischen Raumproduktion spielen *sollte*. An dieser Stelle ist zu betonen, dass nach Rancière der Begriff der demokratischen Raumplanung ein Paradox ist. Denn verstanden als Ensemble aus Mechanismen, Institutionen und Herrschaftsarrangements, die geordnet Raum produzieren, kann Planung nur als Teil der Verwaltung der Ordnung, als Teil der *police* verstanden werden – und damit als Widerpart zu demokratischen Interventionen. Das Aufsetzen eines räumlichen Plans zeigt ganz deutlich, dass hierdurch eine Aufteilung des Sinnlichen fixiert werden soll: Linien werden gezogen, Funktionen zugewiesen, Zielvorstellungen visuell-räumlich umgesetzt, Orte definiert, Sichtweisen akzentuiert und andere verhüllt. Während Rancière Demokratie als Demontage versteht, ist Raumplanung die organisierte Setzung im Raum, denn „Planungspraxis [ist] per definitionem eine gestaltende und produzierende Tätigkeit, bei der Entscheidungen zu treffen sind, die automatisch zu Ausschluß und Unterdrückung von Anderem führen“ (Lanz 1996: 230). Aus der hier diskutierten Perspektive kann das Regieren der räumlichen Ordnung nicht demokratisch sein.

Damit kann die Kritik der postdemokratischen Konstellation auf die Planung angewendet werden, die immer Teil einer räumlich agierenden *police* ist. Mit der These, dass das Demokratische immer mehr verdrängt, neutralisiert und weniger möglich wird, können auch Aspekte von Planungsregimen kritisch in den Blick genommen werden. So sieht Swyngedouw, der Rancière ausdrücklich für seine Kritik an der postfordistischen Stadt verwendet, Stadtentwicklung und -planung nicht nur als ein Feld der veränderten Herrschaftsverhältnisse, sondern auch als ein unverzichtbares Instrument, eine postpolitische Konstellation in der Gesellschaft durchzusetzen (vgl. seinen Beitrag in dieser Ausgabe).

Und diese Interpretation wirkt plausibel. Denn eine wettbewerbsorientierte Stadtpolitik, das Zurückdrängen des Umverteilungs- und Gleichheitsparadigmas und eine Rhetorik der alternativlosen Stadtentwicklung scheinen in den Planungsansätzen und der Planungspraxis immer dominanter zu werden (Kamleithner 2009: 36f.). Statt des Gleichwertigkeitsparadigmas der fordistischen Planung wird nun Wettbewerbsfähigkeit als Ziel gesetzt. Und auch, was Planungsprozesse selbst angeht, können postdemokratische Tendenzen festgestellt werden. Wie seit einigen Jahren zu beobachten ist, konzipieren gerade die dominanten kommunikativen Planungsmodelle Planung zunehmend nicht mehr als hoheitliches Handeln, sondern als Moderation, Verhandlung und Governance (vgl. Mäntysalo 2005: 30f., Kamleithner 2009: 41). Dies ist aus der Sicht des Rancière'schen Ansatzes postdemokratisch, denn eine solche

Planungshaltung verdrängt den politischen Konflikt zunehmend durch konsensorientierte Verfahren, die politisches Handeln in neue Technologien des Selbstregierens verschieben. Auch wenn diese Debatte um governance und Gouvernamentalitäten der Planung (vgl. Gualini 2010) hier nicht vertieft werden kann, ist doch offensichtlich, dass die Kritik an der Postdemokratie auch auf das Planungs-Setting der postfordistischen Stadt angewendet werden kann – wie es beispielsweise Allmendinger und Haughton (2010, 2012) anhand des Wandels des britischen Planungssystems zu einem kooperativ-kommunikativen System tun.

Ich möchte also die These vertreten, dass Raumplanung nicht demokratisch sein kann und dass sie als Teil postdemokratischer Herrschaftsarrangements zu beschreiben ist. Und doch bedeutet dies nicht, dass Planung nichts mit dem Demokratischen zu tun hat. Im Feld der Raumplanung und in der Planungspraxis blitzen sogar oft demokratische Momente im Rancière'schen Sinne auf: Die geplante Zuweisung von Orten kann missachtet und unterlaufen werden; oder es regt sich Protest gegen eine Planung und es werden Alternativen formuliert; oder es formiert sich handfester Widerstand, der sich in entschlossenem Ungehorsam äußert. Immer dann gibt es die Möglichkeit auf einen demokratischen Moment als einer produktiven Konfliktsituation zwischen der Planung und den entgegengesetzten Kräften. Raumplanung kann zwar nie demokratisch sein, sie muss aber mit demokratischen Herausforderungen umgehen, sie handelt – um Foresters Leitsatz umzuformulieren – im Angesicht der Demokratie. Forester entwickelte einen Planungsansatz vor dem Demokratieideal einer idealen Sprechsituation im Sinne von Habermas: Progressive Planung ist hier mit Macht konfrontiert, die sie erkennen und der sie entgegenwirken sollte (vgl. Forester 1982: 71). Mit Rancière muss dieser Idee widersprochen werden: Planung kann Macht nicht regulieren, sie ist unabänderlicher Teil der Machtkonstellation. Konfrontiert ist Planung jedoch mit Demokratie, mit der Störung der Machtausübung durch eine Opposition. Statt ‚planning in the face of power‘ ist Raumplanung vielmehr ‚planning in the face of democracy‘.

Es fällt nicht schwer, liberal-demokratische Raumplanung im Raster Rancières und der Postdemokratie-Debatte zu kritisieren und ihr das Label der demokratischen Planung streitig zu machen. Eine mögliche Alternative einer anderen, radikaldemokratischen Raumproduktion zu denken, ist ungleich schwerer. Zwar versuchen die meisten Autor_innen, die Möglichkeit einer Gegenbewegung, einer Repolitisierung einer postdemokratischen Situation zu formulieren. So beschreibt etwa Swyngedouw die Teilnehmer_innen an jüngeren urbanen Ausschreitungen als „insurgent architects“ und damit als Gegenbewegung zu einer postdemokratischen Stadt (2011: 47f.). Doch solche emphatischen Beschreibungen von Repolitisierungen als demokratischer Intervention im Raum bleiben meist einigermaßen vage. Denn auch wenn die Autor_innen eine Repolitisierung für möglich halten, bleibt in den entsprechenden Ausführungen ihre konkrete Gestalt eher undeutlich. Kritik ist vielleicht immer deutlicher als eine positive Beschreibung. Allerdings besteht die Gefahr, in einer geradezu fatalistischen Weise die postdemokratische Schließung nicht nur als Falle zu beschreiben, sondern damit auch selbst in die gleiche Falle zu tappen.

Wenn aber die scharfe Kritik an der Postdemokratie nicht das Bild der postdemokratischen Alternativlosigkeit weiter ausmalen möchte, müssen radikale Demokratietheorien – wie die von Rancière – nicht nur kritisch, sondern auch konzeptionell weitergedacht werden.

Eine Debatte um eine alternative demokratische Raumproduktion anzustoßen, ist das Hauptanliegen meines Artikels. Dazu bieten sich radikal-demokratische Theorien (wie die von Rancière) an, da sie auch eine normative Ausdeutung von Demokratie und Politik entwickeln, statt in der kritischen Auflösung zu verharren. Besonders spannend wird diese Überlegung, wenn der Blick auf die Ordnung und die Raumplanung gelenkt wird. Denn auch wenn Planung nicht an sich demokratisch sein kann, geht sie doch mit demokratischen Ereignissen um, sie begegnen ihr, sie muss sich zu ihnen verhalten. Eine kritisch reflektierende Planungstheorie müsste sich genau dieser Frage widmen: Wie kann ein Planen im Angesicht von Demokratie gestaltet werden? Während progressive Planungsansätze bisher meist eine Demokratisierung zum Ziel hatten, müsste meines Erachtens von diesem Ideal abgerückt werden. Statt nach einer demokratischen, müsste mit dieser Theorie nach einer *demokratiebewussten* Planung gesucht werden und gefragt werden, wie sich Planung, wenn sie nicht selbst demokratisch sein kann, zur Demokratie verhalten sollte.

In den hier diskutierten Theorien gilt Ordnung nicht unbedingt als etwas in sich Schlechtes, das es zu überwinden gilt. Dass sich gesellschaftliche Verhältnisse zu Ordnungen festsetzen, wird vielmehr als gegeben betrachtet. Ein politisches Ereignis kann Ordnung zwar aufbrechen, allerdings nur für einen kurzen Moment, worauf sie sich in anderer Form wieder festigt. Dass sich immer wieder fest strukturierte Formen der Raumproduktion etablieren, sich also ein Setting von Planung herausbildet, ist etwas Unvermeidbares. Aus diesem Grunde ist es durchaus lohnenswert, den Blick auf die Ordnung zu richten und zu fragen, wie eine Planung vorstellbar wäre, die sich ihrem Verhältnis zu Demokratie bewusst ist und in positiver Weise damit umgeht, eine Planung, die zwar nicht demokratisch sein kann, aber die demokratische Momente als normatives Ziel verfolgt, eine Planung, die möglichst wenige politische Momente unterdrückt und Konflikt und Subjektivierung ermöglicht.

Dies ist eine besondere Herausforderung. Denn meist werden die Erwartungen auf das Subjekt der demokratischen Störung projiziert und dieses beleuchtet. Statt aber nur emphatisch das widerständige demokratische Subjekt herbeizusehnen, möchte ich darauf drängen, Demokratie auch von der Ordnung her zu denken. Das ist nicht unproblematisch, weil damit eine weiche Vereinnahmung von subversiver Opposition droht – die Grenze von demokratiebewusster Planung und flexiblen Regierungstechniken sind fließend. Dennoch scheint mir ein solcher Ansatz wichtig zu sein, um mit den inspirierenden Gedanken der radikal-demokratischen Debatte eine handlungsleitende Alternative diskutieren zu können. Es ist daher zu fragen, wie ein Planungsansatz zu konzipieren ist, der die eigene Stellung reflektiert, Konflikte erhofft, sie als produktiv begreift und gesellschaftlichen Ausschluss nicht verleugnet, sondern thematisiert und deutlich macht. Auch wenn ein solcher Planungsansatz vermutlich nicht einfach in Planungspraxis umzusetzen ist, kann er – so ist meine Hoffnung

– doch als Bezugspunkt dafür dienen, die verkrustete postdemokratische Alternativlosigkeit aufzubrechen und eine andere gesellschaftliche Raumproduktion denkbar zu machen.

Endnoten

- [1] Es verbietet sich dabei, von der Raumplanung als einem einheitlichen Phänomen zu sprechen. Von einem Planungsarrangement zum anderen unterscheiden sich Planungssysteme, Planungsformen und die Rahmenbedingungen immens. Da aber in diesem Artikel nicht genau zwischen einzelnen Planungskulturen unterschieden und die Instrumente analysiert werden können, wird Raumplanung allgemein und abstrakt definiert als ein Setting, das in geordneter Weise und institutionalisiert Raum herstellt.
- [2] Diese Institution, also das, was wir gemeinhin als Polizei verstehen, nennt er die „niedere Polizei“ (Rancière 2002: 40). Diese ist aber nur ein Teil dessen, was er als *la police* versteht.
- [3] Um diese Unterscheidung deutlich zu machen, wird in diesem Text für die Rancière'sche Polizei die französische Schreibweise verwendet.
- [4] Populär wurde der Begriff der Postdemokratie durch Colin Crouch, der mit seinem gleichnamigen Konzept allerdings nicht an Rancière anknüpft und das Konzept in zentralen Punkten ganz anders definiert. Crouch beklagt einen Verfall des demokratischen Systems. Von dem Idealzustand, dem „Augenblick der Demokratie“ (Crouch 2010: 14) nach dem Zweiten Weltkrieg verkomme sie nun zu einer Fassade für ein klientelistisch-ökonomistisches System. Der demokratische Diskurs sei einem PR-Spektakel gewichen, in dem lediglich die vorgesehenen Fragen angesprochen werden. Eine tiefer gehende Diskussion von Crouchs Konzept findet sich bei Schipper/Mullis in dieser Ausgabe, eine knappe Übersicht über die Debatte um Postdemokratie in Buchstein/Nullmeier 2006.
- [5] Interessanterweise lautete ein Slogan der französischen Banlieu-Unruhen von 2005 „Die Zeit der Forderungen ist vorbei!“ Dieser wurde später vom Kollektiv Rage (2009) aufgegriffen.

Autor_innen

Till Rosemann hat Geographie, Politikwissenschaft und Stadtplanung studiert. Er beschäftigt sich mit Planungs- und Gesellschaftstheorie und mit der kritischen Analyse von Governance- und Partizipationsprozessen.
tillrosemann@gmx.de

Literatur

- Allmendinger, Philip / Haughton, Graham (2012): Post-political spatial planning in England: a crisis of consensus? In: Transactions of the Institute of British Geographers 37/1, 89-103.
- Allmendinger, Philip / Haughton, Graham (2010): Spatial planning, devolution, and new planning spaces. In: Environment and Planning C: Government and Policy 28/5, 803-818.
- Arnstein, Sherry A. (1969): A ladder of citizen participation. In: Journal of American Institute of Planners 35/4, 216-224.
- Bäcklund, Pia / Mäntysalo, Raine (2010): Agonism and institutional ambiguity: Ideas on democracy and the role of participation in the development of planning theory and practice – the case of Finland. In: Planning Theory 9/4, 333-350.
- Buchstein, Hubertus / Jörke, Dirk (2003): Das Unbehagen an der Demokratietheorie. In: Leviathan 31/4, 470-495.
- Buchstein, Hubertus / Nullmeier, Frank (2006): Einleitung: Die Postdemokratie-Debatte. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 19/4, 16-22.

- Crampton, Jeremy W. / Elden, Stuart (Hg.) (2007): *Space, Knowledge and Power*. Foucault and Geography. Aldershot: Ashgate.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Davidoff, Paul (1965): *Advocacy and pluralism in planning*. In: *Journal of the American Institute of Planners* 31/4, 331-338.
- Dikeç, Mustafa (2005): *Space, politics, and the political*. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 23/2, 171-188.
- Douglas, Carl (2007): *Barricades and boulevards. Material transformations of Paris 1795-1871*. In: *Interstices* 8, 31-42.
- Forester, John (1982): *Planning in the face of power*. In: *Journal of the American Planning Association* 48/1, 67-80.
- Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hg.) (2012): *Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Foucault, Michel (1994): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Füller, Henning / Michel, Boris (Hg.) (2012): *Die Ordnung der Räume. Geographische Forschung im Anschluss an Michel Foucault*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Gualini, Enrico (2010): *Governance, space and politics: Exploring the governmentality of planning*. In: Jean Hillier / Patsy Healey (Hg.), *The Ashgate Research Companion to Planning Theory. Conceptual Challenges for Spatial Planning*. Farnham/Surrey: Ashgate, 57-86.
- Glasze, Georg (2009): *Der Raumbegriff bei Laclau: auf dem Weg zu einem politischen Konzept Räumen*. In: Georg Glasze / Annika Mattissek (Hg.), *Handbuch Diskurs und Raum*. Bielefeld: transcript Verlag, 213-218.
- Glasze, Georg / Mattissek, Annika (2009): *Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe*. In: Georg Glasze / Annika Mattissek (Hg.), *Handbuch Diskurs und Raum*. Bielefeld: transcript Verlag, 153-180.
- Harvey, David (1989): *From managerialism to entrepreneurialism: The transformation in urban governance in late capitalism*. In: *Geografiska Annaler. Series B, Human Geography* 71/1, 3-17.
- Heeg, Susanne / Rosol, Marit (2007): *Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick*. In: *Prokla* 149, 491-509.
- Heil, Reinhard / Hetzel, Andreas (2006): *Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Jessop, Bob (2002): *Liberalism, neoliberalism, and urban governance: A state-theoretical perspective*. In: *Antipode* 34/3, 452-472.
- Kamleithner, Christa (2009): *„Regieren durch Community“: Neoliberale Formen der Stadtplanung*. In: Matthias Drilling (Hg.), *Governance der Quartiersentwicklung. Theoretische und praktische Zugänge zu neuen Steuerungsformen*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 29-48.
- Kollektiv Rage (2012): *Banlieues. Die Zeit der Forderungen ist vorbei*. Berlin/Hamburg: Assoziation A.
- Laclau, Ernesto (1990): *New Reflections on the Revolution of Our Time*. London/New York: Verso.
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal (2000): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien: Passagen-Verlag.
- Lanz, Stephan (1996): *Demokratische Stadtplanung in der Postmoderne*. Oldenburg: BIS-Verlag.
- Lefebvre, Henri (1991): *The Production of Space*. Malden u.a.: Blackwell Publishing.
- Mäntysalo, Raine (2005): *Approaches to participation in urban planning theories*. In: Zetti, Iacopo / Brand, Shira (Hg.), *Rehabilitation of Suburban Areas: Brozzi and Le Piagge Neighbourhoods*. Florenz: University of Florence Press, 23-38.
- Marchart, Oliver (2010): *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Marchart, Oliver (2002): *Kunst, Raum und Öffentlichkeit(en): Einige grundsätzliche Anmerkungen zum schwierigen Verhältnis von Public Art, Urbanismus und politischer Theorie*. In: transversal -EIPCP multilingual webjournal, <http://eipcp.net/transversal/0102/marchart/de> (letzter Zugriff am 19.10.2013).
- Massey, Doreen (1992): *Politics and space/time*. In: *New Left Review* 196, 65-84.
- Mouffe, Chantal (2008): *On the Political*. London/New York: Routledge.

- Peck, Jamie / Tickell, Adam (2002): Neoliberalizing space. In: *Antipode* 34/3, 380-404.
- PND online II (2011): Umschau: Fortsetzung Stuttgart 21 und seine Folgen. In: Pnd online, <http://www.planung-neu-denken.de/fre-ausgaben-mainmenu-63> (letzter Zugriff am 27.9.2013).
- Purcell, Mark (2013): *The Down-deep Delight of Democracy*. Malden u. a.: Blackwell Publishers.
- Purcell, Mark (2012): Lefebvre and Democracy. Vortrag auf der Jahreskonferenz der Association of American Geographers in New York, März 2012. <http://pathtothepossible.wordpress.com/2012/03/01/lefebvre-and-democracy> (letzter Zugriff am 28.1.2013).
- Rancière, Jacques (2008): *Zehn Thesen zur Politik*. Berlin/Zürich: Diaphanes Verlag.
- Rancière, Jacques (2002): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Rancière, Jacques (1997): Demokratie und Postdemokratie. In: Alain Badiou / Jacques Rancière / Rado Riha / Jelica Sumic-Riha (Hg.), *Politik der Wahrheit*. Wien: Verlag Turia & Kant, 94-122.
- Roller, Nathalie (2007): Campen mit Obdachlosen: In Frankreich setzt eine spektakuläre Solidaritätsaktion mit Obdachlosen die Regierung unter Handlungsdruck. <http://www.heise.de/tp/artikel/24/24447/1.html> (letzter Zugriff am 5.2.2013).
- Schmidt, Manfred G. (2010): *Demokratietheorien. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Selle, Klaus (2011): „Particitainment“ oder: Beteiligen wir uns zu Tode? Wenn alle das Beste wollen und Bürgerbeteiligung dennoch zum Problem wird. In: Pnd online, http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3_2011/selle_particitainment.pdf (letzter Zugriff am 5.3.2012).
- Swyngedouw, Erik (2011): *Designing the Post-political City and the Insurgent Polis London*: Bedford Press.
- Swyngedouw, Erik (2007): The post-political city. In: Guy Baeten (Hg.), *Urban Politics Now. Re-imagining Democracy in the Neoliberal City*. Rotterdam: NAi Publishers, 58-76.
- Tewdwr-Jones, Mark / Williams, Richard Hamilton (2001): *The European Dimension of British Planning*. New York: Spon Press.

Planning in the Face of Democracy. Thinking with Rancière about spatial planning and democracy

In many current conflicts around urban planning, liberal democracies and its institutions are contested. The question on the actual democratic in the production of space and urban planning is in my article addressed with the democracy concept of Jacques Rancière. He conceptualizes democracy as the moment of conflict, when the existing order is disrupted and becomes negotiable. I discuss several of the essential concepts of this political theory (police, democracy and post-democracy) as a theory of space and therefore as concepts for urban research. From a position of radical democracy, I conclude, liberal democratic urban planning cannot be understood as part of democracy, but in contrast as post-democratic. Starting to think about a democracy-aware planning approach, I eventually discuss how the role of planning in the face of radical democratic interventions can be normatively conceptualized.

Rassismus und Klassen-Raum

Segregation nach Herkunft an Berliner Grundschulen

Juliane Karakayali

Birgit zur Nieden

An Grundschulen in vormals migrantisch geprägten Stadtteilen, in denen aktuell Gentrifizierungsprozesse stattfinden, kommt es verstärkt zu Segregationen nach Herkunft, die sich entweder in Schulen mit sehr hohem Anteil migrantischer Schüler_innen oder in einer Schulklasseneinteilung nach Herkunft zeigen. Der vorliegende Artikel untersucht dieses Phänomen am Beispiel Berlin-Kreuzberg rassismustheoretisch, indem aktuelle Segregationen im Kontext historischer Praktiken der getrennten Beschulung (sog. Ausländerregelklassen) analysiert werden. Dabei wird deutlich, dass sich im Sinne eines postliberalen Rassismus die Linien, entlang derer Trennungen vorgenommen werden, flexibilisieren und mit der gegenwärtigen Diskussion um ‚bildungsferne Kinder‘ eine Legitimierung der rassistischen Diskriminierung stattfindet.

Ersteinreichung: 14. Mai 2013; Veröffentlichung online: 7. Dezember 2013

An english abstract can be found at the end of the document.

„Grundschule in Kreuzberg – Türkische Eltern protestieren gegen Trennung nach Herkunft. Eine Klasse der Kreuzberger Lenau-Grundschule besteht fast nur aus deutschen Kindern ohne Migrationshintergrund, in einer anderen sind nur Kinder mit Migrationshintergrund: Dagegen protestieren vor allem türkische Eltern – mit Erfolg.“ (Der Tagesspiegel, 17.8.2012)

Die Nachricht über die Einrichtung von nach Herkunft getrennten Klassen an einer Kreuzberger Grundschule löste einen Skandal in Berlin aus. Nachfolgende Artikel versuchten zu rekonstruieren, wie es dazu hatte kommen können. Offensichtlich hatten sich Eltern über Facebook, Aushänge in Kitas und auf Spielplätzen zusammengefunden, um ihre Kinder zum Schulbeginn gemeinsam in einer Klasse der Berliner Lenauschule anzumelden. Diese Gruppenanmeldungen sind seit ein paar Jahren in Kreuzberg (und anderswo) Usus. Die Eltern wollen damit zu einer ‚besseren Mischung‘ von als bildungsfern wahrgenommenen Schülerschaften beitragen. An der Lenauschule führte die Gruppenanmeldung zwar zu einer ‚Mischung‘ innerhalb der Schule, gleichzeitig aber zu einer erneuten Segregation auf der Ebene der Klasseneinteilung. Erst nach Protesten von (laut *Tagesspiegel*) ‚türkischen‘ Eltern, die bis zur Senatsebene gingen, wurden die Klassen neu gemischt.

Der folgende Artikel untersucht das Phänomen der nach Herkunft getrennten Beschulung aus einer rassismustheoretischen Perspektive. Denn mit Blick auf die Geschichte wird deutlich, dass die Klasseneinteilung u. a. an der Lenauschule kein unglücklicher Zufall ist, sondern in der Tradition eines auf Separation zielenden institutionellen Umgangs mit Migration steht. Bis in die 1990er Jahre hinein war die getrennte Beschulung nach Herkunft durch die sogenannten Ausländerregelklassen administrativ organisiert. Offensichtlich haben sich nach Änderung der entsprechenden Weisungen andere Praktiken der Trennung etabliert, die in segregierte Grundschulen und segregierte Grundschulklassen münden. Nach einem rassismustheoretischen Einstieg betrachten wir die konkreten Praktiken der nach Herkunft getrennten Beschulung im historischen Kontext hinsichtlich der Frage, wie sich in ihnen das jeweilige Migrationsregime und ein sich wandelnder Rassismus zeigen. Rassismus wird hier nicht als individuelle Einstellung, sondern als gesellschaftliches Verhältnis begriffen. Für diesen Text greifen wir auf erste Ergebnisse einer explorativen Forschung in Berlin-Kreuzberg zurück.[1] Analysiert wird, wie sich die Linien, entlang derer die Trennungen vorgenommen werden, und auch die Begründungen dafür verändern und wie sich dieser Wandel in der Institution Schule niederschlägt. Unsere These ist, dass dabei aktuell der Konstruktion von ‚Bildungsnähe‘ und ‚Bildungsferne‘ eine besondere Bedeutung zukommt.

Eine große Herausforderung stellt die kategoriale Bezeichnung der Tatsache der Migration dar. Die Differenzierung in ‚Deutsche‘ und ‚Ausländer_innen‘ ist in einer Einwanderungsgesellschaft unzureichend, um rassistische Ausschlüsse oder durch Migration strukturierte Erfahrungen zu erfassen. Um diese markieren zu können, werden Begriffe wie ‚migrantisch‘, ‚mit Migrationshintergrund‘, ‚Postmigrant_innen‘ oder ‚Nachkommen der ehemaligen Migrant_innen‘ verwandt. Diese Bezeichnungen sind oft vage, werden manchmal als ausgrenzend empfunden und verweisen auf das Moment der Migration, nicht aber auf den rassistischen Ausschluss. Wir können das Benennungsproblem in diesem Text nicht lösen, bemühen uns aber um jeweils möglichst konkrete Beschreibungen. Ein ähnliches Problem verbindet sich mit dem Begriff der Segregation. Wir verwenden ihn in Ermangelung eines besseren und in dem Wissen, dass es Segregation im Sinne einer absoluten Trennung von Migrant_innen und Herkunftsdeutschen nie gegeben, sondern der Begriff vielmehr zum Mythos von den Migrant_innen als den ‚ganz Anderen‘ beigetragen hat. Und auch unsere Erkenntnisse zur Situation an Schulen zeigen, dass Segregation kein durchgängiges Organisationsprinzip, sondern vielmehr flexibel mobilisierbar ist.

1. Rassismus und Migrationsregime

Rassismus verstehen wir als ein gesellschaftliches Verhältnis, das Menschen in hierarchische Beziehungen zueinander setzt. Der Rassismus organisiert die Gesellschaft entlang biologischer, ethnischer oder kultureller Gruppenzuschreibungen, wobei sich biologische und kulturelle Argumente häufig vermischen (vgl. Balibar 1998). Rassismus bezeichnet eine spezifische Verlaufsform sozialer Konflikte, in denen das Soziale

tendenziell ausgestrichen wird zugunsten von Determinanten, die als dem menschlichen Handeln unzugänglich gelten: Kultur, Biologie, Habitus. Der Zusammenhang zwischen Rassismus und rassistisch diskriminierten Subjekten ist nicht einfach zu bestimmen: Es ist jedenfalls nicht die Präsenz bestimmter Gruppen von Menschen, die den Rassismus hervorruft, sondern es ist der Rassismus, der die Idee homogener, statischer und zueinander in Konflikt stehender Kulturen und Ethnizitäten etabliert. Die Art und Weise, wie dies geschieht, unterliegt historischen Veränderungen. Diese sind bedingt durch die Widerstände und Kämpfe gegen den Rassismus von Seiten der rassistisch Diskriminierten, die die Logiken des Rassismus immer neu herausfordern, diesen sich aber auch immer wieder neu organisieren lassen (vgl. Bojadžijev 2008).

Im Kapitalismus dient die Einteilung der Bevölkerung der Einrichtung einer Arbeitshierarchie. Insofern sind Klassenfragen immer auch in den Rassismus eingeschrieben und Rassismus ist ein entscheidendes Element für die Konstitution unterschiedlicher sozialer Klassen (vgl. Balibar/Wallerstein 1998, Allen 1998). Dieses Verhältnis von Klasse und Rassismus wird insbesondere an der Strukturierung von Arbeitsmärkten deutlich, auf denen Eingewanderte zumeist die unteren Positionen einnehmen. Die Einteilung in Einwandernde und Einheimische und ihre Zuweisung zu bestimmten Arbeitsbereichen ist Ausdruck des Rassismus (vgl. Treichler 1998). Hier besteht eine große Nähe des Konzepts des Rassismus zu dem des Migrationsregimes. Der Regimebegriff wiederum ermöglicht es, in die Analyse von Migrationspolitiken „eine Vielzahl und Gleichzeitigkeit von AkteurInnen einzubeziehen, deren Praktiken zwar aufeinander bezogen sind, nicht aber in Gestalt einer zentralen (systemischen) Logik geordnet, sondern vielfach überdeterminiert sind“ (Tsianos 2010). Mit dieser Perspektive wird das Verhältnis von staatlicher Kontrolle und den Aktivitäten der Migrant_innen nicht als Subjekt-Objekt-Verhältnis konzipiert, sondern „die ‚Regularisierung‘ sozialer Verhältnisse wird vielmehr als Resultat sozialer Auseinandersetzungen begriffen, die in immer wieder zu erneuernden (oder umzuwerfenden) institutionellen Kompromissen münden“ (ebd.).[2] Migrationsregime- und Rassismusforschung korrespondieren miteinander, und gesellschaftliche Verhältnisse lassen sich oft sowohl rassismus- als auch migrationstheoretisch erklären.

Wie jeweils Migration und Arbeit durch rassistische Grenzziehungen miteinander verbunden sind, ist einem historischen Wandel unterworfen: Jahrzehntelang stellte die Staatsangehörigkeit in Deutschland das Differenzkriterium dar, über das der Zugang zu Rechten und Ressourcen reguliert wurde. Es herrschte bis zum Jahr 2000 eine Migrationspolitik, die darauf ausgelegt war, die (ehemaligen) Gastarbeiter_innen und ihre Nachkommen in einem rechtlichen Status zu halten, der ihnen nicht die gleichen Rechte gewährte wie Einheimischen. Das *ius sanguinis* organisierte die Bevölkerung entlang der Frage der Abstammung, die rechtlichen Möglichkeiten der Einbürgerung waren stark eingeschränkt. Für Eingewanderte gab es eigene Arbeitsmärkte, Gesetze, Sanktionsmöglichkeiten und in letzter Instanz immer die Möglichkeit der Ausweisung. Die Migrant_innen blieben so eine flexibel verfügbare Arbeiter_innenklasse, die im Sinne einer fordistischen Arbeitsorganisation bestimmte Bereiche des Arbeitsmarktes abdeckte (vgl.

Treichler 1998). Mit der Veränderung des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000, die auch Ausdruck der beharrlichen Kämpfe um Gleichberechtigung ist, erfasst dieses gewichtige Organisationskriterium zwar noch die neu Einwandernden, zumeist aber nicht mehr die Kinder und Enkelkinder der bereits Eingewanderten, zu deren größter Gruppe die Nachkommen der türkischen Gastarbeiter_innen zählen.

Wir stellen fest, dass sich neue, flexiblere Formen des rassistischen Ausschlusses etablieren, die die Einteilung in ‚Deutsche‘ und ‚Ausländer_innen‘ ablösen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die mit diesen alten Einteilungen verbundenen Ausschlüsse bereits aufgehoben wären: Statistisch gesehen sind gerade Menschen mit türkischem Migrationshintergrund nach wie vor sozioökonomisch deutlich schlechter gestellt als der Durchschnitt, was sich in vergleichsweise niedrigen Löhnen und hoher Arbeitslosigkeit niederschlägt (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2011). Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass diese Gruppe – anders als die Gastarbeiter_innen aus anderen Ländern – als nicht EG- bzw. EU-Bürger_innen jahrzehntelang durch rechtliche und gesellschaftliche Ausschlüsse diskriminiert wurde. Seit einigen Jahren ist eine Form des Rassismus festzustellen, die gerade diese Gruppe fokussiert und als Differenzkriterium ihre angebliche kulturell-religiöse Andersartigkeit ausmacht. Insbesondere in Folge des 11. Septembers 2001 werden als ‚Muslim_innen‘ konstruierte Personen und Gruppen im Sinne eines antimuslimischen und orientalistischen Wissensrepertoires mit einer fundamentalistischen, antiegalitären und antimodernen Kultur in Verbindung gebracht (vgl. Shooman 2011, Attia 2009).[3] Die sozioökonomischen Ausschlüsse erscheinen in dieser rassistischen Deutung als Ausdruck einer defizitären Kultur, die ihre Anhänger_innen an der Teilnahme an einem modernen Arbeitsleben und am Erwerb von Bildung hindert. Damit wird ihre Klassenzugehörigkeit kulturalisiert, wie sich in der sogenannten Sarrazin-Debatte eindrücklich zeigte (vgl. Karakayali 2012, Karakayali 2011). Die Geschichte der Bedingungen der Migration und der institutionellen Ausschlüsse, die soziale Ungleichheiten entlang des Kriteriums der Staatsangehörigkeit produziert hat, wird hingegen negiert. Pieper et al. (2011) analysieren diesen antimuslimischen Rassismus als Beispiel für einen ‚postliberalen‘ Rassismus, der sich dadurch auszeichnet, dass er nach sehr viel flexibleren Kriterien Gruppen konstituiert und Formen der postliberalen Staatsbürgerschaft hervorbringt, in denen einzelnen Gruppen von Staatsbürger_innen Rechte partiell entzogen oder gewährt werden können.

„Es handelt sich um Diskurse, Politiken und Praktiken von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen, die systematisch Ausgrenzung und Diskriminierung produzieren, ohne sich explizit und vorsätzlich rassistischer Begründungs- und Deutungsmuster zu bedienen.“ (ebd.: 121) [4]

Als Beispiele hierfür führen die Autor_innen das Kopftuchverbot für Lehrer_innen an, das offensichtlich nur für Migrant_innen gilt, während einer konvertierten deutschen Lehrerin das Kopftuchtragen bei der Arbeit gewährt wurde, sowie das in einigen europäischen Staaten verhängte Burka-Verbot im Namen der Frauenrechte oder die Ethnisierung von Homophobie.

Unsere These ist, dass sich die Segregationstendenzen an Berliner Grundschulen infolge der Debatten um das schlechtere Abschneiden von migrantischen Kindern im deutschen Schulsystem nach den PISA-Studien und dem damit verknüpften Label der ‚Bildungsferne‘ als Effekte eines flexibilisierten postliberalen Rassismus beschreiben lassen. Um aufzuzeigen, wie sich die Linien wandeln, entlang derer rassistische Trennungen organisiert werden, zeichnen wir zunächst historische Segregationspraktiken an Schulen in Deutschland nach. Uns interessiert dabei nicht Rassismus auf der Ebene der persönlichen Einstellungen von Eltern und Lehrer_innen, sondern vielmehr, wie Rassismus als gesellschaftliches Organisationsprinzip auch in den Schulen wirksam ist.

2. Die Geschichte der Segregation an deutschen Schulen

In der Zeit der Gastarbeiter_innenanwerbung bis in die 1990er Jahre hinein wurde das bildungspolitische Instrument der getrennten Beschulung von ‚Deutschen‘ und ‚Ausländer_innen‘ angewandt. 1964 verabschiedete die Kultusministerkonferenz (KMK) [5] die Weisung, dass ‚ausländische‘ Kinder, auf die 1961 die allgemeine Schulpflicht ausgedehnt worden war, in der Regel gemeinsam mit deutschen Kindern zur Schule gehen sollten.[6] Wenn nötig, sollten sie jedoch in gesonderten Vorklassen zunächst Deutsch lernen. Zudem sollte muttersprachlicher Unterricht angeboten werden, der die (Wieder-)Eingliederungsfähigkeit der Kinder in die Schulsysteme der Herkunftsländer gewährleisten sollte. Im KMK-Beschluss von 1971 wurden erstmals in der Geschichte des deutschen Bildungssystems die nichtdeutschen Kinder den deutschen „in allen Fragen der Beschulung“ formal gleichgestellt (Puskeppeleit/Krüger-Potratz 1999: 41ff.).[7] Weiterhin jedoch existierten gesonderte Vor- und Deutschlernklassen sowie der Unterricht in den Herkunftssprachen. Zudem war festgelegt, dass der Anteil ‚ausländischer‘ Schüler_innen in Regelklassen ein Fünftel nicht überschreiten sollte. Wenn deutlich mehr ‚ausländische‘ Kinder beschult werden mussten, sollten eigene ‚Ausländerklassen‘ gebildet werden, in die auch Kinder aufgenommen wurden, die keinerlei sprachlicher Förderung bedurften. Hier zeichnen sich widersprüchliche bildungspolitische Ziele und Praktiken ab, die sich bis in die 1990er Jahre hinein zwischen Verbesserung der bildungspolitischen Partizipation und Separation migrantischer Kinder bewegten (ebd.: 30).

Auch in Berlin galt seit Anfang der 1970er Jahre die Vorgabe, dass Segregation nach Nationalität in den Schulen zu vermeiden sei, gleichzeitig aber ein Anteil von 25 Prozent nichtdeutscher Kinder in einer Klasse nicht überschritten werden sollte. Auch hier wurde dieser Widerspruch durch die Einrichtung der sogenannten Ausländerregelklassen gelöst (Engin 2003: 21). Diese zunächst als vorübergehend gedachte Maßnahme wurde 1984 in den „Ausführungsvorschriften über den Unterricht für ausländische Kinder und Jugendliche“ erneut manifestiert. Laut dieser Bestimmung durfte der Anteil nichtdeutscher Kinder in einer Klasse 30 Prozent nicht überschreiten,[8] sonst war eine Ausländerregelklasse einzurichten. Dies führte – in Bezirken mit hohem Migrant_innenanteil – zu einem weitgehend getrennten Unterricht von deutschen und ausländischen Kindern (vgl. Steinmüller 1989: 140). Besonders Kinder mit

türkischem Migrationshintergrund waren davon betroffen, da sie bald die größte Gruppe ‚ausländischer‘ Kinder darstellten und die Einrichtung von ‚Ausländerregelklassen‘ möglichst Kinder einer Herkunftssprache bündeln sollte. Auf Druck u. a. von migrantischen Vereinen, die kritisierten, dass die schulische Segregation der türkischen Kinder deren Bildungschancen verschlechtere und nicht zu einer Verbesserung ihrer spezifischen Probleme wie teilweise mangelnden Sprachkenntnissen beitrage, wurde 1995 das Berliner Schulgesetz geändert und sowohl die Quotenregelung als auch die ‚Ausländerregelklassen‘ abgeschafft (vgl. Engin 2003: 26ff.).[9]

Rassistische Grenzziehungen durch ‚Ausländerregelklassen‘

Wie oben ausgeführt, wird die separierte Beschulung der Kinder der ehemaligen Gastarbeiter_innen zwar zunächst mit der Förderung ihrer Sprachkompetenzen begründet, tatsächlich aber etabliert sich über dieses ‚Förderangebot‘ eine segregierende Beschulungspraxis, die sich verfestigt. Die 25- bzw. 30-Prozent-Quote für ‚ausländische‘ Kinder galt zudem unabhängig von deren Sprachkenntnissen, und viele Kinder mit guten Deutschkenntnissen verblieben ihre gesamte Schulzeit über in ‚Ausländerregelklassen‘ (vgl. Steinmüller 1989: 140). In der Quotenregelung äußerte sich die Ansicht, dass ein zu hoher Prozentsatz ‚ausländischer‘ Kinder generell schädlich für den Unterricht sei. Offenbar ging es darum, eine Mischung von deutschen und vielen ‚ausländischen‘ Kindern zu vermeiden und zwar deshalb, weil es seitens deutscher Eltern und Lehrer_innen schon damals starke Ressentiments gegenüber den Kindern der Gastarbeiter_innen gab. Diese wurden schon damals u. a. mit deren geringem Bildungserfolg begründet, zu dem die segregierten Klassen und andere gesellschaftliche Ausschlüsse beitrugen. In den Debatten um das schlechtere Abschneiden im Schulsystem, die in den 1970er Jahren geführt wurden, wurden allerdings zumeist nicht die Diskriminierungen thematisiert, sondern – ähnlich wie heute – kulturalisierende Interpretationen gefunden: Die Kinder seien – aufgrund ihrer ‚fremden Kultur‘ – leistungsunwillig; ihre Eltern hätten inadäquate Erziehungsmethoden und würden sich nicht genügend für die Bildung ihrer Kinder einsetzen; die Lehrer_innen seien überfordert und zu wenig kompetent, mit der Situation umzugehen (vgl. Puskeppeleit/Krüger-Potratz 1999: 12f.). Die Reaktion auf diese Diagnose war nicht die Abschaffung, sondern die Fortführung der getrennten Beschulung.[10]

Neben diesen Ressentiments muss die Logik der Praxis der Separierung aber auch in Hinblick auf ihre Bedeutung für die durch das Migrationsregime organisierte gesellschaftliche Arbeitsteilung analysiert werden. So könnte man die Quotenregelung auch als Instrument begreifen, die migrantische Arbeiter_innenklasse zu reproduzieren. Die gesonderte Beschulung der nicht-deutschen Kinder kann dann zum einen als eine Ebene des ohnehin klassenorientierten Schulsystems interpretiert werden: Darin führt das Gymnasium zum Studium, die Realschule in die Ausbildung und die Hauptschule in die Arbeiter_innenklasse. Dafür spricht, dass in den Bestimmungen der KMK für ‚ausländische‘ Kinder lediglich Weisungen für Grund-, Haupt- und Berufsschulen, nicht aber für das Gymnasium oder die Realschule enthalten waren.[11] Zum anderen spiegelte sich in der getrennten Beschulung eine auf

Rückkehr orientierte Migrationspolitik, die die Kinder der Migrant_innen nicht in die allgemeinen Bildungsinstitutionen inkludierte.

Die Idee der festgelegten Einzugsgebiete für Grundschulen, die eigentlich die soziale Mischung einer Nachbarschaft in der Grundschule abbilden sollte, wurde darüber hinaus durch die Praxis der segregierten Klassen ad absurdum geführt.

1995 wurde in Berlin das Prinzip der ‚Ausländerregelklassen‘ gesetzlich abgeschafft. Allerdings änderte das faktisch bis ins Jahr 2000 wenig an den Klasseneinteilungen; „die *Ausländerregelklassen* wurden lediglich entweder in ‚Regelklassen‘ oder in *Förderklassen* umbenannt, ohne dass damit eine inhaltliche Neuregelung“ einherging oder die Schüler_innen in den Klassen anders verteilt worden wären (Engin 2003: 70ff.; Hervorh. i. O.). Spätestens mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts 2000 sollte in den Schulen das Kriterium der Staatsbürgerschaft nicht mehr herangezogen werden, um Kinder getrennt voneinander zu unterrichten. Dennoch zeigt die aktuelle Praxis getrennter Klassen, dass Grenzen nach Herkunft bestehen bleiben oder neu gezogen werden. Hier stellt sich die Frage, über welche neuen und alten Praktiken diese Trennungen hergestellt werden.

3. Aktuelle Formen der Segregation in Grundschulen und der Stand der Forschung

Die gegenwärtige Situation an Kreuzberger Grundschulen zeigt, dass die getrennte Beschulung von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund offensichtlich nach wie vor keine Seltenheit ist. Eine Studie des „Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration“ (SVR) aus dem Jahr 2012 gelangt zu erstaunlichen Befunden: Demnach gibt es Grundschulen, in denen der Anteil nichtdeutscher Kinder bis zu 200 Prozent über dem Durchschnitt im Einzugsgebiet liegt, und andere, bei denen der Anteil der deutschen Schüler_innen deutlich höher ist als der des Einzugsgebietes.[12]

Eine Ursache dafür ist – so legen verschiedene Studien nahe – im Elternwahlverhalten zu finden (vgl. Krämer 2013, Schneider et al. 2012, Große-Löscher 2011, Radtke 2007, Noreisch 2007, Kristen 2005).[13] Ebenso wie die Untersuchung des SVR erklären diese Studien die abweichenden ‚Mischungen‘ innerhalb der Bewohner_innenschaft eines Stadtteils und der zugeordneten Schule vor allem durch das Schulwahlverhalten von sogenannten bildungsnahen Eltern (vgl. SVR 2012: 2 u. 9ff., Noreisch 2007: 1311), von denen angenommen wird, dass sie eher herkunftsdeutsch und der Mittelschicht zuzurechnen sind.[14] Im Zuge von Gentrifizierungsprozessen ziehen zunehmend finanziell gutsituierte junge Familien – anstatt wie früher in ländliche Regionen – in innenstadtnahe, vormals durch die Gastarbeiter_innenmigration und die Arbeiter_innenschicht geprägte Stadtteile (vgl. Friedrichs/Kecses 1996) wie z. B. Berlin-Kreuzberg (vgl. Topos 2008). Internationale Studien zeigen auf, dass diese Prozesse kaum zu sozialen Beziehungen zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen führen (Blokland/van Eijk 2010, Atkinson 2006, Butler 2003, Butler/Robson 2001). Vielmehr versuchen die Mittelschichten eher, Kontakte zu als sozial different wahrgenommenen oder „risky groups“ (Atkinson 2006: 819) zu vermeiden. Dazu gehört

auch, mit vielfältigen Praktiken eine sozial möglichst homogene Schul- und Klassenumgebung für die eigenen Kinder zu erreichen. Dafür melden diese Eltern ihre Kinder nicht auf der Schule ihres Einzugsgebietes an, sondern an einer Schule mit einem möglichst niedrigen Anteil von Schüler_innen mit arabischem oder türkischem Migrationshintergrund (vgl. SVR 2012: 6ff.). Um an einer Schule außerhalb des eigenen Einzugsgebietes angenommen zu werden, gibt es die Möglichkeit, den Wohnsitz umzumelden [15] oder einen Antrag auf Annahme an einer Schule außerhalb des Einzugsgebietes stellen. Bisher beforscht sind nur diese Praktiken, die zu segregierten Schulen führen. Dabei werden in den Studien die wählenden Eltern tendenziell mit ‚bildungsnahen‘ Eltern gleichgesetzt (vgl. ebd.). Außerdem orientiert sich die Forschung am Wahlverhalten derjenigen Eltern, die Schulen mit einem hohen Migrant_innenanteil meiden. Die Motive derjenigen Eltern, die ihre Kinder auf Schulen mit hohem Migrant_innenanteil schicken, werden hingegen nicht untersucht.[16] Dies allein ist problematisch, da damit das Phänomen der Elternwahl nur einseitig beforscht wird. Darüber hinaus aber ist eine Forschung, die als einzige Ursache von Segregation an der Schule das Elternwahlverhalten ausmacht, unzureichend. Institutionelle Praktiken, die, wie das Eingangsbeispiel der Lenaus Schule zeigt, ebenfalls zu Segregation beitragen, bleiben unberücksichtigt.

Als institutionelle Segregationspraxis wirkt beispielsweise die Erhebung der ‚Muttersprache‘ oder ‚Familiensprache‘ der Schüler_innen: Seit dem Schuljahr 1997/98 wird in Berlin beim Schuleintritt erhoben, ob ein Kind ‚nichtdeutscher Herkunftssprache‘ (im Folgenden kurz: ndHs) ist.[17] Diese Zuordnung sagt nichts über die Deutschkenntnisse eines Kindes aus, sondern einzig darüber, dass es noch mindestens eine weitere Sprache spricht bzw. dass eine andere Sprache als Deutsch die ‚Familiensprache‘ ist. Da aber die Einordnung ndHs nichts über einen tatsächlichen Förderbedarf in Deutsch aussagt, erscheint diese Zuordnung wie eine Markierung, die die Kategorisierung als ‚Ausländer_in‘ ablöst. Noch erklärungsbedürftiger als diese Kategorie an sich ist, wer ihr zugeordnet wird. Denn es gibt kein einheitliches Verfahren, wie ndHs festgestellt wird: Jeder Berliner Schule ist es überlassen, wie sie ndHs bestimmt.[18] Damit bleibt aber auch unklar, ob es sich bei dieser Angabe um eine Selbstbeschreibung der Eltern handelt, ob diese Zuordnung von den Sekretär_innen bei der Anmeldung vorgenommen wird oder welche anderen Praktiken angewandt werden. Der so auf unterschiedlichen Wegen ermittelte jeweilige Anteil einer Schule von Kindern mit ndHs wird veröffentlicht. Die oben zitierte Studie des SVR ergab, dass auf den Internetseiten des Berliner Senats, auf denen Informationen über die Berliner Grundschulen zu finden sind, bezüglich Kreuzberger Schulen am häufigsten die Informationen über die Zusammensetzung der Schüler_innenschaft, also auch den Anteil der Schüler_innen mit ndHs abgerufen werden (SVR 2012: 13). Die Studie legt nahe, dass Eltern oft keine Kenntnisse über die tatsächliche Qualität der Schulen haben und sie daher den „Zuwandereranteil einer Schule als Indiz für das Lernumfeld und das Leistungsniveau“ interpretieren (ebd.: 12). So führen die Erhebung und die Veröffentlichung der Zahlen zu mehrsprachigen Schüler_innen zum einen zu deren Identifikation als ‚Migrant_innen‘ und in einem zweiten Schritt dazu, dass die Schulen, die sie besuchen, als ‚schlechte‘ Schulen gelten und von ganzen Gruppen von Eltern gemieden werden.

Auch auf der Ebene der Schulen finden institutionelle Schließungspraktiken statt: Die SVR-Studie belegt z. B., dass es Grundschulen gibt, deren Anteil an nichtdeutschen Schüler_innen deutlich unter dem des Einzugsgebietes liegt. Wie dies konkret zustande kommt, lässt die Studie weitgehend offen. Unsere Gespräche mit Lehrer_innen und Eltern haben ergeben, dass einige dieser Schulen Anmeldungen nichtdeutscher Eltern aus dem Einzugsbereich ablehnen.[19] Zudem werden innerhalb der Schulen Separationen vorgenommen. Eine besondere Bedeutung bei der Segregation von Grundschulklassen kommt den oben beschriebenen Gruppenanmeldungen zu. Hier finden sich Eltern vor dem Termin der Schulanmeldung in Gruppen zusammen und bieten einer Schule mit hohem Anteil an ‚ndHs-Kindern‘ an, sich als Gruppe an dieser Schule anzumelden unter der Bedingung, dass alle Kinder dieser Gruppe in eine gemeinsame Klasse kommen. Nicht für alle Eltern, die ihre Kinder per Gruppenanmeldung an einer Schule anmelden, ist das Ziel, eine homogene Klasse herzustellen – das Argument ist häufig wie bei der Lenauschule gerade die ‚Mischung‘. Gleichwohl aber handeln die Gruppen in dem Wissen, dass sie als Herkunftsdeutsche und/oder erkennbare Mittelschichtszugehörige für Grundschulen in Kreuzberg attraktiv sind, weil sie mit ihrer bloßen Anwesenheit den Ruf der Schule verbessern – aus diesem Grund lassen sich Schulleiter_innen auf das Prozedere ein.[20] Getrennte Klassen werden aber nicht nur im Zuge von Gruppenanmeldungen eingerichtet (vgl. Sahrei 2012). Unsere Nachforschungen haben ergeben, dass Schulen in Kreuzberg aber auch z. B. in Berlin-Wedding nach Herkunft segregierte Klassen einrichten, wobei die Trennung häufig mit organisatorischen Abläufen legitimiert wird. Darunter fällt die Einrichtung von ‚evangelischen Klassen‘, Klassen für Deutsch-Muttersprachler_innen oder eine Klasseneinteilung, die sich an der Nachmittagsbetreuung orientiert (Schüler_innenläden oder Ganztagsbereich, wobei die Schüler_innenläden auch wegen der höheren Kosten zumeist von Mittelschichtseltern gewählt werden). Segregierende Effekte hat auch das Angebot spezifischer Lerninhalte und Lernformen, wie z. B. Schulklassen mit Theaterschwerpunkt, Montessori-Ansätze oder offener Unterricht, von dem sich offensichtlich eher herkunftsdeutsche Eltern angesprochen fühlen.

All diese institutionellen Praktiken werden in der bisherigen Forschung zu Grundschule und Segregation nicht berücksichtigt. Auch fehlen in Deutschland Untersuchungen, die die Perspektive von Eltern mit Migrationshintergrund aufgreifen und fragen, ob diese eventuell selbst ein Interesse an der von herkunftsdeutschen Kindern getrennten Beschulung ihrer Kinder haben könnten und darum ihrerseits segregierende Praktiken entwickeln.[21] In der hiesigen Forschung werden diese Eltern zumeist als über das deutsche Schulsystem uninformiert beschrieben (Noreisch 2007, Kristen 2005), was erstaunlich erscheint, da anzunehmen ist, dass ein großer Teil dieser Eltern zur zweiten und dritten Einwander_innengeneration gehört und selbst das deutsche Schulsystem durchlaufen hat.

4. Bildungsdiskriminierung als ‚Bildungsferne‘: eine Form von postliberalem Rassismus

Wir können also feststellen, dass Segregation nach Herkunft nach wie vor stattfindet. Zunächst scheint die Zuschreibung ‚ndHs‘ wie eine einfache

Umformulierung der Kategorie ‚Ausländer_in‘. Dagegen lässt sich einwenden, dass das Kriterium ndHs zwar offensichtlich zu Trennungen führt, weil herkunftsdeutsche Eltern Schulen mit hohem ndHs-Anteil meiden und weil Schulen entlang dieses Kriteriums getrennte Klassen einrichten. Tatsächlich tun das aber nicht alle Schulen. Vielmehr erscheint ndHs im Vergleich zur Kategorisierung als ‚Ausländer_in‘ als eine flexiblere Kategorie, da sie von jeder Schule anders erhoben werden kann und außerdem ein variabler, von Schule zu Schule unterschiedlicher Umgang damit gepflegt wird. Hier zeigt sich die Funktionsweise des postliberalen Rassismus: Das Kriterium ‚Ausländer_in‘ wird abgelöst durch neue, flexiblere Kategorien, die jederzeit als Segregationskriterium herangezogen werden können, genauso aber unberücksichtigt bleiben können. Im Falle der Einrichtung segregierter Klassen wird auch der flexible Umgang mit Rechten deutlich: Die separierte Beschulung von Kindern mit Migrationshintergrund verstößt eindeutig gegen geltendes Recht, wie am Beispiel der Lenauschule deutlich wurde. Sie wurde vom Berliner Senat aufgrund der Rechtslage gezwungen, die Klasseneinteilung rückgängig zu machen. Dennoch wäre die Trennung vermutlich so umgesetzt worden, hätte nicht ein Teil der Eltern vehement dagegen protestiert.

Zu fragen ist, warum das Verfahren der Segregation nach Herkunft überhaupt eine solche Legitimität hat. Wie kommt es dazu, dass herkunftsdeutsche Eltern an der Lenauschule den Vorwurf des Rassismus weit von sich weisen, obgleich die Klasseneinteilung nach Herkunft offensichtlich ist? Oder, um auf die Spezifik des postliberalen Rassismus zurückzukommen: Welche diskursiven Legitimationszusammenhänge sind hier am Werk, die systematisch Ausgrenzung produzieren, ohne sich explizit rassistischer Begründungen zu bedienen (vgl. Pieper et al. 2011: 122)?

Hierfür spielt die Debatte um ‚Bildungsferne‘ eine große Rolle. Eine eindeutige Definition von ‚bildungsnahe‘ und ‚bildungsfern‘ gibt es nicht; dennoch werden die Begriffe in vielen Publikationen mit erstaunlicher Selbstverständlichkeit verwandt. In der Studie des SVR beispielsweise werden ‚bildungsnahe‘ Eltern zumindest implizit oft den Eltern mit Migrationshintergrund gegenübergestellt (vgl. SVR 2012: 2, 12, 14f.), in den Zeitungsberichten zu den Ereignissen an der Lenauschule werden Eltern oder Kinder mit türkischem und arabischem Migrationshintergrund synonym als ‚bildungsfern‘ bezeichnet (vgl. z. B. *Der Tagesspiegel*, 22.8.2012, *Berliner Zeitung*, 21.8.2012) und auch in der Literatur zu Schule und Bildungsungleichheit wird auf die Gleichsetzung von Migrationshintergrund und ‚Bildungsferne‘ (vgl. Brenner 2009: 208ff.) bzw. auf die „Ethisierung von geringer Bildung“ (vgl. Ramirez-Rodriguez/Domen 2010) verwiesen.[22]

In der Bezeichnung als ‚bildungsfern‘ verkehrt sich die tatsächlich vorhandene Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund im deutschen Schulsystem in deren Stigmatisierung (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2008: 52f.). Denn die Ergebnisse der Bildungsforschung weisen bereits seit den 1970er Jahren einen geringeren schulischen Erfolg von Kindern mit Migrationshintergrund gegenüber Kindern ohne Migrationshintergrund nach (vgl. Gogolin/Nauck 2000). Öffentlich breit diskutiert wird dies seit dem sogenannten PISA-Schock Anfang der 2000er Jahre, als sich zeigte, dass der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft,

Migrationshintergrund und Schulerfolg in keinem anderen OECD-Land so ausgeprägt war wie in Deutschland (Artelt et al. 2001). In den meisten der Studien, die diese Reproduktion von Ungleichheit im deutschen Schulsystem erforschen, wird zur Erklärung des schlechteren Abschneidens auf sogenannte primäre und sekundäre Herkunftseffekte verwiesen (vgl. zusammenfassend Diefenbach 2007 sowie Ramirez-Rodriguez/Domen 2010, Solga 2008). Auch wenn mit dem ‚sekundären Herkunftseffekt‘ mitunter schulische Diskriminierungen aufgrund der Herkunft bezeichnet werden, verweist die Formulierung einmal mehr auf ein Defizit auf der Seite der Eltern und Kinder mit Migrationshintergrund, anstatt eine Diskriminierung durch das System beim Namen zu nennen. So betrachtet insbesondere der Ansatz der ‚institutionellen Diskriminierung‘ die in das Schulsystem eingeschriebenen Diskriminierungsmechanismen (vgl. Radtke/Gomolla 2009). Die entsprechenden Untersuchungen weisen Nachteile durch die häufig spätere Einschulung, die überproportional häufigeren Sonderschulempfehlungen und signifikant selteneren Gymnasialempfehlungen für migrantische Schüler_innen nach (vgl. Fereidooni 2010). Diese folgen aus einer Defizitperspektive der Pädagog_innen an den verschiedenen Bildungsübergängen, die zum einen Mehrsprachigkeit als Bildungshindernis interpretiert und zum anderen migrantischen Eltern nicht zutraut, ihre Kinder ausreichend zu unterstützen. Andere Untersuchungen zeigen, dass auch die Interaktion zwischen Lehrer_innen und Schüler_innen durch eine solche Defizitperspektive geprägt ist (vgl. Dreke 2012, Fereidooni 2012, Wellgraf 2012, Weber 2009). Hier wird nachgewiesen, dass viele Lehrer_innen die Verhaltensweisen ihrer migrantischen Schüler_innen als Ausdruck ihrer ‚anderen‘ Kultur deuten, statt im Kontext konkreter mit dem Schulalltag verknüpfter Probleme oder Konflikte. Schüler_innen mit Migrationshintergrund erhalten durch diese Art des Labelings oft weniger Unterstützung durch die Lehrer_innen sowie eine kritischere Bewertung ihrer tatsächlich erbrachten Leistungen.

Neben diesen migrationsspezifischen Diskriminierungen trifft viele Kinder mit Migrationshintergrund auch eine Benachteiligung aufgrund ihrer Klassenposition. Denn wie bereits Bourdieu in seinen Studien zur Reproduktion sozialer Ungleichheit nachwies, orientiert sich Schule stark an den Fähigkeiten und Ressourcen der Mittelklasse und trägt nicht dazu bei, die Unterschiede zwischen Kindern verschiedener sozialer Klassen einzuebnen (vgl. Bourdieu/Passeron 1971). Aufgrund der Geschichte der rassistischen Arbeitsteilung und vielfältiger Ausschlüsse vom Arbeitsmarkt sowie aufgrund des Wegfalls vieler Industriearbeitsplätze sind gerade Migrant_innen mit türkischem Hintergrund sozial überdurchschnittlich schlechter positioniert als Mehrheitsdeutsche. Insofern fallen sie auch nicht in das Schema des/der dem deutschen Erziehungssystem als Idealtypus zugrundeliegenden Normschüler_in.[23]

Diese Bildungsdiskriminierung, die an den Schulen selbst erfolgt, erreicht migrantischen Kindern unter den gegenwärtigen schulpolitischen Entwicklungen zum weiteren Nachteil: Seit etwa 20 Jahren ist die föderale Schulpolitik durch Annahmen und Strategien des „New Public Management“ geleitet (vgl. Huber/Büeler 2009). In Berlin ist mit der Reform des Schulgesetzes vom 1. April 2004 zu konstatieren, dass Schulen gemäß dieses Verwaltungskonzepts in eine erweiterte Selbständigkeit hinsichtlich

Curriculum, Finanzen, Personalwirtschaft sowie Schulorganisation entlassen werden. Zudem hat sich die sogenannte Outputorientierung erhöht und nehmen externe Kontrollen, z. B. durch Tests, sowie Schulvergleiche zu (vgl. Wittmann 2009: 201). Die Details dieser Reform und ihrer Effekte auf die Schulen können hier nicht diskutiert werden. Vielmehr sollen nur grob einige Folgen dieser Reform genannt werden, die in Hinblick auf die Situation der Bildungsdiskriminierung von Kindern mit Migrationshintergrund bedeutsam erscheinen. Zu nennen wären hier die neu geschaffene Möglichkeit für Schulleiter_innen, pädagogisch nicht qualifiziertes Personal zur Aushilfe einzustellen (Quehl 2007), die Bewertung der Qualität der Schulentwicklung anhand von Leistungsdaten durch die Schulinspektion (Wittmann 2009: 2011) sowie eine erhöhte Konkurrenz der Schulen untereinander durch regelmäßige Leistungsvergleiche, die als ‚nichtintendierten Nebeneffekt‘ die Rekrutierung besonders leistungsstarker Schüler_innen und den Versuch der Reduktion des Anteils leistungsschwacher Schüler_innen zur Folge haben können (vgl. Bellmann/Weiß 2009: 295 ff.). In der Logik eines Bildungsmarktes stellen Schüler_innen mit schlechten Leistungen demnach ein Risiko für den Marktwert einer Schule dar.

Die Kulturalisierung von Bildungsdiskriminierung ist in diesem Kontext besonders anschlussfähig an Formen des antimuslimischen Rassismus, der historisch gewachsene und im Migrationsregime hergestellte Ausschlüsse und Benachteiligungen sowie die negativen Entwicklungen im Schulsystem als Ausdruck der Kultur bzw. Religion von als muslimisch kategorisierten Personen umdeutet. Der Islam erscheint in dieser Deutung als Determinante für alle Lebensäußerungen von Muslim_innen und wird mit männlicher Aggressivität, mangelnder Aufklärung, einem unklaren Verhältnis zur Rationalität und Traditionalität in Verbindung gebracht und gilt damit als mit einer modernen liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftsform nicht vereinbar (vgl. Karakayali 2011, Shooman 2011). Wie oben gezeigt, fand eine Kulturalisierung der Effekte der Bildungsdiskriminierung bereits zur Zeit der ‚Ausländerregelklassen‘ statt. Damals stellte sie allerdings nicht das Kriterium für die Segregation dar – dieses war die Staatsangehörigkeit.

Die Segregation nach Herkunft in den Grundschulen erscheint für herkunftsschweizer Eltern deshalb legitim, weil die angebliche ‚Bildungsferne‘ der Kinder mit ndHs als ein Hindernis für die Bildung der eigenen Kinder betrachtet wird, obwohl dies bisher keine Studie beweist (vgl. Klieme et al. 2010: 202).[24] Der Diskurs der ‚Bildungsferne‘ legitimiert im Sinne eines postliberalen Rassismus Ausgrenzung entlang rassistischer Kriterien und mündet in Praktiken der Segregation in der Institution Schule, ohne sich einer explizit rassistischen Rhetorik zu bedienen.

5. Konjunktoren des Rassismus in der Schule

Abschließend lässt sich feststellen, dass die aktuellen Segregationslinien durchlässiger sind, als sie es zu Zeiten der Anwerbung von Gastarbeiter_innen waren: Kinder von Migrant_innen aus der Türkei landen nicht mehr automatisch in ‚Ausländerregelklassen‘, sondern die Definition bestimmter Kinder als ‚Bildungsandere‘ wird zur flexiblen Ressource, entlang derer Klasseneinteilungen vorgenommen werden können, wenn sich die

Schulleitungen oder ‚bildungsnahe‘ Eltern davon einen Vorteil versprechen. Nicht an allen Schulen werden Einteilungen nach Herkunft vorgenommen und nicht überall sind das Ziel von Gruppenanmeldenden homogene ‚deutsche‘ Klassen. Zudem gibt es auch Eltern mit Migrationshintergrund, die Schulen mit einem hohen Migrant_innenanteil meiden (vgl. Barwick 2013).[25] Verändert hat sich auch die Umkämpftheit der Verhältnisse an den Schulen, indem diese Einteilungen nicht mehr in jedem Fall hingenommen werden. Dies zeigt das Beispiel der Eltern an der Lenaus Schule, die erfolgreich gegen die Klasseneinteilung nach Herkunft protestierten. Diese Auseinandersetzung ist ein Beispiel für die gerade stattfindenden Neuaushandlungen der Attribuierungen von Bildungsorientierung, Migrationshintergrund und gesellschaftlicher Partizipation. Es wird zu untersuchen sein, wie sich mit den stetigen Veränderungen in der Migrationsgesellschaft auch die Institution der Schule wandelt und wie in Zukunft mit sozialer Heterogenität und unterschiedlichen Sprach- und Lernniveaus umgegangen wird.

Endnoten

- [1] Die Grundlage dieses Artikels bilden eine Literaturrecherche zum Thema Schule und Segregation, eine kritische Analyse der wenigen bisher vorliegenden Studien zum Thema Grundschulsegregation, Expert_inneninterviews mit Lehrer_innen, Sozialarbeiter_innen und Mitarbeiter_innen aus interkulturellen Beratungseinrichtungen sowie erste explorative Gruppendiskussionen mit Eltern von Schulkindern in Berlin-Kreuzberg.
- [2] Vgl. zum Regimebegriff auch Transit Migration 2007 und Karakayali/Tsianos 2005.
- [3] Unter dem Label ‚muslimisch‘ trifft dieser Rassismus auch Menschen mit ‚arabischem Migrationshintergrund‘.
- [4] In unseren Analysen stehen Kinder und Eltern mit türkischem Migrationshintergrund besonders im Fokus, weil sie die größte und sozialstrukturell am stärksten benachteiligte Migrant_innengruppe in Deutschland bilden und zur Zielscheibe eines antimuslimischen Rassismus geworden sind, der sich in besonders feindseligen Einstellungen der Mehrheitsbevölkerung niederschlägt. Allerdings sind es nicht nur die Nachkommen türkischer Einwanderer_innen, die sich in segregierten Klassen wiederfinden.
- [5] Die KMK ist ein Zusammenschluss der für Bildung, Erziehung, Hochschulen und Forschung sowie ‚kulturelle Angelegenheiten‘ zuständigen Minister_innen bzw. Senator_innen der Bundesländer, der Empfehlungen für die bundesweite Bildungspolitik ausspricht, in deren Rahmen die Länder ihre eigenen Beschlüsse umsetzen müssen.
- [6] 1950 wurde die (auf die Kinder der nach dem Zweiten Weltkrieg noch in Deutschland lebenden Flüchtlinge und sogenannten *displaced persons* bezogene) Empfehlung ausgesprochen, dass schon bestehende Schulen und Klassen für ‚fremde Volksgruppen‘ mit ‚fremder Sprache‘ weitergeführt werden sollten, sofern genug Kinder einer jeweiligen Gruppe vorhanden wären. Wenn keine ausreichende Zahl Kinder einer ‚Volksgruppe‘ anwesend sei, sollten sie in deutsche Regelschulen bzw. -klassen aufgenommen werden (vgl. Puskeppelit/Krüger-Potratz 1999: 35). Die Weisung erlebte zwar in den Folgejahren erhebliche Umformulierungen, blieb aber der Idee nach bis in die 2000er Jahre hinein richtungsweisend für den Umgang der deutschen Schulen mit den Kindern der ‚Gastarbeiter_innen‘ (ebd.: 3f.).
- [7] Mit der Gleichstellung wurde nationalen Privatschulen offiziell die Rechtsgrundlage entzogen, wobei dieses Verbot in der Realität oft umgangen wurde. Dies deckte sich mit den Interessen einiger Elterngruppen, die sich für das Recht auf eigene Schulen, in denen auch in den Herkunftssprachen der Migrant_innen unterrichtet wurde, einsetzten. Die Organisation eigener Schulen war auch eine Reaktion auf die Diskriminierung migrantischer Kinder in den deutschen Schulen (vgl. beispielhaft Fernández 2008).
- [8] Dieser Anteil konnte bis auf 50 Prozent heraufgesetzt werden, wenn die migrantischen Kinder keine Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache hatten.

- [9] Das aktuelle Berliner Schulgesetz sieht nach wie vor eine gemeinsame Beschulung als Regel vor. Allein wenn Kinder dem Unterricht aufgrund erheblicher Sprachschwierigkeiten im Deutschen nicht folgen könnten, sollen sie in „besonderen Lerngruppen zusammengefasst werden“, um intensiv Deutsch zu lernen und dann in die Regelklassen eingegliedert zu werden (vgl. Land Berlin 2013).
- [10] Neben der Strategie der Separation als schulischem Umgang mit der Anwesenheit migrantischer Kinder wurden auch Ansätze zur interkulturellen Pädagogik entwickelt sowie diverse Modellprojekte mit dem Ziel, etwa Mehrsprachigkeit produktiv einzubinden, durchgeführt und ausgewertet. Vielfach gingen sie auf die Initiativen migrantischer Eltern zurück und entstanden ebenfalls im Schulalltag der Migrationsgesellschaft. So gab es in Berlin mehrere Schulen, in denen zweisprachiger Unterricht in Türkisch und Deutsch für türkische Kinder angeboten wurde oder Türkisch als zweite oder dritte Fremdsprache als Unterrichtsfach gewählt werden konnte (vgl. Engin 2003: 70ff.). Doch wurden auch solche Ansätze in den allerseltensten Fällen auf Kinder deutscher Herkunftssprache ausgeweitet, so dass hierin keine Aufhebung der getrennten Beschulung lag.
- [11] Vgl. hierzu die verschiedenen Weisungen der KMK im Wortlaut in Puskeppeleit/Krüger-Potratz 1999.
- [12] Die Studie basiert auf Daten zu ‚deutschen‘ und ‚nichtdeutschen‘ Kindern. In ihr ist aber die Annahme formuliert, dass sich die Zahlen eher noch verschärfen, nimmt man die Kinder mit ‚Migrationshintergrund‘ bzw. diejenigen nichtdeutscher Herkunftssprache (ndHs) dazu.
- [13] In Großbritannien gibt es zu diesem Thema bereits einen ganzen Forschungszweig, vgl. etwa Byrne 2009, Butler/van Zanton 2007, Reay et al. 2007, Weekes-Bernard 2007, Johnston et al. 2006, Burgess et al. 2003.
- [14] Dies zeigt sich auch an den gewählten Namen bzw. Beschreibungen der interviewten Personen in diesen Studien (vgl. hierzu etwa Große-Löscher 2011 und Noreisch 2007).
- [15] Diese Praxis wird zunehmend vom Schulamt geahndet.
- [16] In der Untersuchung zum Elternwahlverhalten in Berlin-Schöneberg von Kathleen Noreisch (2007) kommen allerdings einige wenige Eltern vor, die die Schule des Einzugsgebietes „gewählt“ haben – sei es, weil sie tatsächlich dorthin wollten oder weil sie an einer anderen Schule abgelehnt wurden.
- [17] Interessanterweise findet sich in der 1996 von der KMK veröffentlichten Empfehlung zur interkulturellen Öffnung von Schule die Bezeichnung „zweisprachige Kinder“ (Puskeppeleit/Krüger-Potratz 1999: 31), was eher das Potenzial als das Defizit der Kinder hervorhebt. In Berlin jedoch wurde dies nicht übernommen.
- [18] Laut einem Gespräch mit dem Leiter der Abteilung für Bildungsstatistik des Berliner Senats werden die entsprechenden Zahlen von den Schulleiter_innen weitergeleitet, ohne dass das jeweilige Erhebungsverfahren genannt wird. Bei einem Probeanruf an einer Kreuzberger Schule konnte die dortige Sekretärin keine Auskunft darüber geben, wie die Zahlen an ihrer Schule erhoben werden.
- [19] Diese Variante wird auch in der Untersuchung von Noreisch (2007: 132 ff.) nahe gelegt.
- [20] Unsere Recherchen haben ergeben, dass bereits Kindergärten getrennte Gruppen anbieten.
- [21] Verschiedene Studien aus Großbritannien und Deutschland zeigen, dass sich Eltern mit Migrationsgeschichte der im Schulsystem vorhandenen Ungleichbehandlungen in der Regel sehr bewusst sind. Eltern, die einer Minderheit angehören, fürchten rassistische Diskriminierungen ihrer Kinder an Schulen (vgl. Rollock et al. 2011, Weekes-Bernard 2007) ebenso wie eine geringere Förderung ihrer Kinder durch die Lehrer_innen aufgrund von Vorurteilen bezüglich deren Leistungsfähigkeit (vgl. Rockes et al. 2011, Vodafone Stiftung Deutschland 2011: 18, Reay et al. 2007, Weekes-Bernard 2007). Die britischen Studien zeigen, dass diese Befürchtungen teilweise dazu führen, dass Eltern ihre Kinder eher an Schulen mit weniger Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft anmelden, damit ihre Kinder diesen gegenüber nicht benachteiligt werden.
- [22] Eine systematische Diskursanalyse zum Begriff der Bildungsferne steht noch aus.
- [23] Die hier genannten Ursachen machen deutlich, dass die Forderung nach einer besseren ‚Mischung‘ von Schulklassen die Bildungsdiskriminierung kaum abbauen kann. Die Bildungschancen migrantischer Kinder sind durch ihre soziale Situation, die mangelnde Anerkennung ihrer Sprachvielfalt sowie die oben beschriebenen Labeling-Prozesse gering – Probleme, die durch die Anwesenheit ‚deutscher‘ Kinder in einer Schulklasse kaum

- gelöst werden können. Zudem reproduziert die Idee der Mischung immer auch eine Stigmatisierung derer, deren Anwesenheit in großer Zahl für problematisch erachtet wird.
- [24] Entgegen der Annahme der ‚Bildungsferne‘ zeigen Untersuchungen zur Einstellung migran-tischer Eltern, dass ihnen unabhängig vom eigenen Bildungshintergrund die Schulbildung ihrer Kinder sehr wichtig ist (vgl. Dollmann 2010, Henry-Hutmacher/Borchard 2008).
- [25] Dieser Umstand wird häufig als Argument dafür angeführt, dass die Einrichtung segre-gierter Klassen nichts mit Rassismus zu tun habe, sondern ein reines Klassenphänomen sei. Dem ist entgegenzuhalten, dass die von Barwick interviewten Eltern mit türki-schem Migrationshintergrund, die mit dem Ziel, ihre Kinder an einer Schule mit einem niedrigen Migrant_innenanteil anzumelden, umzogen, dies deswegen taten, weil sie sich der Diskriminierung wohl bewusst waren (vgl. Barwick 2013).

Autor_innen

Juliane Karakayali ist Professorin für Soziologie an der Evangelischen Hochschule Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Migration, Rassismus, soziale Ungleichheit und feminis-tische und Queer-Theorie.

karakayali@eh-berlin.de

Birgit zur Nieden ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrbereich Diversity and Social Conflict der Humboldt-Universität zu Berlin und hat folgende Forschungsschwerpunkte: Rassismus, Migrationsgeschichte und -politik, soziale Ungleichheit, feministische und postkoloniale Theorie.

birgit.zur.nieden@sowi.hu-berlin.de

Literatur

- Allen, Theodor W. (1998): Die Erfindung der weißen Rasse. Berlin: ID Verlag.
- Artelt, Cordula / Baumert, Jürgen / Klieme, Eckhard / Neubrand, Michael / Prenzel, Manfred / Schiefele, Ulrich / Schneider, Wolfgang / Schümer, Gundel / Stanat, Petra / Tilmann, Klaus-Jürgen / Weiß, Manfred (Hg.) (2001): PISA 2000. Zusammenfassung zentraler Befunde. Berlin. <http://www.mpib-berlin.mpg.de/Pisa/ergebnisse.pdf> (letzter Zugriff am 29.8.2013).
- Atkinson, Rowland (2006): Padding the bunker: strategies of middle-class disaffiliation and colonisation in the city. In: *Urban Studies* 43/4, 819-832.
- Attia, Iman (2009): Die „westliche“ Kultur und ihr Anderes. Bielefeld: transcript Verlag.
- Ausführungsvorschriften über den Unterricht für ausländische Kinder und Jugendliche (AV ausländische Kinder): vom 24.5.1984. In: DBI III/1984, 100.
- Barwick, Christine (2013): “It is only because of the school. If it was not for the kids, we would have stayed here.” Residential choice in the light of educational aspirations of the Turkish-German middle classes in Berlin. Vortrag auf der RC 21 Conference „Resourceful cities“, 29.-31.8.2013, Humboldt-Universität Berlin.
- Baumert Jürgen / Stanat, Petra / Watermann, Rainer (Hg.) (2006): Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen. Vertiefende Analysen im Rahmen von PISA 2000. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Balibar, Etienne (1998): Rassismus und Krise. In: ders./ Immanuel Wallerstein, Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg: Argument Verlag, 261-271.
- Balibar, Etienne / Wallerstein, Immanuel (1998): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg: Argument Verlag.
- Bellmann, Johannes / Weiß, Manfred (2009): Risiken und Nebenwirkungen neuer Steuerung im Schulsystem. In: *Zeitschrift für Pädagogik* 55/2, 286-208.
- Blokland, Talja / van Eijk, Gwen. (2010): Do people who like diversity practice diversity in neighbourhood life? Neighbourhood use and the social networks of ‘diversity seekers’ in a mixed neighbourhood in the Netherlands. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 36/2, 313-332.
- Bojadžijev, Manuela (2008): Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Bourdieu, Pierre / Passeron, Jean Claude (1971): Die Illusion der Chancengleichheit. Untersuchungen zur Soziologie des Bildungswesens am Beispiel Frankreichs. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Brenner, Peter J. (2009): Wie Schule funktioniert. Stuttgart: Kohlhammer Verlag.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.) (2008): Schulische Bildung von Migranten in Deutschland. http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp13-schulische-bildung.pdf?__blob=publicationFile (letzter Zugriff am 29.8.2013).
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.) (2011): Migranten am Arbeitsmarkt in Deutschland. http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp36-migranten-am-arbeitsmarkt-in-deutschland.pdf?__blob=publicationFile (letzter Zugriff am 29.8.2013)
- Burgess, Simon / Wilson, Deborah / Lupton, Ruth (2005): Parallel lives? Ethnic segregation in schools and neighbourhoods. In: *Urban Studies* 42/7, 1027-1056.
- Butler, Tim (2003): Living in the bubble: gentrification and its 'others' in North London. In: *Urban Studies* 40/12, 2469-2486.
- Butler, Tim / Robson, Garry (2001): Social capital, gentrification and neighbourhood change in London: A comparison of three South London neighbourhoods. In: *Urban Studies* 38/12, 2145-2162.
- Butler, Tim/van Zanton, Agnes (2007) (Hg.): School choice: a European perspective. *Journal of Education Policy* 22/1.
- Byrne, Bridget (2009): Not just class. Towards an understanding of the whiteness of middle class schooling choice. In: *Ethnic and Racial Studies* 32/3, 424-441.
- Diefenbach, Heike (2007): Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien im deutschen Bildungssystem. Erklärungen und empirische Befunde. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dollmann, Jörg (2010): Türkischstämmige Kinder am ersten Bildungsübergang. Primäre und sekundäre Herkunftseffekte. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dreke, Claudia (2012): Künftige Lebenswege von Schulkindern: Deutungsmuster Sozialer Ungleichheit von Lehrkräften in Italien und Deutschland. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Engin, Havva (2003): „Kein institutioneller Wandel von Schule?“ Bildungspolitische Reaktionen auf Migration in das Land Berlin zwischen 1990 und 2000 im Spiegel amtlicher und administrativer Erlasse. Frankfurt a. M.: IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation.
- Fernández, Adolfo (2008): Schulerfolg durch Elternselbstorganisation: das Beispiel des spanischen Elternvereins. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), *Schule mit Migrationshintergrund*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung, 49-51.
- Fereidooni, Karim (2010): Schule – Migration – Diskriminierung. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fereidooni, Karim (Hg.) (2012): Das interkulturelle Lehrerzimmer. Perspektiven neuer deutscher Lehrkräfte für den Bildungs- und Integrationsdiskurs. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Friedrichs, Jürgen / Kecskes, Robert (Hg.) (1996): Gentrification. Opladen. Leske + Budrich Verlag.
- Gogolin, Ingrid / Nauck, Bernhard (Hg.) (2000): Migration, Gesellschaftliche Differenzierung und Bildung: Resultate des Forschungsschwerpunktprogramms FABER. Opladen: Leske + Budrich Verlag.
- Große-Löscher, Georg (2011): „... letztendlich möchte man für sein Kind das Beste.“ Grundschulwahl in Berlin-Kreuzberg. Unveröffentlichte Masterarbeit. Berlin.
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag.
- Henry-Hutmacher, Christine / Borchard, Michael (Hg.) (2008): Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung von Sinus Sociovision im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung. Stuttgart: Verlag Lucius & Lucius.
- Holm, Andrej (2009): Soziale Mischung. Zur Entstehung und Funktion eines Mythos. In: *Forum Wissenschaft* 01/9, 23-26.
- Huber, Stephan Gerhard / Büeler, Xaver (2009): Schulentwicklung und Qualitätsmanagement. In: Sigrid Blömeke / Gregor Lang-Wojtasik / Thorsten Bohl (Hg.), *Handbuch Schule*. Stuttgart: UTB Verlag, 579-587.

- Johnston, Ron / Birges, Simon / Harris, Richard / Wilson, Deborah (2006): 'Sleep-Walking Towards Segregation?' The Changing Ethnic Composition of English Schools, 1997-2003: An Entry Cohort Analysis. September 2006. Bristol: Bristol Institute of Public Affairs. <http://www.bristol.ac.uk/compo/publications/papers/2006/wp155.pdf> (letzter Zugriff am 27.8.2013).
- Karakayali, Juliane (2012): Rassismus in der Krise. In: *Femina Politica* 1/2012, 99-107.
- Karakayali, Serhat (2011): Reflexiver Eurozentrismus. In: Sebastian Friedrich (Hg.), *Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarrazindebatte“*. Münster: Edition Assemblage, 96-113.
- Karakayali, Serhat / Tsianos, Vassilis (2005): Mapping the Order of New Migration. Undokumentierte Arbeit und die Autonomie der Migration. In: *Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt* 97/98, 35-64.
- Klieme, Eckard / Artelt, Cordula / Hartig, Johannes / Jude, Nina / Köller, Olaf / Prenzel, Manfred / Schneider, Wolfgang / Stanat, Petra (Hg.) (2010): *PISA 2009. Bilanz nach einem Jahrzehnt*. Münster u. a.: Waxmann Verlag.
- Kristen, Cornelia (2005): *School Choice and Ethnic School Segregation: Primary School Selection in Germany*. Münster u. a.: Waxmann Verlag.
- Kristen, Cornelia / Dollmann, Jürgen (2009): Sekundäre Effekte der ethnischen Herkunft? Kinder aus türkischen Familien am ersten Bildungsübergang. In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Sonderheft 12*, 205-229.
- Land Berlin 2013: *Schulgesetz für das Land Berlin*. <http://gesetze.berlin.de/?vpath=bibdata/ges/blnschulg/cont/blnschulg.htm&mode=all&page=1> (letzter Zugriff 30.8.2013).
- Noreisch, Kathleen (2007): Choice as rule, exception and coincidence: Parents' understandings of catchment areas in Berlin. In: *Urban Studies* 1/2007, 1308-1328.
- Pieper, Marianne / Panagiotidis, Efthimia / Tsianos, Vassilis (2011): Konjunkturen der egalitären Exklusion: Postliberaler Rassismus und verkörperte Erfahrung in der Prekarität. In: Marianne Pieper / Thomas Atzert / Serhat Karakayali / Vassilis Tsianos (Hg.), *Biopolitik in der Debatte*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 193-226.
- Puskeppeleit, Jürgen / Krüger-Portraz, Marianne (1999): *Bildungspolitik und Migration. Texte und Dokumente zur Beschulung ausländischer und ausgesiedelter Kinder und Jugendlicher, 1950 bis 1999. Band 1*. Münster: Arbeitsstelle Interkulturelle Pädagogik, Westfälische Wilhelms-Universität Münster.
- Quehl, Thomas (2007): Die unsichtbare Hand greift nach der Schule. In: *DISS Journal* 16, 19-21.
- Radtke, Frank-Olaf (2007): Segregation im deutschen Schulsystem. In: Wolf-Dietrich Bukow / Claudia Nikodem / Erika Schulze / Erol Yildiz (Hg.), *Was heißt hier Parallelgesellschaft? Zum Umgang mit Differenzen*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 201-212.
- Radtke, Frank-Olaf / Gomolla, Mechthild (2009): *Institutionelle Diskriminierung: Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ramirez-Rodriguez, Rocio / Dohmen, Dieter (2010): Ethnisierung von geringer Bildung. In: Gudrun Quentzel / Klaus Hurrelmann (Hg.), *Bildungsverlierer. Neue Ungleichheiten*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 289-311.
- Reay, Diane / Hollingworth, Sumi / Williams, Katya / Crozier, Jill / Jamieson, Fiona / James, David / Beedell, Phoebe (2007): „A darker shade of pale?“ Whiteness, the middle classes and multi-ethnic inner city schooling. In: *Sociology* 41, 1041-1051.
- Riedel, Andrea / Schneider, Kerstin / Schuchart, Claudia / Weishaupt, Horst (2010): School choice in German primary schools: How binding are school districts? In: *Journal for Educational Research Online* 2/1, 94-120.
- Rollock, Nicola / Vincent, Carol / Ball, Stephen / Gillborn, David (2012): Being strategic, being watchful, being determined: Black middle class parents and schooling. In: *British Journal of Sociology of Education* 33/3, 337-354.
- Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hg.) (2012): *Segregation an Grundschulen. Der Einfluss elterlicher Schulwahl*. Berlin. http://www.svr-migration.de/content/wp-content/uploads/2012/11/Segregation_an_Grundschulen_SVR-FB_WEB.pdf (letzter Zugriff am 30.8.2013).
- Sahrai, Diana (2012): In der Diskussion: Deutschklassen – eine neue Form der Segregation? In: *Migration und Bevölkerung* 10. Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schneider, Kerstin / Schuchart, Claudia / Weishaupt, Horst / Riedel, Andrea (2012): *The Effect of Free Primary School Choice on Ethnic Groups. Evidence from a Policy Reform*. Schumpeter Discussion Papers. Wuppertal: Bergische Universität Wuppertal.

- Shooman, Yasemin (2011): Keine Frage des Glaubens. Zur Rassifizierung von ‚Kultur‘ und ‚Religion‘ im antimuslimischen Rassismus. In: Friedrich, Sebastian (Hg.), Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarrazindebatte“. Münster: Edition Assemblage, 59-76.
- Solga, Heike (2008): Institutionelle Ursachen von Bildungsungleichheiten. In: Rolf Wernstedt / Marei John-Ohnesorg (Hg.), Soziale Herkunft entscheidet über Bildungserfolg. Konsequenzen aus IGLU 2006 und PISA III. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 15-17.
- Steinmüller, Ulrich (1989): Schulorganisation, Sprachunterricht und Schulerfolg am Beispiel türkischer Schüler in Berlin (West). In: Diskussion Deutsch 106, 136-145.
- Topos Stadtforschung (2008): Sozialstruktur und Mietentwicklung im Erhaltungsgebiet Luisenstadt (SO 36). Berlin. http://www.berlin.de/imperia/md/content/bafriedrichshain-kreuzberg/abtstadtpg/amtstapl-verm_baa/stapl/stadterneuerung/luise_endbericht.pdf?start&ts=1225968203&file=luise_endbericht.pdf (letzter Zugriff am 29.8.2013).
- Transit Migration Forschungsgruppe (2007): Turbulente Ränder: Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas. Bielefeld: transcript Verlag.
- Treichler, Andreas (1998): Arbeitsmigration und Gewerkschaften. Das Problem der sozialen Ungleichheit im internationalen Maßstab und die Rolle der Gewerkschaften bei der Regulation transnationaler Migrationen untersucht am Beispiel Deutschlands und der Arbeitsmigrationen aus der Türkei und Polen. Münster u. a.: Lit Verlag.
- Tsianos, Vassilis (2010): Zur Genealogie und Praxis des Migrationsregimes. In: Bildpunkt. Zeitschrift der IG Bildende Kunst. <http://www.linksnet.de/de/artikel/25418> (letzter Zugriff am 29.8.2013).
- Vodafone Stiftung Deutschland (Hg.) (2011): Zwischen Ehrgeiz und Überforderung. Bildungsambitionen und Erziehungsziele von Eltern in Deutschland. Eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach. Düsseldorf. http://issuu.com/vodafone_stiftung_deutschland/docs/allensbach_zwischen_ehrgeiz_und_ueberforderung/1?e=1710147/1999361 (letzter Zugriff am 29.8.2013).
- Wagner, Petra (1999): Bilingualer Unterricht in der Grundschule – Das Kreuzberger Modell koordinierter deutsch-türkischer Alphabetisierung und Erziehung. In: Deutsches Jugendinstitut, Projekt Multikulturelles Kinderleben (Hg.), Mehrsprachigkeit im multikulturellen Kinderleben. Eine Tagungsdokumentation. Projektheft 2, 25-34.
- Weekes-Bernard, Debbie (2007): School Choice and Ethnic Segregation – Educational Decision-making Among Black and Minority Ethnic Parents. London: Runnymede Trust.
- Wellgraf, Stefan (2012): Hauptschüler. Zur gesellschaftlichen Produktion von Verachtung. Bielefeld: transcript Verlag.
- Wittmann, Eveline (2009): Explizite und implizite Veränderung von Verwaltungskonzepten in der „neuen“ Schule – Analysen zum Berliner Schulgesetz. In: Jürgen van Buer / Cornelia Wagner (Hg.), Qualität von Schule. Ein kritisches Handbuch. Frankfurt a. M.: Peter Lang Verlag, 201-217.

Racism and the class room

Origin-based segregation in Berlin's primary schools

Primary schools in gentrified neighbourhoods seem to face increasing processes of racist segregation on the level of schools or school classes. The article examines this phenomenon in Berlin Kreuzberg through the lens of racism theories. Current forms of segregation are contextualized historically to show continuities and changes from the so called ‚Ausländerregelklasse‘ for guest workers' children until today. This analysis shows that a flexibilisation of boundary drawing is under way, in which the addressing of disadvantaged children as ‚bildungsfern‘ (educationally deprived) serves as a legitimation for racist discrimination in a sense of a more flexible ‚postliberal racism‘.



Die postdemokratische Stadt zwischen Politisierung und Kontinuität

Oder ist die Stadt jemals demokratisch gewesen?

Daniel Mullis

Sebastian Schipper

In der kritischen Stadtforschung wird die These der postdemokratischen Stadt aktuell immer wieder aufgegriffen und dabei eng mit Prozessen der Neoliberalisierung verknüpft. Ausgehend von einer kritischen Diskussion der konzeptionellen Zugänge bei Colin Crouch und Jacques Rancière geht der Beitrag anhand der Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung in Frankfurt am Main dem Gehalt der beiden Begriffsbestimmungen in der konkreten historischen Analyse nach. Verwiesen wird dabei auf die unterschiedliche Analysetiefe der beiden Konzepte. Entgegen der bei Crouch vorherrschenden Annahme, dass es vor der neoliberalen Stadt eine demokratische Form städtischen Regierens gegeben hat, wird unter Rückbezug auf die Argumentation Rancières zur Demokratie betont, dass der Fordismus keinesfalls als egalitärer, inklusiver oder demokratischer charakterisiert werden kann. Vielmehr vertreten wir die These, dass die fordistische Stadt zwar aus anderen Gründen, aber vom Grundsatz her nicht weniger postdemokratisch gewesen ist als die neoliberale der Gegenwart und dass die demokratischen Momente am ehesten in den Brüchen und Spalten der sozialen Konflikte der 1970er und 1980er Jahre gefunden werden können.

Ersteinreichung: 30. April 2013; Veröffentlichung online: 7. Dezember 2013

An english abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung

Die These einer zunehmend postdemokratischen Regierungsweise wird in den letzten Jahren breit rezipiert und findet längst nicht nur in wissenschaftlichen Debatten Anklang (Böhnke 2011, MacLeod 2011, Schulze 2012, Schümer 2012, Wagner 2011). Angesprochen werden dabei primär Prozesse der Ökonomisierung, Finanzialisierung, Prekarisierung und schwindender demokratischer Aushandlungsmöglichkeiten sowie die Refeudalisierung von Entscheidungsprozessen. So richtig diese Gegenwartsbeschreibung auch sein mag, deutet das Präfix ‚post‘ in Postdemokratie oftmals zumindest implizit darauf hin, dass es vor der Neoliberalisierung eine demokratischere und damit gleichgesetzt eine egalitärere Form des Regierens gegeben hätte. Ein sehr prominenter Vertreter dieser These – auf den auch immer wieder verwiesen wird – ist der Politikwissenschaftler Colin Crouch, der in seinem Buch *Postdemokratie* an unzähligen Stellen die fordistisch-demokratische Ordnung der Nachkriegszeit preist (Crouch 2008: 14f., 37, 53f., 58, 61, 134, 156) und darauf verweist, dass es damals in den westlichen Industrienationen gelungen sei, über einen breiten

demokratisch hergestellten sozialen Kompromiss den Kapitalismus zum Wohle aller zu bändigen. Die Eliten genossen Stabilität und die breite Masse konnte auf einen stetigen sozialen Aufstieg hoffen (ebd.: 14f.).

Warum uns diese glorifizierende Rhetorik problematisch erscheint, möchten wir am Beispiel der Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung in Frankfurt am Main aufzeigen. Zwar lässt sich die kommunale Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert mit Crouch eindeutig als prädemokratisch charakterisieren, da grundlegende Strukturen formal-demokratischer Konstitution, wie etwa ein allgemeines Wahlrecht, schlicht nicht gewährleistet waren. Ob es aber zeitlich vor dem Neoliberalismus überhaupt eine ‚demokratische‘ Phase städtischer Politik im Sinne einer egalitären und inklusiven politischen Form der Aushandlung gegeben hat, hängt stark von dem gesetzten Referenzrahmen ab. Uns erscheint dies eher fraglich.

Zur präzisen Formulierung der Kritik an der Crouch’schen Position greifen wir auf Jacques Rancière und dessen divergierende Konzeption des Postdemokratischen zurück, die er bereits vor Crouch ausgearbeitet hat (Rancière 1997). Rancière vertritt dabei einen Begriff von Postdemokratie, der wesentlich auf einer Konzeption von Demokratie aufbaut, die er als eine Bewegung des fortlaufenden politischen Austausches und Konflikts versteht. Damit hebt er sich deutlich von dem in den Politikwissenschaften gebräuchlichen Verständnis von Demokratie als Staatsform oder Gemenge von Institutionen ab (Bensaïd 2012: 29). Demokratie ist demnach ein fragiles Gefüge, das in der sozialen Interaktion entsteht und eher als momenthaftes Aufblühen und weniger als ein statisches Gefüge gefasst werden kann. Er spricht mit seiner Konzeption, die im Kontext neuer Theorien des Politischen verortet werden kann (Marchart 2010a: 28, 178ff.), das komplexe Verhältnis von Herrschaft und dem immer vorhandenen Potenzial der Repolitisierung festgefahrener gesellschaftlicher Strukturen an. Seine maßgebliche Kritik postdemokratischer Konstellationen bezieht sich auf die Herausbildung von Herrschaftsstrukturen, in denen Widerspruch über das Herstellen von Konsens unmöglich wird und so weitgehende Exklusionen erzeugt werden. Im Vergleich zur Kritik der Postdemokratie in Crouch’scher Tradition verweist Rancière mit seinem Begriff der Postdemokratie somit auf eine abstraktere Ebene der Einhegung von Politik und der Produktion von Einschlüssen.

Die unterschiedlichen Analysetiefen der beiden Konzepte aufgreifend, betrachten wir beispielhaft städtisches Regieren in Frankfurt am Main, das zu Recht als die „exemplarische fordistische Großstadt der BRD“ (Prigge 1988: 226) beschrieben wird.[1] Dabei werden wir argumentieren, dass städtisches Regieren in der Hochphase des Fordismus in den 1950er und 1960er Jahren gemäß der Begriffsbestimmung von Crouch womöglich als formal demokratischer, aber Rancière folgend keinesfalls als egalitärer, inklusiver oder politischer charakterisiert werden kann. Zwar hat es mit dem Aufbrechen gesellschaftlicher Widersprüche ab den 1970er Jahren und der gleichzeitigen Zunahme städtischer Unruhen sehr wohl Momente der massiven Infragestellung der gesellschaftlichen Ordnung, eine Vertiefung von politischen Aushandlungsmöglichkeiten und eine zumindest zaghafte Etablierung egalitär-demokratischer Strukturen gegeben. Allerdings spiegelt sich unserer Ansicht nach darin nicht eine strukturell angelegte

Offenheit der fordistischen Ordnung wider. Vielmehr hat es sich dabei um Momente gehandelt, in denen die fordistische Stadt selbst infrage gestellt wurde. Derartige Momente des Politischen (Rancière 2011: 7), samt der Suche nach gesellschaftlichen Alternativen, wieder einzuhegen, war dann der zweifelhafte ‚Erfolg‘ des sich ab den 1980er Jahren durchsetzenden Neoliberalismus. Wir vertreten daher die übergreifende These, dass die fordistische Stadt der 1950er und 1960er Jahre zwar aus anderen Gründen, aber vom Grundsatz her nicht weniger postdemokratisch gewesen ist als die neoliberale der Gegenwart.

Plädieren möchten wir somit gegen eine Geschichtsvergessenheit, die zumindest implizit dazu tendiert, das „goldene kapitalistische Zeitalter“ des Fordismus als demokratischere und sozial gerechtere soziale Ordnung schönzufärben. Dabei ist unser Anliegen, ausgehend von einer fundierten Begriffsarbeit (Abschnitt 2) und einigen historischen Illustrationen (Abschnitt 3), die Trennschärfe der beiden Konzepte von Crouch und Rancière zu diskutieren und dabei gleichzeitig eine präzise Anerkennung von Geschichtlichkeit anzumahnen (Abschnitt 4).

2. Begriffe der Postdemokratie und was die Konzepte leisten

Als breit rezipiertes Schlagwort wurde Postdemokratie von dem Politikwissenschaftler Colin Crouch zu Beginn der 2000er geprägt (Öztürk 2011: 2), obgleich der Begriff bereits Mitte der 1990er von dem politischen Philosophen Jacques Rancière verwendet worden ist (Marchart 2010a: 335). Wenn die beiden Autoren auch auf den ersten Blick ähnliche Tendenzen einer breiten Entdemokratisierung westlicher Gesellschaften beschreiben, liegen den Konzeptionen unterschiedliche Annahmen zugrunde, was sich am deutlichsten in den unterschiedlichen Abstraktionsebenen zeigt. Während Crouch primär auf der Ebene des konkret Beobachtbaren verbleibt, versucht Rancière, grundlegende Problemfelder einer demokratischen Konstitution von Gesellschaft herauszuarbeiten. Im Folgenden wird auf diese Differenz innerhalb der Begriffe bei Crouch und Rancière eingegangen und dabei versucht, die dahinterliegenden Konzepte zu verorten.

2.1. Das Ende der Parabel: Postdemokratie bei Crouch

Für Crouch (2008; 2004) befindet sich die Demokratie, verstanden als Ensemble von staatlichen Prozessen und Institutionen, in denen formell das Volk der Souverän ist, zu Beginn des 21. Jahrhunderts in einer widersprüchlichen Situation: Einerseits seien historisch noch nie so viele Staaten auf der Welt demokratisch gewesen, andererseits würden sich aber gerade die alten westlichen Demokratien in einem schlechten Zustand befinden. So betont er, dass die westliche Welt in einen neuen historischen Abschnitt eingetreten ist, der als postdemokratisch zu bezeichnen sei (ebd.: 155). Crouch geht dabei von der Beobachtung aus, dass nicht jede zeitliche Epoche von einem gleichen demokratischen Engagement erfasst war (ebd.: 14). Momente des demokratischen Aufbegehrens – der demokratische Höhepunkt liegt für ihn je nach Staat kurz vor oder nach dem

Zweiten Weltkrieg – würden von Phasen gefolgt, in denen sich „Langeweile, Frustration und Desillusionierung“ ausgebreitet hätten (ebd.: 30).

Daraus sei aber gemäß Crouch nicht zu schließen, „dass wir [heute] in einem nichtdemokratischen Staat leben“ (ebd.). Vielmehr fasse der Begriff der Postdemokratie eine Phase, „in der wir gleichsam am anderen Ende der Parabel der Demokratie angekommen sind“ (ebd.). Dem Bild der geometrischen Parabel politischer Ideen folgend, beschreibt Crouch die Entwicklung der Demokratie als Ablauf von Prä-, Blüte- und Post-Phasen (ebd.: 31). Auch wenn die Bedingungen und Erfahrungsstände zu Beginn des 21. Jahrhunderts grundsätzlich andere seien als noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts, entwickle sich vieles wieder in eine prädemokratische Richtung. Da demokratische Institutionen und Verfahrensweisen aber nicht gänzlich verschwinden, sondern eine eigentümliche Präsenz bewahren würden, benennt er diese Phase mit dem Präfix ‚post‘ (ebd.: 11).

Die zentrale These Crouchs lautet dabei, dass die Verfahren und Institutionen, die Demokratie formal ausmachen (freie Wahlen, ein Rechtsstaat, Beteiligungsmöglichkeiten etc.), zwar weiterhin intakt oder durch neue Möglichkeiten der Partizipation etwa in Bezug auf Planungsabläufe und die Haushaltsgestaltung (Böhnke 2011, Jörke 2011, Kamleithner 2009) teilweise gar weiterentwickelt worden seien. Der Einfluss von wirtschaftlichen bzw. sozioökonomisch privilegierten Eliten nehme jedoch zu, wodurch die Demokratie refeudalisiert werde und in vordemokratische Muster zurückfalle (Crouch 2008: 13). Die zentrale Triebfeder dieser „postdemokratischen Verschwörung“ (ebd.: 141) sieht Crouch in der Ausbreitung der Finanzwirtschaft (ebd.: 19) und dem entstandenen Ungleichgewicht zwischen den Interessen der global agierenden Unternehmen einerseits und jenen der übrigen gesellschaftlichen Gruppen andererseits. Politik sei so zu einer Angelegenheit „geschlossener Eliten“ geworden (ebd.: 133), während die „demokratische Ökonomie“ (ebd.: 19) im Zuge der Neoliberalisierung seit den 1980er Jahren zusammen mit dem demokratischen Gemeinwesen gezähmt worden sei.[2]

Konkret fasst Crouch eine Vielzahl von Prozessen und Entwicklungen unter den Begriff der Postdemokratie, so etwa den Abbau des Wohlfahrtsstaates (ebd.: 34f.), die Refeudalisierung von politischer Macht (ebd.: 35, 69f.), eine sinkende Wahlbeteiligung, das Agieren von Parteien als Marketingagenturen des Produktes ‚Parteiprogramm‘ und damit einhergehend eine wachsende Personalisierung von Politik (ebd.: 38), die Ausweitung von marktförmigem Verhalten (ebd.: 59), die Flexibilisierung der Arbeitswelt (ebd.: 87) sowie eine allgemeine Tendenz zur Kommerzialisierung und Kommodifizierung (ebd.: 103f.). Oftmals bleibt aber unklar, wie diese Entwicklungen miteinander in Beziehung stehen, wie sie hergestellt wurden und wie sie interagieren.

2.2. Die ‚Verunmöglichung‘ der Demokratie:

Konsens und Herrschaft bei Rancière

Wenn Rancière hervorhebt, dass zum Ende des 20. Jahrhunderts von einem eigentlichen Siegeszug der ‚formellen Demokratie‘ gesprochen werden kann, zugleich aber das parlamentarische System zunehmend ausgehöhlt und Expert_innengremien immer öfter Exekutivgewalt erhalten würden, dann

spricht er ähnliche Prozesse an wie Crouch (Rancière 2002: 106f.). Gleichzeitig betont Rancière aber entgegen Crouch, dass Demokratie weder als parlamentarische Herrschaftsform verstanden noch mit Rechtsstaatlichkeit gleichgesetzt werden sollte und dass sie auch keinen Zustand des Sozialen oder die Herrschaft des Individuums oder die der Massen definiere (ebd.: 108). Vielmehr sei Demokratie

„der Raum der Äußerung des Politischen als solches, das System der Subjektivierungsformen [...], die jede hierarchische Ordnung der Verteilung von Körpern auf Funktionen, die ihrer ‚Natur‘ entsprechen, und auf Stellen, die wiederum diesen Funktionen entsprechen, in Frage stellt, ihre Kontingenz aussetzt. Jedes Politische ist in diesem Sinne demokratisch.“ (Rancière 1997: 102)

Rancière fasst Demokratie als eine Bewegung des fortlaufenden politischen Austausches und Konflikts, womit er sich einem politikwissenschaftlichen Verständnis von Demokratie als Staatsform oder Gemenge von Verfahren, Institutionen und Rechtsnormen klar entgegenstellt (Bensaïd 2012: 29), was bereits auf die im Verhältnis zu Crouch abweichende Abstraktionsebene des Argumentes verweist (Bedorf 2010: 26). Demokratie steht bei Rancière für das Terrain der Artikulation von *Politik* und für eine Unterbrechung der Machtverhältnisse bzw. für die Infragestellung der normalisierten Herrschaftsdispositive an sich (Rancière 2008: 15). Politik stellt dabei eine soziale Praxis dar, die aus einem gegenüber der bestehenden Ordnung und deren Durchsetzung empfundenen Unrecht, also ausgehend von einer spezifischen Subjektivierung, entsteht (Rancière 2002: 46f.). Der *Politik* stellt Rancière den Begriff der *Polizei* gegenüber. Diese sei aber nicht als Institution oder „gesellschaftliche Funktion“ (Rancière 2008: 31) zu verstehen, sondern als „symbolische Konstitution des Sozialen“ (ebd.) und umfasse die eine gesellschaftliche Ordnung erhaltenden sozialen Kräfte, Strukturen und historischen Gegebenheiten (Rancière 2002: 33ff.). Zusammengefasst bedeutet dies, dass Rancière zwischen der Politik als der Praxis des Aufbrechens und der Polizei als der Praxis der Ordnung unterscheidet. Wichtig ist hierbei aber, dass Rancière nur Praktiken als Politik versteht, die auf Gleichheit abzielen, womit er die „Fähigkeit der Namenlosen“ anspricht, die radikale Kontingenz der Ausbeutungs- und Herrschaftssysteme zu erkennen „und die Fähigkeit eines jeden Beliebigen, am gemeinsamen Schicksal mitzuwirken“ (Rancière 2004: 156). *Das Politische*, dessen Raum der Äußerung die Demokratie ist, stellt dabei, das Terrain dar, „auf dem zwei heterogene Prozesse aufeinandertreffen: jener der Regierung im weiten, fast Foucault’schen Sinne des Begriffs der Regierungstechnologie [die Polizei] und jenem der Emanzipation [die Politik]“ (Marchart 2010a: 180). Demokratie ist in diesem Sinne das offene Terrain der Auseinandersetzung, das die Möglichkeit des Aufbrechens der Polizei durch die Politik anzeigt – eine Möglichkeit, die historisch in unterschiedlichem Maße vorhanden ist. Demokratie kann durch die Polizei also graduell bis hin zur praktischen Verunmöglichung eingeschränkt werden, was mit dem Begriff des Postdemokratischen angezeigt wird. Andererseits wird in den Ausführungen offenkundig, dass beide Sphären – Polizei und Politik – nie in Reinform losgelöst voneinander auftreten können, das

Potenzial zur Veränderung folglich in jeder auch noch so starren Ordnung vorhanden bleibt (Bedorf 2010: 23ff.).

Wenn auch auf eine sehr spezifische Weise und in einer abweichenden Terminologie, kann Rancière mit seinen Arbeiten den Debatten zugeordnet werden, die unter dem Schlagwort neue Theorien des Politischen zusammengefasst werden (Marchart 2010a: 178ff.). Für Marchart haben alle diese Theorien gemein, dass sie die historische Gewordenheit von Gesellschaft und Subjekten betonen. Die Produktion von Gesellschaft wird also nicht über ihr äußerliche Strukturen, Gottheiten, Ontologien etc. begründet, sondern über gesellschaftliche Praktiken. Hervorgehoben wird dabei die grundsätzliche Kontingenz von Gesellschaft sowie das Potenzial, Strukturen, Normen und Werte zu verändern; nichts ist alternativlos. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass gesellschaftlich Wahrgemachtes einer politischen Fixierung bedarf und über diese Fixierung Materialität und Wirkmächtigkeit erlangt (ebd.: 59ff.). Um über das Verhältnis von kontingenten Bedingungen und der konkreten Ausprägung von Politik reflektieren zu können, wird in den Theorien jeweils eine ‚ontologische‘ Ebene – *das Politische* – und eine ‚ontische‘ Ebene von Politik – *die Politik* bzw. bei Rancière zusätzlich *die Polizei* – eingeführt (vgl. auch Marchart 2010b). Wobei *die Politik*, bei Rancière das Wechselspiel aus *Polizei* und *Politik*, das Möglichkeitsfeld *des Politischen* jeweils herstellt und begründet, das heißt, die ontologische Ebene somit selbst in der konkreten Praxis fundiert.

Dieses Anerkennen des unausschaltbaren Konfliktes zwischen Polizei und Politik und die so hergestellten Momente des Politischen spiegeln auch das komplexe Verhältnis zwischen konkreter Beschreibung real vorgefundener gesellschaftlicher Ordnungen wider, die sehr wohl nahe jener Crouchs liegen können, und der abstrakten Erklärungsversuche sowie der Verortung dieser innerhalb einer auf der quasi ontologischen Ebene angesiedelten Demokratietheorie. Insofern stellt die Kategorie der Postdemokratie bei Rancière zugleich eine konkrete, historisch klar verortete Gesellschaftsbeschreibung dar, in der die Polizei als strukturierendes Element so hergestellt wird, dass Politik bis zur Unkenntlichkeit eingeschränkt wird. Zudem fungiert die Kategorie als ein ahistorisches Analyseraster, mittels dem die Fixierung bzw. Starrheit gesellschaftlicher Ordnungen in Bezug auf die Ermöglichung von Politik beschrieben werden kann, was dann erlaubt, auch andere als die aktuelle Gesellschaft als postdemokratisch zu beschreiben.

Der Postdemokratie-Begriff Rancières ist also primär nicht die Bezeichnung für eine Demokratie „im postmodernen Zeitalter“ (Rancière 2002: 111) wie bei Crouch, sondern bezeichnet Tendenzen, wonach unter den formell existierenden kapitalistischen und klassenbasierten Demokratien über diverse Regierungstechniken Konflikte verhindert werden und ein vermeintlicher Konsens durchgesetzt wird, wodurch Demokratie im Sinne eines „Moments des Politischen“ (Rancière 2011: 7) verunmöglicht wird. Das Postdemokratische ist somit eine politische Praxis und Regierungsweise, die auf Konsens, Objektivierung und Fixierung von Wahrheiten beruht (Rancière 1997: 116) und die über eine kontinuierliche Produktion von Inklusion und Exklusion, aber auch handfeste Repression durch polizeiliche und militärische Staatsapparate aufrechterhalten wird. Die Art und Weise,

wie Rancière diese politische Praxis der Produktion des Postdemokratischen versteht, ist eng verwoben mit dem, was Foucault (2006a; 2006b) als *Gouvernementalität* beschrieben hat. So verweist Rancière darauf, dass ein wesentlicher Prozess der Unterwanderung der Demokratie darin liege, dass ein System der permanenten Kontrolle, Berechnung, statistischen Erfassung und Normierung etabliert worden sei, bei dem das Individuum in den Hintergrund trete und nur noch als Teilmenge von Gesellschaft angesprochen werde, als zu einer bestimmten empirisch definierten Gruppe zugehörig oder eben nicht zugehörig (Rancière 1997: 109). Die postdemokratische Konstitution von Gesellschaft verläuft demnach entlang der Linie der konsensorientierten Inklusion derer, die sich inkludieren lassen und deren Inklusion aus einer systemerhaltenden Perspektive gewollt ist, und der drastischen Exklusion aller anderen.

Im Anschluss an Rancière und bezogen auf städtisches Regieren hat Eric Swyngedouw den Begriff der Postdemokratie operationalisiert (vgl. hierzu auch den Beitrag von Erik Swyngedouw in dieser Ausgabe). Demnach lässt sich eine historische Ordnung des Städtischen als postdemokratisch charakterisieren, wenn zwei Konstellationen gegeben sind: erstens wenn sich ein Arrangement durchgesetzt hat, „that has replaced debate, disagreement and dissensus with a series of technologies of governing that fuse around consensus, agreement, accountancy metrics and technocratic [...] management“ (Swyngedouw 2009: 601). Konfligierende Interessen und Meinungen könnten innerhalb eines solchen Konsenses durchaus auftreten, jedoch herrsche unter den städtischen politischen Eliten ein Einvernehmen bezüglich grundlegender Fragen und Problemwahrnehmungen, welches zudem mit einer Passivierung der zu regierenden Bevölkerung einhergehe. Innerhalb einer derartigen „consensual vision of the urban“ (ebd.: 601) lässt sich als zweites Kriterium für eine postdemokratische Situation in Städten die Depolitisierung der Sphäre des Ökonomischen hervorheben, die insofern eintritt, wenn die Art und Weise der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung von Reichtum nicht mehr Gegenstand politischer Auseinandersetzungen sei (vgl. Swyngedouw 2011: 373).

2.3. Zwischenfazit

Aus den Begriffsbestimmungen lässt sich das Zwischenfazit ziehen, dass das Postdemokratische bei Rancière zwar auch eine konkrete, historisch verortete Gesellschaftsanalyse beinhaltet, aber in der Referenzierung auf seinen Demokratiebegriff eine übergreifende Kategorie darstellt, die das Benennen von Einschränkungen der politischen Verhandelbarkeit von ‚Objektivitäten‘ innerhalb formal-demokratischer Ordnung erlaubt. Bei Crouch hingegen beschreibt der Begriff der Postdemokratie eine historische Epoche, da er auf einer zeitdiagnostischen Argumentation beruht. Zudem verweisen die beiden Begriffe durch die Vorsilbe ‚post‘ jeweils auf das ‚Hintersichlassen‘ von unterschiedlichen Aspekten. Während Crouch mit Postdemokratie den Niedergang einer vermeintlich egalitäreren Demokratie des Fordismus beschreibt, spricht Rancière eine politisch hergestellte Konstellation an, in der Widerspruch über die Produktion von Konsens unterminiert und eine spezifische Realität als wahr und allgemeingültig

erklärt wird, also Politik durch konkrete Praktiken der Polizei zum Erhalt der gegenwärtigen Ordnung ausgeschaltet wird. Insgesamt lässt sich daraus auf eine wesentliche Differenz in der Tiefe und Reichweite der beiden Konzepte schließen.

Jedoch fallen die beiden Begriffe insofern ineinander, als dass Crouch mit seiner Analyse der Postdemokratie die neoliberale Erscheinung eines postdemokratischen Spezialfalles im Sinne Rancières beschreibt. Dabei haftet Crouchs Ansatz aber stets die Problematik der Referenz an. Denn während das Politische bei Rancière eine nicht historisierende Komponente darstellt, fungiert die ‚Demokratie‘ des Fordismus bei Crouch als positiver Referenzrahmen. Dies scheint aus Rancière’scher Perspektive jedoch nicht gerechtfertigt zu sein, da die von Crouch als demokratisch gefeierte Phase nach dem Zweiten Weltkrieg, wie noch zu zeigen ist, ebenso von postdemokratischen Arrangements und gesellschaftlichen Ausschlüssen (etwa von Migrant_innen oder Frauen) geprägt war (Böhnke 2011, Bürkner 2011, Jörke 2011, Künkel 2011). Diskriminierung und Ausgrenzung von marginalisierten Gruppen in ‚demokratischen‘ Prozessen stellen per se also kein postdemokratisches Phänomen der Gegenwart dar, so wie Crouch dies suggeriert. Vielmehr war der Gehalt von Demokratie immer schon eine höchst konflikthafte Verhandlungssache.

3. Historische Phasen städtischen Regierens zwischen Prä- und Postdemokratie. Oder ist die Stadt jemals demokratisch gewesen?

Nach den Begriffsbestimmungen von Postdemokratie bei Rancière und Crouch wollen wir nun zur Frage nach deren Analysegehalt für die Diskussion historischer Entwicklungen übergehen. Ausgehend von der Crouch’schen Epocheneinteilung in eine prädemokratische Phase vor dem Zweiten Weltkrieg, eine demokratische Ära danach und eine postdemokratische Gegenwart im Neoliberalismus werden wir an die verschiedenen Formationen städtischen Regierens in Frankfurt am Main einen Referenzrahmen anlegen, welcher wiederum der Operationalisierung des Rancière’schen Begriffs des Postdemokratischen gemäß Swyngedouw folgt. Untersucht wird dabei, inwiefern die von Crouch als demokratisch bezeichnete fordistische Ära einer Überprüfung mittels des Demokratiebegriffs von Rancière standhält und inwiefern es überhaupt eine ‚demokratische‘ Phase städtischen Regierens in der Bundesrepublik gegeben hat. Unser Argument lautet dabei, dass sehr wohl eine prädemokratische Phase städtischer Politik identifiziert werden kann, dass die von Crouch als demokratisch gefeierte fordistische Epoche im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg zwar anders, aber im Sinne Rancières nicht weniger postdemokratisch gewesen ist als die neoliberale Gegenwart.[3]

Beziehen werden wir uns dazu zum einen auf einschlägige Literatur, die sich mit Stadtentwicklung und Kommunalpolitik in (West-)Deutschland und speziell in Frankfurt am Main auseinandersetzt. Ergänzt wird dieses Material um eine Analyse von Debatten in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung zwischen 1960 und 2008, um auf dem Feld der institutionalisierten Politik die Herstellung einer allgemein akzeptierten

Wahrheit und Problemwahrnehmung einerseits sowie das Aufbrechen von politischen Differenzen andererseits in den Blick nehmen zu können. Als empirische Grundlage dienen konkret die sogenannten Kommunalpolitischen Situationsberichte, welche die jeweils amtierenden Oberbürgermeister_innen zwischen 1960 und 2008 im Abstand von meist zwei Jahren in der Stadtverordnetenversammlung gehalten haben, inklusive der anschließenden mehrstündigen Parlamentsdebatten. Diese Auseinandersetzungen bieten sich als empirische Ergänzung zur einschlägigen Literatur an, weil sie darüber Aufschluss geben, wie unter den politischen Eliten jeweils ein konsensuales Einvernehmen „over the conditions that exist and what needs to be done“ (Swyngedouw 2011: 371) hergestellt oder wieder brüchig geworden ist.[4]

Da es uns in diesem Artikel primär um den theoretischen Gehalt der beiden Begriffsbestimmungen von Postdemokratie bei Crouch und Rancière in der konkreten historischen Analyse geht, ist angesichts des begrenzten Rahmens eine gewisse Komplexitätsreduktion in der Darstellung der Empirie nicht zu vermeiden. Für eine tiefere historische Auseinandersetzung mit den Spezifika der Stadtentwicklung in Frankfurt sei daher auf die zitierte Literatur verwiesen.

3.1. Die kommunale Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert als Modus prädemokratischen Regierens

Die kommunale Selbstverwaltung bis Anfang des 20. Jahrhunderts lässt sich im Sinne Crouchs als prädemokratisch charakterisieren, da in den Gemeindeparlamenten des Deutschen Kaiserreiches das männliche Bürgertum aufgrund des Dreiklassenwahlrechts, von dem Frauen ausgeschlossen waren, weitgehend unter sich blieb (Müller/Sträter 2011: 134ff.). Zwar erhielt die Stadt Frankfurt 1867 entgegen dem in Preußen üblichen Dreiklassenwahlrecht das allgemeine Wahlrecht, jedoch war auch dieses durch die Bindung an Besitz und Einkommen eingeschränkt. Wahlberechtigt waren daher nur etwa 8 Prozent der Bevölkerung (Maly 1992: 15ff.). Da unter den besitzenden und daher auch unmittelbar herrschenden Klassen die politische Rationalität des „klassisch-orthodoxen Liberalismus“ (Saldern 1979: 359) dominant war, fungierten fiskalische Austerität und niedrige Steuern sowie die Begrenzung des Zuzugs von Arbeiter_innenhaushalten als zentrale Grundsätze kommunaler Selbstverwaltung. Ebenso wurde jegliche über Almosen hinausgehende Form städtischer Sozialpolitik abgelehnt, da dies dem „Gedanken der Selbsthilfe“ (ebd.) widerspräche und die Motivation der Arbeiter_innen untergrübe, für sich selbst zu sorgen. Überzeugt von der „segensreichen Wirksamkeit kapitalistischer Marktgesetze“ (ebd.) einerseits und dem protokommunistischen Charakter staatlichen Wohnungsbaus andererseits blieben die Gemeinden auch auf dem Gebiet des öffentlichen Wohnungsbaus weitgehend untätig (vgl. Mohr 1992, Mümken 2006: 31ff., Niethammer 1979). Angesichts des Fehlens liberaldemokratischer Institutionen und der Dominanz repressiv-militärischer statt konsensualer Machtausübung fungierte der lokale Staat somit als reines Instrument der herrschenden Klassen. Innerhalb einer solchen prädemokratischen Konstellation konnten letztere zwar

auf Formen der hegemonialen Einbindung sowie auf teure materielle Zugeständnisse verzichten. Wie jedoch mit den Revolutionen, Aufständen und egalitär-demokratischen Bewegungen insbesondere gegen Ende des Ersten Weltkrieges offensichtlich wurde, waren prädemokratische Regierungsformen stets mit einer fragilen und höchst prekären gesellschaftlichen Stabilität konfrontiert. Die Angst vor einer weiteren Radikalisierung der Arbeiter_innenschaft unterminierte daher im Anschluss an den Ersten Weltkrieg rasant die Überzeugungskraft, die bestehenden Machtverhältnisse ließen sich ohne Einbindung der besitzlosen Klassen aufrechterhalten.

Wie in Abschnitt 2 skizziert worden ist, verortet Crouch auf seiner Parabel der Demokratie als Kontrastpunkt sowohl zur prädemokratischen Epoche als auch zu seiner postdemokratischen Gegenwartsbeschreibung den Höhepunkt des demokratischen Aufbegehrens in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Mit der Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts 1918, der Befreiung vom Nationalsozialismus 1945 und der Gründung der Bundesrepublik 1949 werden auch tatsächlich liberaldemokratische Institutionen geschaffen, dauerhaft etabliert und gesellschaftlich auch akzeptiert (im Gegensatz zur Weimarer Republik), was die Abgrenzung zur prädemokratischen Ära plausibel macht. Im Folgenden werden wir jedoch im Gegensatz zu Crouch argumentieren, dass städtisches Regieren im Hochfordismus der 1950er und 1960er Jahren gemäß dessen Begriffsbestimmung womöglich als formal demokratischer, aber Rancière folgend keinesfalls als *politisch* in dem Sinne charakterisiert werden kann, dass politische Praxis die *Polizei* grundsätzlich aufgebrochen hätte.

3.2. *Die fordistische Stadt als demokratischer Modus städtischen Regierens?*

Die hegemoniale politische Rationalität städtischen Regierens im Hochfordismus kann man insofern auf den Punkt bringen, dass der lokale Staat als Garant des modernen Fortschritts entgegen der liberalen Marktkonformität des 19. Jahrhunderts in zahlreichen gesellschaftlichen Lebensbereichen (Wohnen, Gesundheit, Bildung, Verkehr etc.) für die Bereitstellung öffentlicher Infrastrukturen bzw. kollektiver Konsumptionsmöglichkeiten verantwortlich gemacht wurde (Castells 1977). Damit verbunden war der Glaube, dass technische Rationalität, staatliche Planung und direkte Interventionen beispielsweise in den Wohnungsmarkt die Probleme der modernen Industriegesellschaft (Wohnraummangel, Gesundheitsversorgung, Bildungsnotstand, Verkehrschaos etc.) lösen können (Krein 1991, Schipper 2013: 127ff., Witt 1979), um so Wachstum und den materiellen Wohlstand des fordistischen Akkumulationsprozesses zu gewährleisten (Esser/Hirsch 1987).

Eine solche Rationalität städtischen Regierens konnte sich in Frankfurt im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg auf einen breiten Konsens stützen, da parteiübergreifend anerkannt und gefordert wurde, kapitalistisches Wachstum durch staatliche Planung zu lenken und zu ermöglichen. Im Gegensatz zur neoliberalen Stadt fungierten also statt Wettbewerb, interkommunaler Konkurrenz und der ‚Überlegenheit von Marktmechanismen‘ die Bedürfnisse der modernen Industriegesellschaft sowie die Notwendigkeit

von Fortschritt und ökonomischem Wachstum als Legitimationsinstanzen städtischer Politik. Um Letzteres zu ermöglichen und anzutreiben, hatte man sich aus Sicht der städtischen Eliten rücksichts- und kompromisslos den Anforderungen und Bedürfnissen des fordistischen Akkumulationsregimes zu unterwerfen. Wachstum und moderner Fortschritt galten als unhinterfragbare Entitäten, deren Widersprüche und negativen Folgen selbst wiederum durch rationale Planung und durch die Herrschaft scheinbar unpolitischer Technokraten lösbar schienen. Ein derartiger Konsens durchzog das gesamte parteipolitische Spektrum, sodass man sich zwar um Detailfragen bezüglich der Umsetzung stritt, aber nicht bezüglich der grundlegenden wachstumsfreundlichen Ausrichtung der Stadtentwicklung (Schipper 2013: 127ff.).

Demgemäß regierte in Frankfurt etwa bis 1972 eine große konsensgeprägte Römerkoalition aller Parteien (Tüffers 2011: 53ff.), die mit einer für die Nachkriegszeit typischen „Wachstumsethik“ und dem Anspruch, „Wirtschaftshauptstadt“ zu werden, die Stadt zu einer überregional bedeutsamen Finanz- und Dienstleistungsmetropole ausgebaut hat (Ronneberger/Keil 1995: 291f.). Nach Ansicht des damaligen Bürgermeisters Will Brundert (1968), der diesem Paradigma folgte, musste Frankfurt im Interesse einer „modernen Industriegesellschaft“ und „nach den Erkenntnissen moderner Stadt- und Verkehrsplanung weiterentwickel[t]“ werden (zit. in ebd.: 44). Bei Vernachlässigung dieser zentralen Aufgabe durch den lokalen Staat drohe „zwangsläufig“ eine Minderung der „Wirtschaftskraft unserer Stadt“ (ebd.). Auch ohne diskursive Artikulation mit dem neoliberalen Bild vom Wettbewerb der Städte stellen zu dieser Zeit ökonomisches Wachstum, der Ausbau zum Dienstleistungszentrum und das Ziel der Gewerbesteuermaximierung die „völlig unumstrittenen Prioritäten der Frankfurter Kommunalpolitik“ dar (Scholz 1989: 55). Diese „fast ausschließliche Orientierung der städtischen Administration an wirtschaftlichen Interessen“ (Beste 2000: 86) hat sich wohl am drastischsten im Kontext der stadtpolitisch vorangetriebenen Aufwertung des Frankfurter Westend zu einem Büro- und Bankenstandort und der damit einhergehenden Kämpfe gegen Kahlschlagsanierung und Wohnraumvernichtung offenbart (Ronneberger 2012, Stracke 1980). Erst eine solch kritik- und rücksichtslose Anwendung fordistischer Prinzipien hat Frankfurt zur fordistischen Musterstadt gemacht (Prigge 1988: 226).

Folglich ging es auch im Fordismus nie darum, die Stadt ‚demokratisch‘ nach den (widersprüchlichen) Wünschen und Bedürfnissen der Bewohner_innen zu gestalten. Vielmehr waren in politischen Entscheidungen die Ansprüche des fordistischen Akkumulationsregimes, die wiederum von technokratischen Planer_innen identifiziert wurden, maßgeblich für die Art und Weise der Umgestaltung der Stadt.[5] Sozialräumlich manifestierte sich die fordistische Stadt etwa in der funktionalen Trennung des Stadtgebiets, in urbanen Agglomerationsprozessen, in der Verödung der Innenstädte, im Massenwohnungsbau am Stadtrand und in der Planung für die autogerechte Stadt:

„Das Bild der fordistischen Stadt war gekennzeichnet durch starke Agglomerationsprozesse, die Standardisierung und Industrialisierung des Bauens, Kleinfamiliarisierung und weitreichende soziale Desintegrationsprozesse mit der Folge der Erosion traditioneller

sozio-kultureller Milieus (z. B. Arbeitersiedlungen). Gestützt auf die massenhafte Durchsetzung des Automobils („autogerechte Stadt“) entwickelten sich extreme räumlich-funktionelle Differenzierung, gekennzeichnet durch Suburbanisierung, Satellitenstadtbildung, die Verödung der Innenstädte, das Aussterben kleiner Produktions- und Handelsbetriebe bei gleichzeitigem Aufblühen innerstädtischer Warenhäuser und von Discountmärkten auf der ‚grünen Wiese‘. Kleinfamiliales Wohnen, standardisierte Lohnarbeit, Fernsehen und Automobil wurden zur Basis eines neuen Lebens- und Konsummodells und strukturierten den städtischen Raum.“ (Esser/Hirsch 1987: 39f.).

Der dahinterstehende Konsens zerbricht jedoch ab Ende der 1960er Jahre, indem sich gesellschaftliche Kräfte konstituieren, die die „Unwirtlichkeit unserer Städte“ (Mitscherlich 1965) beklagen sowie anprangern, dass die fordistische Rationalität eine Stadt hervorgebracht habe, welche „unbewohnbar“ sei „wie der Mond“ (Zwerenz 1973). Am sichtbarsten manifestiert sich diese Kritik, die eine bis dahin scheinbar unhinterfragbare Objektivität infrage stellt, in Gestalt von neuen (städtischen) sozialen Protesten wie etwa den Häuserkämpfen, Mietstreiks und Nulltarifkampagnen in Frankfurt (Mümken 2006: 228ff., Stracke 1980) oder gesamtgesellschaftlich in Form der Umwelt- und Frauenbewegung sowie einer grundlegenden Wachstumsskepsis (vgl. Castells 1983, Mayer 2011). Ausdruck für die Konflikthaftigkeit und grundlegende Kritik an der damals vorherrschenden politischen Rationalität, die als bürokratisch und als jede freie gesellschaftliche Entfaltung im Keim erstickend (Lefebvre 1991 [1974]: 396f.) wahrgenommen wurde, sind neben den konkreten Kämpfen auch die große Zahl an kritischen Auseinandersetzungen mit Stadt und Urbanisierungsprozessen, die in ganz Europa und im Zuge der urbanen Unruhen auch in den USA aufgetreten sind (vgl. Castells 1977, Harvey 1973, Jacobs 1961, Lefebvre 1968, Lotta Continua 1972, Mitscherlich 1965).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Vorherrschaft und Dominanz der fordistischen Stadt bis in die späten 1960er Jahre hinein auf einem allgegenwärtigen postdemokratischen Konsens von Wachstum und Fortschritt beruht haben, der u. a. auf der Depolitisierung des fordistischen Wachstumsmodells und der modernen Industriegesellschaft fußte. Diese Depolitisierung konnte letztlich erst durch Interventionen von sozialen Bewegungen aufgebrochen werden, ein selbstreflexives Moment über die eigenen Wahrheitsnarrative war auch innerhalb des Fordismus nicht angelegt. Daher ist die fordistische Stadt vor dem Hintergrund eines Rancière’schen Demokratiebegriffs auch nicht, so wie Crouch dies vorschlägt, als das demokratische Spiegelbild zur neoliberalen Stadt der Gegenwart zu interpretieren, sondern als dessen genauso postdemokratisches Pendant. Anzuerkennen gilt es dabei, dass das neoliberale Mantra von Wettbewerb und von der Überlegenheit von Marktmechanismen lediglich den während des Fordismus vorherrschenden Wachstumsfetischismus und den Glauben an den modernen Fortschritt ersetzt hat und dass anstatt der heutigen unternehmerisch subjektivierten städtischen Manager_innen damals technokratische Planer_innen als professionelle Experten_innen herrschten, die in kleinen Zirkeln und hinter meist verschlossenen Türen nicht selten genauso autoritär und unter Ausschluss der Bevölkerung

über Wohl und Wehe der Stadt entschieden. Dieses Fazit soll aber die Unterschiede der fordistischen und neoliberalen Akkumulationsregime gerade hinsichtlich deren Produktion von sozialen Ungleichheiten, die im Neoliberalismus durchaus gravierender sind, keineswegs negieren.

3.3. Die Erschütterung des postdemokratischen Konsenses der fordistischen Stadt und die Herausbildung eines neuen Konsenses im neoliberalen Gewand

Die Erschütterung des postdemokratischen Konsenses der fordistischen Stadt erfolgte Mitte der 1970er Jahre (Esser/Hirsch 1989). Über die ökonomischen Krisenerscheinungen hinaus sind es insbesondere die patriarchalen und autoritären gesellschaftlichen Normen sowie das Wachstumsparadigma selbst, die nun von sozialen Bewegungen infrage gestellt und somit im Rancière'schen Sinne politisiert und von einer demokratischen Praxis erfasst werden. Die dem Wachstumsparadigma geschuldeten und immer deutlicher zutage tretenden negativen sozialen und ökologischen Folgen – beispielsweise in Gestalt der Vernichtung von innerstädtischem Wohnraum durch die Ausweitung von Büronutzungen, zunehmenden ökologischen Belastungen oder der funktionalen Ödnis – stärken das Mobilisierungspotenzial urbaner Protestbewegungen mit z. T. revolutionärem Anspruch (vgl. Mümken 2006: 228ff.). Letzteren gelingt es dabei, gegen die fordistische und modernistische Version eines fortschreitenden Wachstums eine „Utopie von der Großstadt als öffentliche[m] Raum“ und Ort „sozialer Demokratie“ (Prigge 1988: 226) zu entwerfen und diese zumindest als ernst zu nehmende Bedrohung der bestehenden Machtverhältnisse im gesellschaftlichen Diskurs zu positionieren. Sichtbar werden diese Konflikte beispielsweise in der Verkehrs-, Bildungs- sowie Wohnungs- und Planungspolitik. Der autogerechten Stadt etwa wird in Nulltarifkampagnen der kostenlose Nahverkehr entgegengesetzt. Gegen die konservativ-bürgerlichen Bildungsideale und -privilegien werden antiautoritäre Kinderläden und das Modell der Gesamtschule aufgeboten (Schipper 2013: 141ff.). Auf Wohnungsnot, Mietpreissteigerungen und die Erweiterung der City reagieren soziale Bewegungen mit Hausbesetzungen und Mietstreiks (Häuserat 1974, Roth 1975, Stracke 1980).

Da die mit diesen sozialen Kämpfen einhergehenden Forderungen weit über das bisherige fordistische Spiel der Interessen auf Basis konsensual geteilter Objektivitäten hinausgehen, kommt in ihnen so etwas wie ein Moment des Politischen zum Vorschein, da tatsächlich die zuvor fixierten Entitäten fordistischer Urbanität ins Wanken geraten und politisiert werden. Politik kann plötzlich nicht mehr einfach und unmittelbar „mit dem ununterbrochenen Gang der Regierungsgeschäfte oder mit Machtkämpfen“ (Rancière 2011: 7) gleichgesetzt werden, da nun „die gewöhnliche Verwaltung ihrer Gegenstände unterbrochen und die Frage aufgeworfen wird, was Politik selbst ist, welchen Typus von Gemeinschaft sie betrifft, wer an dieser Gemeinschaft teilhat und mit welchem Recht“ (ebd.: 7). Politisch, im Sinne Rancières, war städtisches Regieren daher unserer Ansicht nach in der Nachkriegszeit tendenziell nur im Zuge und im Anschluss an die Krise des Fordismus zwischen den späten 1960er und frühen 1990er Jahren, wobei einige Momente teilweise

auch eine gewisse Kontinuität erzeugten und bis heute nachwirken. In diesem Zeitraum konnte der bestehende fordistische Konsens einerseits durch soziale Bewegungen und revolutionäre Bestrebungen der außerparlamentarischen Linken herausgefordert sowie Essenzen demokratischer Strukturen in Gestalt von Partizipationsverfahren und Ortsbeiräten auf Stadtteilebene etabliert werden. Andererseits wurden in dieser Zeit aber die neoliberalen Angriffe stärker, die letztlich, die produktiven Kräfte der linken Kritik nutzend, zur Überwindung des Fordismus beitrugen (Harvey 2007, Heeg/Rosol 2007, Mayer 2007, Peck 2008).

Die breite Politisierung von grundsätzlichen Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens hat zudem ein Spannungsverhältnis erzeugt, das auch vor der offiziellen Politik in Frankfurt nicht halt machte, insofern erstmalig grundlegende Debatten über die richtige Regierung der Stadt auch innerhalb der politischen Eliten und nicht nur in gesellschaftlichen Nischen geführt wurden (Schipper 2013: 141ff.). Mit dem damit einhergehenden Aufbrechen zahlreicher grundsätzlicher Konflikte und Widersprüche zerfällt schließlich 1972 die jahrzehntelange ‚Einheits-Römerkoalition‘ von SPD, CDU und FDP. Ohne auf den fordistischen Konsens zurückgreifen zu können, bröckelt auch die Kohärenz der lokalen Staatsapparate, da für die politischen Eliten nun nicht mehr zweifelsfrei klar ist, wie die Stadt ‚richtig‘ zu regieren ist. Vielmehr konkurrieren nun sozialdemokratische Diskurse, die mittels Chancengleichheit und aufgeklärter Kulturpolitik die soziale Kohäsion der Stadtgesellschaft retten wollen (Schipper 2013: 144ff.), mit konservativen Vorstellungen, die die Großstadt als Organismus durch lokale Identitätskonstruktionen zu bewahren trachten (ebd.: 152ff.). Ergänzt wird diese parlamentarische Konstellation ab den frühen 1980er Jahren durch die noch radikalökologisch ausgerichteten Grünen, die in ihrer antiurbanen „Utopie einer Verwaldung Frankfurts“ (Prigge 1986: 111) „die Stadt als Garten“ (ebd.) fordern. Eine solch politisierte Phase städtischer Politik reicht in ihren letzten Ausläufern bis in die frühen 1990er Jahre hinein, da noch bis zu diesem Zeitpunkt das in den 1980er Jahren entstandene neoliberale Hegemonieprojekt mit gesellschaftlichen Alternativen, wie etwa der Vorstellung einer nachhaltigen und sozial gerechten Stadt ringt (Ronneberger/Keil 1993, Schipper 2013: 181ff.). Ein neuer Konsens bildet sich erst wieder mit der erfolgreichen Durchsetzung des neoliberalen Projekts ab Mitte der 1990er Jahre heraus und leitet damit den Übergang zu dem ein, was Crouch als Postdemokratie bezeichnet.

Die Etablierung des neuen Konsenses gelingt dabei u. a. durch die selektive Einbindung vieler Kritiker_innen fordistischen Regierens aus den sozialen Bewegungen und der grünen Partei, während der radikalere Teil jeweils marginalisiert und ausgeschlossen wird (Ronneberger 2012; Schipper 2013: 191ff.). Angesichts der nationalstaatlichen und europäischen Durchsetzung von Deregulierungs- und Liberalisierungspolitiken, Austeritätsmaßnahmen und der Reskalierung von Entscheidungsprozessen (Brenner 2004) erfährt das neoliberale Projekt auf städtischer Ebene eine Verstetigung und Stabilisierung. Resultat ist schließlich, dass gegenwärtig auf dem Feld der offiziellen Frankfurter Stadtpolitik kaum jemand Wettbewerb und Ökonomisierung infrage stellt, dass also ein erneuter postdemokratischer Konsens erzeugt worden ist (Keil 2011, Schipper 2013: 212ff.).[6] Der

Repolitisierung gesamtgesellschaftlicher Fragen durch emanzipatorische soziale Bewegungen eine erneute Depolitisierung entgegengesetzt zu haben, ist demnach der zweifelhafte Erfolg des Neoliberalismus. Den Kampf um eine Alternative zum krisenhaften Fordismus, so kann rückblickend konstatiert werden, hat die konservativ-liberale Seite für sich entschieden. Als neuer postdemokratischer Konsens weht selbiger nun nur nicht mehr unter dem Banner von Wachstum, Fortschritt, Rationalisierung und Industriegesellschaft, sondern beruht auf der konsensualen und fast kritiklosen Akzeptanz von Wettbewerb, Ökonomisierung und konkurrenzbasiereten Subjektivierungsweisen. In der Sprache Rancières könnte geschlussfolgert werden, dass die *Politik* wieder von der *Polizei* eingeholt worden ist. Allerdings vermag die Polizei die Politik nie gänzlich auszuschalten und so besteht auch aktuell stets das Potenzial, diese polizeiliche Ordnung anzufechten. Zu beobachten ist dies gegenwärtig in Frankfurt etwa im Rahmen der Bewegung für ein ‚Recht auf Stadt‘ (Dzudzek 2013) oder im Kontext der jährlichen Blockupy-Proteste (Petzold/Pichl 2013).

Trotz der Politisierung des fordistischen Konsenses ab den 1970er Jahren bleiben also letztendlich grundlegende gesellschaftliche Veränderungen hin zu einer postkapitalistischen oder radikaldemokratischen Stadt und dem damit einhergehenden Moment des Politischen aus. Auch wenn sich somit die Gestalt postdemokratischer Konstellationen historisch gewandelt hat, scheint uns die Existenz eines postdemokratischen Konsenses selbst notwendig und der Normalfall zu sein, um unter kapitalistischen Verhältnissen soziale Kohäsion zu gewährleisten und Widersprüche prozessierbar zu machen. Ohne den ausschließenden postdemokratischen Konsens, ohne eine deutliche und umfassende Vorherrschaft der Polizei über die Politik, so ließe sich im Lichte der vorherigen Betrachtungen vermuten, wird die kapitalistische Stadt ‚unregierbar‘, da weder der Staat dauerhaft die Ansprüche an kollektive Infrastrukturen befriedigen kann, ohne die eigene Steuerbasis zu überfordern, noch etwa das Immobilienkapital die Politisierung der Wohnraumversorgung zu tolerieren vermag, ohne dass die eigenen Profitmöglichkeiten untergraben werden. Die institutionalisierte Stadtpolitik konstituiert sich demnach in einer starken Polizei, um die auf Ungleichheit basierende soziale und ökonomische Ausbeutung aufrechtzuerhalten. Zu diskutieren wäre daher, ob eine Demokratisierung städtischer Politiken im Sinne Rancières überhaupt dauerhaft mit einer kapitalistischen Vergesellschaftung vereinbar ist – uns zumindest erscheint dies als eher unwahrscheinlich.

Daran anknüpfend stellt sich die Frage, wie denn im Anschluss an Rancière eine demokratische Stadt überhaupt denkbar wäre, zumal seine Konzeption von Demokratie, wie gezeigt, eng mit Politik verbunden ist, die wiederum etwas stark Momenthaftes aufweist. Hinzu kommt, dass, Rancière folgend, Politik immer in der Konstitution von Ordnung bzw. Polizei münden muss, reine Politik es demnach nicht geben kann und auch jede Emanzipation an ihre Grenzen stoßen wird.[7] So betont Rancière, dass die Geschichte der Emanzipation in erster Linie die Geschichte von emanzipatorischen bzw. kommunistischen Momenten war. Hier ist nun aber nicht das blitzhafte Aufleuchten von Ereignissen im Laufe der Zeit gemeint, sondern es sind Momente angesprochen, in

denen der Lauf der Zeit und die Räumlichkeit selbst verschoben werden. „Eine kommunistischer/s Moment ist eine neue Gestaltung dessen, was das ‚Gemeinsame‘ bedeutet, eine Neugestaltung des Universums der Möglichkeiten“ (Rancière 2009: 215). Emanzipation zur Demokratie kann, Rancière folgend, also nur über das Erkämpfen einer zeitlichen Form erreicht werden, die es erlaubt Momente zu verbinden und zu einem Gefüge werden zu lassen (ebd.: 215). Was dies für die konkrete Praxis heißen könnte, formuliert Rancière nicht aus, aber es müsste wohl eine Form von kommunalem Gemeinwesen geschaffen werden, das sich politisch konstituiert, auf soziale wie politische Gleichheit abzielt und möglichst viele Konflikte zulässt und einen Rahmen bereitstellt, um diese auch auszutragen und Lösungen auszuhandeln. Unserer Ansicht nach wären hierbei konkrete Utopien wie etwa Henri Lefebvres (2009) Idee der *autogestion*, operaistische Traditionen der *Autonomia* oder Konzepte der Rätebewegungen durchaus als praktische bzw. konkreter gefasste Beispiele heranzuziehen.[8]

4. Fazit

Im ersten Abschnitt haben wir argumentiert, dass die Begriffe der Postdemokratie bei Crouch und bei Rancière bezüglich Abstraktionsniveau und Analysetiefe erheblich divergieren. So bezieht sich Crouch auf den historischen Niedergang der fordistischen Demokratie, die er im Vergleich zu heute als egalitärer und demokratischer interpretiert. Postdemokratie bezeichnet in diesem Sinne eine historisch klar festzumachende Epoche, die oftmals auch als neoliberal bezeichnet wird. Rancière bezieht sich dagegen in seiner allgemeineren Auslegung von Postdemokratie auf politisch hergestellte Konstellationen, in denen Widerspruch durch eine gouvernementale Produktion von Konsens unterminiert und eine gesellschaftlich produzierte Realität als allgemeingültig und alternativlos erklärt wird. Die strukturierende *Polizei* wird also in einem Maße gestärkt, dass über weitgehende Ausschlüsse und eine partielle Inklusion von gesellschaftlichen Akteur_innen die *Politik* als Element des Aufbrechens praktisch verunmöglicht wird. Letztlich liegt bei Rancière die Quintessenz darin, dass *Politik* durch konkrete Praktiken ausgeschaltet wird, Momente *des Politischen* also unterminiert werden. Insofern ist sein Zugang weniger als Benennung einer historischen Epoche, sondern als Maßstab zu verstehen, um innerhalb einer gesellschaftlichen Ordnung die politische Verhandelbarkeit von Objektivitäten und des die Gesellschaft definierenden Sets an Regeln zu bewerten. Dies anzuerkennen ist relevant, um mit den Begriffen empirisch arbeiten und sie als Analysewerkzeug verwenden zu können.

Dementsprechend konnten wir im zweiten Teil am Beispiel Frankfurts aufzeigen, dass zur Beschreibung der Momente der Neoliberalisierung des Städtischen die Arbeiten von Crouch wichtige Hinweise auf aktuelle Verschiebungen im Bereich der konkreten Politik zu geben vermögen. Als problematisch erachten wir aber erstens die positive Referenz auf die fordistische Demokratie, zweitens die simple Fokussierung der Kritik auf gesellschaftliche Eliten als abgehobene und manipulierende Herrschaftskaste im Gegensatz zur breiten Masse der Bevölkerung sowie drittens sein

mechanisches Parabelbild, mit dem er die Entwicklung politischer Ideen zeichnet. Unserer Ansicht nach verkennt Crouch aufgrund der beiden letztgenannten Aspekte die Komplexität der politischen Produziertheit der aktuellen postdemokratischen Situation und negiert, dass die Herstellung einer solchen Ordnung auf einem vielschichtigen Machtgefüge, bestehend aus gesamtgesellschaftlicher Hegemonieproduktion und ökonomischen Subjektivierungsweisen, basiert.

Was den erstgenannten Aspekt der positiven Referenz von Crouch auf die fordistische Demokratie betrifft, gibt es keinen Anlass, die fordistische Stadt (zumindest in ihrer westdeutschen Prägung) im Vergleich zur Gegenwart als demokratischer zu charakterisieren. Vielmehr war jene zwar aus anderen Gründen, aber angesichts des breiten Konsenses um Wachstum und Fortschritt sowie der allgemeinen Depolitisierung des fordistischen Akkumulationsregimes genauso postdemokratisch wie ihr neoliberales Pendant der Gegenwart. Allerdings haben zwischen den 1970er und 1990er Jahren gesellschaftliche Auseinandersetzungen stattgefunden, in denen das fordistische Projekt von linksemanzipatorischen sowie rechtskonservativen Kräften hinterfragt und attackiert worden ist, was neue Aushandlungsebenen eröffnet hat. Darin ist aber weniger eine Qualität der fordistischen Demokratie zu sehen, als vielmehr ein starkes Moment der Konfrontation zwischen *Politik* und *Polizei*, das durch die Politisierung gesellschaftlicher Lebensbereiche erkämpft worden ist. Begrifflich bietet unserer Ansicht nach daher die Rancière'sche Bestimmung des Postdemokratischen die konsequentere Analysekategorie, da das *Politische* als Analyserahmen dazu in der Lage ist, gesellschaftliche Verhältnisse auf ihre Aushandelbarkeit bzw. Schließung hin zu befragen.

Endnoten

- [1] Darüber hinaus fiel die Wahl auch deshalb auf Frankfurt am Main, weil dort ab Ende der 1970er Jahre soziale Bewegungen (Häuserkämpfe, Umweltbewegung, Studierendenproteste) mit besonderer Vehemenz die einseitige wachstumsfokussierte Zurichtung der Stadt als Wirtschaftsmetropole immer wieder herausgefordert haben. Es ist daher davon auszugehen, dass sich in Frankfurt sowohl an fordistischen Kriterien orientierte Stadtentwicklungsprozesse als auch soziale Kämpfe dagegen in jeweils exemplarischer Form manifestiert haben. Allerdings gilt es zu berücksichtigen, dass der westdeutsche Fordismus aufgrund der darin eingeschriebenen nationalsozialistischen Kontinuitäten womöglich einen Sonderfall darstellt. Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen sind daher nicht ohne Weiteres auf andere Länder übertragbar.
- [2] Auf dieser These aufbauend, versucht Crouch in seinem an Postdemokratie anschließenden Werk „Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus“ (2011) das Fortbestehen bzw. die Vertiefung des neoliberalen Projektes im Zuge der aktuellen ökonomisch, sozialen und ökologischen Krise zu erklären.
- [3] Foucault (2006b) verortet bekanntlich die Entstehung des Ordoliberalismus als deutsche Variante des Neoliberalismus ideengeschichtlich in der Zeit nach 1945. Dementgegen sprechen wir jedoch von einer neoliberalen Gegenwart, da die Übertragung neoliberaler Rationalitäten auf die Regierung des Städtischen erst in den 1980er Jahren eingesetzt hat.
- [4] Für eine ausführliche Darstellung des methodischen Vorgehens vgl. Schipper 2013.
- [5] Im Unterschied zum heutigen politischen System, das viele Entscheidungsverfahren an externe Gremien auslagert, lagen im Fordismus die Entscheidungskompetenzen zumindest auf nationalstaatlicher Ebene – und dies macht Crouch mit seinem Demokratiebegriff stark – noch eher im Bereich des Parlamentarismus, sodass Parteien

hier eine wichtigere Rolle spielten. Dies ist aber nicht mit einer verstärkten Politisierung im Sinne Rancière zu verwechseln und heißt auch nicht, dass innerhalb des Fordismus weniger starke Ausschlüsse produziert wurden.

- [6] Dabei handelt es sich um einen Konsens, an dem Crouch im Übrigen selbst auch mitwirkt, wenn er etwa betont, dass Forderungen zur Überwindung des Kapitalismus nicht mehr zeitgemäß seien und es vielmehr darum gehen müsse, einen Modus von Politik zu finden, der den Unternehmergeist wahrt, aber gleichzeitig die Einflussnahme von Spitzenmanager_innen und Unternehmer_innen auf die Politik beschränkt (Crouch 2008: 134f.).
- [7] Letztlich bedeutet dies, dass eine Spaltung in soziale Bewegungen als ‚Agenten‘ der Politik und institutionalisierte Stadtpolitik als ‚Agent‘ der Polizei nicht sinnvoll ist, zumal auch soziale Bewegungen Polizei generieren. Zentral scheint hier, dass in den konkreten Auseinandersetzungen jene Kräfte benannt werden, die eine egalitäre Gesellschaft anstreben und die soziale Spaltung zu überwinden versuchen.
- [8] Diesen Weg schlägt im Übrigen auch David Harvey in seinem neusten Buch *Rebel Cities* (2012) ein, wenn er im Zusammenhang mit den Kämpfen um ein ‚Recht auf Stadt‘ auf das Konzept der Konföderation des Anarchisten Murray Bookchin verweist.

Autor_innen

Daniel Mullis Interessen liegen im Bereich Raumproduktionen, neue Theorien des Politischen und ‚Recht auf die Stadt‘. Er arbeitet am Institut für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt a. M.

Kontakt: mullis@em.uni-frankfurt.de

Sebastian Schippers Forschungsschwerpunkte beinhalten Stadtpolitik, politische Ökonomie des Wohnens und städtische soziale Bewegungen. Er arbeitet am Institut für europäische Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar.

Kontakt: sebastian.schipper@uni-weimar.de

Literatur

- Bedorf, Thomas (2010): Das Politische und die Politik. Konturen einer Differenz. In: Thomas Bedorf / Kurt Röttgers (Hg.), *Das Politische und die Politik*. Berlin: Suhrkamp Verlag, 13-37.
- Bensaïd, Daniel (2012): Der permanente Skandal. In: Giorgio Agamben / Alain Badiou / Slavoj Žižek / Jacques Rancière / Jean-Luc Nancy / Wandy Brown / Daniel Bensaïd / Kristin Ross (2012): *Demokratie? Eine Debatte*. Berlin: Suhrkamp Verlag, 23-54.
- Beste, Hubert (2000): *Morphologie der Macht. Urbane „Sicherheit“ und die Profitorientierung sozialer Kontrolle*. Opladen: Leske + Budrich Verlag.
- Böhnke, Petra (2011): Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. In: *APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte* 1-2, 18-26.
- Brenner, Neil (2004): *New State Spaces. Urban Governance and the Rescaling of Statehood*. Oxford: Oxford University Press.
- Brundert, Willi (1968): *Haushaltsrede für das Jahr 1969*. Stadtarchiv Frankfurt a. M. (unveröffentlichtes Manuskript).
- Bürkner, Hans-Joachim (2011): Sozialräumliche Disparitäten und soziale Mischung: Aktuelle Diskurslinien in Forschung und gesellschaftlicher Praxis. In: Bernd Belina / Norbert Gestring / Wolfgang Müller (Hg.), *Urbane Differenzen. Disparitäten innerhalb und zwischen Städten*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 16-42.
- Castells, Manuel (1977): *Die kapitalistische Stadt. Ökonomie und Politik der Stadtentwicklung*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Castells, Manuel (1983): *The City and the Grassroots. A Cross-cultural Theory of Urban Social Movements*. Berkeley: University of California Press.
- Crouch, Colin (2004): *Post-Democracy*. Cambridge: Polity Press.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Crouch, Colin (2011): *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*. Berlin: Suhrkamp Verlag.

- Dzudzek, Iris (2013): Unternehmen oder Unvernehmen? – Über die Krise des Kreativsubjekts und darüber hinaus. In: *Geographica Helvetica* 68, 181-189.
- Esser, Josef / Hirsch, Joachim (1987): Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie. Von der Fordismuskrise zur „postfordistischen“ Regional- und Stadtstruktur. In: Walter Prigge (Hg.), *Die Materialität des Städtischen. Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch*. Basel u.a.: Birkhäuser Verlag, 31-56.
- Esser, Josef / Hirsch, Joachim (1989): The crisis of fordism and the dimensions of a 'postfordist' regional and urban structure. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 13/3, 417-437.
- Foucault, Michel (2006a): *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Foucault, Michel (2006b): *Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Häuserrat Frankfurt (1974): *Wohnungskampf in Frankfurt*. München: Trikont-Verlag.
- Harvey, David (1973): *Social Justice and the City*.
- Harvey, David (2007): *Kleine Geschichte des Neoliberalismus*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Harvey, David (2012): *Rebel Cities. From the Right to the City to the Urban Revolution*. London: Verso.
- Heeg, Susanne / Rosol, Marit (2007): Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick. In: *Prokla* 37/4, 491-509.
- Jacobs, Jane (1961): *The Death and Life of Great American Cities*. New York: Random House.
- Jörke, Dirk (2011): Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. In: *APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte* 1-2, 13-18.
- Kamleithner, Christa (2009): „Regieren durch Community“ – neoliberale Formen der Stadtplanung. In: Matthias Drilling / Olaf Schnur (Hg.), *Governance in der Quartiersentwicklung. Theoretische und praktische Zugänge zu neuen Steuerungsformen*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 29-47.
- Keil, Roger (2011): The Global City comes home: internalized globalization in Frankfurt Rhine-Main. In: *Urban Studies* 48/12, 2495-2517.
- Kreinz, Susanne (1991): *Wohnungsversorgung als kommunale Aufgabe. Zur gesellschaftlichen Einbindung der Wohnungspolitik Frankfurts in den 20er Jahren*. Frankfurt a. M.: J. W. Goethe-Universität Frankfurt am Main.
- Künkel, Jenny (2011): Soziale Kämpfe von SexarbeiterInnen gegen städtische Neoliberalisierung. Das Beispiel Madrid. In: Andrej Holm / Dirk Gebhardt (Hg.), *Initiativen für ein Recht auf Stadt: Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*. Hamburg: VSA-Verlag, 141-161.
- Lefebvre, Henri (1968): *Le droit à la ville*. Paris: Seuil.
- Lefebvre, Henri (1991 [1974]): *The Production of Space*. Malden u.a.: Blackwell Publishing.
- Lefebvre, Henri (2009 [1966]): Theoretical problems of autogestion. In: Neil Brenner / Stuart Elden (Hg.), *State, Space, World. Henri Lefebvre Selected Essays*. Minneapolis: University of Minnesota Press, 138-152.
- Lotta Continua (1972): *Nehmen wir uns die Stadt. Schriften zum Klassenkampf Nr. 29*. München: Trikont-Verlag.
- MacLeod, Gordon (2011): Urban politics reconsidered: growth machine to post-democratic city? In: *Urban Studies* 48/12, 2629-2660.
- Maly, Karl (1992): *Die Macht der Honorationen. Geschichte der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung. Band 1, 1867-1900*. Frankfurt a. M.: Waldemar Kramer.
- Marchart, Oliver (2010a): *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Marchart, Oliver (2010b): Politische Theorie als erste Philosophie. Warum der ontologischen Differenz die politische Differenz zugrunde liegt. In: Thomas Bedorf / Kurt Röttgers (Hg.), *Das Politische und die Politik*. Berlin: Suhrkamp Verlag, 143-158.
- Mayer, Margit (2011): *Recht auf die Stadt-Bewegungen in historisch und räumlich vergleichender Perspektive*. In: Andrej Holm / Dirk Gebhardt (Hg.), *Initiativen für ein Recht auf Stadt: Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*. Hamburg: VSA-Verlag, 52-78.
- Mayer, Margit (2007): Contesting the neoliberalization of urban governance. In: Helga Leitner / Jamie Peck / Eric Sheppard (Hg.), *Contesting Neoliberalism. Urban Frontiers*. New York: The Guilford Press, 90-115.

- Mitscherlich, Alexander (1965): Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Mohr, Christoph (1992): Stadtentwicklung und Wohnungspolitik in Frankfurt am Main im 19. Jahrhundert. Bonn: Habelt Verlag.
- Müller, Wolfgang / Sträter, Detlev (2011): Wer lenkt die Stadt? Wie die Neoliberalisierung der Stadt die kommunale Selbstverwaltung aushebelt. In: Bernd Belina / Norbert Gestring / Wolfgang Müller (Hg.), Urbane Differenzen. Disparitäten innerhalb und zwischen Städten. Münster: Westfälisches Dampfboot, 132-162.
- Mümken, Jürgen (2006): Kapitalismus und Wohnen. Ein Beitrag zur Geschichte der Wohnungspolitik im Spiegel kapitalistischer Entwicklungsdynamik und sozialer Kämpfe. Lich: Verlag Edition AV.
- Niethammer, Lutz (1979): Ein langer Marsch durch die Institutionen. Zur Vorgeschichte des preußischen Wohnungsgesetzes von 1918. In: ders. (Hg.), Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft. Wuppertal: Hammer Verlag, 363-384.
- Öztürk, Asiye (2011): Postdemokratie? – Editorial. In: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2, 2.
- Peck, Jamie (2008): Remaking laissez-faire. In: Progress in Human Geography 32/1, 3-43.
- Petzold, Tino / Pichl, Maximilian (2013): Räume des Ausnahmerechts: Staatliche Raumproduktionen in der Krise am Beispiel der Blockupy-Aktionstage 2012. In: Kriminologisches Journal 45/3, im Erscheinen.
- Prigge, Walter (1988): Mythos Metropole. Von Landmann zu Wallmann. In: Walter Prigge / Hans-Peter Schwarz (Hg.), Das neue Frankfurt. Städtebau und Architektur im Modernisierungsprozeß 1925-1988. Frankfurt a. M.: Vervuert Verlag, 209-240.
- Prigge, Walter (1986): Großstadtideologien. In: Ästhetik und Kommunikation 61-62/16, 109-114.
- Rancière, Jacques (1997): Demokratie und Postdemokratie. In: Alain Badiou / Jacques Rancière / Rado Riha / Jelica Sumic-Riha (Hg.), Politik der Wahrheit. Wien: Verlag Turia & Kant, 94-122.
- Rancière, Jacques (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Rancière, Jacques (2004): Die politische Unreinheit. In: ders. (Hg.) (2011), Moments politiques. Interventionen 1977-2009. Berlin/Zürich: Diaphanes Verlag: 151-161.
- Rancière, Jacques (2008): Zehn Thesen zur Politik. Berlin/Zürich: Diaphanes Verlag.
- Rancière, Jacques (2009): „Das Schlimmste ist, wenn die Macht von denen besetzt wird, die sie haben wollten.“ In: ders. (Hg.) (2011), Moments politiques. Interventionen 1977-2009. Berlin/Zürich: Diaphanes Verlag, 199-205.
- Ronneberger, Klaus (2012): „Diese Stadt haben wir satt. Wie sie ist, ist sie Mist“ – Ein Rückblick zum Global City-Aufstieg Frankfurts. In: Hecker, Hannah / Pohl, Lucas / Petzold, Tino / Schipper, Sebastian (Hg.), Wem gehört Frankfurt? Dokumentation des aktionistischen Kongresses vom März 2012. Frankfurt a. M.: Eigenverlag, 54-63.
- Ronneberger, Klaus / Keil, Roger (1993): Riding the tiger of modernisation: red green municipal reform politics in Frankfurt am Main. In: Capitalism, Nature, Socialism. A Journal of Socialist Ecology 4/2, 19-50.
- Ronneberger, Klaus / Keil, Roger (1995): Außer Atem – Frankfurt nach der Postmoderne. In: Hansruedi Hitz / Ute Lehrer / Roger Keil (Hg.), Capitales Fatales. Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich. Zürich: Rotpunktverlag, 286-353.
- Roth, Jürgen (1975): Z. B. Frankfurt: die Zerstörung einer Stadt. München u.a.: Bertelsmann Verlag.
- Saldern, Adelheid von (1979): Kommunalpolitik und Arbeiterwohnungsbau im Deutschen Kaiserreich. In: Lutz Niethammer (Hg.), Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft. Wuppertal: Hammer Verlag, 344-362.
- Schipper, Sebastian (2013): Genealogie und Gegenwart der ‚unternehmerischen Stadt‘. Neoliberales Regieren in Frankfurt am Main, 1960-2010. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Scholz, Carola (1989): Eine Stadt wird verkauft. Stadtentwicklung und Stadtmarketing – zur Produktion des Standort-Images am Beispiel Frankfurt. Frankfurt a. M.: ISP-Verlag.
- Schümer, Dirk (2012): Postdemokratie. Europa schafft sich ab. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/postdemokratie-europa-schafft-sich-ab-11630285.html> (letzter Zugriff am 23.4.2013).

- Schulze, Ingo (2012): Kapitalismus braucht keine Demokratie. <http://www.sueddeutsche.de/kultur/thesen-gegen-die-auspluenderung-der-gesellschaft-kapitalismus-braucht-keine-demokratie-1.1255949> (letzter Zugriff am 23.4.2013).
- Stracke, Ernst (1980): Stadtzerstörung und Stadtteilkampf. Innerstädtische Umstrukturierungsprozesse, Wohnungsnot und soziale Bewegungen in Frankfurt am Main. Köln: Pahl-Rugenstein Verlag.
- Swyngedouw, Erik (2009): The antinomies of the postpolitical city: In search of a democratic politics of environmental production. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 33/3, 601-620.
- Swyngedouw, Erik (2011): Interrogating post-democratization: Reclaiming egalitarian political spaces. In: *Political Geography* 30/7, 370-380.
- Tüffers, Bettina (2011): Von der Römerkoalition zur Parteienkonkurrenz. Geschichte der Frankfurter Stadverordnetenversammlung. Band IV, 1946-1989. Frankfurt a. M.: Waldemar Kramer.
- Wagner, Thomas (2011): Demokratie als Mogelpackung. Oder: Deutschlands sanfter Weg in den Bonapartismus. Köln: PapyRossa Verlag.
- Witt, Peter-Christian (1979): Inflation, Wohnungszwangsbewirtschaftung und Hauszinssteuer. Zur Regelung von Wohnungsbau und Wohnungsmarkt in der Weimarer Republik. In: Lutz Niethammer (Hg.), *Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft*. Wuppertal: Hammer Verlag, 385-407.
- Zwerenz, Gerhard (1973): Die Erde ist unbewohnbar wie der Mond. Frankfurt a. M. Fischer S. Verlag.

The post-democratic city between politicization and continuity Or has the city ever been democratic?

In contemporary debates, the concept of the post-democratic city is widely discussed by critical scholars and closely linked to processes of neoliberalization. Against this background, the paper discusses the theories of Colin Crouch and Jacques Rancière focusing on the analytical depth and accuracy of their historical analyses. By following Rancière and using the history of urban politics in Frankfurt am Main as a case study, we disagree with Crouch's assumption that there has been a more egalitarian, inclusive, and democratic form of urban governance before the rise of neoliberalism. In principle, the paper argues, urban politics under Fordism have not been less post-democratic than neoliberalized urban politics today – albeit for different reasons – and democratic moments rather can be found in the breaks and cleaves produced by the broad social movements in the 1970s and 1980s.

Occupy London und die besetzte Friern Barnet Library

Johannes Diesing

Der Gegenstand des Beitrages ist die besetzte Friern Barnet Library in Nord-London. Dieser steht für eine ‚Politik des Politischen‘, die sich gegen die Privatisierungsmaßnahmen der regierenden liberal-konservativen Koalition richtet. In diesem Kampf um die Bibliothek wurden Aussagen der programmatischen Vision der Regierung von einer Allianz aus Aktivist_innen und Bürger_innen polemisch gegen die Politik gewendet, deren Umsetzung diese Vision ideologisch legitimieren sollte. Es werden zunächst die Rahmenbedingungen der Besetzung beschrieben, danach wird detailliert auf das Geschehen im Herbst 2012 und Winter 2012/13 eingegangen. Es wird erklärt, warum die Auseinandersetzung um die Bibliothek für das Verständnis gegenwärtiger sozialer Kämpfe in der ‚postpolitischen Stadt‘ hilfreich ist. Zum Begriff der Postpolitik bzw. der Postdemokratie haben sowohl Colin Crouch als auch Jacques Rancière Theorien vorgelegt. Der Aufsatz wird den theoretischen Schwerpunkt auf Rancière legen, Crouchs Überlegungen jedoch ebenfalls mit einbeziehen.

Ersteinreichung: 1. April 2013; Veröffentlichung online: 7. Dezember 2013
An english abstract can be found at the end of the document.

Von der U-Bahn Station Arnos Grove führt die Friern Barnet Road durch ein Gebiet von zweistöckigen Wohnhäusern, vorbei am Gelände des ehemaligen Colney Hatch Lunatic Asylum, einer alten Nervenklinik, zur Friern Barnet Library, die in einem dem Tudorstil nachempfundenen Backsteingebäude beherbergt ist. An das Gelände schließt eine Siedlung neuer Einfamilienhäuser an. Und obwohl selbst der konservative *Evening Standard* im Oktober 2012 auch diesem Stadtteil im Norden Londons eine Wohnungskrise bescheinigte (Prynn 2012), scheint die Bevölkerung hier David Camerons Vision der ‚ownership society‘ zu entsprechen, die der Premier in einer Rede unmittelbar nach den *riots* im August 2011 als ein Ideal beschworen hatte (Cameron 2011). Der in diesem Aufsatz dargestellte Kampf um die besetzte Friern Barnet Library steht indes exemplarisch für eine ‚Politik des Politischen‘, die sich gegen die Kürzungs- und Kommerzialisierungsmaßnahmen der liberal-konservativen Regierung richtet. In diesem Kampf um die Bibliothek wurden Aussagen der programmatischen Vision der Regierung von einer Allianz aus Aktivist_innen und Bürger_innen polemisch gegen die Politik gewendet, deren Umsetzung diese Vision ideologisch legitimieren sollte.

Bis zum 5. April 2012 war die Friern Barnet Library eine öffentliche Gemeindebibliothek. Dann kam das Ende. Der Bestand der Bücher sollte

in eine andere Bibliothek im sehr weitläufigen Stadtbezirk Barnet überführt werden. Eine lokale Kampagne hatte bis zuletzt vergeblich versucht, die öffentliche Bibliothek zu retten. Nach ihrer Schließung stand das Gebäude zum Verkauf. Einen vom Gemeinderat versprochenen Ersatz gab es nicht. Im September 2012 besetzten dann Aktivist_innen von Occupy London das Gebäude und eröffneten erneut eine Bibliothek.

Dieser Aufsatz wird zunächst die Rahmenbedingungen der Besetzung beschreiben und dann detailliert auf das lokale Geschehen im Herbst 2012 und im Winter 2012/13 eingehen,[1] Der Schwerpunkt liegt auf den Aktivitäten von Occupy London und auf den besonderen Schwierigkeiten und Herausforderungen, die sich für die Bewegung nach der gewaltsamen Räumung ihrer Camps im Innenstadtbereich ergaben. Vor allem wird jedoch erläutert, warum die Auseinandersetzung um die Friern-Barnet-Bibliothek besonders aufschlussreich für das Verständnis gegenwärtiger sozialer Kämpfe in der postpolitischen Stadt ist. Zum Begriff der Postpolitik bzw. der Postdemokratie haben sowohl Colin Crouch als auch Jacques Rancière Theorien vorgelegt. Der Grund für die Entscheidung, den theoretischen Schwerpunkt hier auf Rancière zu legen, resultiert aus der Überzeugung, dass dessen Theorie besser geeignet ist, das ‚Neue‘ am politischen Handeln der Occupy-Bewegung zu erfassen. Gleichwohl entwickelte Crouch sein Konzept der Postpolitik vor dem Hintergrund der Geschichte des britischen politischen Systems, weshalb auch seine Beiträge in diesen Aufsatz mit einfließen. Zum Abschluss werden dann die Schwierigkeiten der Theorie von Jacques Rancière u. a. in Bezug auf die Dimensionen Raum und Zeit diskutiert.

1. Der Hintergrund der Besetzung der Bibliothek

Um die Besetzung der Bibliothek zu verstehen, ist es notwendig, auf drei Faktoren und Entwicklungen einzugehen, die den Hintergrund für die Ereignisse in Barnet abgeben. Der erste Faktor ist das „One Barnet Transformation Programme“ des konservativ geführten Gemeinderats, der – um die zentralstaatlichen Kürzungsvorgaben zu erfüllen – auf eine umfassende Kommerzialisierung öffentlicher Dienstleistungen setzte. Das Programm sah vor, den Auftrag zur Übernahme von 70 Prozent der kommunalen Dienstleistungen für die Dauer von zehn Jahren an das Unternehmen Capita zu vergeben. Ziel des One Barnet Programme ist eine umfassende Umstrukturierung der öffentlichen Dienstleistungen im Stadtbezirk (Barnet Council 2010). Es wurde vom 2010 gewählten Gemeinderat, in dem die Konservativen mit 39 Sitzen eine Mehrheit haben, aufgelegt. Nach dessen Plänen sollten 70 Prozent der kommunalen Dienstleistungen ausgeschrieben und an eine private Firma vergeben werden. In diesem Verfahren setzte sich ein auf die Übernahme von Verwaltungs- und Behördendienstleistungen spezialisiertes Unternehmen, die Capita Group, mit einem Angebot durch, welches der Gemeinde über 320 Millionen Pfund einbringen sollte. Der daraufhin geschlossene Vertrag sollte eine Laufzeit von zehn Jahren haben (2013-2023) und den Angaben des Barnet Council zufolge in dieser Zeit 125 Millionen Pfund an Steuergeldern einsparen (vgl. Blunden 2012).

Nach einer sehr kurzfristigen Bekanntmachung der Schließung der Friern Barnet Library, die am 5. April 2012 stattfand, kam es zu einer Protestkundgebung vor dem Gebäude und einer ersten Besetzung des Hauses durch Aktivist_innen der lokalen Kampagne „Save the Friern Barnet Library“ für die Dauer von fünf Stunden. Der Protest hatte allerdings keine aufschiebende Wirkung. Der Bibliotheksbetrieb wurde ersatzlos eingestellt.

Zum besseren Verständnis des Kontextes der späteren Besetzung durch Aktivist_innen von Occupy London ist es darüber hinaus notwendig, die Herausforderungen zu betrachten, mit denen die Bewegung im Fortgang des Jahres 2012 konfrontiert war. Spätestens nach der Räumung der beiden großen Camps auf dem Vorplatz der St.-Pauls-Kathedrale im Februar 2012 und auf dem Finsbury Square im Juni 2012 stellte sich für die Occupy-Bewegung die Frage, wie sie politisch weitermachen wollte. Die Bewegung, zu deren wichtigsten Praxen das buchstäbliche Besetzthalten von öffentlichem Raum gehörte, stand nun ohne einen festen Ort dar. Angesichts des näher rückenden Jahrestages der Platzbesetzung vor der St.-Pauls-Kathedrale, dem eine hohe symbolische Bedeutung zukam, stellte sich im Spätsommer immer dringlicher die Frage: Was tun?

Hinzu kam eine weitere Entwicklung, die sich im frühen Herbst zuspitzte. Im September trat in Großbritannien ein Gesetz in Kraft, das bis zu diesem Zeitpunkt legale Besetzungen von leerstehendem Wohnraum zum Zwecke des dauerhaften Bewohnens unter Strafe stellte. Section 144 des „Sentencing and Punishment of Offenders Act 2012“ definiert nun als Straftat, wenn eine Person in ein Gebäude mit der expliziten Absicht eindringt, längere Zeit dort zu bleiben (Ministry of Justice 2012). Dieses neue Gesetz hatte weitreichende Folgen, weil es das Konfliktfeld von Häuserbesetzungen in Großbritannien völlig neu regelte. Spätestens nachdem im September ein 21-Jähriger wegen der Besetzung einer Wohnung zu zwölf Monaten Gefängnis verurteilt worden war, war die Londoner Hausbesetzerszene alarmiert. In den folgenden Wochen und Monaten kam es zu einer Reihe von Neubesetzungen von leerstehenden Gebäuden in kommunalem oder privatem Besitz, die nicht als Wohnraum klassifiziert sind und damit nicht unter das neue Gesetz fielen. Eines davon war die ehemalige Friern Barnet Library. Da sich das Gebäude nicht zur Umwandlung in Wohnraum eignete, nahmen die Besetzer_innen Kontakt zu Occupy-London auf. Die Occupy-Aktivist_innen entwickelten eine Strategie und verkündeten öffentlich die Besetzung der Räumlichkeiten und die Wiedereröffnung der Bibliothek (vgl. Shamsuddin 2012).

Die Hinwendung von Londoner Aktivist_innen aus der Occupy-Bewegung weg von Massenaktionen hin zu lokalen Aktionen und Besetzungen war kein Einzelfall. Ähnliche Tendenzen ließen sich auch in anderen Ländern nach der polizeilichen Räumung der innerstädtischen Zeltlager beobachten. In Spanien etwa entstand mit der „Plataforma de Afectados por la Hiptoteca“ ein organisatorischer Rahmen, um die Proteste der Bewegung 15M gegen eine ganz bestimmte Auswirkung der Krise weiterzuführen: Zwangsräumungen. Zum einen versuchte man, Zwangsräumungen zu verhindern, zum anderen leerstehenden Wohnraum zu besetzen. Auch in der US-amerikanischen Occupy-Bewegung vollzog sich nach der Räumung der

innerstädtischen Camps mit „Occupy our Homes“ eine Hinwendung zum Thema Zwangsräumungen, mit wechselhaftem Erfolg.

2. Der große Ausverkauf – Privatisierung als Kommerzialisierung

Die Kürzungen und Privatisierungen der öffentlichen Dienstleistungen, in deren Folge die Bibliothek in Barnet geschlossen wurde, sind fester Bestandteil der Agenda der liberal-konservativen Regierung unter David Cameron. In deren Zentrum steht die Annahme, dass die private Hand immer bessere Resultate erzielen kann als der Staat.[2] Dem One Barnet Programme zufolge soll die Auslagerung der Dienstleistungen für die Bürger_innen eine Qualitätssteigerung mit sich bringen (The Barnet Council 2010). An solchen Privatisierungsvorhaben kritisiert hingegen Colin Crouch (2008: 129) mit Bezug auf den Arbeitsrechtsexperten Mark Freedland, dass durch die Auslagerung von öffentlichen Diensten an private Firmen eine trianguläre Beziehung von Regierung, Bürger_innen und privaten Dienstleistern entstehe, die zu einer Verantwortungsdiffusion führe.

Dramatisch sind solche Probleme aufgrund des Umfangs der Reformen. Im Wahlkampf des Jahres 2010, den die Konservativen gewannen, hatte der Begriff der ‚big society‘ eine wesentliche Rolle gespielt. Unmittelbar nach ihrem Amtsantritt begann die konservativ-liberale Regierung mit ihrem Vorhaben, den ‚großen Staat‘ abzubauen. Die umfassende Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen sollte durch eine aktivierte Bürgergesellschaft aufgefangen werden.

„Durch den Versuch, Alternativen zum Staat zu finden, damit er in dem Maße ‚schrumpfen‘ kann, wie es die Neoliberalen fordern, steigen die Ansprüche an karitative Organisationen und ehrenamtliche Helfer. [...] Dies [...] zeigt sich [...] vor allem am ‚Big Society‘-Programm der rechtsliberalen britischen Koalition, die alle möglichen gesellschaftlichen Gruppen aufruft, mögliche Aufgaben, bei denen sie den öffentlichen Dienst einst unterstützten, nunmehr komplett zu übernehmen.“ (Crouch 2011: 232)

Im Fall des One Barnet Programme ging es um die Privatisierung von 70 Prozent der kommunalen Dienstleistungen (Blunden 2012). Ob den Anwohner_innen diese Dimension klar gewesen ist, lässt sich nur schwer sagen. Eine Occupy-Aktivistin äußerte die Einschätzung, dass die Menschen im Stadtteil vor allem ihre Bibliothek sehen, aber nur wenige die größeren Zusammenhänge der Privatisierung erkennen, sodass dies quasi hinter ihrem Rücken durchgeführt werden kann. Der Erfolg des Engagements der Occupy-Aktivist_innen hing somit auch davon ab, inwieweit es ihnen gelingen sollte, den größeren Kontext der kommunalen Kürzungspolitik aufzuzeigen.

Nach der öffentlichen Bekanntgabe der Besetzung bemühten sich die Besetzer_innen um eine Vernetzung mit den lokalen Aktivist_innen, die sich bereits im Frühjahr für den Erhalt der Bibliothek engagiert hatten. Gemeinsam mit diesen und den Anwohner_innen gelang es ihnen, den Bibliotheksbetrieb wieder aufzunehmen. Eine offensive Öffentlichkeitsarbeit führte zu einer regen Berichterstattung. Zu den Alltagsaufgaben gehörte die

Begrüßung und Begleitung von Bibliotheksbesucher_innen, die Annahme von Bücherspenden, das Einsortieren der Bücher, die Reinigung des Gebäudes und der umliegenden Flächen, die Vorstellung des Projekts in der Nachbarschaft, die Planung und Durchführung von Veranstaltungen sowie von Beratungsgesprächen, die Reparatur des kaputten Dachs und die Instandhaltung der Computer und Elektronik. Die Aktivist_innen richteten Facebook-Seiten und Twitter-Accounts ein und schrieben Berichte, um die Bewegungsöffentlichkeit auf dem Laufenden zu halten.

Ingesamt haben die Anwohner_innen über 8.000 Bücher für die Bibliothek gespendet. Bei den meisten Titeln handelte es sich um Unterhaltungsliteratur. Explizit politische Schriften finden sich vor allem in Form zahlreicher Flyer, Zeitungen und Plakate der verschiedenen NGOs, lokalen Initiativen oder Bündnisse gegen Sozialkürzungen. Die Bücher der Bibliothek waren also nicht durch ihre Themen ein Vehikel zur Agitation der Nachbarschaft. Die Politisierung der Anwohner_innen fand vielmehr durch die Partizipation an den lokalen Kämpfen zum Erhalt der Bibliothek statt. Wichtig für die weitere Politisierung waren der Transfer praktischer Bewegungserfahrungen sowie vielfältige Prozesse der Vernetzung und Solidarisierung. Menschen kamen miteinander in Kontakt, die sich ansonsten nie kennen gelernt hätten. Die besetzte Bibliothek stiftete Raum für neue Begegnungen. Die Nachbarschaft konnte sich ein eigenes Bild von der Occupy-Bewegung machen, ohne den Filter der Medien.

Nach Auskunft einer der Aktivist_innen entspricht dies der aktuellen strategischen Ausrichtung von Occupy London. Die Bewegung konzentriert sich auf die Unterstützung von lokalen Initiativen und im zweiten Schritt auf eine bessere Vernetzung untereinander, sodass im Falle einer drohenden Räumung von besetzten Gebäuden und Projekten auch andere Initiativen mit Solidaritätsaktionen einspringen können. Wichtig ist ihnen dabei, dass die lokalen Gruppen und Initiativen in der Nachbarschaft gut verankert sind und sich quer zu klassischen politischen Zuordnungen positionieren, was z.B. die Gefahr einer Kooptierung vonseiten der Parteien mindert. Solche Initiativen sollen den Anwohner_innen die Chance bieten, mehr zu tun, als nur im konventionellen Sinne – etwa durch die Teilnahme an Wahlen – an Politik zu partizipieren. Die Occupy-Bewegung setzt damit ihren Anspruch um, möglichst vielen Menschen den Zugang zu anderen Formen des politischen Handelns, abseits der parlamentarischen Demokratie, zu eröffnen. Aus ihrer Sicht verschaffte die Beteiligung an der Besetzung und Wiedereröffnung der Bibliothek vielen Anwohner_innen ganz neue Erfahrungen, z.B. die, dass es keinen Widerspruch zwischen den politischen Zielen und den eingesetzten Mitteln geben muss. Der weit verbreiteten Entfremdung – angesichts einer Regierungspolitik, die gleichzeitig Kürzungen durchpeitscht und sich einer ‚big-society‘-Rhetorik bedient – wollten die Besetzer_innen etwas anders entgegensetzen, nämlich die Einsicht, dass das eigene Engagement sinnvoll und erfolgreich sein kann.

Die Bibliothek und die damit verbundenen Aktivitäten bildeten vordergründig das neue Zentrum von Occupy London. Sie eröffneten ein neues ‚Gelegenheitsfenster‘ für eine kollektive Praxis als Bewegung und gewährten einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Aktivist_innen eine Unterkunft. Allerdings war die Lage eher prekär, was die Frage aufwarf, warum die

geschrumpfte und in der Presse bereits für tot erklärte Occupy-Bewegung annahm, in Barnet erfolgreich zugunsten der lokalen Bevölkerung intervenieren zu können. Die Londoner Occupy-Bewegung hatte zu ihren besten Zeiten, als sie zentrale Plätze in der City of London besetzt hielt, Tausende Menschen umfasst. Auch nach den Räumungen dieser Plätze war die Bewegung immer noch ein wichtiger Informationsknotenpunkt und -multiplikator. Einerseits hatte sie eigene Kanäle der Graswurzel-Berichterstattung geschaffen, die immer noch genutzt werden, darunter eine eigene Homepage, auf der Aktivist_innen Diskussionen führen sowie Artikel und Beiträge einstellen können, das Occupy News Network, eine an das Prinzip von Indymedia angelehnte Internetseite mit Fokus auf die Aufstände und Protestbewegungen von 2011, und die Protestzeitung The Occupied Times of London. Des Weiteren benutzte die Bewegung sehr erfolgreich soziale Netzwerke zum Verbreiten von Nachrichten und auch von eigenen Inhalten. Besondere Bedeutung hatte der Livestreamdienst www.bambuser.com, mit dem viele der Protestaktionen, aber auch gewöhnliche Aktivist_innen-Treffen live ins Internet übertragen wurden. Unter den Occupy-Aktivist_innen waren auch immer Ansprechpartner_innen für die Medien zu finden. Die daraus resultierende große Bekanntheit der Bewegung wirkte im Herbst 2012 immer noch nach. Occupy funktionierte weiterhin als eine Art buzzword, dementsprechend hatte auch die Schlagzeile „Occupy-AktivistInnen besetzen Bibliothek“ immer noch einen Nachrichtenwert. Selbst internationale Journalist_innen interessierten sich für die Besetzung der Friern Barnet Library in Nord-London.

3. Politik, Polizei und Occupy – Jacques Rancière und die Praxis demokratischer Kämpfe

Die Schließung der Gemeindebibliothek im Rahmen des One Barnet Programme stellt ein Paradebeispiel für eine postpolitische bzw. postdemokratische Politik dar. Dabei ist es wichtig, sich die gewandelten Lebensrealitäten zu vergegenwärtigen, mit denen viele der Bewohner_innen angesichts der anhaltenden Hegemonie des Neoliberalismus zu kämpfen haben. Dass es ausgerechnet in einem politisch konservativen Bezirk mit einer starken gehobenen Mittelschicht gelang, einen klaren Dissens zu neoliberalen Strategien wie der Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen zu vertreten, liefert über den konkreten Fall hinaus Hinweise für eine emanzipatorische Perspektive in der postdemokratischen Stadt. Neben den konkreten Handlungs- und Aktionsformen erscheint insbesondere eine ästhetische Komponente des Kampfes interessant, der im Folgenden mit Hilfe des französischen Post-Marxisten Jacques Rancière nachgegangen werden soll.

Zunächst ist es jedoch notwendig, kurz die für das besondere Demokratieverständnis des Autors zentrale Differenz zwischen den Begriffen der Politik und der Polizei zu erläutern. Mit Polizei bezeichnet Rancière weniger die Gesamtheit der Repressionsbehörden und auch nicht den Staat im engeren Sinne. Die Polizei ist für ihn viel weiter gefasst eine Ordnung des Sichtbaren und des Sagbaren (Rancière 2002: 41). Politik ist demgegenüber die Unterbrechung dieser Ordnung des Sichtbaren und Sagbaren. „Der

Unterschied wird zwischen einem jeweils bestehenden System selbstregulierender Prozesse und einem sie durchbrechenden Ereignis gezogen, das sie in Frage stellt“ (Bedorf 2010: 25). Demokratie ist daher nach Rancière auch keine Herrschaftsform oder gesellschaftliche Lebensweise.

„Sie ist die Einsetzung der Politik selbst, das System der Formen der Subjektivierungen, durch welche jede Verteilung der Körper nach Funktionen, die ihrer Natur entspricht, und nach den Plätzen die ihren Funktionen entsprechen, in Frage gestellt, auf ihre Kontingenz verwiesen wird.“ (Rancière 2002: 111)

Demokratie ist also das, was den normalen, durch Gesetze geregelten Ablauf in den Institutionen unterbricht, die üblicherweise in der Politikwissenschaft als das politische System bezeichnet werden, bei Rancière aber mit dem Namen Polizei versehen ist. Die Polizei ist eine Ordnung des Sichtbaren und des Sagbaren, die dafür zuständig ist, dass den Körpern, die sie ordnet durch ihre Namen ein bestimmter Platz und eine bestimmte Aufgabe zugewiesen ist. (Rancière 2002: 41) Der Polizei liegt Rancière zufolge eine Aufteilung des Sinnlichen zugrunde, die in einer Aufzählung der vorhandenen Teile und einer Beschreibung ihrer Ordnung besteht. „Die Aufteilung des Sinnlichen legt dadurch fest, was Teil jener Wirklichkeit ist, die sich als ‚natürliche‘ Ordnung präsentiert, und was keine Berechtigung innerhalb dieser Erfahrungswelt hat.“ (Mörtenböck/Mooshammer 2012: 116). Politik unterbricht diese Ordnung, indem sie aufzeigt, wer aus dieser ausgeschlossen ist. „Gerade der so oft geäußerte Vorwurf an die Occupy-Bewegung, keine bedeutsamen Forderungen zu haben oder aber Unmögliches zu fordern, macht deutlich, wie eng dieser Rahmen ist, in dem eine Forderung als real gilt“ (ebd.).

Wie findet nun eine solche Unterbrechung der Polizei statt? Politik, schreibt Rancière, ist eine Sache der Subjekte oder vielmehr der Subjektivierungsweisen.

„Unter *Subjektivierungsweisen* [Hervorheb.i.O.] wird man eine Reihe von Handlungen verstehen, die eine Instanz und eine Fähigkeit zur Aussage erzeugen, die nicht im gegebenen Erfahrungsfeld identifizierbar waren, deren Identifizierung also mit einer Neuordnung des Erfahrungsfeldes einhergeht.“ (Rancière 2002: 47)

Der Begriff der Subjektivierung meint hier also das In-Erscheinung-treten einer Äußerung, die ein Ausgeschlossensein eines Teils der Gesellschaft offenlegt und damit einhergehend einen Dissens artikuliert. Es geht darum, die Art und Weise, wie die Ordnung der Dinge bzw. das politische System funktionieren, durch das Auftreten einer Unterbrechung, die die Ungerechtigkeit eines Ausschlusses thematisiert, in einem neuen Licht erscheinen zu lassen. Denn die politische Tätigkeit ist für Rancière jene, „die einen Körper von dem Ort entfernt, der ihm zugeordnet war oder die die Bestimmung eines Ortes ändert; sie lässt sehen, was keinen Ort hatte, gesehen zu werden, lässt eine Rede hören, die nur als Lärm gehört wurde“ (Rancière 2002: 41). Tatsächlich wurde an der Occupy-Bewegung nicht nur eine fehlende inhaltliche Klarheit kritisiert. Der Bürgermeister von London beschimpfte die Aktivist_innen im November 2011 zudem als

„hemp-smoking, fornicating hippies“ (Kingsley 2011). Dies ist sicherlich ein drastisches Beispiel, es zeigt allerdings beispielhaft das Unvernehmen, das zwischen der Sicht des konservativen Bürgermeisters auf die Politik und den Äußerungen der protestierenden Aktivist_innen besteht. Die Intervention oder der Bruch im Sinne Rancières liegt in der Offenlegung dieses Umstandes. Der Protest zeigt auf, wer keinen legitimen Platz im System hat - wer zum Anteil gehört, der keinen Anteil hat - und fordert eine Neuverteilung der Plätze ein.

Der Blick auf die Politik der Occupy-Bewegung darf dabei nicht auf explizit getätigte Aussagen und erhobene Forderungen beschränkt werden. Der theoretische Zugang Rancières ermöglicht es, die gesamte Praxis als eine ästhetische Strategie der Intervention in das bestehende politische System zu verstehen, die offenlegt, dass es Menschen gibt, die aus diesem ausgeschlossen sind. Peter Mörtenböck und Helge Mooshammer schreiben in diesem Sinne, dass die „mit den Occupy-Bewegungen im Zusammenhang stehenden Ästhetiken [sich] nicht lediglich in ihrer zweckgerichteten Form als visuelle Repräsentation des Protestes sehen [lassen], sondern als global verteilte Intervention in den Bereich der Erfahrbarkeit, als Demonstration der Pluralität wirklicher Welten“ (Mörtenböck/Mooshammer 2012: 116). Wird die Occupy-Bewegung aus diesem Blickwinkel heraus interpretiert, lässt sich mit den Worten von Rancière behaupten, die Aktivist_innen haben im Jahre 2011 mit ihrem Slogan „We are the 99%“ eine Trennung des Demos von sich selbst vorgenommen und einen ‚Anteil der Anteillosen‘ eingerichtet, der auf eine Neuzählung und Neuverteilung der Anteile der Gesellschaft pochte. Eine solche Artikulation der Ungerechtigkeit der neoliberalen Regierungspolitik findet sich auch in der lokalen Auseinandersetzung um die Friern Barnet Library im Herbst 2012. Der Kampf der lokalen Protestinitiative wird durch die Allianz mit der Occupy-Bewegung zu mehr als nur einer institutionellen und juristischen Auseinandersetzung um die Rechtmäßigkeit eines lokalen Verwaltungsaktes.

Warum die Bewohner_innen des eher wohlhabenden Stadtteils Barnet zu einem ‚Anteil der Anteillosen‘ gehören sollten, ist erklärungsbedürftig. Denn als Mitglieder eines Gemeinwesens haben sie vermittelt über politische Wahlen Anteil an der Regierung, die sie somit über sich selbst ausüben. Die Polizei – in Rancières Sinne – besteht in diesem Falle darin, den Bürger_innen ihre Rolle zuzuweisen, wählen zu gehen und sich regieren zu lassen. Nicht vorgesehen ist allerdings, dass sich die Menschen des Stadtteils anschließend gegen die Politik des gewählten Gemeinderats wenden, die ja im Sinne der Bürger_innen ist, weil durch sie die Bürger_innen ihren Willen vertreten. Die Politik der Besetzung durchbricht diesen tautologischen Schluss. Der einzurichtende ‚Anteil der Anteillosen‘ wird dabei in Rancières Theorie nicht als eine empirisch aufzufindende gesellschaftliche Gruppe definiert (Rancière 2008: 28). Der ‚Anteil der Anteillosen‘ muss vielmehr zusätzlich zu allen empirischen Zählungen sowie Auf- und Einteilungen der Bevölkerungen konstituiert werden. Die Bewohner_innen von Barnet sind mehrheitlich auch nicht anteillos in dem Sinne, dass sie nicht stimmberechtigt wären oder aufgrund ihrer Armut von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen wären. Obwohl es für die Mittelschicht in dem Stadtteil zunehmend schwieriger wird, eigene Häuser zu erwerben und

damit dem Ideal der ‚homeownership society‘ zu entsprechen, ist gerade die gesellschaftliche Teilhabe durch Konsum nicht verstellt. Verstellt ist im Diskurs der Regierungspolitik die Behauptung der Möglichkeit einer gesellschaftlichen Alternative.

Dies ist der Punkt, an dem die subversive Politik von Occupy London ansetzen konnte. Aktivist_innen und Bürger_innen richteten sich als ‚Anteil der Anteillosen‘ ein, indem sie sich einen Raum aneigneten, der es ihnen ermöglichte, sich als engagierte Bürger_innen zu konstituieren. Sie griffen in die polizeiliche Ordnung ein, die sagte, dass es keine Bibliotheken mehr braucht, weil billige Bücher auch im Supermarkt zu haben sind. Sie richteten sich als ‚Anteil der Anteillosen‘ ein, indem sie aufzeigten, dass eine für die Nutzer_innen kostenlose Gemeindebibliothek mit geschultem und öffentlich finanziertem Personal keinen Platz mehr in der Welt des One Barnet Programme und der ‚big society‘ hat.

4. Die postdemokratische ‚big society‘

Der Kampf um die Gemeindebibliothek in Friern Barnet muss vor dem spezifischen Hintergrund einer starken postdemokratischen Tendenz betrachtet werden. Nach der Ablösung von New Labour vertrat die liberal-konservative Koalition in Großbritannien eine Regierungspolitik, die noch stärker als die der Vorgänger im Amt postdemokratisch ist. Unter den Begriffen Postpolitik und Postdemokratie werden Entwicklungen in den westlichen liberalen Repräsentativdemokratien theoretisiert, die sich grundlegend auf den Kern dessen auswirken, was unter dem Begriff der Demokratie in der Regel verstanden wird. Mit dem Ende der Blockkonfrontation traten die Demokratien in den westlichen Industrieländern in eine Zeit ein, in der ein Abschied von den großen Ideologien gefeiert wurde. Doch diese Wandlungen betrafen nicht nur ideologische [3] Auseinandersetzungen, auch in den politischen Systemen selbst kam es zu weitreichenden Veränderungen. Dazu zählt der sukzessive Bedeutungsverlust von politischen Debatten und inhaltlichen Auseinandersetzungen gegenüber sogenannten Expert_innengremien, eine umfassende Privatisierung und Kommerzialisierung des öffentlichen Sektors, eine Umdeutung der Rolle der Bürger_innen zu Kund_innen und damit einhergehend der permanente Einsatz von Methoden der Markt- und Meinungsforschung, um die aufkommenden Wünsche, Stimmungen und Meinungen der Bevölkerung frühzeitig wahrnehmen, zukünftige Entwicklungen antizipieren und mit entsprechende Angeboten darauf reagieren zu können. Im Ergebnis gerät beim Fortschreiten dieser Entwicklung ein wesentliches Element der Demokratie immer mehr in den Hintergrund: nämlich die Meinungsbildung im Zuge des Streits von verschiedenen miteinander konkurrierenden Ideen und das aktive politische Handeln der Bürger_innen. Auch weil die meisten etablierten politischen Parteien diese Entwicklung unterstützt haben, gibt es für die Bürger_innen auf der institutionellen Ebene immer weniger substanzielle Möglichkeiten der legitimen und konventionellen Partizipation an Entscheidungen und damit auch weniger Möglichkeiten, sich bestimmten Maßnahmen zu widersetzen. Hinzu kommt die Tendenz der sukzessiven Ersetzung dieser politischen Teilhabe durch die Ausweitung des privaten

Konsums. Da wo wie auf einem Markt jede möglicherweise aufkommende Nachfrage unmittelbar durch ein Angebot befriedigt werden kann, muss nichts mehr erstritten werden. [4] Der Begriff der Postdemokratie dient Rancière in diesem Sinne dazu, das Paradox zu bezeichnen, dass unter dem Namen der Demokratie die konsensuelle Praxis der Auslöschung der Formen demokratischen Handelns geltend gemacht wird.

„Die Post-Demokratie ist die Regierungspraxis und die begriffliche Legitimierung einer Demokratie *nach* dem *Demos* [Hervorheb.i.O.], einer Demokratie, die die Erscheinung, die Verrechnung und den Streit des Volkes liquidiert hat, reduzierbar also auf das alleinige Spiel der staatlichen Dispositive und der Bündelung von Energien und gesellschaftlichen Interessen.“ (Rancière 2002: 111)

An die Stelle der wiederkehrenden Artikulationen von Dissens rückt die Antizipation und Anerkennung von aufkommenden Interessen in der Bevölkerung. Die Politik der liberal-konservativen Koalition in Großbritannien ist deswegen postdemokratisch, weil sie der Praxis und dem Denken „einer restlosen Übereinstimmung zwischen den Formen des Staates und dem Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse“ (ebd.) entspricht. Denn die Regierung Cameron will mit den ‚big society‘-Programm, wie sie selbst erklärt, den Staat benutzen, um die Gesellschaft nach ihrer eigenen Visionen umzugestalten (vgl. Cameron 2009). Mit dem Begriff der Postdemokratie wird also nicht nur eine Tendenz zur detaillierten Erfassung der Gesellschaft, sondern auch eine Festlegung auf die damit einhergehende Zuschreibung einer Position kritisiert. Gezählt werden nur „die wirklichen Teile, die tatsächlichen Gruppen, die durch die Unterschiede in der Geburt bestimmt sind, die Funktionen, Plätze und Interessen, die den Gesellschaftskörper bilden, unter Ausschluss jeden Supplements“ (Rancière 2008: 29). Davon ausgeschlossen bleibt, wer Teil ohne Anteil ist. Dies zeigte sich auch in den Reaktionen des Premierministers auf die riots im August 2011. Die Proteste der Jugendlichen, die sich in den tagelangen Ausschreitungen äußerten, wurden als pure Kriminalität abgetan (vgl. hierzu den Beitrag von Dzudzek/Müller in dieser Ausgabe).

5. Are we really all in this together?

Im Folgenden werden die theoretischen Betrachtungen zur Postdemokratie auf den konkreten Fall der besetzten Gemeindebibliothek bezogen. Auch in Nord-London hat das „One Barnet Transformation Programme“, das sich positiv auf die Gesellschaftsvorstellung der Regierung Cameron bezieht, der lokalen Bevölkerung die Chance genommen, ihr Anliegen – den Erhalt der Bibliothek – zu vertreten, weil es in diesem Rahmen keinen Platz mehr hatte. Eine Mehrheit wählt im Bezirk traditionell konservativ, stand aber nun in einem gewissen Widerspruch zu ‚ihrer Partei‘, die unmittelbar nach der Wahl damit begann, ihre Ideen in die Tat umzusetzen, mit denen sie zuvor geworben hatte. Neben den Prinzipien wie Lokalismus und Transparenz sieht das Konzept der ‚big society‘ im Kern drei Punkte vor: die Förderung sozialer Unternehmen, freiwillige Gemeindegarbeit und eine Pädagogik der Vorbildwirkung. Dabei wird versucht gesellschaftliche Widersprüche

zu neutralisieren indem vor allem Formen von sozialem Engagement gefördert werden, die in marktkonformer Weise organisiert sind. Die Lösung für alle Probleme ist in dieser Politik immer schon gesetzt, es ist der Markt. Ein Beispiel für diesen postdemokratischen Einfluss auf die Politik, liefert die Technik des ‚Schubsens‘, die in der ‚big society‘-Rede Camerons angesprochen wurde. In dieser fließen Ansätze der Sozialwissenschaften, der Unternehmenspsychologie und der Marktforschung zusammen. Dieses Verfahren des ‚Schubsens‘ basiert Colin Crouch zufolge darauf, Bürger_innen zu einem erwünschten Verhalten zu bewegen, ohne explizite Gesetze oder Verordnungen verabschieden zu müssen. „Das Konzept beruht auf der Idee, Bürger bzw. Konsumenten zu verleiten, bestimmte Dinge zu tun, ohne dass sie dessen gewahr werden – was nichts anderes heißt, als sich ihren Mangel an Wissen oder Information zunutze zu machen“ (Crouch 2011: 238). Doch es bleibt nicht nur bei einer Orientierung an der zeitgenössischen Unternehmenskultur. Das ‚big society‘-Konzept sieht vor, Sozialprogramme und Dienste, die vormals Aufgabe des öffentlichen Sektors waren, auszu-schreiben und an private Firmen zu vergeben. Diese Motive finden sich auch im One Barnet Programme wieder, wo sich explizit auf die ‚big society‘ bezogen wird (vgl. The Barnet Council 2010). Die Bibliotheksschließung lag also ganz und gar auf Linie der liberal-konservativen Regierungspolitik. Den Bürger_innen war unter diesen Bedingungen nichts geblieben, als die Schließung ihrer Bibliothek hinzunehmen.

Mit der Besetzung und der Wiederaufnahme des Widerstandes musste daher versucht werden, auf verschiedenen Ebenen die Rahmenbedingungen der Auseinandersetzung zu verschieben. Typisch für die Occupy-Bewegung ist, dass sie konventionelle politische Formen der Lobbyarbeit und juristische Auseinandersetzung mit direkten Aktionen verknüpft. Die Besetzung der Friern Barnet Library war eine Möglichkeit, der Vorstellung der liberal-konservativen Regierung von einer ‚big society‘ eigene Visionen von Gemeinwesen, Zusammenhalt und Solidarität entgegenzusetzen. Die Praxis der Besetzer_innen und Anwohner_innen bestand darin, der zentralen Forderung von Premier David Cameron und auch des konservativen Gemeinderats von Barnet nach einer stärkeren Verantwortung der Community in einer Weise nachzukommen, die nicht vorgesehen und auch nicht erwünscht war. Die Lobrede auf Freiwilligendienste und eine aktive Gemeindegarbeit, die – so der berechtigte Vorwurf – lediglich der Legitimierung der staatlichen Kürzungspolitik dienen, wurde durch aktives politisches Handeln der Anwohner_innen herausgefordert. Der Reiz dieser Strategie bestand also darin, es nicht dabei zu belassen, der Regierung eine Verschleierungstaktik und eine Täuschung der Bürger_innen vorzuwerfen, sondern eine Veränderung im Raum vorzunehmen, die das kritisierte Unrecht sinnlich erfahrbar machte.

Es ging in der Friern-Barnet-Library-Kampagne in zwei verschiedenen Weisen um Legitimität. In der ersten Phase versuchten lokale Aktivist_innen gegen eine Entscheidung von gewählten Politiker_innen und die Praxis der rechtmäßigen Verwaltung zu protestieren. Sie hatten dabei keine wirkliche Chance. Die konservative Regierung war über ein allgemein akzeptiertes Verfahren an die Macht gelangt, die Verwaltung arbeitete bei der Privatisierung der kommunalen Dienstleistungen im Rahmen geltender

Gesetze. Die Frage der Legitimität schien eindeutig. Am Ende griffen die Bürger_innen zum ersten Mal zu einem Instrument des zivilen Ungehorsams und besetzten für kurze Zeit die Bibliothek. Und obwohl sie mit dieser Taktik vorerst scheiterten, wurde hiermit die Frage der Legitimität in einer neuen Weise gestellt. Dies wiederholte sich, als die Occupy-Aktivist_innen die Proteste neu in Bewegung brachten. Nun wurde polemisch [5] ein Community-Aktivismus gegen die konservative Austeritätspolitik in Stellung gebracht. Der Protest wurde in der Außenkommunikation in Begriffen beschrieben, die formal völlig dem zu entsprechen schienen, was Cameron in seiner Wahlkampfvision als Idealbild entworfen hatte. Die Besetzer_innen und Unterstützer_innen inszenierten sich selbst als aktiven Teil einer von der Regierung viel gepriesenen ‚Bürgergesellschaft‘, die Verantwortung übernimmt und füreinander sorgt. Damit provozierten sie politische und juristische Auseinandersetzungen, in der Lobreden auf die ‚big society‘ unmittelbar mit den Folgen der Einsparung und Privatisierung kommunaler Dienstleistungen konfrontiert wurden. In dem Moment, als die Gerichte und die Polizei darauf vorbereitet wurden, die Besetzung zu beenden, hatten die Besetzer_innen und die Bürger_innen die Diskussion um die Frage der Legitimität der Ratsentscheidung völlig umgedreht (vgl. Patel 2012).

In diesem Sinne geht es bei der Besetzung der Friern Barnet Library durch die Occupy-Bewegung und den damit verbundenen Aktivitäten nicht mehr nur um den Erhalt einer am Gemeinwohl orientierten kommunalen Einrichtung, sondern um die polemische Subjektivierung einer kritischen Zivilgesellschaft, die offenlegt, dass die Interessen der Anwohner_innen in der offiziellen Politik nichts zählen. Mit der Privatisierung kommunaler Dienstleistungen und damit vormals öffentlicher Räume werden diese zwar zu Kund_innen umgedeutet. In der Realität verhält es sich jedoch so, dass die allgemeine Verfügbarkeit von Dienstleistungen nicht verbessert wird, sondern abnimmt. Während bestimmte Behördendienste, die beispielsweise mit dem Ausfüllen von Formularen verbunden sind, durch Internetplattformen ersetzt werden können, hinterlässt eine aufgrund von mangelnder ökonomischer Effizienz geschlossene Gemeindebibliothek eine erhebliche Lücke vor allem für solche Menschen, die es sich schlicht nicht (mehr) leisten können, Bücher käuflich zu erwerben.

Mit der Einführung von Marktprinzipien für kommunale Infrastrukturen und Dienste der Daseinsfürsorge wird das formale Gleichheitsprinzip verletzt, da der Zugang nun nach den individuellen ökonomischen Ressourcen geregelt ist und einkommensschwache Gruppen zunehmend ausschließt. Wo eine mangelnde Umsetzung des Gleichheitsprinzips im Bereich der öffentlichen Verwaltung im Rahmen institutioneller Beschwerdeverfahren einklagbar sein kann, führt die Ungleichheit auf dem freien Marktes dazu, dass weniger kaufkräftige Kund_innen ein bestimmtes Produkt – in diesem Falle eine Dienstleistung – einfach nicht (mehr) kaufen können. Die vorherrschende Privatisierungspolitik entspricht also nicht nur einer „Herrschaft des Gesetzes zur Reichtumssteigerung“ (Rancière 2011: 70), sie schwächt auch die institutionalisierten Möglichkeiten, gegen die Durchsetzung gesellschaftlicher Ungleichheit vorzugehen.

Daher war es bei dem Kampf um die geschlossene Gemeindebibliothek in Nord-London so wichtig, den öffentlichen Charakter dieses Ortes

besonders herauszustellen, der dem Gemeinderat und seinem von der Ideologie der ‚big society‘ durchdrungenen Umstrukturierungsprogramm zufolge ein privater Raum sein soll (vgl. Rancière 2011: 69). Dies bedeutet allerdings nicht, die Auseinandersetzung lediglich auf einen Kampf über das richtige Verhältnis von öffentlich und privat zu reduzieren. Vielmehr geht es um „einen Kampf um die Anerkennung derer, die das staatliche Gesetz ins private Leben der minderen Wesen verwiesen hat, als Gleiche und politische Subjekte; und sodann [um] den Kampf um die Anerkennung bestimmter Raumtypen und Beziehungen, die der Verschwiegenheit der Macht des Reichtums überlassen waren, als öffentliche“ (ebd.: 68). Die Besetzung der Friern Barnet Library konnte mehr als ein Fall normaler Interessensaushandlung zwischen Bürger_innen, Politik und Justiz sein, weil die Occupy-Bewegung mit ihren 99% eine Trennung des Ganzen von sich selbst vorgenommen hat und auf die Zählung eines Teils ohne Anteil drängte. (vgl. Rancière 2002: 41)

Die Bevölkerung ist in Bezug auf die Zukunft der Friern Barnet Library vom Gemeinderat eindeutig übergegangen worden. Die große Betroffenheit und Wut über die lokalen Politiker_innen und Behörden, die die Schließung als unausweichlich darstellten, eröffnete ein window of opportunity für soziale Bewegungen, in einem fürs sie eher untypischen Feld aktiv zu werden. Mit ihrem Ansatz der direkten Aktion, mit der sich die Occupy-Bewegung zumindest in entscheidenden Teilen der Logik der verantwortlichen Verwaltung widersetzte, schufen sie Anknüpfungspunkte nicht nur für lokale Aktivist_innen, sondern auch für andere Teile der Bewohner_innenschaft. So kam es dazu, dass in einem politisch eher konservativen Bezirk mit einer großen wohlhabenden Mittelschicht ein Dissens zu neo-liberaler Kürzungspolitik und zu der Kommerzialisierung öffentlicher Dienstleistungen vertreten werden konnte.

6. Schwierigkeiten und Herausforderungen in der Praxis der Besetzung

Es lassen sich, basierend auf den vorangestellten theoretischen Überlegungen und den praktischen empirischen Erfahrungen, drei praktische Herausforderungen der Kampagne zum Erhalt der Bibliothek benennen, die auch über die konkrete Fallstudie hinaus von Bedeutung sind: Erstens gab es rechtliche Probleme zu beachten, zweitens mussten sich die Besetzer_innen intensiv um die Akzeptanz in der unmittelbaren Nachbarschaft bemühen und drittens drohte immer wieder die Gefahr einer Kooptierung des Protests. In juristischer Hinsicht befand man sich in einer Art Grauzone. Die Art und Weise, wie die Besetzung durchgeführt wurde, verstieß nicht direkt gegen bestehende Gesetze, sie war aber auch nicht explizit erlaubt. Im Gegenteil, der Bezirk als Eigentümer des Gebäudes, sah andere Pläne für die Nutzung vor. Hier stießen die Besetzer_innen, die wie die Occupy-Bewegung insgesamt vor allem auf die Macht von direkten Aktionen setzen, auf eine gewisse Schwierigkeit. Auf der einen Seite bieten direkte Aktionen vielfältige Möglichkeiten der Beteiligung. Gerade das Operieren außerhalb eines institutionellen Rahmens eröffnete in Barnet die Chance, den Widerstand gegen die Schließung der Bibliothek wieder aufzunehmen. Zum anderen mussten

die Besetzer_innen genau darauf achten, den geltenden rechtlichen Rahmen nicht zu weit zu überschreiten. Zum einen wollte man keinen simplen Vorwand für eine polizeiliche Räumung liefern, zum anderen erhoffte man, im Zuge eines Gerichtsverfahrens eine Einigung mit dem Gemeinderat über eine zukünftige Lizenz für den Bibliotheksbetrieb zu erzielen.

Darüber hinaus gab es die Herausforderung, dem eigenen Handeln in den Augen der Anwohner_innen Legitimität zu verleihen. Die Besetzung musste gemeinsam organisiert werden. Dazu mussten zunächst lebensweltliche Gräben zwischen Hausbesetzer_innen und Vorortbewohner_innen überbrückt werden. Für den Erfolg der Besetzung als politisches Projekt war es wichtig, dass die Besetzung in der Nachbarschaft als gerechtfertigte politische Handlung wahrgenommen wird. Bei den teilnehmenden Beobachtungen fiel auf, dass sich die Occupy-Aktivist_innen für bestimmte Gespräche in den nichtöffentlichen Teil der Bibliothek zurückzogen. Diese Trennung von öffentlich und nichtöffentlich machte sich an der ursprünglichen Raumstruktur des Bibliotheksgebäudes fest. Öffentlich war jener Bereich, in dem schon immer die Bücher in den Regalen lagerten, gelesen und ausgeliehen wurden. Nichtöffentlich waren zwei durch eine Tür hinter der Theke betretbare Wirtschaftsräume. Die Nutzung der Raumstruktur war durch die funktionale Koppelung der Besetzung an das politische Projekt Bibliotheksöffnung gebunden. Die Besetzer schliefen, aßen, lasen und lebten zwar in dem Gebäude, sie wohnten aber nicht dort.

Eine weitere Herausforderung beim Kampf um den Erhalt der Bibliothek stellte die Gefahr einer kommunitaristischen Vereinnahmung dar, der insbesondere den kritischen Charakter des bürgerschaftlichen Engagements neutralisiert hätte. Um Erfolg zu haben, musste die Kampagne der Besetzer_innen und Bewohner_innen auf verschiedenen Ebenen wirksam werden. Neben der direkten Aktion der Besetzung musste auch ein Freiwilligendienst organisiert werden. Das heißt, der Bibliotheksservice wurde anteilig von den Occupy-Aktivist_innen und Anwohner_innen übernommen. Ziel der Kampagne war es aber von Anfang an, auch eine vom Bezirk bezahlte Bibliotheksstelle zu erkämpfen, um nicht einfach eine öffentliche Dienstleistung durch ein freiwilliges und unbezahltes privates Engagement zu ersetzen. Nach langem Kampf wurden letztlich der Erhalt einer Lizenz erstritten, die eine Nutzung der Bibliothek in den nächsten zwei Jahren sichert, sowie die Zusage des Gemeinderats, die geforderte Stelle zu finanzieren.[6]

7. Theoretische Probleme des Politische bzw. der Demokratie bei Rancière

Im Folgenden soll auf einige Probleme eingegangen werden, die die Theorie von Rancière, sowie deren Anwendung auf den Fall der Friern Barnet Library betreffen. Oliver Marchart hat auf eine in der Theorie angelegte begriffliche Engführung von Demokratie und Politik hingewiesen. Er wirft Jacques Rancière einen emanzipatorischen Apriorismus vor, der empirisch nicht überzeugt, „sondern letztlich nur axiomatisch [...] behauptet werden kann, so unplausibel er angesichts der politischen Realität auch erscheinen mag“ (Marchart 2010: 183). Marchart schlussfolgert, dass für Rancière Politik

immer (!) eine Politik der Gleichheit und damit emanzipatorische Politik ist – oder eben gar keine Politik ist. Er verweist, darauf, dass bereits Ernesto Laclau in seinem Werk *On Populist Reason* gegenüber Rancière eingewandt hat, dass das Volk als historischer Akteur nicht immer nur automatisch um eine progressive Identität herum konstruiert werden kann (Laclau 2005:246.). Es besteht beispielsweise auch die Möglichkeit, in einer faschistischen Weise einen Antagonismus im Namen des ‚Anteils der Anteillosen‘ zu artikulieren. Rancière beschreibt also den Prozess einer politischen Subjektivierung durch einen Streit, unterschätzt aber, dass dieser Vorgang auch reaktionäre Momente und Forderungen stärken kann.

Ein weiterer Einwand, der mit dem Vorwurf des emanzipatorischen Apriorismus verknüpft ist, besteht darin, dass Demokratie/Politik nur als eine kurze punktuelle Unterbrechung der Polizei gedacht wird. Rancière schreibt: „Es gibt Politik, wenn die als natürlich vorausgesetzte Logik der Herrschaft durchkreuzt wird. Das bedeutet, dass es nicht immer Politik gibt. Es gibt sie sogar wenig und selten“ (2002: 29). So verlockend es sein mag, diese Theorie auf die Subjektivierung der 99% als Anteil der Anteillosen anzuwenden, entgeht einer allzu wörtlichen Übertragung der Rancière’schen Definition der Demokratie doch, dass für die Occupy-Bewegung nicht nur eine Präsenz im öffentlichen, von ihr wieder politisierten Raum von entscheidender Wichtigkeit war, sondern auch die Dauerhaftigkeit ihrer Proteste. Occupy ist nicht nur ein symbolisch aufgeladener Slogan oder ein zur Aufrechnung eines Unvernehmens geeignetes Bild. Die Besetzung eines Platzes ist darüber hinaus auch ein Prozess und zwar ein in Raum und Zeit erstreckter Prozess.

Rancières Theorie hilft zu verstehen, wie und wann demokratische Politik mehr sein kann als die innerhalb eines vorgegebenen institutionellen Rahmens stattfindende Aushandlung von Interessen durch anerkannte sowie ins politische System fest integrierte Akteur_innen. Ein solches demokratisches politisches Handeln kann es allerdings weitaus häufiger geben, als Rancière dies theoretisch postuliert. Occupy lässt sich nicht nur als ereignishaft auftretender ‚Anteil der Anteillosen‘, sondern auch als Prozess interpretieren, bei dem es um den langwierigen Aufbau einer kritischen Gegenöffentlichkeit und -kollektivität geht. Dies zeigt sich vor allem, wenn auch die Aktivitäten der Bewegung nach dem Ende der großen Platzbesetzungen betrachtet werden, darunter die Kampagne rund um die Friern Barnet Libary in Nord-London. Die Bibliotheksbesetzung fand zu einem Zeitpunkt statt, als die Politik bereits Strategien entwickelt hatte, um Massenaktionen im öffentlichen Raum einfacher unterdrücken und kriminalisieren zu können. So sorgten geänderte Sicherheits- und Ordnungsgesetzen dafür, dass Platzbesetzungen nicht mehr in einer rechtlichen Grauzone stattfinden, sondern eindeutig illegal sind. Damit verschwand die Occupy-Bewegung allerdings nicht – weder in den USA noch in London. Die Bewegungen standen allerdings vor der Herausforderung, ihre Praxen an die neue Situation anzupassen.

Die Aktivitäten der Occupy-Bewegung waren von Anfang an auf eine gewisse Dauer hin angelegt. Zum einen brachte die Besetzung von und das Campen auf öffentlichen Plätzen symbolisch sehr deutliche eine Differenz zum Ausdruck, weil die Kontrastierung der von Macht strotzenden Glas- und

Stahlbauten großer Konzerne mit den ärmlich wirkenden Zeltstädten besonders sinnfällig die Spaltung der Gesellschaft vor Augen führt. Zum anderen gab es aber von Beginn an rund um die Zeltstädte in London noch weitere Besetzungen von leerstehenden Räumen, um diese für Bildungs- und Stadtteilaktivitäten zu nutzen. Dies zeigt eine zusätzliche Komponente von Occupy London, die daran besteht, neue Beziehungen zwischen Gruppen und Menschen zu schaffen, die sich zuvor oft völlig unbekannt waren. Diese langwierige Aufbau- und Organisationsarbeit ist mit einer Theorie wie der von Jacques Rancière nicht ohne Weiteres einzufangen. Diesen Aspekt außer Acht zu lassen, könnte aber bedeuten, sich den Blick auf strategische Optionen für linke Politik in der postpolitischen Stadt zu verbauen.

Obwohl Forderungen wie die nach einer Kontrolle der Banken, der Einführung einer Transaktionssteuer oder dem Erhalt des staatlichen Gesundheitsdienstes sich zwar nicht direkt an eine bestimmte Partei wenden, sind es eindeutig Forderungen, derer sich eine Regierungspartei annehmen könnte. Nicht alle Äußerungen, die im Rahmen der Proteste der Occupy-Bewegung getätigt wurden, standen also in einem radikalen Widerspruch zum bestehenden politischen System. Die alltägliche Praxis der Occupy-Bewegung – das fürsorgliche Miteinander, die Selbstorganisation von Essen und Sicherheit im Camp, die politische Bildungsarbeit und nicht zuletzt die Aushandlung von Entscheidungen in den Vollversammlungen – wirft die Frage auf, ob hier nicht ein Verständnis von politischem Handeln vorherrscht, das den Staat zwar kritisiert, aber keine Anstalten macht, ihn zu verbessern oder die Macht zu erringen. Eine Gefahr könnte dabei für die Protestierenden darin bestehen, die Frage nach den Gelingensbedingungen der Subjektivierung konsequent auszusparen und die Frage von Strategie und Taktik zum Gelingen des eigenen Projektes nicht zu stellen (vgl. Kastner 2012: 62). Über dieses Problem lässt sich theoretisch trefflich streiten. In der hier untersuchten Praxis von Occupy London nach der Räumung der symbolisch wichtigen Platzbesetzungen zeigt sich, dass sehr wohl eine Abwägung von Strategie und Taktik stattfand, die auch klare Kriterien für den Erfolg des eigenen politischen Handelns formulierte. Als notwendig erachtet wurde eine Umorientierung: weg von der sehr breiten und vielstimmigen, aber auch eher abstrakten Kritik an der Austeritätspolitik der Regierung und anderen Auswüchsen des Neoliberalismus mithilfe von großen und öffentlichkeitswirksamen Platzbesetzungen hin zu lokal eingrenz- baren Aktionsfeldern, Kämpfen und konkreten Projekten, verbunden mit einer Strategieplanung, wie diese politisch durchzusetzen und zu gewinnen sind, ohne die Bezugnahme auf die ‚großen Themen‘ wie krisenhafter Kapitalismus und neoliberale Postpolitik aufzugeben.

8. Das In-Erscheinung-treten des kollektiven Raumes

Das Unterfangen, die Theorie der Postpolitik bzw. Postdemokratie als eine Art Deutungsfolie für die Analyse einer konkreten lokalen Praxis zu nutzen, ist mit einigen Fallstricken verbunden. Solche Theorien werden politische Handeln in den seltensten Fällen im gleichen Maße anleiten können, wie dies in einem naturwissenschaftlichen Experiment möglich ist. Bei der Untersuchung von konkreten politischen Handlungen und Praxen wird

man also immer auch auf Aspekte stoßen, die nicht zur theoretischen Folie passen. Trotzdem hat es sich als aufschlussreich erwiesen, die Kampagne der Occupy-Aktivist_innen in Barnet mithilfe von Rancière zu durchdenken. Der Beitrag seines theoretischen Ansatzes zum besseren Verständnis lokaler Kämpfe besteht in der Erklärung, wie eine Situation politisiert werden kann. Dies ist der Fall, wenn ein spezifischer Kampf, „wenn die partikulare Forderung beginnt, als eine metaphorische Verdichtung des umfassenden Widerstandes gegen die da oben, gegen die, die an der Macht sind, zu funktionieren, so dass der Protest in Wirklichkeit nicht länger allein von dieser speziellen Sachfrage handelt, sondern von der allgemeinen Dimension, die in jenem partikularen Anliegen mitschwingt“ (Žižek 2010: 281).

Die Besetzung der Bibliothek in Barnet liefert ein instruktives Beispiel einer solchen demokratischen Politik des Politischen in der postpolitischen/postdemokratischen Stadt. Es illustriert, wie sich lokale Auseinandersetzungen gegenüber einer umfassenderen Analyse und Kritik an neoliberalen Politiken öffnen lassen. Der beschriebene lokale Kampf stellt damit auch eine spannende Übersetzungs- und Verknüpfungsleistung dar. Er ist auch deswegen von Relevanz, da vergleichbare Kürzungsmaßnahmen im ganzen Lande stattfinden bzw. vorgesehen sind. Da das „One Barnet Transformation Programme“ stellvertretend für eine neoliberale Postpolitik betrachtet werden kann (vgl. Conway 2013), ist auch von Bedeutung, wie sich die Gegenwehr formiert hat, welche politischen Allianzen eingegangen wurden und was deren Errungenschaften waren. Wie gezeigt, ist es dem Bündnis aus lokalen Aktivist_innen, Anwohner_innen und der Occupy-Bewegung in Barnet gelungen, siegreich aus ihrem Kampf hervorzugehen. Relativ eindeutig war im Vorfeld der Kampagne der Erhalt der Bibliothek als konkretes Ziel identifiziert worden, das durch die Besetzung und die begleitenden Aktionen erkämpft werden sollte. Hier liegt der Vorteil gegenüber abstrakteren Protesten beispielsweise gegen die Kultur des Finanzmarktkapitalismus, die schnell zu einer Demobilisierung führen können, weil nicht klar ist, wofür genau man eigentlich kämpft.

Dagegen hat es das Bündnis aus Besetzer_innen und Unterstützer_innen in Barnet verstanden, auf verschiedenen Ebenen zu operieren und die Forderung nach einem Erhalt der Bibliothek und die entsprechende finanzielle Unterstützung durch den Bezirk auf eine recht intelligente Form zu artikulieren und in die Öffentlichkeit zu tragen. Der unmittelbare Erfolg der Kampagne besteht darin, für die Bibliothek eine Lizenz erkämpft zu haben, der ihren Fortbestand für die nächsten zwei Jahre sichert. Die Kampagne für die Wiedereröffnung der Friern Barnet Library hatte zudem offenbar auch Vorbildcharakter. Nach der Rettung der bezirklichen Bibliothek kam es im Nachbarstadtteil Enfield zu einer ähnlichen Mobilisierung. Aktivist_innen besetzten dort ein vom Gemeinderat geschlossenes Familienzentrum, mit Bezugnahme auf den errungenen Erfolg in Barnet (vgl. Occupy London 2013).

Endnoten

- [1] Die Ausführungen basieren auf teilnehmender Beobachtung und Interviews, die der Autor im Herbst 2012 durchgeführt hat. Eine Woche lang war es ihm möglich, die Bibliothek täglich zu besuchen und an den Aktivitäten der Occupy-Aktivist_innen

teilzunehmen. Er half beim Sortieren und Einräumen von Büchern, bei der Abholung von Sachspenden aus der Nachbarschaft, beim Einkauf von Lebensmitteln und bei der Vorbereitung von Organisationstreffen. Dieses war eine der Bedingungen, die die Occupy-Aktivist_innen dem Autor im Gegenzug für ihre Bereitschaft, ihm Auskunft zu geben und ihm Zugang zu ihren Strukturen zu gewähren, gestellt hatten.

- [2] Emma Dowling (2012) zufolge dient der Bezug auf die Big Society allerdings in Teilen auch ganz schlicht dazu, die Austeritätspolitik im Zuge der anhaltenden Krise von 2007 zu rechtfertigen.
- [3] Mit ideologisch ist in diesem Fall die Auffassung gemeint, dass nach dem Zusammenbruch des Ostblocks die Zeit der großen Erzählungen, insbesondere die Zeit des Marxismus, ein Ende gefunden hätte.
- [4] Dies hat zur Voraussetzung, dass es einem Großteil der Bevölkerung gelingt, ihren ökonomischen Status zu halten, was angesichts der rasant steigenden Mieten in London durchaus infrage steht.
- [5] Das Wort ‚polemisch‘ wird hier im Sinne der älteren Begriffsbedeutung verstanden als das Bloßstellen oder Überführen eines Gegners im Streit.
- [6] Damit gelang es zumindest teilweise, der drohenden Einverleibung der Kampagne im Sinne der konservativen Vision von einer ‚big society‘, die möglichst wenig kosten soll, zu entgehen, auch wenn der Kampf der Bürger_innen um ihre Bibliothek als Bestätigung dieser Vision interpretiert werden kann.

Autor_innen

Johannes Diesing ist Politikwissenschaftler mit den Forschungsschwerpunkten Occupy-Bewegung, Postdemokratie, Postmarxismus und radikale Demokratie.
johannes.diesing@uni-rostock.de

Literatur

- Badiou, Alain / Rancière, Jacques (2010): Politik der Wahrheit. Wien: Verlag Turia & Kant.
- Bedorf, Thomas / Röttgers, Kurt (2010): Das Politische und die Politik. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Blunden, Mark (2012): ‚EasyCouncil.‘ Barnet offloads services to Capita in £1bn deal. <http://www.standard.co.uk/news/london/easycouncil-barnet-offloads-services-to-capita-in-1bn-deal-8385804.html> (letzter Zugriff am 22.3.2013).
- Booth, Robert (2012): Battle of Barnet: activists secure legal victory in fight against library closure. <http://www.theguardian.com/society/2012/oct/12/friern-barnet-library-cuts-fight> (letzter Zugriff am 10.9.2013).
- Cameron, David (2009): The Big Society. http://www.conservatives.com/News/Speeches/2009/11/David_Cameron_The_Big_Society.aspx (letzter Zugriff am 22.1.2013).
- Conway, Terry (2013): Get ready for the Barnet Spring. <http://www.coalitionofresistance.org.uk/2013/02/get-ready-for-the-barnet-spring> (letzter Zugriff am 10.2.2013).
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus □ Postdemokratie. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Dörfler, Sebastian (2013): Occupy: Von den Plätzen in den Alltag. <http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2013/juni/occupy-von-den-plaetzen-in-den-alltag> (letzter Zugriff am 10.9.2013).
- Dowling, Emma(2012): Big society: The iron fist in a velvet glove. http://www.newleft-project.org/index.php/site/article_comments/big_society_the_iron_fist_in_a_velvet_glove (letzter Zugriff am 10. 9.2013).
- Kastner, Jens / Lorey, Isabell / Raunig, Gerald / Steyer, Hito / Waibel, Tom (2012): Occupy! Die aktuellen Kämpfe um die Besetzung des Politischen. Wien: Verlag Turia & Kant.

- Kingsley, Patrick (2011): Are the Occupy London protesters just a bunch of 'hippies'? <http://www.guardian.co.uk/uk/2011/nov/28/occupy-london-boris-johnson> (letzter Zugriff am 21.1.2013).
- Laclau, Ernesto (2005): *On Populist Reason*. London: Verso.
- Marchart, Oliver (2010): *Die Politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Ministry of Justice (2013): *Legal Aid, Sentencing and Punishment of Offenders Act 2012*. http://www.legislation.gov.uk/ukpga/2012/10/pdfs/ukpga_20120010_en.pdf (letzter Zugriff am 13.1.2013).
- Mörtenböck, Peter / Mooshammer, Helge (2012): *Occupy – Räume des Protests*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Occupy London (2013): *ARC court case won by former Friern Barnet Library activists*. <http://occupylondon.org.uk/archives/25631> (letzter Zugriff am 12.3.2013).
- Patel, Reema (2012): *Flourishing of 'Big Society' in Barnet raises major legal questions for councils*. <http://www.guardian.co.uk/local-government-network/2012/dec/07/barnet-council-library-legal-action-protest-big-society> (letzter Zugriff am 21.1.2013).
- Prynn, Jonathan (2012): *London homes crisis: Rents to go up beyond families' reach*. <http://www.standard.co.uk/news/london/london-homes-crisis-rents-to-go-up-beyond-families-reach-8220608.html> (letzter Zugriff am 21.1.2013).
- Rancière, Jacques (2002): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Rancière, Jacques (2008): *Zehn Thesen zur Politik*. Berlin/Zürich: Diaphanes Verlag.
- Rancière, Jacques (2012): *Der Hass der Demokratie*. Berlin: August Verlag.
- Shamsuddin, Nafeesa (2012): *Occupy squatters liberate library, locals overjoyed*. <http://occupynewsnetwork.co.uk/breakin-news-reclaimed-public-library-latest-occupy-london-venture> (05.01.2013).
- The Barnet Council (2010): *What is the One Barnet programme?* http://www.barnet.gov.uk/info/920056/one_barnet_transformation_programme/904/one_barnet_transformation_programme (letzter Zugriff am 16.2.2013).
- The Barnet Council (2010): *One Barnet a sustainable community strategy*. http://www.barnet.gov.uk/download/downloads/id/1812/one_barnet_a_sustainable_community_strategy_2010-2020 (letzter Zugriff am 22.1.2013).
- Žižek, Slavoj (2010): *Die Tücke des Subjekts*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.

Occupy London und the squatting of the Friern Barnet Library

The paper discusses the struggle for the occupied Friern Barnet Library in North London. This is an example of a 'politics of the political' against the privatisation measures of the governing liberal-conservation coalition in which statements of the programmatic vision were turned against the implementation that it should have ideologically legitimised. At first, the conditions of the occupation will be described, and afterwards the events in fall/winter 2012/13 will be looked at in detail. It will be explained why the struggle for the library gives an instructive example for the understanding of contemporary social struggles in the post-political city. The notion of post-politics and post-democracy is elaborated by Colin Crouch as well as Jacques Rancière. This paper will focus mainly on Rancière but will take Crouch's approach also into account.

Das Modell Barcelona – Partizipation, Protest und Postpolitik

Catarina Gomes de Matos

Das ‚Modell Barcelona‘ steht für eine Stadtplanung, bei der unterschiedliche Akteur_innen vermeintlich vorbildlich in Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse einbezogen sind. Die heutigen formellen Beteiligungsformen werden dabei meist als in der Tradition der nachbarschaftlichen Proteste in den 1970er Jahren stehend gesehen und die zunehmende Formalisierung von Bürger_innenbeteiligung wird als Prozess der Demokratisierung verstanden. In meinem Beitrag wird der Zusammenhang zwischen partizipativen Verfahren und Demokratie grundlegend hinterfragt und dem traditionellen Demokratiebegriff ein emanzipatorisches Verständnis von Demokratie gegenübergestellt, das sich an Theorien der poststrukturalistischen politischen Philosophie orientiert. Anhand einer empirischen Fallstudie zum aktuellen Widerstand gegen den Umbau des Hafengebiets Port Vell in Barcelona wird gezeigt, inwiefern formale Partizipationsmöglichkeiten die Teilhabe der Bevölkerung nicht nur nicht unterstützen, sondern letztlich einschränken oder verhindern. Abschließend wird diskutiert, ob nicht formalisierte Proteste eine Alternative zu formellen Partizipationsverfahren darstellen können.

*Ersteinreichung: 1. Mai 2013; Veröffentlichung online: 7. Dezember 2013
An english abstract can be found at the end of the document.*

1. Einleitung

Partizipationsprogramme gelten gemeinhin als geeignete Strategie, um eine demokratischere Gesellschaft zu schaffen. Sie werden folglich in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen implementiert (Simons/Masschelein 2010, Alt/Teubner/Winklhofer 2005, Renner/Gohl/de Maizièrè 2002). Seit den 1970er Jahren gibt es diese Demokratisierungsbestrebungen auch in der Stadtplanung und zahlreiche Kommunen haben partizipative Verfahren eingeführt, die heute als Standard gelten. Eines der bekanntesten Beispiele der Bürger_innenbeteiligung, das die Fachöffentlichkeit als gelungen bewertet, ist das ‚Modell Barcelona‘. Es steht für einen Stadtplanungsansatz, bei dem man eine Vielzahl unterschiedlicher Akteur_innen in Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse einbezieht. Dabei werden partizipative Verfahren mit dem Argument, die Stadtplanung demokratischer gestalten zu wollen, zunehmend erweitert und formalisiert. Diese formalen Partizipationsprozesse werden heute als positives Ergebnis der zivilgesellschaftlichen Proteste in den 1970er Jahren dargestellt. Zwar gibt es durchaus Stimmen, die sich kritisch gegenüber dem ‚Modell Barcelona‘ äußern, indem sie auf Umsetzungsdefizite verweisen.

Das Verständnis von Partizipation, das dem Ansatz in Barcelona zugrunde liegt, wird jedoch auch von den Kritiker_innen kaum hinterfragt.

Der vorliegende Beitrag verfolgt das Ziel, den oftmals als selbstverständlich angenommenen Zusammenhang von Demokratie und partizipativen Verfahren infrage zu stellen. Dazu wird im ersten Teil dem klassischen Demokratiebegriff ein alternatives emanzipatorisches Verständnis von Demokratie gegenübergestellt. Dieses stützt sich auf die theoretischen Ansätze einer poststrukturalistischen politischen Philosophie und insbesondere auf die Arbeiten von Jacques Rancière und Chantal Mouffe. Durch diese Redefinition des Demokratiebegriffs wird die Möglichkeit geschaffen, das ‚Modell Barcelona‘ und die Rolle zivilgesellschaftlicher Widerstände neu zu denken. Im zweiten Teil des Beitrags wird die hegemoniale Darstellung der Stadtentwicklung Barcelonas als eine Geschichte der kontinuierlichen Erweiterung von Partizipationsmöglichkeiten seit dem Ende der Diktatur Francos rekonstruiert und hinterfragt. Vor dem Hintergrund eines emanzipatorischen Demokratieverständnisses wird herausgearbeitet, wie sich die Optionen der Bürger_innenbeteiligung im zeitlichen Verlauf qualitativ verändert haben. Im dritten Teil des Beitrags werden am Beispiel des Konflikts um die Neugestaltung des innerstädtischen Hafengebiets Port Vell in Barcelona [1] zudem die Grenzen der seit den 1990er Jahren vorherrschenden Partizipationsformen aufgezeigt. Weiterhin wird die Frage behandelt, inwiefern Proteste den Anwohner_innen im Unterschied zu den behandelten partizipativen Verfahren eine Möglichkeit bieten, ihre Forderungen nach einer ‚echten Demokratie‘ zu artikulieren.

Im Folgenden wird in diesem Text von drei unterschiedlichen Demokratiebegriffen die Rede sein. Es wird unterschieden zwischen erstens einem traditionellen Verständnis von Demokratie (‚traditionelle Demokratie‘), zweitens einer emanzipatorischen Auffassung von Demokratie in Anschluss an Rancière und Mouffe (‚emanzipatorische Demokratie‘) und drittens der Idealvorstellung und Forderung der Gegner_innen der Neugestaltung des Port Vell (‚echte Demokratie‘). Der Begriff der Partizipation wird in Anschluss an Bonet i Martí (2012: 22) als „das Einbeziehen der Bevölkerung [...] als Akteure in die Entscheidungsprozesse während einer oder mehrerer Phasen (Diagnose, Entwurf, Implementierung, Evaluation) der Entwicklung öffentlicher Politiken“ (Übers. d. A.) definiert und unterteilt in Partizipation ‚von oben‘ und Partizipation ‚von unten‘. Unter dem ersten Begriff werden partizipative Verfahren gefasst, die von den politischen Autoritäten ausgehen (*participación por invitación* – Teilhabe durch Einladung), unter dem zweiten solche, die von der Bevölkerung initiiert sind (*participación por irrupción* – Teilhabe durch Ausbruch).[2] Letztere sind meist dadurch gekennzeichnet, dass bestehende politische Partizipationskanäle unterwandert bzw. informelle Kanäle oder Mittel genutzt werden (z.B. Proteste oder Besetzungen), um auf die Stadtplanung Einfluss zu nehmen.

2. Welche Demokratie?

In den Politikwissenschaften wird Demokratie meist als Regierungsform oder als Modus des gesellschaftlichen Zusammenlebens definiert. Diese

traditionelle Vorstellung von Demokratie kann als „Regierungsform, die aus dem Volk hervorgeht und durch das Volk in seinem ureigenen Interesse ausgeübt wird“ (Schmidt 2000: 22), verstanden werden oder lehnt sich zumindest an eine solche Vorstellung der Herrschaft des Volkes an. Ein zentrales Kriterium solcher Definitionen von Demokratie ist also die Entscheidungsmacht oder -teilhabe der Bevölkerung. Diese kann in ihrer realen Umsetzung sehr verschieden ausgestaltet sein. Colin Crouch (2008: 9ff.) zeigt auf, welche unterschiedlichen Formen von Teilhabe der Bevölkerung unter dem Begriff der Demokratie gefasst werden: Die Spannweite reicht von einer eher passiven Rolle der Bevölkerung in der ‚liberalen Demokratie‘ (in der sie vorgegebenen Alternativen zustimmen oder diese ablehnen kann) über die Möglichkeit, sich an mehr oder weniger freien Wahlen zu beteiligen, bis hin zur Vorstellung von einer ‚idealen Demokratie‘, charakterisiert durch eine aktive Gestaltung des öffentlichen Lebens (im Austausch und im Rahmen unabhängiger Organisationen). Die Gemeinsamkeit all dieser Vorstellungen ist, dass das Volk – bereits vor einer eigenen politischen Intervention – als politisches Subjekt bestimmt und definiert ist.

Diesem klassischen Demokratieverständnis steht in der Tradition der poststrukturalistischen politischen Philosophie ein alternatives, emanzipatorisches Verständnis von Demokratie gegenüber. Ein zentraler Aspekt dieser Ansätze ist die Unterscheidung zwischen ‚Polizei‘ bzw. ‚Politik‘ als Bezeichnungen für die vorherrschende soziale Ordnung auf der einen und dem ‚Politischen‘ als Unterbrechung dieser Ordnung auf der anderen Seite. Oliver Marchart (2010: 180) benennt diese Unterscheidung als ‚politische Differenz‘. Grundlegend für eine solche Unterscheidung ist das Verständnis der aktuellen sozialen Ordnung als „symbolische Konstitution des Sozialen“ (Rancière 2008: 31) – und damit als nur eine mögliche Ordnung unter vielen –, die jedoch im Alltag als ‚natürliche Ordnung‘ erscheint (Rancière 1997: 102). Sie wird durch ein Ensemble aus Praktiken und Institutionen organisiert und aufrechterhalten (Krasmann 2010: 78, Marchart 2010: 41). Dieses Ensemble bezeichnet Jacques Rancière (2008: 31) als Polizei. Chantal Mouffe (2005: 9) verwendet in ähnlicher Weise den Begriff der Politik. Zu den Elementen dieses Ensembles zählen nicht nur die im Alltag unter dem Begriff Politik zusammengefassten politischen Systeme oder politischen Institutionen, sondern beispielsweise auch Regierungsweisen und -techniken. Auch die von Michel Foucault konzeptualisierten und beschriebenen Technologien und Strategien der Macht fasst Rancière unter den Begriff der Polizei (Simons/Masschelein 2010: 591).

Im Rahmen dieser polizeilichen Ordnung werden den Individuen in der Gesellschaft unterschiedliche Subjektpositionen zugewiesen. Dadurch, dass bestimmte Subjektpositionen verunmöglicht und bestimmte Formen des Sprechens als bloßer ‚Lärm‘ unhörbar gemacht werden, wird auch festgelegt, wer an der Gesellschaft teilhaben kann und wer nicht (Krasmann 2010: 78, Rancière 2002: 41). Die gesellschaftliche Wahrnehmung darüber, wie die geeignete soziale Ordnung auszusehen hat, wird im jeweils hegemonialen Diskurs geformt. Die polizeiliche Ordnung stellt sich dabei selbst als Verwirklichung der dieser Gesellschaft zugrunde liegenden gemeinschaftlich geteilten Fundamente (Simons/Masschelein 2010: 592) und als

einzig (,natürliche‘) gesellschaftliche Ordnung dar. Sie sichert ihr eigenes Fortbestehen, indem alles, was außerhalb dieser Ordnung steht, verleugnet wird (Krasmann 2010: 78). Infolgedessen wird die Grenze zwischen innen und außen unsichtbar (Simons/Masschelein 2010: 592).

Das Politische ist hingegen die Unterbrechung der aktuellen Ordnung. Es ist weder über seinen Ort oder Gegenstand noch durch seine Akteure definiert, sondern durch seine Form: durch den Zusammenstoß zweier unterschiedlicher Vorstellungen von gesellschaftlicher Aufteilung (Rancière 2008: 37). Das Politische „setzt erst in dem Moment ein, in dem die etablierten Regeln und Grenzen politischer Teilhabe zur Disposition stehen“ (Krasmann 2010: 77). Indem die Welt, die sich in der herrschenden polizeilichen Ordnung als die Einzige darstellt und außer der es nichts zu geben scheint, mit etwas konfrontiert wird, was außerhalb dieser liegt – einem „Supplement“ (Rancière 2008: 24) –, wird es möglich, die bis dahin unsichtbare Grenze aufzuzeigen und zu verschieben zwischen dem, was Teil der Gesellschaft ist, und dem, was als Außen nicht dazugehört und nicht gesehen wird (ebd.). Politische Interventionen beschränken sich also nicht darauf, Änderungen innerhalb des als gegeben angesehenen Rahmens durchzusetzen. Vielmehr versuchen sie den Rahmen zu verändern, „der festlegt, wie die Dinge funktionieren“ (Žižek 2010: 273). Sie sind dabei zum einen immer eine Darstellung der ,anderen‘ Welt, aus der sie stammen (Rancière 2008: 36). Zum anderen sind sie stets auch ein Kampf darum, dass die eigene Stimme „als die eines rechtmäßigen Partners gehört und anerkannt“ wird (Žižek 2010: 256). Spricht man vor diesem theoretischen Hintergrund von emanzipatorischer Demokratie, verweist der Begriff auf das Aufrechterhalten von Streit über die Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens; ein Streit, der über reine Interessenskonflikte hinausgeht und die Grenzen der gesellschaftlichen Ordnung tangiert. Emanzipatorische Demokratie stellt somit immer eine Gefahr für die hegemoniale Ordnung dar (Simons/Masschelein 2010: 589).

Das Politische kann immer nur ‚punktuell‘ und per se nicht dauerhaft sein. Es zeigt sich in den Momenten, in denen konkurrierende Kräfte interagieren und um eine neue gesellschaftliche Ordnung kämpfen. In diesen Momenten wird die scheinbar kohärente Anordnung von Orten, Funktionen und Seinsweisen umgedeutet und hinterfragt (Marchart 2010: 335). Dabei wird die Existenz eines politischen Subjekts nicht als Voraussetzung für eine politische Interaktion gesehen, sondern es konstituiert sich als solches im Moment der politischen Intervention. Häufig wird der Demokratie generell vorgeworfen, nicht mehr ‚richtig zu funktionieren‘ und defizitär zu sein. Geht man jedoch von einem emanzipatorischen Konzept von Demokratie als Subjektivierung des Politischen aus, dann ist Demokratie allerdings nicht „konjunkturell defizitär“, sondern „konstitutiv defizitär“, „weil sie die Unmöglichkeit einer politischen Letztbegründung und damit die Kontingenz jedes Gemeinwesens in ihre institutionelle Form integriert, weshalb [...] das Unbehagen an der Demokratie zur Demokratie selbst gehört [...]“ (Marchart 2010: 337). Die „in letzter Instanz unmögliche Institution von Gesellschaft“ (ebd.: 27) liegt ebenso in ihrer Natur wie das Streben nach danach.

Mit den Begriffen der Postdemokratie (Crouch 2008, Rancière 1997 und 2008) und der Postpolitik [3] (Žižek 2010, Mouffe 2005) als Zustandsbeschreibung der aktuellen Gesellschaft verweisen unterschiedliche Theoretiker_innen auf einen aus ihrer Sicht bestehenden Mangel an Möglichkeiten, politisch zu intervenieren. Mouffe (2005: 13) beschreibt die aktuelle postpolitische Gesellschaft als eine, in der die Marktlogik auf den Bereich der Politik übertragen wird. Personen werden dementsprechend als rationale Wesen gesehen, die immer ihren größtmöglichen Nutzen anstreben. In der Konsequenz wird jeder Dissens als Konflikt zwischen Konkurrent_innen definiert, die unterschiedliche Interessen verfolgen. Ein ‚rationaler Konsens‘ wird als reale und einzige Möglichkeit gesehen, solche Interessenkonflikte aufzulösen und – indem gegensätzliche Interessen „rational versöhnt“ (ebd.: 21) werden – den Dissens zwischen den unterschiedlichen Akteur_innen zu überwinden. Verstanden wird dieser rationale Konsens als eine Win-win-Situation, eine Lösung, bei der alle Beteiligten profitieren (ebd.: 5f.). Erreicht werden soll er durch Interaktion und eine Aushandlung der Interessen aller auf der Grundlage freier Meinungsäußerung und unterstützt durch Expert_innenwissen (Žižek 2010: 272f.).

Ein solcher Konsens ist dabei als die Herstellung eines weitgehend anerkannten Kompromisses zu verstehen, der auf einer vermeintlich gemeinsamen gesellschaftlichen Grundlage an Werten etc. beruht. Das Soziale wird nicht als strittiges Aushandlungsobjekt wahrgenommen, sondern als eigene Sphäre, die durch grundlegende Wahrheiten strukturiert ist. Im Prozess der Konsensfindung wird die Konflikthaftigkeit der Gesellschaft scheinbar aufgelöst (Rancière 2008: 45f.). Dieses Modell setzt Partner_innen voraus, die auf der Grundlage gemeinsam geteilter diskursiver Formen des Austauschs miteinander kommunizieren (ebd.: 36). Kollektive politische Identitäten und der Antagonismus zwischen unterschiedlichen politischen Gruppen werden als Gefährdung einer solchen Gemeinschaft verstanden. Sie werden in der aktuellen politischen Ordnung durch einen breiten Konsens ersetzt und somit vermeintlich überwunden (Mouffe 2005: 5ff.). Postpolitik kann also als Regierungspraxis verstanden werden, die eine Konflikthaftigkeit der Gesellschaft zu negieren versucht, indem durch die Herstellung von Konsens politische Interventionen unterdrückt werden.

Simons und Masschelein diskutieren analog zur ‚postpolitischen Kritik‘ die Bedeutung des Stakeholder in der gegenwärtigen Gesellschaft. Sie identifizieren die Artikulation von Dissens in Form von Interessen als ein zentrales Merkmal der „democracy of stakeholders, with the demos referring to a collective of individuals or interest groups that have a stake or identity in relation to that collective“ (2010: 591). Die ‚ideale Demokratie‘, so das allgemeine Verständnis in der Stakeholder-Gesellschaft, sei gegeben, wenn auf Grundlage aller (ausgesprochenen) Interessen, Meinungen und Präferenzen Entscheidungen getroffen werden, die in einem „spirit of consensus“ (ebd.) von allen akzeptiert werden. Übertragen auf den Bereich der Stadtplanung hinterfragt eine solche Kritik die mit dem traditionellen Demokratieverständnis verbundene Notwendigkeit, formelle Partizipationsmöglichkeiten sowie ihr Prinzip der konsensualen Entscheidungsfindung und Integration aller Stakeholder auszubauen (Einig 2005, Mayer 2003).

Aus Sicht der emanzipatorischen Demokratie sind Partizipationsmöglichkeiten also nicht per se als demokratische Elemente, sondern als Ausdruck der jeweils aktuellen hegemonialen Ordnung zu verstehen. Für eine emanzipatorisch-demokratische Stadtplanung lässt sich daraus die zentrale Forderung ableiten, dass unter Beteiligung nicht nur die Diskussion unterschiedlicher Interessen verstanden wird, sondern dass Raum für die Aushandlung unterschiedlicher Weltbilder geschaffen werden muss. Insbesondere die Frage, auf welcher Grundlage und in welcher Form Entscheidungen über die Gestaltung der Stadt getroffen werden, muss dabei selbst zum Aushandlungsgegenstand werden. Für eine kritische Analyse ist es aus meiner Sicht daher notwendig, Politiken der Partizipation differenzierter zu betrachten. Im Einzelfall ist zu untersuchen, welche Möglichkeiten für das Hinterfragen der bestehenden Ordnung und für die Modifikation und Neuerschaffung von Entscheidungsstrukturen geboten werden. Ebenso wie in der Demokratie stets ein Widerspruch begründet liegt, weil sie niemals fixiert werden kann, ist aus einer solchen Perspektive auch die Partizipation als demokratisches Moment der ständigen Modifikation und Anpassung zu gestalten. Für die politische Praxis bedeutet ein solches Verständnis von Demokratie auch, die Teilnahme an und den Umgang mit Partizipationsangeboten zur Disposition zu stellen.

3. Das Modell Barcelona

In Spanien und speziell in Barcelona hat die Zahl der Partizipationsprogramme in der Stadtplanung in den letzten Jahren zugenommen (Bonet i Martí 2012). Barcelona reiht sich damit in eine Liste von Städten ein, die unter der Überschrift von *good urban governance* [4] Prozesse der Aushandlung zwischen unterschiedlichen Akteur_innen in der Stadtplanung stärken. Im gängigen Narrativ der Geschichte der Stadtplanung Barcelonas werden solche partizipativen Elemente jedoch nicht primär als ein aktuelles Phänomen betrachtet. Vielmehr wird auf die „traditionelle Konsenskultur“ der Stadt verwiesen (Fernández Sánchez 2007: 188), die mit dem Erstarken der Nachbarschaftsbewegungen in den 1970er Jahren begonnen habe. Zentraler Bezugspunkt ist dabei die Umsetzung des ‚Plan General Metropolitano‘ von 1976, der als Beginn einer systematischen Umgestaltung der Stadt nach der Zeit der Diktatur gilt (Monclús 2003: 406). Während der Franco-Ära, die 1975 endete, vollzog sich das Wachstum Barcelonas weitestgehend ohne formelle Stadtplanung. Dadurch herrschte in den 1970er Jahren ein enormer Druck zur Reformierung und Restrukturierung der Innenstadt und der städtischen Peripherie. Die Erstellung und Umsetzung des ‚Plan General Metropolitano‘ wurde vor allem von den Nachbarschaftsvereinen (*associació de veïns*) forciert, die in vielen Stadtteilen Barcelonas als Reaktion auf die massive Repression während der Diktatur entstanden waren. Mit Unterschriftenaktionen, Demonstrationen und Blockaden forderten sie infrastrukturelle und bauliche Verbesserungen in den einzelnen Vierteln, insbesondere in der Peripherie der Stadt (Kuhn 2012: 47f.). Die Arbeit der Nachbarschaftsbewegungen war von 1970 bis 1979 durch nicht institutionalisierte Formen der Partizipation und Praktiken des Protests geprägt (Bonet i Martí 2012: 16). Während der Diktatur und in den ersten Jahren der Transition zur

Demokratie hatten die Interventionen der Nachbarschaftsbewegungen in Barcelona nicht nur die Vertretung der Interessen der Bewohner_innen in Bezug auf städtebauliche Maßnahmen im Blick. Sie setzten sich auch dafür ein, dass diejenigen zu Wort kamen, für die das politische System keine Möglichkeit bot, an stadtplanerischen Entscheidungen teilzuhaben (Kuhn 2012: 48). Die Nachbarschaftsbewegungen konnten sich in dieser Zeit als Interessenvertretung der Bewohner_innen etablieren und sich intensiv in die ihr Quartier betreffenden Planungsprozesse einbringen. Diese Rolle als anerkannte Repräsentant_innen der Bevölkerung und Mitwirkende bei der Stadtplanung behielten sie bis in die 1980er Jahre hinein (Cruz i Gallach 2006: 188f.).

Diese Erfahrungen prägten das neue progressive Stadterneuerungsmodell, das mit der ersten demokratischen Regierung 1979 Einzug hielt. Obwohl die Partizipation der Bevölkerung an Stadtplanungsprozessen damals in Barcelona noch keinen institutionellen Rahmen hatte, waren die Anwohner_innen, vor allem vertreten durch die Nachbarschaftsvereine, de facto als relevante Akteur_innen in die Stadtplanung einbezogen. Über Instrumente wie ‚Runde Tische‘, Konferenzen und Informationsveranstaltungen kam es zu einem regelmäßigen Austausch und einer engen Zusammenarbeit mit der städtischen Verwaltung und den zuständigen Stadtplaner_innen und Architekt_innen (ebd.). Die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit, etwa die Ausarbeitung der ‚Planes Especiales de Reforma Interior‘ (PERI), werden als Produkte eines „städtischen Konsens“ (Bonet i Martí 2012: 16) gewertet. Besonderen Ausdruck fand dieser im ‚Plan General Metropolitano‘, der nicht nur als ein Dokument verstanden wird, das im Konsens erzeugt wurde, sondern das auch selbst Konsens erzeugen und unterschiedliche Interessen zusammenbringen konnte (Cruz i Gallach/Martí i Costa 2010: 113). Durch diese Form der konsensualen Stadtplanung wurden viele Forderungen sozialer Bewegungen in stadtpolitische und städtebauliche Maßnahmen umgesetzt (Kuhn 2012: 48). Zusammenfassend wird für den Zeitraum zwischen 1979 und 1983 die praktische Umsetzung von Partizipationsmöglichkeiten für die Bevölkerung und eine zentrale Rolle von sozialen Bewegungen festgestellt (Capel Sáez 2007). Diese Entwicklungen führten zu einem Bild Barcelonas als Stadtgesellschaft mit einer ausgeprägten Konsenskultur, in der Entwicklungsprozesse von der Mehrheit der Bewohner_innen getragen werden (Fernández Sánchez 2007: 188). Bis heute dominiert dieses Bild den vorherrschenden Diskurs und wird noch immer zur Erklärung und Legitimation von Partizipationsprogrammen herangezogen.

Mit der erfolgreichen Bewerbung um die Austragung der Olympischen Spiele (1992) und im Kontext zunehmender Globalisierung und Neoliberalisierung kam es zu einem Wandel in der Stadtentwicklungspolitik (Capel Sáez 2007). Dabei bildete sich ein Leitbild heraus, das insbesondere seit den 1990er Jahren als ‚Modell Barcelona‘ bekannt geworden ist. Während in der Forschung noch diskutiert wird, ob es ein solches Modell überhaupt gibt (Marshall 2000), wird es in der programmatischen Stadtplanung als ein kompaktes und übertragbares Modell gehandelt, das anderen Städten als Vorbild dienen kann (Garcia-Ramon/Albet 2000). Jedoch wird in der Stadtplanungsliteratur darunter nicht immer dasselbe verstanden. Insbesondere variiert die zeitliche Einordnung des

„Modells Barcelona“. Für lokale Autor_innen, die in vielen Fällen in die Planungsprozesse in Barcelona integriert waren oder weiterhin sind, hatte es seinen Ausgangspunkt bereits in den 1970er Jahren (einige sprechen daher von einer neoliberalen Transition des Modells in den 1980er Jahren). Andere Autor_innen, die das Phänomen eher von außen untersuchen, sehen das Modell als Teil der großen Projekte und neoliberalen Politiken in Zeiten zunehmender Globalisierung und verorten es daher in den 1980er und 1990er Jahren (Monclús 2003: 399).

Das „Modell Barcelona“ gilt als Best Practice und dient vielen Städten als Vorbild dafür, wie es einer bis dato international kaum beachteten Stadt gelingen kann, weltweite Bekanntheit als moderne europäische Metropole zu erlangen (Monclús 2003: 413). Es zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass Restrukturierungen der Stadt meist in Form von sogenannten komplexen Projekten (Marshall 2000: 305) organisiert werden. Als komplex werden diese Projekte deshalb bezeichnet, weil sie auf unterschiedlichen räumlichen Planungs- und Wirkungsebenen stattfinden und interdisziplinär durch die Integration von Architektur, Planung und Infrastruktur realisiert werden (ebd.). Großevents wie die Olympischen Spiele 1992 oder das Forum der Kulturen 2004 wurden dabei als strategische Instrumente des Umbaus und der Erneuerung der Stadt genutzt (Monclús 2003). Als zentral bei der Umsetzung der Projekte gilt, dass unterschiedliche regionale Akteur_innen – etwa die Privatwirtschaft, Gewerkschaften oder die Bevölkerung – in die Stadtplanung einbezogen werden (Marshall 2000: 305f.).

Im Kontext dieser neuen Stadtentwicklungspolitik und eingebettet in einen Diskurs der Demokratisierung wurden bestehende Formen der Bürger_innenbeteiligung an der Stadtplanung zunehmend formalisiert und ausgebaut (Bonet i Martí 2012: 17f.). Ausgehend von den nationalen und internationalen Entwicklungen der 1990er Jahre (Rio 1992, Aalborg-Charta) erhielt der Partizipationsbegriff mit den Diskussionen um Nachhaltigkeit eine neue Aufmerksamkeit. Dies schlug sich in Barcelona u. a. in der Einführung der ‚Agenda 21‘ (1998-2002) nieder (ebd.). Zentrale Grundlage für diese Entwicklung sind die ‚Normas Reguladoras de la Participación Ciudadana‘ von 1986 (Richtlinien für die Bürger_innenbeteiligung), die ‚Ley de Participación Ciudadana‘ (das Gesetz zur Partizipation der Bewohner_innen der Stadt), das seit 2002 einen konkreten legislativen Rahmen für die Partizipation der Bevölkerung bietet, und der ‚Plan Director Municipal de Participación Ciudadana‘ von 2010 (der Gemeindeentwicklungsplan für die Bürger_innenbeteiligung), der Vorschläge und Richtlinien für die Verwaltung umfasst. In diesen Dokumenten werden die formalen Partizipationsmöglichkeiten als wichtige Elemente einer demokratischen Stadt dargestellt. So heißt es in der Einleitung zum ‚Plan Director Municipal de Participación Ciudadana‘:

„In the city of Barcelona, there is currently a broad consensus among all municipal political groups, people and associations with representation on the various municipal councils on the need for a more ambitious approach that acknowledges citizen participation as a key aspect of democracy.“ (Ajuntament de Barcelona 2010: 6)

In öffentlichen Publikationen der Stadt sowie in großen Teilen der Fachliteratur werden solche Formen formaler Partizipation als

Fortführung der konsensualen Stadtpolitik der 1970er und 1980er Jahre dargestellt. Durch sie soll eine partizipative Politik garantiert und auf Dauer gestellt werden. Die Geschichte der Stadtentwicklungspolitik wird dabei meist als kontinuierlicher Prozess erzählt, in dem die Bewohner_innen seit der Zeit der Transition zunehmend in die Stadtplanung einbezogen werden. Der Bezug auf die Tradition der Bürger_innenbeteiligung in Barcelona und die Verankerung in den Jahren der demokratischen Transition in Spanien legitimieren die aktuelle Stadtpolitik und betten sie in einen Diskurs der Demokratisierung ein. Betrachtet man jedoch die tatsächlichen Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung, zeigt sich ein anderes Bild: Sie nahmen seit den 1990er Jahren ab (Bonet i Martí 2012, Cruz i Gallach/Martí i Costa 2010, Marshall 1996). Dabei wird aus Sicht einer partizipativen Demokratie außerdem ein Wandel des Partizipationsbegriffs seit den 1970er Jahren deutlich. So scheinen die Interventionen der Bevölkerung – in vielen Fällen Aktivitäten im Rahmen der Nachbarschaftsvereine – in den letzten Jahren der Diktatur und zur Zeit der Transition zur Demokratie durchaus transformativen Charakter gehabt zu haben. Über die Nachbarschaftsvereine beteiligte sich die Bevölkerung in den 1970er und 1980er Jahren noch stark an der Gestaltung und Entwicklung der Stadt. Es gelang der Bevölkerung dabei, gleichzeitig ihre Rolle in der Stadtplanung zu definieren und zu verteidigen. Die Bewohner_innen prägten das Stadtentwicklungsmodell dieser Zeit und stellten sich – als Nachbar_innen (*vecinas/vecinos*) – selbst als politische Subjekte dar.

Die Proteste der Nachbarschaftsvereine in den 1970er Jahren sind als Ursprung der heutigen Partizipationskultur positiv konnotiert in die Geschichte der Stadtentwicklung Barcelonas aufgenommen worden. Spätere Versuche der Bewohner_innen, nicht nur über offizielle Partizipationsmöglichkeiten, sondern auch mit anderen Mitteln auf die Stadtplanung Einfluss zu nehmen und ihre Wünsche und Vorstellungen von der Gestaltung der Stadt einzubringen, bleiben in dieser Erzählung dagegen außen vor. Dabei waren fast alle städtebaulichen Maßnahmen in Barcelona – von den großen Stadtumbauten im Rahmen der Olympischen Spiele 1992 und des Forums der Kulturen 2004 über kleinere Projekte der Stadterneuerung bis hin zu aktuellen Entwicklungsprozessen – von teilweise massiven Protesten begleitet. Die Nachbarschaftsvereine, also die traditionell wichtigsten Akteur_innen in diesen Protesten, erlebten in den 1990er Jahren (vgl. Acebal 2008) sowie seit 2011 im Zuge der Dezentralisierung der 15-M-Bewegung Phasen des Wiedererstarkens. Eine weitere relevante Akteurin ist die Hausbesetzer_innenbewegung. Ende der 1990er und zu Beginn der 2000er Jahre entstanden in Barcelona eine Reihe neuer Protestplattformen, die sich aus Vertreter_innen von alten und neuen sozialen Bewegungen zusammensetzen, teilweise ergänzt – infolge eines lokalen Aufwertungsprozesses in den letzten Jahren – durch neu hinzugezogene *gentrifier* (Pascual-Molinas/Ribera-Fumaz 2009: 185). Diese Protestplattformen bilden große Netzwerke, die in vielen Fällen auch mit sympathisierenden Spezialist_innen zusammenarbeiten, welche mit Gutachten und wissenschaftlichen Untersuchungen die Argumente der Protestbewegungen stützen sollen (Cruz i Gallach 2006: 187f.).

4. Die Marina Port Vell

Einer der Orte in der Stadt, an denen aktuell Protest deutlich wird, ist das innerstädtische Hafengebiet Port Vell. Port Vell ist die heutige Bezeichnung für das Gebiet, auf dem ab dem 15. Jahrhundert Barcelonas erster Handelshafen entstand. Dieser Teil des Hafens, der ab den 1980er Jahren als ‚Bürgerhafen‘ der Bevölkerung zugänglich gemacht wurde und seitdem als Sporthafen für kleine und mittelgroße Segelboote genutzt wird, soll nach den Plänen der Hafenverwaltung zukünftig zu „one of the leading superyachts destinations in the world“ (Marina Port Vell 2011) ausgebaut werden und so „the highest standard of service and security for our guests and their yachts“ (ebd.) garantieren. Neben dem Bau einer im Wasser liegenden, nicht öffentlich zugänglichen Ebene für Parkplätze und Versorgungseinrichtungen sind auch zwei neue Gebäude geplant. Die Umbaumaßnahmen, die von den Konzessionären von Port Vell, Salamanca Group, in enger Zusammenarbeit mit der Hafenverwaltung und Mitgliedern der Stadtverwaltung geplant wurden und durchgeführt werden, haben bereits begonnen und sollen 2014 abgeschlossen werden.[5]

Als Informationen über den geplanten Umbau der Marina Port Vell bekannt wurden, gründete sich auf Initiative eines Nachbarschaftsvereins des Stadtviertels La Barceloneta und Aktivist_innen der Hausbesetzer_innenbewegung im Jahre 2012 die Protestplattform ‚Plataforma Defensem el Port Vell‘ (Plataforma). Die Plataforma versammelt als zentrale Akteurin in den Protesten unterschiedliche Kritiken am Projekt. Im Jahre 2013 wurde sie weitgehend durch die neu gegründete Protestgruppe ‚Asamblea Portuaria Vecinal‘ (APV, Versammlung der Nachbar_innen des Hafens) abgelöst. Beide Gruppen organisieren zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen das Bauprojekt, nehmen aber auch an partizipativen Verfahren teil, zu denen vonseiten der städtischen Behörden eingeladen wird. Zentrale Kritikpunkte sind die mit den Umbaumaßnahmen verbundenen Prozesse der Privatisierung und Kommodifizierung öffentlichen Raums, die Errichtung einer abgegrenzten und durch privates Sicherheitspersonal gesicherten Zone und die drohende exklusive Nutzung dieser durch ‚Superreiche‘. All diese Aspekte werden als Teil eines neuen Stadtentwicklungsmodells gesehen, das als ‚Ausverkauf der Stadt für den Tourismus‘ beschrieben wird. Die Neugestaltung von Marina Port Vell, so die Gegner_innen, „macht wieder einmal die Beharrlichkeit deutlich, mit der ein neues Stadtmodell gefördert wird, in welchem Stadt exklusiv und privatisiert und nur für einige ‚Superreiche‘ zugänglich ist“ (Plataforma Defensem el Port Vell 2012; Übers. d. A.).

Die Umgestaltung des Yachthafens steht für viele stellvertretend für die Umsetzung dieses Modells. Als weitere Beispiele wird auf andere bereits umgesetzte Großprojekte im Hafen verwiesen, wie das Hotel Vela, das Einkaufszentrum Maremagnum oder die Filiale des Modelabels Desigual. Auch der neue Flächennutzungsplan der Altstadt oder die Pläne für eine Umgestaltung der Avenue Paral·lel werden als aktuelle Beispiele für ein solches Stadtmodell genannt. Die Gegner_innen des Umbauprojekts lehnen dessen Zielsetzung insbesondere mit Bezug auf die erwarteten „sozialen Auswirkungen, nicht nur im Stadtviertel, sondern in der ganzen Stadt“ ab (Plataforma Defensem el Port Vell 2012; Übers. d. A.). Zu den befürchteten

Folgen zählen die Verdrängung der (ursprünglichen) Bevölkerung aus den Innenstadtvierteln und der Rückgang der traditionellen Fischerei. Letzteres, so warnen die Protestierenden, werde sowohl die Ernährungssouveränität als auch die maritime Kultur der Stadt, die als wichtige Bestandteile des kulturellen und sozialen Erbes Barcelonas gesehen werden, nachteilig beeinflussen.

Ähnlich wie in anderen aktuellen städtebaulichen Konflikten geht die Kritik am Projekt jedoch insofern über die reine Interessensartikulation hinaus, dass die Protestierenden ihr eigenes Recht (und das aller Bewohner_innen der Stadt) einfordern, über alle Entscheidungen bezüglich der Stadtentwicklung informiert und in die Entscheidungsfindungsprozesse der Stadtplanung einbezogen zu werden. Eine Gegnerin des Projekts betont: „Noch vor jeder anderen Kritik haben wir kritisiert, nicht einbezogen worden zu sein. Wir lehnen jeden Plan ab, egal wie er aussieht, wenn wir nicht in die Planung einbezogen werden.“ [6] Dieses Recht mitzubestimmen wird einerseits von den Konzepten des ‚Rechts auf Stadt‘ abgeleitet, andererseits von einer spezifischen lokalen Vorstellung von Nachbarschaft, die etwa in den Begriffen des *barrio* (Stadtviertel) und der *vecinos/vecinas* (Nachbar_innen) zum Ausdruck kommt.

Indem sie sich auf ihr ‚Recht auf Stadt‘ (*nuestro derecho a la ciudad*) beziehen, verweisen die Aktivist_innen zum einen auf die international in vielen Städten in den letzten Jahren aufgekommenen Bewegungen, die sich unter diesem Schlagwort formiert haben. Zum anderen erheben sie Anspruch auf eine konfliktvolle Aushandlung darüber, wie die Stadt gestaltet werden soll. Ein weiterer Aspekt, den die Gegner_innen des Projekts mit Bezug auf ihr ‚Recht auf Stadt‘ betonen, ist der Anspruch auf öffentliche Räume, in denen Freizeit selbst gestaltet und ohne den Zwang zu konsumieren verbracht werden kann. Die spezifische Bedeutung, die der Nachbarschaft in den *barrrios* zugeschrieben wird, kann auf die lange Tradition der Nachbarschaftsbewegungen zurückgeführt werden, denen (wie im zweiten Abschnitt dieses Beitrags beschrieben) eine wichtige Rolle bei den Protesten um Stadtentwicklungsprojekte zukommt.

Wichtig ist auch die Vorstellung von *maritimidad*, die auf das Konzept der *maritimité* zurückgeführt wird.[7] Dieses wiederum bezieht sich auf die aktuelle und historische Beziehung zwischen den Alltagspraktiken der Bewohner_innen einer Stadt und dem Meer. Im Protest wird dieser Begriff aufgenommen, steht hier jedoch für eine allgemeinere Vorstellung von einer maritimen Kultur:

„Die Stadt Barcelona war immer schon grundlegend mit dem Meer verbunden. Es ist eine Hafenstadt, eine Küstenstadt. [...] Es geht also darum, dieses kulturelle Erbe aller zurückzugewinnen. Es geht um einen elementaren Bestandteil der Stadt, der als Teil des kollektiven Gedächtnisses der Bewohner_innen mit Barcelona verbunden ist. [...] [Port Vell] ist einer der wenigen Räume, die uns von dem, was *maritimidad* der Stadt war, geblieben sind, und welche jetzt ebenfalls verlorengehen. Eine unserer Forderungen ist daher das Thema der *maritimidad* als bestimmendes Merkmal der Stadt an sich. [...] Es ist ein Recht auf ein kulturelles Erbe – oder sagen wir: ein historisches Kulturerbe.“ [8]

Verzahnt mit diesen Konzepten beschreiben die Gegner_innen der Umbaupläne ihr eigenes politisches Projekt als ‚echte Demokratie‘ mit einer ‚echten Partizipation‘. Bezogen auf Port Vell wird dabei das Ziel verfolgt „Port Vell als echten Stadt- und Bürgerhafen zurückzugewinnen, indem wir die demokratische Kontrolle über ihn erlangen. [...] [Wir möchten] diese Realität von unten nach oben errichten.“ [9] Der Begriff der ‚echten Demokratie‘ verweist auf die Massenproteste, die unter dem Namen Indignados- oder 15-M-Bewegung ab 2011 bekannt geworden sind. Entsprechend wird von den Gegner_innen des Bauprojekts direkt auf diese Bewegung Bezug genommen: „Was wir wollen ist zu demokratisieren, echt zu demokratisieren: die Stadt, die Politik – und das ist eine der Forderungen, die vom 15-M kommt, nicht wahr? ¡Democracia real ya! [Echte Demokratie jetzt!].“ [10]

Zentral ist bei diesem Konzept die Idee einer Entscheidungsstruktur, in der alle Bewohner_innen die Möglichkeit haben, ihre Vorstellungen davon, wie die Stadt sich entwickeln soll, jederzeit einzubringen:

„Echte Partizipation bedeutet, dass [...] vom ersten Keim an, der ersten Idee, dass in einem Viertel etwas getan werden muss – ohne dass es bereits ein Projekt gibt, ohne jegliche vorausgehende Diagnose – die Vereine des Viertels darüber informiert werden, dass darüber nachgedacht wird, möglicherweise eine Reform durchzuführen. Und dass sie sagen, lasst uns darüber sprechen, wir fangen mit euch an – mal schauen, ob wir es machen oder nicht. Und wir können an einer möglichen Reform, einer möglichen Veränderungen teilhaben. Das ist echte Partizipation für uns.“ [11]

Diese ‚echte Partizipation‘ wird nicht nur von staatlichen Stellen eingefordert, sondern sie wird auch in alternativen Praktiken umgesetzt, wie beispielsweise in öffentlichen Zukunftswerkshops oder horizontal strukturierten asambleas (Versammlungen). Zentral ist für die Anwohner_innen dabei, darauf aufmerksam zu machen, dass es alternative Formen der Entscheidungsfindung gibt und dass die aktuellen Macht- und Entscheidungsstrukturen nicht die einzig möglichen sind:

„Wir [die Plataforma Defensem el Port Vell] versuchen, keine Führungspersonen zu haben, das ist wichtig. Sagen wir, eine Besessenheit von [der Idee] der Horizontalität. Aber wieso? Weil diese Form der Demokratie, die es bis heute gegeben hat, dir deine Repräsentativität genommen hat. Sie sagen dir: Du musst alle vier Jahre wählen – und das war’s. [...] Wir müssen einen reset machen, eine Volksversammlung gründen und schauen, wie es dann weitergeht. Wenn dein Computer nicht mehr funktioniert, musst du einen Neustart machen. [...] Das hier hat nicht geklappt, also machen wir einen Neustart und fangen von vorne an.“ [12]

Dieses gegenhegemoniale politische Projekt wird im Verhältnis zu und gleichzeitig in Abgrenzung von der aktuellen politischen Ordnung entwickelt, die als eine Ordnung charakterisiert wird, die sich zwar selbst als partizipativ und demokratisch bezeichnet, sich jedoch in Wirklichkeit als korrupte und undemokratische Plutokratie darstellt. Bestehende

Partizipationsprogramme in der Stadtplanung werden hingegen als Legitimationsstrategie der Stadtregierung identifiziert. Eine Teilnahme wird daher (zumindest teilweise) abgelehnt. Die Gegner_innen des Bauprojekts wenden sich nicht nur gegen die vorherrschenden politischen Entscheidungsprozesse, sondern auch dagegen, dass diese als alternativlos dargestellt werden: „Sie präsentieren uns das Projekt der großen Yachten, als gäbe es keine Alternative. Als wäre es dieses oder keines“.[13]

Verbunden mit dem Ideal einer ‚echten Partizipation‘ ist auch die Forderung, die geographischen Zuständigkeiten und Verwaltungsbereiche im Hafengebiet zu restrukturieren. Der Yachthafen Port Vell steht nicht unter städtischer Verwaltung, sondern untersteht als Teil des Hafengebietes der Entscheidungsbefugnis der staatlichen Hafenverwaltung. Folge der besonderen verwaltungstechnischen Zuteilung ist, dass Entscheidungen bezüglich des Port Vell nur dann den formellen Vorgaben für die Partizipation der Stadtbewohner_innen unterliegen, wenn sie von der Stadtregierung bestätigt werden müssen.

Ein großer Teil der Entscheidungen, welche die Reformen und den Umbau des Port Vell betreffen, werden von der Hafenverwaltung getroffen. Die Entscheidungsstrukturen der Hafenverwaltung, einer komplexen Organisation, die teilweise als Unternehmen ‚Port 2000‘ fungiert, in dem aber auch Vertreter_innen der Stadtregierung sitzen, werden von den Gegner_innen als undurchsichtig und undemokratisch beschrieben, ohne eine Möglichkeit der Bevölkerung, an Entscheidungen teilzuhaben. So führt die Verwaltungsstruktur dazu, dass der Hafen als ‚antidemokratischer Raum‘ wahrgenommen wird:

„Der Paseo de Colon [die Straße, die Hafen und Stadt trennt] ist eine antidemokratische Trennlinie. [...] Dahinter beginnt ein antidemokratischer Raum – ein Raum, in dem die Bürger_innen der Stadt Barcelona nicht handeln können, selbst wenn die Aktivitäten am Hafen uns stark betreffen“.[14]

Die Projektgegner_innen fordern deshalb die Stadtregierung auf, die Verwaltung und Entscheidungskontrolle über den Port Vell zu übernehmen und diesen Teil des Hafens in den städtischen Raum zu integrieren. Dadurch, so die Vorstellung, könne dieser Bereich demokratischer gestaltet werden.

Während Helena Cruz i Gallach (2006: 192) in ihrer Analyse von urbanen Protesten in Barcelona einen Trend zu zwei zeitlich aufeinanderfolgenden Phasen identifiziert – eine erste konfrontative Phase, in der Stadtplaner_innen, Initiator_innen und Investor_innen mit den von den Plänen abweichenden Interessen der Protestierenden konfrontiert werden, und eine zweite kooperative Phase, in der die Akteur_innen aufeinander zugehen und beginnen, miteinander zu verhandeln –, zeigt sich im Fall Port Vell ein komplexes Zusammenspiel von Partizipation ‚von unten‘ und Partizipation ‚von oben‘. Auf der einen Seite suchen die Protestierenden den Kontakt und die Kommunikation mit den städtischen Behörden und nutzen dabei formelle Beteiligungsinstrumente und -kanäle, die von der Stadtregierung auf Basis der rechtlichen Grundlagen eingerichtet worden sind. Auf der anderen Seite entzündete sich Kritik an den Bedingungen der formellen Partizipation. Ein Kritikpunkt betrifft

die finanziellen Hürden für die Bürger_innenbeteiligung: Die genauen Pläne für die Umbaumaßnahmen waren nicht frei zugänglich, sondern mussten käuflich erworben werden. Erst nach starken Protesten wurden sie gegen einen ‚symbolischen Betrag‘ zur Verfügung gestellt. Weitere juristische Schritte gegen die Umbaupläne scheiterten zudem, berichtete ein die Aktivist_innen beratender Anwalt im Interview, an den hohen Gebühren, die für die Einreichung von Klagen gezahlt werden müssen. Die Gegner_innen des Projekts entschieden deshalb in einigen Fällen, sich an den partizipativen Verfahren nicht zu beteiligen.

Zu den partizipativen Verfahren im Fall Port Vell gehören mehrere Gespräche zwischen Anwohner_innen und Hafenverwaltung/Stadtverwaltung, eine Begleitkommission des Bauprojekts (‘Comisión de Seguimiento’) unter Beteiligung der Nachbarschaftsvereine, der Hafenverwaltung und der Stadtverwaltung sowie die öffentliche Ausstellung der Umbaupläne für diesen Hafengebiet und die Möglichkeit, dazu Änderungsvorschläge einzubringen. Letzteres bezieht sich aufgrund der Entscheidungsstruktur im Hafengebiet nur auf den Sondernutzungsplan, ohne den ein Teil der im Zuge der Umbauten geplanten Gebäude nicht errichtet werden kann und der vom Stadtrat bestätigt werden muss. In diesen unterschiedlichen Verfahren wurden die Interessen verschiedener Akteursgruppen diskutiert, wie der Wunsch der Anwohner_innen und der anliegenden Restaurants, dass die Sicht auf den Hafen und den Horizont nicht durch direkt am Ufer ankernde Yachten versperrt wird oder die Forderung der Bewohner_innen der angrenzenden Stadtviertel nach Arbeitsplätzen. Es wurde versucht, Lösungen zu finden, die für alle Beteiligten annehmbar sind. So wurde beispielsweise beschlossen, im Viertel La Barceloneta Bildungseinrichtungen zu schaffen, in denen die Jugendlichen für die Arbeit im neuen Yachthafen qualifiziert werden. Auch wurden Regelungen für die Anordnung der Boote im Hafen getroffen, mit denen die Auswirkungen auf die Aussicht der Anwohner_innen reduziert werden. Initiativen, die das Entwicklungsmodell der Stadt und das Projekt Port Vell komplett ablehnen, fanden jedoch kein Gehör. Deren Position wurde lediglich als mangelnde Bereitschaft zum Dialog über den Konflikt wahrgenommen, wie das folgende Zitat beispielhaft zeigt:

„Sie verhalten sich kämpferisch, gegen das Projekt Port Vell. Und da sie dagegen kämpfen, können wir sagen, es gibt keinen Dialog. Sie kommen zu den Versammlungen der Kommission, um zu protestieren. [...] Sie kommen nicht, um irgendetwas zu unterstützen oder um zuzuhören, was man sagt. [...] Mitten in der Versammlung stehen sie auf und gehen. [...] Aber es sind nicht alle Nachbarn gegangen, nicht im Geringsten. Die von den Nachbarschaftsvereinen der Gegend sind geblieben [...]. Und diese sind in einen Dialog mit uns getreten.“ [15]

Auf ihrer Homepage bezeichnet das Stadtparlament Barcelonas die im Februar 2012 ins Leben gerufene ‚Comisión de Seguimiento‘ als partizipativen Prozess (*proceso de participación*), in den Interviews wird das Verfahren allerdings sowohl von den daran teilnehmenden Gegner_innen des Projekts als auch von der städtischen Verwaltung selbst als reine Informationsveranstaltung beschrieben, auf der die Anwohner_innen über

den Verlauf der Bauarbeiten informiert werden. Die Projektgegner_innen forderten von Anfang an, dass bereits vor der Genehmigung des Projekts im Stadtparlament ein Beteiligungsverfahren durchgeführt wird. Die Ablehnung dieser Forderung wurde von den Mitgliedern der Stadtregierung im Interview damit begründet, dass die Stadt im Fall Port Vell ein konkretes Ziel (nämlich wirtschaftliches Wachstum) verfolge und bereits konkrete Pläne habe. Partizipationsprogramme hingegen hätten die Funktion, der Stadt bei einer Entscheidung zu helfen, wenn diese noch keine Pläne habe, und seien deshalb für den Fall Port Vell ungeeignet.

Zusammenfassend sind unterschiedliche Faktoren zu benennen, die die ‚wirkliche‘ Beteiligung der Bevölkerung einschränken: Erstens bestehen finanzielle Hürden (z. B. Kosten für den Erwerb von Informationen). Zweitens ist die Form, in der sich die Bevölkerung einbringen kann, stark vorgegeben. Mit zunehmender Institutionalisierung und Formalisierung wird die Rolle der Anwohner_innen als Mitwirkende an der Stadtplanung auf die Teilnahme an bestimmten vorgegebenen Prozessen verengt. Dabei wird von der Stadtverwaltung bestimmt, wer zu den jeweiligen Verfahren und Versammlungen eingeladen wird (beispielsweise welche Organisation die Anwohner_innen vertreten soll und ob einzelne Individuen zugelassen sind), welche Entscheidungen getroffen werden und teilweise sogar zwischen welchen Entscheidungsmöglichkeiten gewählt werden kann. Unterschiedlichen Phasen eines Bauprojekts werden dabei unterschiedliche Entscheidungen zugeordnet (in der ‚Comisión de Seguimiento‘ wird beispielsweise nicht mehr diskutiert, ob das Bauprojekt realisiert wird.). Raum, die Macht- und Entscheidungsstrukturen zu reflektieren und zu hinterfragen, besteht nicht. Drittens ist Partizipation nur in einem beschränkten Rahmen vorgesehen, bestimmte Grundlagen werden vorausgesetzt. Ähnlich wie in Barcelona eine ‚demokratische Stadtpolitik‘ (im traditionellen Verständnis von Demokratie) als alternativlos angesehen wird, ist es auch unhinterfragtes Ziel, dass die städtischen Politiken das Wirtschaftswachstum der Stadt fördern sollen (Marshall 1996). Viertens ist auch die Form der Artikulationsmöglichkeiten in den verschiedenen Partizipationsverfahren vorgegeben. Indem die Partizipationsprogramme eine Integration (der Interessen) aller Stakeholder versprechen, legen sie als einzig mögliche Form, Dissens zu artikulieren, die Aushandlung zwischen unterschiedlichen Interessensvertreter_innen fest.

Im Fall von Port Vell wurden durch unterschiedliche Prozesse der Bürger_innenbeteiligung Möglichkeiten gefunden, verschiedene Interessen ‚miteinander zu versöhnen‘, so dass der Wunsch nach geringer Beeinträchtigung des Sichtfelds durch die baulichen Veränderungen und die Forderungen nach mehr Arbeitsplätzen den Umbaumaßnahmen nicht länger im Wege standen. Im Partizipationsprozess wurden also keine Räume geschaffen, in denen unterschiedliche hegemoniale Projekte miteinander konkurrierten, sondern solche, in denen Interessen artikuliert und Interessenskonflikte aufgelöst wurden, indem vermeintlich für alle die besten Lösungen gesucht und gefunden wurden. Es fand dabei eine Aufteilung der Welt auf der Grundlage von Interessen als spezifische Form der Konstituierung der Gesellschaft statt. So konnten scheinbar alle ihre Vorstellungen einbringen und im Konsens waren grundlegende Entscheidungen und Veränderungen möglich. Tatsächlich

waren jedoch bereits vor dem Beginn der Aushandlungsprozesse gewisse Grenzen festgelegt. Das Beispiel zeigt, wie die polizeiliche Ordnung (im Rancière'schen Sinne) bestimmt, wer an der Gestaltung der Stadt Teil hat, und diesen Personen einen bestimmten Rahmen bietet, in dem sie sich Gehör verschaffen können – aber auch gleichzeitig diejenigen stimmlos macht, die nicht gehört werden (sollen). Durch die vermeintliche Integration aller, wird überdeckt, dass es Personen und Ideen gibt, die aus den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind.

Die partizipativen Verfahren bieten in diesem Fall keine Möglichkeit für eine radikale Kritik – also Interventionen, die ‚außerhalb des Rahmens‘ liegen – denn da es kein Außen gibt, wird jeder Konflikt als Interessenskonflikt markiert, in das polizeiliche System integriert und vermeintlich gelöst. Indem jeder Dissens in der Gesellschaft als Interessenskonflikt verstanden wird, bleibt als einzige Form des Sprechens die Artikulation von Interessen, Meinungen und Präferenzen. Im Kontext dieser spezifischen polizeilichen Ordnung werden die einzelnen Individuen zu Subjekten, die ihre Interessen vertreten sehen wollen – zu Stakeholdern – und bestätigen gleichzeitig im Subjektivierungsprozess die herrschende Ordnung. Demokratische Interventionen, die eine Gefahr für die polizeiliche Ordnung darstellen, werden auf diese Weise gebändigt. Partizipationsprogramme können daher als Teil der gouvernementalen Systemstabilisierungspolitik der Polizei verstanden werden. Gleichzeitig sind die partizipativen Verfahren auch ein Instrument der Regierenden, mit dem auf das Wissen der Anwohner_innen über die sie umgebende Umwelt zugegriffen werden kann. Mit diesem Wissen kann eine bessere Stadtplanung gemacht werden, denn

„der Planer, der in seinem Büro eingeschlossen ist, hat nicht das Wissen der Bewohner_innen. [...] Wer dort [an einem Platz, der umgestaltet werden soll] lebt, sind die Nachbarn dieses Platzes. Sie kennen die Bedürfnisse und wissen, was auf diesem Platz passiert.“ [16]

Auf dieses Wissen soll nach den Angaben von Stadtregierung und -verwaltung jedoch nur dann zurückgegriffen werden, wenn die Stadt noch nicht „ein Projekt a priori“ [17] hat und noch keine bestimmten Ziele verfolgt.

Die Protestierenden zeigen dagegen, dass unterschiedliche Vorstellungen über Stadtentwicklung bestehen: Es manifestiert sich Dissens. Dabei zeigen sich nicht nur unterschiedliche Interessen bezüglich der konkreten Ausgestaltung der Stadtentwicklung, sondern auch verschiedene Vorstellungen darüber, wer bestimmt, wie Stadt gestaltet sein soll, und wer nicht, also wie die aktuell bestehende Ordnung der Stadtentwicklung strukturiert ist. Die Aktivist_innen setzen sich massiv dafür ein, in den Entscheidungen über die Entwicklung der Stadt mitzubestimmen. Mit den Worten Rancières lässt sich sagen: Diejenigen, die nicht sprechen können, erheben die Stimme. Auch wenn nicht jede Partizipation ‚von unten‘ in Barcelona einen transformativen Charakter aufweist (Bonet i Martí 2012: 23), zielen doch zumindest im dargestellten Beispiel die Proteste darauf ab, Macht- und Entscheidungsstrukturen zu verändern und die Städter_innen selbst als politische Akteur_innen, die ihre Stimmen erheben, zu positionieren. Dabei wird deutlich, dass Proteste das Potenzial haben können,

den ‚Rahmen des Möglichen‘ infrage zu stellen und zur Politisierung von Stadtentwicklung beizutragen.

5. Fazit

Mein Beitrag zeigt am Beispiel Barcelona und dem Port Vell, wie scheinbar inkludierende Stadtpolitiken Ausschlüsse produzieren. Partizipation ist möglich – allerdings nur innerhalb eines vorgegebenen Rahmens. Forderungen nach einer Veränderung der aktuellen politischen Ordnung, der Anspruch auf eine ‚echte Partizipation‘ werden nur noch als fehlende Bereitschaft zum Dialog wahrgenommen – sie werden zum ‚Lärm‘ im Sinne Rancières. Vor diesem Hintergrund muss das hegemoniale Narrativ der Stadtentwicklung Barcelonas, das als eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Umsetzung von Beteiligungsmöglichkeiten für die Bevölkerung erzählt wird, revidiert werden.

Eine emanzipatorisch-demokratische Perspektive macht qualitative Unterschiede zwischen verschiedenen historischen Phasen und Formen von Partizipation deutlich. In den 1970er und 1980er Jahren scheint die Bevölkerung in politischen Momenten auf die Gestaltung der Stadtentwicklung und die bestehenden Macht- und Herrschaftsstrukturen eingewirkt und so die hegemoniale Ordnung in gewisser Weise mitgeprägt zu haben. Indem sie das Wort ergriffen und öffentlich Anspruch darauf erhoben, mit ihren Wünschen und Bedürfnissen gehört zu werden, konstituierten sich die Bewohner_innen der Stadt unter dem Begriff der/des *vecinos/vecinas* als politisches Subjekt. Demgegenüber zielen die heutigen, stark formalisierten Partizipationsmöglichkeiten auf die Herstellung eines rationalen Konsenses. Forderungen nach einer Änderung der Entscheidungsstrukturen, die über die Interessensartikulation in Bezug auf ein spezifisches Bauprojekt hinausgehen und daher von einem solchen Konsens nicht ‚eingefangen‘ werden können, finden keinen Eingang in diese Prozesse. Das Beispiel Port Vell zeigt, dass erst im Protest – der Partizipation ‚von unten‘ – solche Forderungen möglich werden. In der Aktion selbst, in der der Widerstand gegen das Bauprojekt und gegen die dahinterstehenden Entscheidungsstrukturen öffentlich gemacht wird, bietet sich die Chance, der postpolitischen Ordnung ‚echte Demokratie‘ als gegenhegemoniales Projekt entgegenzusetzen. Die offizielle Geschichtsschreibung der Stadtentwicklung Barcelonas, die sich mit dem Hinweis auf die partizipativen Möglichkeiten zur Zeit der demokratischen Transition legitimiert, geht auf solche Unterschiede nicht ein.

Endnoten

- [1] Der Beitrag greift auf eigenes empirisches Material zum Fall Marina Port Vell zurück, das bei zwei Forschungsaufenthalten in Barcelona 2012 und 2013 erhoben wurde. In dieser Zeit wurden Leitfadenterviews u. a. mit Vertreter_innen der Stadtregierung und Abgeordneten der im Stadtrat vertretenen Parteien, Mitarbeiter_innen der Stadt- und der Hafenverwaltung, aktiven Anwohner_innen und Mitgliedern unterschiedlicher Protestgruppen durchgeführt, ergänzt durch teilnehmende Beobachtungen bei mehreren Protestgruppen und -veranstaltungen. Zur Auswertung kamen auch weitere relevante Dokumente wie Zeitungsartikel, Internetbeiträge, parlamentarische

Unterlagen und solche der Stadtverwaltung sowie wissenschaftliche Publikationen zum Fall Port Vell. Der Schwerpunkt der Analyse liegt auf der Rekonstruktion des Protests und seinen Veränderungen im Zeitverlauf, auf den zentralen Akteur_innen, Diskursen und Praktiken sowie auf deren Wechselbeziehungen.

- [2] Bonet i Martí macht darauf aufmerksam, dass beide Formen in vielfältiger Weise miteinander verschränkt sein können.
- [3] Im Folgenden wird in diesem Beitrag die Bezeichnung Postpolitik verwendet. Auf das Problem der uneinheitlichen Verwendung der Begriffe und die Frage, ob die Bezeichnungen für das Gemeinte überhaupt sinnvoll sind, gehen Schipper und Mullis in dieser Ausgabe ein. Zum Verständnis des Präfixes ‚post‘ vgl. Meyer 2011: 22.
- [4] Für einen Überblick zum Begriff urban governance vgl. Schnur/Drilling 2009.
- [5] Diese Informationen wurden im Interview mit einer Vertreterin der Salamanca Group sowie mit Vertreter_innen der Hafenvverwaltung bestätigt.
- [6] Auszug aus einem Beobachtungsprotokoll vom 13.6.2013.
- [7] Interview mit J. M., Mitglied der Plataforma.
- [8] Interview mit M. F., Bewohnerin des Stadtviertels La Barceloneta, Mitglied der Plataforma und der APV (Übers. d. A.).
- [9] Vortrag der APV auf der Diskussionsveranstaltung ‚Seminari Geocrítica‘ am 18.6.2013 (Übers. d. A.).
- [10] Interview mit M. E., Mitglied der Plataforma und der APV (Übers. d. A.).
- [11] Interview mit P. P., Bewohnerin des Stadtviertels La Barceloneta und Mitglied der Plataforma, der APV und eines Nachbarschaftsvereins (Übers. d. A.).
- [12] Interview mit M. E. (Übers. d. A.).
- [13] Francesc Magrinyà, zit. nach Pauné 2013 (Übers. d. A.).
- [14] Interview mit M. E. (Übers. d. A.).
- [15] Interview mit Carles Agustí, Leiter der Kommission für Bürgerbeteiligung und Verbände (Comissionat de Participació Ciutadana i Associacionisme) der Stadt Barcelona (Übers. d. A.).
- [16] Ebd.
- [17] Ebd.

Autor_innen

Catarina Gomes de Matos ist Soziologin und Stadtgeografin und beschäftigt sich mit urbanen Konflikten und Protesten. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Umweltsozialwissenschaften und Geographie in Freiburg.
 catarina.matos@geographie.uni-freiburg.de

Dank gilt der Baden-Württemberg Stiftung für die finanzielle Unterstützung der Forschungsarbeit im Rahmen des Programms für Post-Doktorand_innen und Post-Doktoranden (Projektleitung: Samuel Mössner) und dem DAAD für seine Förderung des Auslandsaufenthalts.

Literatur

- Acebal, Marc Andreu (2008): Moviments socials i crítica al ‚Model Barcelona‘. De l’esperança democràtica de 1979 al miratge olímpic de 1992 i la impostura cultural del 2004. In: Scripta Nova. Revista electrònica de Geografia y Ciencias Sociales XII 270(119).
- Ajuntament de Barcelona (2010): Municipal Master Plan for Citizen Participation 2010-2015. www.bcn.cat/participacio/pdf/2011PDMPCangles11.03.11.pdf (letzter Zugriff am 27.4.2013).
- Alt, Christian/Teubner, Markus/Winklhofer, Ursula (2005): Partizipation in Familie und Schule – Übungsfeld der Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 41, 24-34.

- Bonet i Martí, Jordi (2012): El territorio como espacio de radicalización democrática. Una aproximación crítica a los procesos de participación ciudadana en las políticas urbanas de Madrid y Barcelona. In: *Atheneas Digital* 12/1, 15-28.
- Capel Sáez, Horacio (2007): El debate sobre la construcción de la ciudad y el llamado 'Modelo Barcelona'. In: *Revista Electrónica de Geografía y Ciencias Sociales* XI/233, 229-255.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Cruz i Gallach, Helena (2006): Los conflictos urbanísticos: Sus causas y sus protagonistas. Una reflexión a partir de la experiencia de Cataluña. In: *Cuaderno de Geografía* 80, 183-194.
- Cruz i Gallach, Helena/Martí i Costa, Marc (2010): Conflictos urbanísticos y movilizaciones ciudadanas. Reflexiones desde Barcelona. In: *Finisterra* XLV 90, 111-132.
- Einig, Klaus/Grabher, Gernot/Ibert, Oliver/Strubelt, Wendelin (2005): *Urban Governance. Eine Einführung*. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 9/10: I-IX.
- Fernández Sánchez, Noemí (2007): Innovationskultur in der Metropolregion Barcelona. In: *Standort* 31/4, 184-188.
- García-Ramon, Maria-Dolors/Albet, Abel (2000): Pre-Olympic and post-Olympic Barcelona, a 'model' for urban regeneration today? In: *Environmental Planning A* 32/08, 1331-1334.
- Krasmann, Susanne (2010): Jacques Rancière: Politik und Polizei im Unvernehmen. In: Ulrich Bröckling/Robert Feustel (Hg.), *Das Politische Denken. Zeitgenössische Positionen*. Bielefeld: transcript Verlag, 77-98.
- Kuhn, Armin (2012): Zwischen gesellschaftlicher Intervention und radikaler Nischenpolitik. Häuserkämpfe in Berlin und Barcelona am Übergang zur neoliberalen Stadt. In: Hanno Balz / Jan-Henrik Friedrichs (Hg.), "All we ever wanted ..." Eine Kulturgeschichte europäischer Protestbewegungen der 1980er Jahre. Berlin: Karl Dietz Verlag, 37-52.
- Marchart, Oliver (2010): *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Marina Port Vell (2011): The transformation is underway. www.marinaportvell.com/en (letzter Zugriff am 18.10.2013).
- Marshall, Tim (2000): Urban planning and governance: Is there a Barcelona model? In: *International Planning Studies* 5/3, 299-319.
- Marshall, Tim (1996): Barcelona—fast forward? City entrepreneurialism in the 1980s and 1990s. In: *European Planning Studies* 4/2, 147-165.
- Mayer, Margit (2003): The onward sweep of social capital: causes and consequences for understanding cities, communities and urban movements. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 27/1, 110-132.
- Meyer, Katrin (2011): Kritik der Postdemokratie. In: *Leviathan* 39/1, 21-38.
- Monclús, Francisco-Javier (2003): The Barcelona model: and an original formula? From 'reconstruction' to strategic urban projects (1979-2004). In: *Planning Perspectives* 18/4, 399-421.
- Mouffe, Chantal (2005): *On the Political*. London/New York: Routledge.
- Pascual Molinas, Núria/Ribera Fumaz, Ramon (2009): Retail gentrification in Ciutat Vella, Barcelona. In: Libby Porter/Kate Shaw (Hg.), *Whose Urban Renaissance? An International Comparison of Urban Regeneration Strategies*. London/New York: Routledge, 181-190.
- Pauné, Meritxell M. (2013): Vecinos y académicos proponen un Port Vell marinerero como alternativa a los yates. www.lavanguardia.com/local/barcelona/20130215/54365409278/port-vell-marinerero-alternativa-yates.html (letzter Zugriff am 27.4.2013).
- Plataforma Defensem el Port Vell (2012): *Manifiesto de la plataforma Defendamos el Port Vell*. <http://defensemportvell.wordpress.com/tag/manifest> (letzter Zugriff am 10.10.2013).
- Rancière, Jacques (2008): *Zehn Thesen zur Politik*. Berlin/Zürich: Diaphanes Verlag.
- Rancière, Jacques (2002): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Rancière, Jacques (1997): Demokratie und Postdemokratie. In: Alain Badiou/Jacques Rancière/Rado Riha/Jelica Sumic-Riha (Hg.), *Politik der Wahrheit*. Wien: Verlag Turia & Kant, 94-122.
- Renner, Andreas/Gohl, Christopher/de Maizièrè, Maximilian (2002): *Nachhaltigkeit und Globalisierung. Partizipation, Demokratie—Identifizierung von Zusammenhängen und Gestaltungsansätzen. Kurzstudie für den Rat für Nachhaltige Entwicklung*. Bensheim/Berlin. www.reocities.com/utkum/KurzstudieGlobalisierung.pdf (letzter Zugriff am 19.10.2013).

- Schmidt, Manfred G. (2000): *Demokratietheorien*. Opladen: Leske + Budrich Verlag.
- Schnur, Olaf/Drilling, Matthias (2009): *Governance – ein neues Zauberwort auch für die Quartiersentwicklung?* In: Matthias Drilling/Olaf Schnur (Hg.), *Governance der Quartiersentwicklung. Theoretische und praktische Zugänge zu neuen Steuerungsformen*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 11-26.
- Simons, Maarten/Masschelein, Jan (2010): *Governmental, political and pedagogic subjectivation: Foucault with Rancière*. In: *Educational Philosophy and Theory* 42/5-6, 588-605.
- Žižek, Slavoj (2010): *Die Tücke des Subjekts*. Berlin: Suhrkamp Verlag.

The Barcelona model – participation, protest and post-politics

The ‘Barcelona Model’ stands for decision-making and development processes where different actors are included in urban planning. Today’s highly formalised options for citizen participation are seen as continuation of the neighbourhood resistance in the 1970s. Increasing formalisation of participation has been regarded as a process of democratisation. The article questions the connection between formalised participation options and democracy. For this purpose the traditional understanding of democracy is confronted with an emancipatory understanding of democracy following the theories of poststructuralist political philosophy. Analysing the protests against the reconstruction of Marina Port Vell in Barcelona provides empirical evidence of limitations of formal participation. Following, the article also discusses, if protest can be viewed as an alternative to formal participation.

Die postpolitische Stadt*

Erik Swyngedouw

Wohlan denn, mein lieber Freund, welches ist der Charakter der Tyrannis? Denn was ihre Entstehung anlangt, so ist so viel gewiß, daß sie aus der Demokratie durch deren Ausartung vor sich geht. (Platon, Der Staat)

Die Polis ist tot, es lebe die kreative Stadt! Während die Stadt, zumindest in Teilen des städtischen Raums, blüht und gedeiht, scheint die Polis im idealisierten griechischen Sinn dem Untergang geweiht; in diesem Verständnis ist sie der Ort der öffentlichen politischen Auseinandersetzung und demokratischen Unterhandlung und somit eine Stätte (oft radikaler) Abweichung und Unstimmigkeit, an der die politische Subjektivierung buchstäblich ihren Platz hat. Diese Figur einer entpolitisierten (oder postpolitischen und postdemokratischen) Stadt im Spätkapitalismus bildet das Leitmotiv des vorliegenden Beitrags. Ich lehne mich dabei an Jacques Rancière, Slavoj Žižek, Chantal Mouffe, Mustafa Dikeç, Alain Badiou und andere Kritiker jenes zynischen Radikalismus an, der dafür gesorgt hat, dass eine kritische Theorie und eine radikale politische Praxis ohnmächtig und unfruchtbar vor jenen entpolitisierenden Gesten stehen, die in der polizeilichen Ordnung des zeitgenössischen neoliberalen Spätkapitalismus als Stadtentwicklungspolitik [*urban policy*] und städtische Politik [*urban politics*] gelten. Ziel meiner Intervention ist es, das Politische wieder in den Mittelpunkt der zeitgenössischen Debatten über das Urbane zu stellen.

Ich werde in vier Schritten vorgehen. Im ersten Abschnitt untersuche ich, wie das Politische aus jener Sphäre der Immanenz verbannt wurde, die überhaupt die Möglichkeit einer Polis begründet, und wie sich eine entsprechende postpolitische Ordnung der Stadt etablierte. Charakterisiert ist eine solche Ordnung durch den Aufstieg einer neoliberalen Gouvernamentalität, in der Auseinandersetzung, Differenz und Dissens durch eine Reihe von Herrschaftstechniken ersetzt wurden, deren gemeinsamen Kern Konsens, Zustimmung und technokratische Steuerung bilden. Der zweite Teil analysiert den entpolitisierten Zustand der spätkapitalistischen Stadt und argumentiert, dass der städtische Rahmen grundlegend – und vielleicht unwiderruflich – von einer durch und durch postpolitischen und

* Es handelt sich bei diesem Text um eine Übersetzung eines 2007 als „The post-political city“ erschienen Beitrags aus dem von Guy Baeten herausgegebenen Band Urban Politics Now. Re-imagining Democracy in the Neoliberal City. Wir bedanken uns beim Autor und dem Verlag NAI010 für die Überlassung der Rechte. Der Beitrag wurde von Bettina Engels und Michael Adrian aus dem Englischen übertragen.

postdemokratischen Ordnung verändert wurde. Im dritten Abschnitt führe ich aus, dass die postpolitische konsensuelle städtische Polizeiordnung nachdrücklich auf eine populistische Geste setzt, die Demokratie suspendiert und zwangsläufig zu einer Ultrapolitik der gewaltsamen Verleugnung und letzten Endes zur Verwerfung jedes wirklichen Raums des politischen Engagements führen muss. Abschließend versuche ich, den Begriff des Politischen und der politischen Polis aus der Starre unserer heutigen Fixierung auf ein konsensorientiertes (partizipatorisches) Regieren, auf technokratische Steuerung und auf ein neoliberales städtisches Polizei-/Politikwesen [polic(y)ing] herauszulösen. Die Selbstwidersprüche der heutigen städtischen Ordnung, die Exzesse und Lücken, die sich in den Fugen der postpolitischen städtischen Ordnung finden, erlauben es, so meine These, genuin politische Stadträume zu denken, wenn nicht gar sie materiell zu eröffnen und in Besitz zu nehmen.

Die spätkapitalistische urbane Polizei

„Das Ende der sozialistischen Alternative bedeutete also keine Erneuerung der demokratischen Debatte. Es bedeutete vielmehr die Reduktion des demokratischen Lebens auf die Verwaltung der lokalen Konsequenzen globaler ökonomischer Erfordernisse. Man hielt letztere tatsächlich für eine allgemeine Ausgangslange, die Linke wie Rechte zu den gleichen Lösungen zwang. Der Konsens in diesen Lösungen entwickelte sich zum höchsten demokratischen Wert“ (Rancière 2004: 3f.).

Die spätkapitalistische stadtpolitische (bzw. -polizeiliche) Ordnung beruht meines Erachtens nicht nur auf der Eliminierung jeglichen Widerspruchs. Wichtiger noch ist, dass sie das Politische verwirft, „den Prozess des Sinnlichen“ untergräbt und dadurch im Sinne Rancières und Anderer einen postpolitischen und postdemokratischen Zustand erzeugt. Bevor wir die Analyse dieser postpolitischen Situation in Angriff nehmen, möchte ich kurz die Umriss der polizeilichen Ordnung im Spätkapitalismus nachzeichnen.

Das urbane Polizei-/Politikwesen in der europäischen Stadt hat im Zusammenhang mit der Einführung konsensueller neoliberaler sozio-ökonomischer Politiken zu bedenklichen Verschiebungen der Felder und Ebenen geführt, auf denen Interventionen stattfinden können. Auch hat es entscheidende Veränderungen in der Zusammensetzung und den Eigenschaften von Akteuren und Agenten, institutionellen Strukturen und politischen Instrumenten nach sich gezogen. Infolge dieser Wechselfälle hatten die Städte einen sozioökonomischen Umbruch zu bewältigen, der aus der globalen Reorganisation von Produktion und Nachfrage, der Bildung transnationaler Netzwerke von Unternehmen und Individuen, Strömen von Fluchtkapital sowie der raschen Restrukturierung (und oftmals Dualisierung) der Arbeitsmärkte resultierte. Um sich der Herausforderung dieser veränderten sozioökonomischen Gegebenheiten stellen zu können, gaben die Städte ihrer polizeilichen/politischen Agenda eine radikal neue Ausrichtung. In dieser neuen städtischen Agenda kommt einerseits die Verlagerung des politischen Schwerpunkts von regulatorischen

und distributiven Erwägungen auf die Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, Unternehmergeist und Kreativität zum Ausdruck (Oatley 1998; Roberts und Sykes 2000). Die strategische Wende der städtischen Agenda ist integraler Bestandteil einer kritischen Neubewertung der Form, der Funktionen und Aufgaben der Stadtentwicklungspolitik sowie der Entstehung einer neuen Form des städtischen Regierens (Brindley, Rydin und Stoker 1989; Healey et al. 1995; Swyngedouw 2005b). Gewiss, noch immer sorgen viele konkurrierende Regierungsstile für ein erhebliches Maß an Differenzierung. Es ist aber nicht zu übersehen, dass die Erneuerung der Städte zunehmend in eine allgemeine und konsensorientierte Sprache der wettbewerblichen Kreativität, der Flexibilität, der Effizienz, der Staatsunternehmerschaft, der strategischen Partnerschaften und der gemeinschaftlichen Vorteile gekleidet wird (Healey 1997; Jessop 1998; 2002; Albrechts 2006).

Die ursprünglichen Erfolge großangelegter Stadtsanierungsprojekte in Boston, Baltimore und Barcelona führten dazu, dass Strategien zur Neupositionierung von Städten auf einer Landkarte der global wettbewerbsfähigen Metropolen seit den späten 1980er Jahren stark auf die Planung und Umsetzung großräumiger Stadtentwicklungsprojekte zur wirtschaftlichen Erneuerung vertrauen. Diese symbolischen Projekte, die uns in den städtischen und regionalen Landschaften von heute überall begegnen, sind der materielle Ausdruck einer Entwicklungslogik, der zufolge sie als das entscheidende Mittel zur Schaffung von Wachstum und zum Anlocken von Investitionskapital und Konsumenten gelten. Der Potsdamer Platz in Berlin, die Südachse in Amsterdam, der Kop van Zuid in Rotterdam, das Guggenheim-Museum in Bilbao oder die Ausrichtung der Olympischen Spiele in London bilden nur einige Beispiele für eine wachsende Anzahl von Städten, die derartige Strategien verfolgen. Vor allem aber sind solche Projekte zu einem integralen Bestandteil neoliberaler Politik geworden, von der traditionelle umverteilungsorientierte Ansätze abgelöst wurden. Eine wettbewerbsorientierte Stadtsanierung ist zum obersten Ziel des neuen städtischen Polizei-/Politikwesens geworden, verbunden mit der Hoffnung, Städte könnten auf diese Weise ihre Position in einer sich konsolidierenden globalen Wirtschaft behaupten (Swyngedouw, Moulaert und Rodriguez 2002). Um die Wettbewerbsvorteile einer Stadt zu vergrößern, stützt man sich dabei vor allem auf eine Optimierung und Anpassung der baulichen Umgebung an die Akkumulationsstrategien ihrer wichtigsten Eliten sowie auf den Anschluss der Stadt an die führenden transnationalen ökonomischen und kulturellen Elitenetzwerke.

Aus diesem Grund gehen physische Neubebauung und Wirtschaftsaufschwung gerne Hand in Hand und werden oft als fast simultane Prozesse wahrgenommen: Megaprojekte gelten als solide Grundlage zur Wachstumsstimulation und zur Beförderung des funktionalen Wandels. Zugleich zielt eine solche Revitalisierung der Stadt über die Stadtgrenzen hinaus auf die Stärkung und Internationalisierung der Regionen (Moulaert, Rodriguez und Swyngedouw 2002). Für die Umsetzung einer solchen neuen Stadtentwicklungspolitik ist entscheidend, dass eine Reihe neuer formeller und informeller institutioneller Regelungen und Steuerungsmechanismen entstehen, die auf ein Regieren außerhalb und jenseits des Staates zielen.

Kurz gesagt: Die Herausbildung neuer Stadtlandschaften wird von einer neuen Polizeiordnung des Regierens und der Organisation von Sozialbeziehungen begleitet (Mitchell 2002; Jessop 1998; Pagden 1998; Hajer und Wagenaar 2003; Whitehead 2003).

Regieren (*Governance*) als ein über den Staat hinausgreifendes Steuerungsregime verweist auf eine institutionelle oder quasi-institutionelle Organisation des Steuerns, welche die Form horizontaler verbandsförmiger Netzwerke privater (Markt-), zivilgesellschaftlicher (üblicherweise NGOs) und staatlicher Akteure (Swyngedouw 2005a) annimmt. Diese Netzwerke schaffen die Voraussetzung dafür, dass private ökonomische Akteure einerseits und Teile der Zivilgesellschaft andererseits bei der Gestaltung, Aushandlung, Verwaltung und Entscheidungsfindung von Politik eine viel größere Rolle spielen als bisher und so in eigener Regie verwalten, was bis vor kurzem noch von nationalen oder kommunalen staatlichen Stellen geleistet oder organisiert wurde. Solche scheinbar horizontal organisierten, rhizomatischen und polyzentrischen Ensembles mit verteilter Macht dominieren auf diversen geographischen Ebenen zunehmend die Regelsetzung und -durchsetzung (Hajer 2003: 175). Man begegnet ihnen ebenso auf lokaler/städtischer Ebene (als Entwicklungs- oder Fördergesellschaften, Ad-hoc-Ausschüssen, formellen oder informellen Betroffenenverbänden, die sich mit der städtischen Sozial-, Wirtschafts-, Infrastruktur- und Umweltpolitik oder sonstigen Themen befassen) wie auf regionalem oder gar transnationalem Niveau (die EU, die WTO, der IWF oder das Kyoto-Protokoll) (Swyngedouw 1997). Man hat solche ‚partizipatorischen‘ Methoden des Regierens als eine neue Form der *Gouvernementalität* beschrieben, d.h. als „Führung der Führung“ (Foucault 1978; Lemke 2002), bei der eine bestimmte Rationalität der Regierens mit neuen Technologien, Instrumenten und Taktiken der Durchführung des Prozesses der Setzung, Einsetzung und polizeilichen Durchsetzung kollektiver Regeln kombiniert wird. Dabei hat sich das städtische Terrain als entscheidendes Feld für diese neuen Regierungsmodalitäten erwiesen (Le Galès 2002; Brenner und Theodore 2002). Ich möchte zeigen, dass dies mit einer Umgestaltung der städtischen ‚Polizeiordnung‘ einhergeht, die sich in Richtung eines postpolitischen und postdemokratischen Konsenses entwickelt.

Schmitter (2002: 52) definiert Regieren als „Methode/Mechanismus, um mit einer großen Bandbreite an Problemen/Konflikten umzugehen, bei der die Akteure regelmäßig zu wechselseitig zufriedenstellenden und bindenden Entscheidungen kommen, indem sie miteinander verhandeln und bei der Umsetzung dieser Entscheidung miteinander kooperieren“. Über den Staat hinausgreifende Systeme des Regierens sind mutmaßlich horizontal und vernetzt. Sie basieren auf interaktiven Beziehungen zwischen unabhängigen, miteinander verflochtenen Akteuren innerhalb bedingt inklusiver partizipatorischer institutioneller oder organisatorischer Vereinigungen. Die Akteure verfügen über ein gemeinsames Verständnis von Zielen und Problemen sowie, trotz innerer Konflikte und gegensätzlicher Absichten, über ein hohes Maß an gegenseitigem Vertrauen. Die von ihnen mobilisierten Technologien des Regierens stützen sich auf reflexive Risikokalkulation (Selbsteinschätzung) und Buchführungsvorschriften, auf eine buchhalterische Disziplinierung und Quantifizierung von Leistungen sowie auf deren

marktorientierte Zielbestimmung (Dean 1999; Donzelot 1984). Lemke (2002: 50) zufolge verheißt dies

„eine Transformation der Politik, die die Machtverhältnisse in der Gesellschaft umstrukturiert. Was wir heute erleben, ist nicht eine Verminderung oder Verringerung der Souveränität und der Planungskapazitäten des Staates, sondern eine Verschiebung von formellen auf informelle Regierungstechniken sowie den Auftritt neuer Akteure (wie etwa NGOs) auf der Bühne des Regierens, die auf grundlegende Veränderungen der Staatlichkeit und ein erneuertes Verhältnis zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren hindeuten.“

Diese Entwicklung umfasst eine dreifache Reorganisation (Swyngedouw 1997; 2004). Zunächst einmal haben wir es mit einer Externalisierung staatlicher Funktionen durch ihre Privatisierung und Deregulierung (sowie Dezentralisierung) zu tun. Beide Mechanismen führen unweigerlich dazu, dass nichtstaatliche, zivilgesellschaftliche oder markt-basierte Strukturen zunehmend damit befasst sind, eine Reihe sozialer, ökonomischer und kultureller Aktivitäten zu regulieren, zu steuern und zu organisieren. Die zweite Reorganisation betrifft die Verlagerung des Regierens auf höhere Ebenen, im Zuge deren der Nationalstaat regulatorische und andere Aufgaben in wachsendem Maß an andere und höhere Ebenen des Regierens (etwa an die EU, den IWF, die WTO usw.) delegiert. An dritter Stelle steht dann wiederum eine Verlagerung des Regierens auf kleinformatigere Ebenen; hier wird das Regieren durch ‚lokale‘, quasiautonome und multi-akteursbasierte Praktiken und Regelungen ersetzt, die eine größere lokale Ausdifferenzierung mit dem Wunsch verbinden, neue soziale Akteure in der Arena des Regierens zuzulassen. Verbunden hiermit sind Prozesse einer vertikalen Dezentralisierung, die subnationale Formen des Regierens verstärken.

Diese drei Prozesse, welche die Beziehungen zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Markt neu justieren, strukturieren zugleich die Regime des Regierens um. Denn es etablieren sich neue institutionelle Formen eines über den Staat hinausgreifenden Regierens, die zum Bestandteil eines Steuerungssystems bzw. eines Systems zur Organisation der ‚Führung der Führung‘ werden. Die so skizzierte Umstrukturierung spielt sich in einem sich konsolidierenden neoliberalen ideologischen Gemeinwesen ab. Letzteres verbindet dreierlei miteinander: eine politische Konstruktion des Marktes, die ihn als bevorzugte Institution zur Mobilisierung und Allokation von Ressourcen festschreibt, eine Kritik am staatlichen „Exzess“ der keynesianischen Wohlfahrtsökonomik und einen sozialtechnischen Umbau des Sozialen hin zu mehr Eigenverantwortung (Harvey 2007). Natürlich gehören zu den neuen Modalitäten des Regierens auch die Mobilisierung eines Bündels neuer Machttechniken, die Mitchell Dean (1999) als Technologien der Handlungsfähigkeit und als Technologien der Leistung beschreibt. Während erstere darauf angelegt sind, den individuellen Akteur für seine Handlungen verantwortlich zu machen, betreffen letztere die Mobilisierung von Regeln zum Leistungsvergleich. Anhand dieser staatlich vorgegebenen Parameter, die eine bestimmte Reihe von Einzelleistungen erfordern, kann eine (Selbst-)Einschätzung vorgenommen werden. Diese

Leistungstechnologien bringen „berechnende Individuen“ innerhalb „berechenbarer Räume“ hervor, und sie sind eingebettet in „kalkulatorische Regime“ (Miller 1992). Barbara Cruikshank (1993; 1994) spricht in diesem Zusammenhang davon, dass hier „Techniken der Staatsbürgerschaft“ mobilisiert werden, und definiert diese Techniken als

„die multiplen Techniken der Selbstachtung, der Ermächtigung, der Beratung und Verhandlung, die bei so unterschiedlichen Aktivitäten wie der Kommunalentwicklung, der Abschätzung sozialer und ökologischer Folgen, bei gesundheitspolitischen Kampagnen, beim Unterrichten jeglicher Art, beim Community Policing, dem Kampf gegen unterschiedliche Formen der Abhängigkeit und so weiter zum Einsatz kommen“ (Dean 1999: 168).

Paradoxerweise ist es nun so, dass NGOs und andere zivilgesellschaftliche Organisationen, die als Sprachrohr der Machtlosen und gesellschaftlich Ausgegrenzten auftreten, solche Technologien gerne propagieren und einsetzen (Goonewardena und Rankin 2004) und dabei allzu oft übersehen, dass diese Instrumente wesentlich zur Konsolidierung einer aufgezwungenen, autoritären neoliberalen Polizeiordnung beitragen, welche die Tugenden selbstgesteuerter Risikoübernahme, Umsicht und Eigenverantwortlichkeit zelebriert (Burchell 1996; Dean 1999). Wir erleben, anders gesagt, die Geburt einer neuen städtischen Polizeiordnung, die eine neue „Aufteilung des Sinnlichen“ und eine neue Verteilung von Orten und Funktionen pflegt (Rancière 2006).

Diese städtische Polizeiordnung lebt zumal von dem Konsens, dass alle, die benannt und gezählt sind, Teil haben bzw. partizipieren können. Zwar mag es Interessenkonflikte und Meinungsverschiedenheiten geben, immer jedoch vor dem Horizont weitgehender Einmütigkeit bezüglich der realen Ausgangsbedingungen (der Aufteilung des Sinnlichen) sowie darüber, was zu tun sei – nämlich eine konkurrenzfähige, kreative, innovative und globale Urbanität zu schaffen. Diese neuen über den Staat hinausgreifenden Steuerungsregime zeichnen sich durch ein fundamentales Einvernehmen aus. Genau eine solche konsensuelle und dem Anschein nach inklusive Ordnung – da sie nur mit jenen rechnet, die eine Stimme haben, die gezählt und benannt werden – ist es, die ich als postpolitischen Zustand definieren möchte. Dieser Dimension wollen wir uns im folgenden Abschnitt zuwenden.

Die postpolitische Situation

„Im Zustand der Postpolitik wird der Konflikt zwischen globalen ideologischen Visionen, wie er sich im Machtkampf der unterschiedlichen Parteien verkörpert, durch eine Zusammenarbeit zwischen aufgeklärten Technokraten (Ökonomen, Meinungsforschern ...) und liberalen Vertretern des Multikulturalismus ersetzt; über einen Prozess des Interessenausgleichs werden Kompromisse in Gestalt mehr oder weniger allgemeiner Konsense erzielt. Das Politische (der Raum des Streits, in dem die Ausgegrenzten gegen das Unrecht oder die Ungerechtigkeit protestieren können, die man ihnen antut – [wird]

verworfen [...]. Es ist wichtig [...], die postpolitische Aussetzung des Politischen in der Reduktion des Staates auf einen bloßen Polizisten [zu erkennen], der den (im Konsens festgestellten) Bedürfnissen der Marktkräfte und multikulturell toleranten Humanitätsvorstellungen dient“ (Žižek 2006: 72).

Durch die Bildung neuer Formen der Gouvernamentalität, durch eine bestimmte Aufteilung des Sinnlichen, die auf Konsens, partizipatorische Aushandlung unterschiedlicher Interessen und die Anerkennung der kosmopolitischen neoliberalen Globalisierung als dem unbestreitbaren Stand der Dinge (Badiou 2005a) abgestellt ist, verwirft – wie ich im Folgenden zu zeigen versuche – die oben umrissene spätkapitalistische städtische Polizeiordnung eine Politisierung (oder versucht dies zumindest) und externalisiert jeden Widerspruch.

Es herrscht tatsächlich weithin Übereinstimmung, dass die Situation der Städte ernst genommen werden muss und dass betriebswirtschaftlich-technologische Apparate ausgehandelt werden können und müssen, um ein weiteres Absinken des städtischen Mahlstroms in katastrophale Zustände, wirtschaftlichen Niedergang und soziale Desintegration zu verhindern. Zugleich besteht natürlich der hegemoniale Konsens, dass es zur liberal-globalen Hegemonie keine Alternative gibt. Nicht nur wird jede radikale Abweichung, Kritik und prinzipielle Auseinandersetzung aus dem Forum der Öffentlichkeit verbannt, die Parameter demokratischen Regierens selbst werden dahingehend verschoben, dass sie neue Formen autokratischer Gouvernamentalität ankündigen (Swyngedouw 2005a). Neben anderen definieren Slavoj Žižek und Chantal Mouffe das Postpolitische als eine politische Formation, die das Politische in Wirklichkeit verwirft und die Politisierung des Partikularen verhindert (Žižek 1999: 35; 2006; Mouffe 2007). „Post-Politik mobilisiert den ganzen Apparat von Experten, Sozialarbeitern usw., um die Gesamtforderung einer partikularen Gruppe genau auf eben diese Forderung mit ihrem bloß besonderen Inhalt zu reduzieren. Es verwundert deshalb also nicht, dass ein derartiger, alles erstickender Abschluss ‚irrationale‘ Gewaltausbrüche hervorruft, weil darin die einzige Möglichkeit gesehen wird, die Dimension jenseits der Besonderheit zum Ausdruck zu bringen“ (Žižek 2001: 281f.). Insbesondere in Europa treffen wir weithin auf solche postpolitischen Ordnungen.

Die Postpolitik zielt somit auf die Verwaltung (polizeiliche Kontrolle) sozialer, ökonomischer und anderer Angelegenheiten, die natürlich voll und ganz im Bereich des Möglichen, der bestehenden sozialen Verhältnisse bleiben. „In allen westlichen Ländern ist das ultimative Zeichen für die Postpolitik“, so Žižek (2002: 303), „die Ausbreitung eines managerhaften Regierungsansatzes: Staatliches Regieren wird zu einer betriebswirtschaftlichen Funktion umgedeutet und seiner genuin politischen Dimension beraubt.“ Die Postpolitik verweigert eine Politisierung im klassischen griechischen Sinne der Verallgemeinerung partikulärer Forderungen, die „mehr“ anvisiert als einen bloßen Interessensausgleich. Politik wird dabei zu etwas, was sich betreiben lässt, ohne spaltende und trennende Entscheidungen treffen zu müssen (Thomson 2003). Somit entsteht eine konsensuelle Postpolitik, die grundlegende Konflikte entweder beseitigt

oder auf die Ebene einer antithetischen Ultrapolitik erhebt. Die konsensuellen Zeiten, die wir gegenwärtig erleben, sind folglich durch die Auslöschung eines genuin politischen Raums der Uneinigkeit geprägt. Konsens jedoch ist nicht gleichbedeutend mit Frieden oder der Abwesenheit grundsätzlicher Konflikte (Rancière 2005: 8).

Für das, was nach allgemeiner Darstellung und Wahrnehmung Schwierigkeiten oder Probleme bereitet, wie etwa die Umstrukturierung des urbanen Raums, müssen Kompromisse, ökonomische und technische Lösungen gefunden werden.

„Ein Konsens setzt voraus, dass man ganz ungeachtet der eigenen persönlichen Bindungen, Interessen und Werten dieselben Dinge wahrnimmt, sie beim selben Namen nennt. Doch es gibt keine Auseinandersetzung über das, was erscheint, über das, was in einer Situation und als eine Situation gegeben ist“ (Rancière 2003b: §4).

Das entscheidende Merkmal des Konsenses ist „die Annullierung des Dissens ... das ‚Ende der Politik‘“ (Rancière 2008: 45). In dieser postpolitischen Welt hat man natürlich keine Wahl – jedenfalls keine, die nicht durch den Konsens toleriert würde – und keine Freiheit. Die einzige Position eines echten Dissenses ist entweder die des Traditionalisten (der der Vergangenheit verhaftet ist und sich weigert, die Unausweichlichkeit der neuen globalen neoliberalen Ordnung zu akzeptieren) oder die des Fundamentalisten. Ihnen kann man nur mit nackter Gewalt begegnen, indem man ihre ‚humanitären‘ und ‚demokratischen‘ Rechte außer Kraft setzt. Das Postpolitische lebt also davon, alle in eine konsensuelle pluralistische Ordnung einzu beziehen und/oder diejenigen, die sich außerhalb des Konsenses stellen, radikal auszuschließen. Für letztere, behauptet Giorgio Agamben (2004), setze die Polizeiordnung das Gesetz außer Kraft: Sie würden buchstäblich aus dem Recht verbannt und als Extremisten und Terroristen behandelt. Diese Form der Ultrapolitik spielt diejenigen, die an der Konsensordnung ‚partizipieren‘, radikal gegen jene aus, die man, wie die *sans papiers* oder andere Außenseiter, außerhalb dieser Ordnung stellt. Die Pariser Unruhen vom Herbst 2005 und die Reaktionen darauf sind typische Beispiele für eine solche gewaltgesättigte städtische Ultrapolitik (Dikeç 2007).

Im spätkapitalistischen städtischen Regieren und den entsprechenden Debatten um die Ausgestaltung der Stadt kommt eine solche postpolitische Ordnung nicht nur mustergültig zum Ausdruck. Die Produktion neuer kreativer und unternehmerischer Eliten stellt in Wirklichkeit einen der Schlüsselbereiche zur Konstruktion dieses postpolitischen Konsenses dar. Hier nämlich wird „Politik im eigentlichen Sinne nach und nach durch eine Sozialadministration der Experten ersetzt“ (Žižek 2005a: 117). Der postpolitische Konsens ist daher radikal reaktionär. Er verhindert es, für künftige städtische Möglichkeiten und Assemblagen abweichende, konflikträchtige und alternative Entwicklungslinien zu artikulieren.

Städtischer Populismus als Symptom der Postdemokratie

In unseren postdemokratischen und postpolitischen Zeiten gilt eine Politik der starken Gegensätze (nach dem ‚Rechts/Links‘-Schema etwa

oder in Form radikal entgegengesetzter Entwürfe für die Zukunft der Stadt) als hoffnungslos überholt. Obwohl Meinungsverschiedenheiten und Diskussionen natürlich immer noch möglich sind, bewegen sie sich durchgängig im Rahmen eines Konsens- und Verständigungsmodells. Die postpolitische Situation geht folglich mit einer populistischen politischen Taktik der Konsensualität einher, die das Medium zur Herbeiführung ‚wünschenswerter‘ Veränderungen bildet. Das städtische Polizei-/Politikwesen bringt die populistische Masche der postpolitischen, postdemokratischen Situation auf exemplarische Weise zum Ausdruck (Crouch 2008). Mit anderen Worten: Ein entpolitisierter urbaner Populismus hat sich zu einem der Hauptsymptome des postdemokratischen institutionellen Konsenses entwickelt. Im Folgenden werde ich die Merkmale dieses Populismus kurz umreißen (vgl. hierzu u.a. Canovan 1999; Laclau 2005; Mouffe 2007; Žižek 2005b; Swyngedouw 2007) und zeigen, wie er in den Belangen des urbanen Mainstream reflektiert wird. Erstens beschwört der Populismus das Bild *der* Stadt und *der* Leute insgesamt herauf. Alle Menschen seien von urbanen Problemen betroffen, und das gesamte städtische Leben, wie wir es kennen, sei von potentiellen Katastrophen wie der Globalisierung, mangelnder Wettbewerbsfähigkeit oder unkontrollierter Einwanderung bedroht. Der Populismus an sich steht quer zu den Idiosynkrasien der verschiedenen Formen und Ausdrucksweisen des städtischen Lebens. Er bringt ideologische und andere konstitutive soziale Unterschiede zum Verschwinden, und er übertüncht grundlegende Interessenkonflikte, indem er eine gemeinsame Bedrohung oder Herausforderung aufbaut. Zweitens beruht der urbane Populismus auf einer Politik, deren Motto lautet, ‚die Leute wissen es selbst am besten‘ (obwohl diese Kategorie oft nicht näher bezeichnet wird und leer bleibt). Unterstützt wird er dabei von einer vermeintlich neutralen wissenschaftlichen Technokratie. Außerdem befürwortet er ein direktes Verhältnis zwischen Volk und politischer Partizipation. Er tut es in der Annahme, dass dies zu einer guten, wenn nicht optimale Lösung führt. Drittens beschwört der Populismus üblicherweise das Schreckgespenst einer apokalyptischen Zukunft herauf, falls nicht unverzüglich gehandelt würde. Wenn wir nicht jetzt sofort (technokratisch-betriebswirtschaftliche) Maßnahmen ergriffen, sei unsere urbane Zukunft in größter Gefahr. Er schafft eine Atmosphäre endzeitlicher Beklemmung und existentieller Dringlichkeit. Viertens richten sich populistische Taktiken nicht an ein privilegiertes Subjekt des Wandels, so wie sich Marx an das Proletariat, der Feminismus an die Frauen oder der neoliberale Kapitalismus an die ‚kreative Klasse‘ richtete und richtet. Vielmehr beschwört er eine gemeinsame Lage bzw. Zwangslage, die Notwendigkeit, gemeinsam vorzugehen, sich gegenseitig zu unterstützen und zusammenzuarbeiten. Es gibt für ihn keine innergesellschaftlichen Spannungen oder produktiven inneren Konflikte. Stattdessen wird der Feind immer externalisiert und verdinglicht. Das Grundphantasma des Populismus ist ein bedrohlicher Eindringling, oder in der Regel eine Gruppe von Eindringlingen, die das System ‚korrumpiert‘ hätten. ‚Die Immigranten‘ oder ‚die Globalisierung‘ bilden klassische Beispiele für diese fetischisierten und externalisierten Feinde, mit denen man sich auseinandersetzen müsse, wenn eine neue Urbanität geschaffen werden solle. Probleme sind

deshalb keine Konsequenz des ‚Systems‘, ungleicher Machtverhältnisse, expliziter oder impliziter Sprachlosigkeit oder Marginalisierung, politischer Seilschaften, grassierender Ungerechtigkeiten oder verhängnisvoller systemimmanenter Strömungen. Sie werden vielmehr einem Außenseiter angelastet, einem ‚pathologischen‘ Syndrom, das man herauschneiden kann, ohne die Funktionsfähigkeit des Systems zu beeinträchtigen.

Fünftens richten sich populistische Forderungen immer an die Eliten. Als Projekt bringt der urbane Populismus immer Forderungen an die herrschenden Eliten zum Ausdruck; ihm geht es nicht darum, die Eliten zu verändern, sondern sie zum Handeln zu bewegen. Eine nicht-populistische Politik hingegen hat gerade das Ziel, die Elite zu beseitigen und das Unmögliche zu denken, wie es der folgende Žižek'sche Witz sehr schön illustriert: „Ein IRA-Mann in Sturmütze klopft an die Himmelstür. Petrus macht auf und sagt zu ihm: ‚Ich fürchte, du kommst hier nicht rein.‘ ‚Wieso rein?‘, kontert der Mann. ‚Du hast zwanzig Minuten Zeit, um deinen Arsch hier rauszubewegen.“

Sechstens operiert eine postpolitische populistische Politik nicht mit Eigennamen (Badiou 2005b). Der postpolitische Populismus betreibt eine Politik, die nichts benennt, das heißt, er gibt dem Bereich oder Feld seines Handelns keinen eindeutigen oder eigenen Namen. Vage Begriffe wie die kreative Stadt, die konkurrenzfähige Stadt, die inklusive Stadt, die globale Stadt oder die nachhaltige Stadt treten an die Stelle politischer Eigennamen. Solche Eigennamen aber sind es Rancière (2002) zufolge, die eine echte Demokratie ausmachen, einen Raum mithin, in dem die Namenlosen, die Nichtgezählten und folglich Nicht-Symbolisierten benannt und gezählt werden.

Siebtens drückt sich der Populismus in partikularen Forderungen aus (weg mit den Immigranten, niedrigere Steuern, mehr ‚Bürgerbeteiligung‘), die partikular bleiben und Universalisierung als aktives städtisches Projekt verwerfen. Das städtische Problem stellt mit anderen Worten keine positive, benannte sozial- und umweltpolitische Situation dar; in ihm verkörpert sich keine Vision, kein seiner Erfüllung harrender Wunsch, keine zu verwirklichende Fiktion.

Der Ort / Die Lokalisierung der Demokratie – die Wiederkehr der Polis

Wie sähe im Licht der bisherigen Diskussion eine im eigentlichen Sinne politische demokratische Sequenz aus? Für Jacques Rancière geht es bei einer echten politischen Geste darum, einen Dissens und einen Riss zu artikulieren, buchstäblich im Namen der Gleichheit den Anspruch auf einen Platz in der Ordnung der Dinge für alle die zur Sprache zu bringen, die nicht teilhaben (Rancière 2008: 28f.). Politik sprengt die polizeiliche Ordnung auf; sie ist „eine Weigerung, den ‚Platz‘ zu akzeptieren, der Leuten und Dingen zugewiesen wird“ (Robson 2005: 5). ‚Politik‘ wird hier der ‚Polizei‘ gegenübergestellt. Letztere bezieht sich auf die bestehende Ordnung der Dinge und ist nach Rancière eine „Aufteilung des Sinnlichen“ (Rancière 2008: 31). In diesem Sinne verweist Polizei auf „alle Aktivitäten, die mittels der Distribution von Plätzen, Namen, Funktionen Ordnung schaffen“

(Rancière 1994: 173); auf „eine etablierte Ordnung des Regierens, wo jeder in der scheinbar natürlichen Ordnung der Dinge am ‚rechten Platz‘ ist“ (Dikeç 2005: 174). Für die polizeiliche Ordnung besteht „Gesellschaft [...] aus Gruppen, die Weisen spezifischen Tuns verschrieben sind, aus Plätzen, wo diese Tätigkeiten ausgeübt werden, aus Seinsweisen, die diesen Tätigkeiten und diesen Plätzen entsprechen“ (Rancière 2008: 32). Mustafa Dikeç (2007: 19) führt aus:

„[D]ie Polizei ist demzufolge sowohl ein Distributionsprinzip als auch ein Verwaltungsapparat, der sich auf eine symbolisch konstituierte Organisation des sozialen Raums stützt, eine Organisation, die zur Grundlage des Regierens und für das Regieren wird. Das Wesen der Polizei ist dementsprechend nicht Repression, sondern Distribution – die Zuteilung von Orten, Völkern, Namen, Funktionen, Befugnissen, Aktivitäten usw. – und die Normalisierung dieser Verteilung.“

Definiert man die Aufsicht über Orte und Funktionen als ‚Polizei‘, so

„setzt eine im eigentlichen Sinne *politische* Sequenz folglich dann ein, wenn diese Aufsicht unterbrochen wird, sodass ein wirklich anarchisches Aufsprengen von Funktion und Ort, eine umfassende Freigabe der Rede möglich wird. Die demokratische Stimme ist die Stimme derjenigen, die sich der vorherrschenden gesellschaftlichen Rollenverteilung verweigern, die es ablehnen, wie eine Gesellschaft Macht und Autorität verteilt“ (Hallward 2003: 192).

Für Rancière ist sie die Stimme „von schwebenden Subjekten, die jede Repräsentation der Plätze und Anteile in Unordnung bringen“ (Rancière 2002: 109):

„Am Ende dreht sich alles in der Politik um die Verteilung von Räumen. Was für Orte sind das? Wie funktionieren sie? Warum sind sie da? Wer kann sie einnehmen? Für mich richtet sich die politische Aktion immer auf das Soziale als die strittige Distribution von Orten und Rollen. Es geht immer darum zu wissen, wer qualifiziert ist zu sagen, was ein bestimmter Ort ist und was mit ihm geschieht“ (Rancière 2003a: 201).

Sowohl die Polizei als auch die Politik sind in ausgezeichnetem Maße räumlich, drehen sich um Räumlichkeit und Zeitlichkeit. Wie Rancière sagt: „Die politische Tätigkeit ist jene, die einen Körper von dem Ort entfernt, der ihm zugeordnet war oder die die Bestimmung eines Ortes ändert; sie lässt sehen, was keinen Ort hatte gesehen zu werden, lässt eine Rede hören, die nur als Lärm gehört wurde“ (Rancière 2002: 41). „Die Politik bestimmt, was man sieht und was man darüber sagen kann, sie legt fest, wer fähig ist, etwas zu sehen und wer qualifiziert ist, etwas zu sagen, sie wirkt sich auf die Eigenschaften der Räume und die der Zeit innewohnenden Möglichkeiten aus“ (Rancière 2006: 26f.).

Bei der echten Politik geht es also um die Neugestaltung des Raums, darum, Räume der Artikulation und der Rede zu schaffen, einer Artikulation und einer Rede, die bis dahin lediglich als Geräusch vernehmbar waren: „Wesentliche Arbeit der Politik ist die Konfiguration ihres eigenen Raumes.“

Sie besteht darin, die Welt ihrer Subjekte und ihrer Tätigkeiten zu Gesicht zu bringen. Das Wesentliche der Politik ist die Demonstration des Dissens, als Vorhandensein zweier Welten in einer einzigen“ (Rancière 2008: These 8). Natürlich spielt sich eine politische Sequenz im Raum der Polizei ab; indem „gesellschaftliche Fragen, polizeiliche Probleme usw. umformuliert und neu inszeniert werden“, sprengt sie die polizeiliche Ordnung auf (Rancière 2003c: 7). Der Raum wird

„politisch in dem Sinne, dass er [...] zu einem integralen Bestandteil der Unterbrechung der ‚natürlichen‘ (oder besser noch: naturalisierten) Herrschaftsordnung wird, dadurch, dass sich jene, die keinen Platz in dieser Ordnung haben, einen Ort der Begegnung schaffen. Das Politische gibt sich so gesehen durch diese Begegnung als Moment der Unterbrechung zu erkennen, nicht durch die bloße Existenz von Machtverhältnissen und Interessengegensätzen“ (Dikeç 2005: 172).

Natürlich sind Polizei und Politik ineinander verstrickt. Die Räume der Politik sind, anders gesagt, mit dem Raum der Polizei verwoben. Wenn Politik die Egalität der polizeilichen Ordnung des Raumes prüft, dann ist Politik nicht trotz der Polizei, sondern wegen ihrer möglich. „Die Politik wirkt auf die Polizei“, schreibt Rancière. „Sie wirkt an den Orten und mit den Wörtern, die ihnen gemeinsam sind, nur um diese Orte neu zu ordnen und das Statut dieser Wörter zu verändern“ (Rancière 2002: 44). Die wahre Politik wirkt auf den Polizeiraum, aus dem Polizeiraum und durch den Polizeiraum. Sie wirkt jedoch nicht *im* Polizeiraum, sondern *zwischen* Räumen, die nicht von der Polizei festgelegt sind, die keinen Platz im Polizeiraum haben. Politik besteht in einer Umgestaltung, in einer „Reihe von Taten, die den Raum neu ordnen, wo die Teile, Anteile und die Abwesenheiten der Anteile sich bestimmten“ (Rancière 2002: 41). Diese Zwischenräume sind die „Intervalle der Subjektivierung: Intervalle, die zwischen Identitäten, zwischen Orten und Positionen konstruiert wurden“ (Dikeç 2005: 181f.).

Ein über den Staat hinausgreifendes Regieren – d.h. die spätkapitalistische städtische Polizeiordnung – vertreibt wirklich demokratische Politik von den Orten öffentlicher Begegnungen; sie säubert die Räume, indem sie dem Unmut einen separaten Raum außerhalb der polizeilichen Ordnung anweist – womit er aufgehoben und zum Schweigen gebracht wird. Im Gegensatz dazu ist wirkliche Demokratie „die symbolische Einsetzung des Politischen in Form der Macht derjenigen, denen keine Macht zusteht – ein Bruch in der Ordnung der Legitimität und Herrschaft. Demokratie ist die paradoxe Macht derer, die nicht zählen: die Zählung der ‚Außerzähligen‘“ (*hors-compte*) (Rancière 2000b: 124). Die konsensuelle techno-betriebswirtschaftliche Urbanität

„ist daher keine andere Form, Demokratie zu praktizieren [...] [S]ie ist die Negation einer demokratischen Grundlage der Politik: Sie strebt danach, gut identifizierbare Gruppen mit spezifischen Interessen, Zielen, Werten und ‚Kulturen‘ zu haben. [...] Mit der Vermehrung von Unterschieden und Identitäten floriert der konsensualistische Zentrismus. [...] [J]e größer die Anzahl von Gruppen und Identitäten,

die in der Gesellschaft zu berücksichtigen sind, desto größer das Bedürfnis nach Vermittlung und Schlichtung. Die ‚Eins‘ des Konsenses speist sich aus der Mannigfaltigkeit“ (Rancière 2000b: 125).

Eine wirklich egalitäre und demokratische politische Sequenz erfordert einen Eingriff in die polizeiliche Ordnung:

„Der eigentliche politische Akt (die Intervention) ist nicht einfach etwas, was innerhalb des Rahmens der existierenden Verhältnisse gut funktioniert, sondern etwas, was *gerade den Rahmen verändert, der festlegt, wie die Dinge funktionieren*. [...] Echte Politik ist [...] die Kunst des *Unmöglichen*: Sie verändert gerade die Parameter dessen, was in der existierenden Konstellation als ‚möglich‘ betrachtet wird.“ (Hervorhebungen im Original) (Žižek 2001: 273f.)

Die eigentliche Politik ist daher „jener Augenblick, in dem eine partikuläre Forderung nicht einfach Teil der Verhandlung von Interessen ist, sondern auf etwas darüber Hinausreichendes abzielt und als die metaphorische Verdichtung der umfassenden Restrukturierung des gesamten gesellschaftlichen Raumes zu funktionieren beginnt“ (Žižek 2001: 287). Bei ihr geht es darum, den Konflikt als konstitutive Dimension der gesellschaftlichen *condition* anzuerkennen – und darum, potentielle urbane Räume zu benennen. Bei ihr geht es buchstäblich darum, das Unmögliche zu fordern, das Unmögliche geschehen zu lassen. Das Politische wird zum Raum des Streits (Žižek 1998), zum Raum für jene, die nicht-Alle sind, die Ungezählten und Unbenannten, die nicht mit der Rolle einverstanden sind, welche ihnen die ‚polizeiliche‘ (symbolische, gesellschaftliche und staatliche) Ordnung zuweist. Wie Diken und Laustsen (2004) es formulieren:

„Politik in diesem Sinne ist die Fähigkeit, die Grundlagen, auf denen sich der politische Streit entfaltet, zu diskutieren, in Frage zu stellen und zu erneuern, die Fähigkeit, eine gegebene Ordnung radikal zu kritisieren und für eine neue und bessere zu kämpfen. Kurz gesagt, Politik verlangt, dass man den Konflikt akzeptiert.“

Eine radikal-progressive Position „sollte auf dem bedingungslosen Primat des ihm innewohnenden Antagonismus als konstitutiv für das Politische beharren“ (Žižek 1999: 29).

Echte Politik ist nichts anderes als eine demokratische politische Gemeinschaft, verstanden als

„eine Gemeinschaft von punktuellen und lokalen Unterbrechungen und Brüchen, durch welche die Gleichheitslogik die polizeiliche Gemeinschaft von sich selbst trennt. Sie ist eine Gemeinschaft von Gemeinschaftswelten, die Subjektivierungsintervalle sind: Intervalle, die zwischen den Identitäten errichtet sind, zwischen den Orten und Plätzen. Das politische Zusammensein ist ein Zwischen-Sein: zwischen den Identitäten, zwischen den Welten [...], zwischen mehreren Namen, mehreren Identitäten, mehreren Statuten [...].“ (Rancière 2002: 146f.)

Rancières Begriff des Politischen zeichnet sich durch Spaltung, Konflikt und Polemik aus (Valentine 2005: 46). Daher

„arbeitet die Demokratie stets gegen die Befriedung des sozialen Risses, gegen das Konsens- und ‚Stabilitäts‘-Management. [...] Der Demokratie geht es nicht um die Formulierung von Übereinkünften oder die Aufrechterhaltung der Ordnung, sondern um die Erfindung neuer und bislang ungenehmigter Arten von Disaggregation, Unstimmigkeit und Unordnung“ (Hallward 2005: 34f.).

Die neue urbane Gouvernamentalität in ihrer populistischen postpolitischen Gestalt ist die Antithese zur Demokratie. Sie trägt zur fortgesetzten Aushöhlung dessen bei, was für Rancière und andere gerade den Horizont egalitärer Demokratie *als* einer radikal heterogenen und in sich widersprüchlichen Politik bildet.

Eine neue radikale Politik muss daher, wie Badiou (2005a) argumentiert, auf die Konstruktion großer neuer Fiktionen setzen, die echte Möglichkeiten für den Entwurf unterschiedlicher städtischer Zukunftsszenarien eröffnen. Soweit die gegenwärtige postpolitische Situation mit ihrer Verbindung von dystopischen Stadt-Visionen und einem hegemonialen konsensuellen Bild der Gesellschaftsordnung eine ganz bestimmte Fiktion darstellt – und zwar eine, die Abweichung, Konflikt und die Möglichkeit einer anderen Zukunft *de facto* verwirft –, brauchen wir dringend andere Geschichten und Fiktionen, die sich für eine Verwirklichung mobilisieren lassen. Dafür ist es erforderlich, andere urbane Zukunftsvisionen namhaft zu machen und in den Vordergrund zu stellen, das Neue und Unmögliche in die Sphäre der Politik und der Demokratie Einzug halten zu lassen sowie Konflikte, Differenzen und Kämpfe um die Benennung und Entwicklungslinien dieser Zukunftsszenarien anzuerkennen. Man sollte den städtischen Konflikt deshalb nicht in das homogenisierende Korsett eines populistischen Globalisierungs- und Kreativitätsdiskurses zwängen, sondern ihn als konstitutiven Bestandteil einer demokratischen Ordnung legitimieren.

Die postpolitische ‚glokale‘ Stadt ist fragmentiert und kaleidoskopisch. Die weltweite Integration geht Hand in Hand mit einer zunehmenden lokalen Ausdifferenzierung, mit Ungleichheit und einer interdependenten, aber ungleichmäßigen Entwicklung. Innerhalb der Spannungen, Inkonsistenzen und Ausgrenzungen, die durch diese kaleidoskopischen, aber zusammenhanglosen Transformationen produziert werden, entstehen alle möglichen Reibungen, Sprünge, Risse, Lücken und ‚leerstehenden‘ Räume (Swyngedouw 2000); Räume, die zwar ein integraler Bestandteil der ‚polizeilichen‘ Ordnung, also des gegenwärtigen Zustands sind, sich aber zugleich auch außerhalb ihrer befinden. Diese Risse, Sprünge und ‚freien‘ Räume bilden ‚Steppunkte‘, Knotenpunkte des Experimentierens mit neuen urbanen Möglichkeiten. Gerade in diesen Zwischenräumen – den Fragmenten, die nicht von der regulierenden, zuschreibenden und verteilenden ‚glokalen‘ urbanen Polizeiordnung besetzt sind – entstehen alle möglichen neuen städtischen sozialen und kulturellen Praktiken. Neue Formen der Urbanität werden ins Leben gerufen (Swyngedouw und Kaika 2003). Während transnationale Kapitalflüsse

der Stadt und dem städtischen Polizei-/Politikwesen ihre totalisierende Logik aufzwingen, zeichnen sich in diesen ‚freien‘ urbanen Räumen die Möglichkeiten und Umriss eines neuen und menschenwürdigeren Stadtlebens ab. Es handelt sich hier um die Art von Räumen, in denen mit alternativen Lebens-, Arbeits- und Ausdrucksformen experimentiert wird, in denen neue Formen des sozialen und politischen Handelns inszeniert und Gefühlsökonomien umstrukturiert werden und in denen sich kreatives Leben nicht an Börsenkursen und Pensionsfondsindizes bemisst. Ed Soja (1996) definiert solche Räume als *Dritte Räume*, also jene lebendigen Zwischenräume, die das Ergebnis von Wahrnehmung und Vorstellungskraft sind, Räume, die real und imaginiert, materiell und metaphorisch, geordnet und ungeordnet zugleich sind. Für die Eliten verfestigen solche ‚*dritten Räume*‘, solche Räume des ungezügelterten und unregulierten Experimentierens, zweifellos die antiutopische Vorstellung von Städten als Orten des Chaos, der Desintegration und des Sittenverfalls, von Exzessen mithin, die man eindämmen oder fliehen muss (Baeten 2001). Genau diese Räume sind es natürlich, in denen Hoffnungen, neue Verheißungen, Freiheiten und Sehnsüchte aktiv gelebt werden. In diesen Sprüngen, Nischen und Rissen der heutigen fragmentierten und vernetzten Stadt gärt ein neues hybrides Gemisch von Praktiken, oftmals inmitten einer sich stetig verschärfenden politischen Ausgrenzung und sozialen Entmachtung. Dies sind die radikalen Ränder, die einen wesentlichen Bestandteil der demokratischen Urbanität des 21. Jahrhunderts bilden. Und es sind genau diese Praktiken, die dringend unserer Aufmerksamkeit, Fürsorge, Anerkennung und Wertschätzung bedürfen. Sie erfordern ihren eigenen Raum; sie bedürfen der Erzeugung ihrer eigenen materiellen und kulturellen Landschaften, ihrer eigenen symbolischen Geographien. Dies sind die Räume, in denen die postpolitische Situation in Frage gestellt und mit Praktiken einer radikalen Demokratisierung experimentiert wird. Solche Experimente „verändern die Landkarte dessen, was gedacht, was benannt und was wahrgenommen werden kann, und insofern auch dessen, was möglich ist“ (Rancière, in Zerbib et al. 2007: 4). Sie leisten ihren Beitrag zu alternativen Vermessungen und Kartografien des Denkbaren, des Wahrnehmbaren und folglich des Möglichen und Machbaren. Ihre Verwirklichung erfordert eine erhebliche urbane und architektonische Vorstellungs- und Erfindungsgabe. Vor allem aber verlangt sie, dass man die Bedeutung der (Staats-)Bürgerschaft in eine Richtung überdenkt, die auch die Vielfalt von Identitäten, das rhizomatische Mäandern von Bedeutungen, Praktiken und Lebensläufen anerkennt. Sie verlangt darüber hinaus, dass visionäre städtische Programme von diesen neuen ‚globalen‘ Bürgern der Polis und für sie entwickelt werden; für die Bürger, die ebenso entschieden lokal wie schamlos global sind, für die, die so oft aus dem postpolitischen und postdemokratischen Konsens, der heute unsere Städte regiert, ausgeschlossen wurden. Diese Neuausrichtung der Polis als Raum des Dissenses und der Unstimmigkeit mit seinen Plätzen für die Artikulation des Verschiedenen und der Inszenierung der Stimmen der Ungehörten oder Unbemerkten ist genau der Ort, an dem eine echte urbane demokratische Politik entstehen kann.

Literatur

- Agamben, Giorgio (2004): *Ausnahmezustand (Homo Sacer II.1)*. Übers. von Ulrich Müller-Schöll, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Albrechts, Louis (2006): *Bridge the Gap. From Spatial Planning to Strategic Projects*. In: *European Planning Studies* 14/10, 1487-1499.
- Badiou, Alain (2005a): *Das Sein und das Ereignis [1]*. Übers. von Gernot Kamecke, Zürich: Diaphanes.
- Badiou, Alain (2005b): *Politics. A Non-Expressive Dialectics*. Vortrag auf der Konferenz „Is The Politics of Truth still Thinkable?“ Birkbeck Institute for the Humanities, University of London, 25.-26. November 2005.
- Baeten, Guy (2001): *Clichés of Urban Doom. The Dystopian Politics of Metaphors for the Unequal City – a View from Brussels*. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 25/1, 55-69.
- Brenner, Neil/Theodore, Nik (Hg.) (2002): *Spaces of Neoliberalism. Urban Restructuring in North American and Western Europe*. Oxford: Blackwell.
- Brindley, Tim/Rydin, Yvonne/Stoker, Gerry (1989): *Remaking Planning. The Politics of Urban Change in the Thatcher Years*. London: Unwin Hyman.
- Burchell, Graham (1996): *Liberal Government and Techniques of the Self*. In: Andrew Barry/Thomas Osborne/Nikolas Rose (Hg.): *Foucault and Political Reason. Liberalism, Neoliberalism and Rationalities of Government*. London: UCL Press, 19-36.
- Canovan, Margaret (1999): *Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy*. In: *Political Studies* 47/1, 2-16.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Übers. von Nikolaus Gramm, Berlin: Suhrkamp.
- Cruikshank, Barbara (1993): *Revolutions Within. Self-Governance and Self-Esteem*. In: *Economy & Society* 22/3, 327-324.
- Cruikshank, Barbara (1994): *The Will to Empower. Technologies of Citizenship and the War on Poverty*. In: *Socialist Review* 23/4, 29-55.
- Dean, Mitchell (1999): *Governmentality. Power and Rule in Modern Society*. London: Sage.
- Dikeç, Mustafa (2005): *Space, Politics and the Political*. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 23, 171-188.
- Dikeç, Mustafa (2007): *Badlands of the Republic. Space, Politics and French Urban Policy*. Oxford: Blackwell.
- Diken, Bülent/Laustsen, Carsten Bagge (2004): *7/11, 9/11, and Post-Politics*. Diskussionspapier, Department of Sociology, Lancaster University, Lancaster.
- Donzelot, Jacques (1984): *L'invention du social. Essai sur le déclin des passions politiques*. Paris: Seuil.
- Foucault, Michel (2003 [1978]): *„Die Gouvernementalität“*. In: Michel Foucault: *Schriften. Dits et Écrits – Band III. 1976-1979*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 796-823.
- Goonewardena, Kanishka/Rankin, Katharine N. (2004): *The Desire Called Civil Society. A Contribution to the Critique of a Bourgeois Category*. In: *Planning Theory* 3/2, 117-149.
- Hajer, Maarten (2003): *Policy without Polity? Policy Analysis and the Institutional Void*. In: *Policy Sciences* 36, 175-195.
- Hajer, Maarten/Wagenaar, Henk (Hg.) (2003): *Deliberative Policy Analysis. Understanding Governance in the Network Society*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Hallward, Peter (2003): *Introduction. Jacques Rancière – Politics and Aesthetics. An Interview*. In: *Angelaki* 8/2, 191-193.
- Hallward, Peter (2005): *Jacques Rancière and the Subversion of Mastery*. In: *Paragraph* 28/1, 26-45.
- Harvey, David (2007): *Kleine Geschichte des Neoliberalismus*. Übers. von Niels Kadritzke, Zürich: Rotpunktverlag.
- Healey, Patsy (1997): *Collaborative Planning. Shaping Places in Fragmented Societies*. Vancouver: University of British Columbia Press.
- Healey, Patsy/Davoudi, Simin/Graham, Stephen/Mandanipour, Ali (Hg.) (1995): *Managing Cities. The New Urban Context*. Chichester: Wiley.
- Jessop, Bob (1998): *The Rise of Governance and the Risks of Failure. The Case of Economic Development*. In: *International Social Science Journal* 50, 29-46.
- Jessop, Bob (2002): *The Future of the Capitalist State*. Cambridge: Polity Press.
- Laclau, Ernesto (2005): *On Populist Reason*. London: Verso.

- Le Galès, Patrick (2002): *European Cities. Social Conflict and Governance*. Oxford: Oxford University Press.
- Lemke, Thomas (2002): Foucault, Governmentality, and Critique. In: *Rethinking Marxism* 14/3, 49-64.
- Miller, Peter (1992): Accounting and Objectivity. The Invention of Calculating Selves and Calculable Spaces. In: *Annals of Scholarship* 9/1,2, 61-86.
- Mitchell, Katharyne (2002): Transnationalism, Neoliberalism and the Rise of the Shadow State. In: *Economy & Society* 30/2, 165-189.
- Mouffe, Chantal (2007): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Übers. von Niels Neumeier, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Moulaert, Frank/Rodriguez, Arantxa/Swyngedouw, Erik (Hg.) (2002): *The Globalized City. Economic Restructuring and Social Polarization in European Cities*. Oxford: Oxford University Press.
- Oatley, Nick (1998): *Cities, Economic-Competition, and Urban Policy*. London: Paul Chapman.
- Pagden, Anthony (1998): The Genesis of Governance and Enlightenment Conceptions of the Cosmopolitan World Order. In: *International Social Science Journal* 50/155, 7-15.
- Rancière, Jacques (1994): Post-Democracy, Politics and Philosophy. An Interview with Jacques Rancière. In: *Angelaki* 1/3, 171-178.
- Rancière, Jacques (2000b): Dissenting Words. A Conversation with Jacques Rancière (with Davide Panagia). In: *Diacritics* 30/2, 113-126.
- Rancière, Jacques (2002 [1995]): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Übers. von Richard Steurer, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rancière, Jacques (2003a): Politics and Aesthetics. An Interview. In: *Angelaki* 8/2, 194-211.
- Rancière, Jacques (2003b): Comment and Responses. In: *Theory & Event* 6/4.
- Rancière, Jacques (2003c): The Thinking of Dissensus. Politics and Aesthetics. Vortrag auf der Konferenz „Fidelity to the Disagreement. Jacques Rancière and the Political“ Goldsmiths College, University of London, 16.-17. September 2003.
- Rancière, Jacques (2004): Introducing Disagreement. In: *Angelaki* 9/3, 3-9.
- Rancière, Jacques (2005): *Chroniques des Temps Consensuels*. Paris: Seuil.
- Rancière, Jacques (2006): *Die Aufteilung des Sinnlichen. Die Politik der Kunst und ihre Paradoxien*. Übers. von Maria Muhle / Susanne Leeb / Jürgen Link, Berlin: b_books.
- Rancière, Jacques (2008): *Zehn Thesen zur Politik*. Übers. von Marc Blankenburg, Zürich und Berlin: Diaphanes.
- Roberts, Peter/Sykes, Hugh (Hg.) (2000): *Urban Regeneration. A Handbook*, London: Sage.
- Robson, Mark (2005): Introduction. Hearing Voices. In: *Paragraph* 28/1, 1-12.
- Schmitter, Philippe (2002): „Participation in Governance Arrangements. Is There Any Reason to Expect it Will Achieve Sustainable and Innovative Policies in a Multi-Level Context?“. In: Jürgen Grote/Bernhard Gbipki (Hg.): *Participatory Governance. Political and Societal Implications*. Opladen: Leske and Budrich, 51-69.
- Soja, Ed (1996): *Thirdspace*. Oxford: Blackwell.
- Swyngedouw, Erik (1997): Neither Global nor Local. ‚Glocalization‘ and the Politics of Scale. In: Kevin Cox (Hg.): *Spaces of Globalization – Reasserting the Power of the Local*. New York: Guilford, 137-166.
- Swyngedouw, Erik (2000): The Mont des Arts as a Ruin in the Revanchist City. In: Bruno de Meulder/Karina van Herck (Hg.): *Vacant City. Brussels‘ Mont des Arts Reconsidered*, Rotterdam: NAI Publishers, 267-281.
- Swyngedouw, Erik (2004): Globalisation or ‚Glocalisation‘? Networks, Territories and Rescaling. In: *Cambridge Review of International Affairs* 17/1, 25-48.
- Swyngedouw, Erik (2005a): Governance Innovation and the Citizen. The Janus Face of Governance-beyond-the-State. In: *Urban Studies* 42/11, 1-16.
- Swyngedouw, Erik (2005b): A ‚New Urbanity‘? The Ambiguous Politics of Large-Scale Urban Development Projects in European Cities. In: Willem Salet/Stam Majoor (Hg.): *Amsterdam Zuidas – European Space*. Rotterdam: 010 Publishers, 61-79.
- Swyngedouw, Erik (2007): Impossible/Undesirable Sustainability and the Post-Political Condition. In: J. Rob Krueger/David Gibbs (Hg.): *The Sustainable Development Paradox*. New York: Guilford.
- Swyngedouw, Erik/Kaika, Maria (2003): ‚Glocal‘ Urban Modernities. Exploring the Cracks in the Mirror. In: *City* 7/1, 5-21.

- Swyngedouw, Erik/Moulaert, Frank/Rodriguez, Arantxa (2002): Neoliberal Urbanization in Europe. Large Scale Urban Development Projects and the New Urban Policy. In: *Antipode* 34/3, 542-577.
- Thomson, Alex J. P. (2003): Re-Placing the Opposition. Rancière and Derrida. Vortrag auf der Konferenz „Fidelity to the Disagreement“, Goldsmiths College, University of London, 16.-17. September 2003.
- Valentine, Jeremy (2005): Rancière and Contemporary Political Problems. In: *Paragraph* 28/1, 46-60.
- Whitehead, Mark (2003): In the Shadow of Hierarchy. Meta-Governance, Policy Reform and Urban Regeneration in the West Midlands. In: *Area* 35/1, 6-14.
- Zerbib, David/Lévy, Jacques/Rennes, Juliette (2007): Jacques Rancière : ‚Les territoires de la pensée partagée‘. 8. Januar 2007. www.espacetemps.net/document2142.html (letzter Zugriff am 28. Februar 2007).
- Žižek, Slavoj (1998): For a Leftist Appropriation of the European Legacy. In: *Journal of Political Ideologies* 3/1, 63-78.
- Žižek, Slavoj (1999): Carl Schmitt in the Age of Post-Politics. In: Chantal Mouffe (Hg.): *The Challenge of Carl Schmitt*, London: Verso, 18-37.
- Žižek, Slavoj (2001): *Die Tücke des Subjekts*. Übers. von Eva Gilmer/Andreas Hofbauer/Anne von der Heiden/Hans Hildebrandt, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Žižek, Slavoj (2002): *Revolution at the Gates. Žižek on Lenin. The 1917 Writings*. London: Verso.
- Žižek, Slavoj (2005a): Against Human Rights. In: *New Left Review* 34, 115- 131.
- Žižek, Slavoj (2005b): Against the Populist Temptation. Vortrag auf der Konferenz „Is The Politics of Truth still Thinkable?“ Birkbeck Institute for the Humanities, University of London, 25.-26. November 2005.
- Žižek, Slavoj (2006): The Lesson of Rancière. In: Jacques Rancière: *The Politics of Aesthetics*. London: Continuum, 69-79.

